

## H 1 Fin. Rechenschaftsbericht & Antrag auf Entlastung LaVo

Antragsteller\*in: Rechnungsprüfer\*innen Regina Spörel (KV Segeberg), Jens Schenkies (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 2.1 Finanzieller Rechenschaftsbericht & Antrag auf Entlastung LaVo 2019

### Selbstvorstellung

siehe pdf

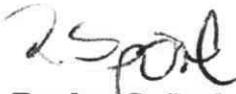
## **BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER**

Der Landesparteitag möge beschließen :

**Auf Grund der Rechnungsprüfung vom 13. Mai 2020 beantragen wir, den Landesvorstand für das Kalenderjahr 2019 zu entlasten.**

**Wir empfehlen den Delegierten des Landesparteitages diesem Antrag zuzustimmen.**

**Kassenprüferin**

  
**Regina Spörel**

**Kassenprüfer**

  
**Rainer Rübener**

**Stellvertretender Kassenprüfer**

**Arne Heinold**

### **BEGRÜNDUNG:**

#### **Rechnungsprüfungsbericht für das Jahr 2019**

**Die Rechnungsprüfung fand am 13. Mai 2020 von 11 Uhr bis 15:15 Uhr in der Landesgeschäftsstelle, Alter Markt 13 in Kiel statt. Sie wurde von Rainer Rübener, Arne Heinold und Regina Spörel durchgeführt. Der Finanzreferent Henning von Schöning stand durchgehend für Fragen zur Verfügung.**

#### **Allgemeines**

**Die komplette Buchführung (Finanz- und Lohnbuchhaltung) wurde uns zur Verfügung gestellt. Die Buchführungskonten lagen uns in ausgedruckter Form vor. Die Buchführung und Belegablage sind übersichtlich gegliedert. Die Belege wurden stichprobenartig geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben.**

#### **Prüfung im Detail**

**Wir haben uns die Buchführungskonten angesehen und zu einzelnen Buchungen stichprobenartig die Belege angeschaut. Bei allen Ausgaben war die Veranlassung für die Partei aus den Belegen erkennbar bzw. konnte nach Auskunft durch Henning von Schöning nachvollzogen werden.**

**Die Diätenkommission ist zwischenzeitlich zusammengekommen. Hier regen wir eine kontinuierliche Beratung an.**

**Trotz unserer Hinweise in den vergangenen Jahren stellen Überstunden und Resturlaubstage nach wie vor ein großes Problem dar. In zwei Fällen stehen die Überstunden in einem eklatanten Missverhältnis zur vertraglich vereinbarten Stundenzahl. Hier sollten nicht nur klare Regelungen geschaffen werden, wie die vorherige Genehmigung der Überstunden**

**sowie zur Nutzung der Urlaubstage. Generell sollten die Arbeitsverträge so gestaltet sein, dass ein gesundes Verhältnis zwischen den vertraglichen Wochenstunden und den Überstunden gewährleistet ist. Als Führungskräfte für die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle sehen wir den Landesvorstand in der Pflicht. Sollten Ende diesen Jahres noch Überstunden und /oder Resturlaubstage bestehen, müssen hierfür zwingend Rückstellungen gebildet werden.**

**Ein großer Kostenblock in jedem Jahreshaushalt ist der IT - Bereich. Hier regen wir an, dass nur die für die IT zuständigen MitarbeiterInnen zur Erstellung von Aufträgen in diesem Bereich berechtigt sind. Zuwiderhandlungen sollten geahndet werden. Darüber hinaus empfehlen wir eine Information an unsere Auftragnehmer.**

**Ein weiterer bedeutender Ausgabenblock sind die Kosten für die Büroräume der Geschäftsstelle. Im Vorgriff auf etwaige Überlegungen zu einer Neuorientierung weisen wir daraufhin, dass doppelte Mietverhältnisse zu vermeiden und umzugsbedingte Überschneidungen auf ein absolutes Minimum zu begrenzen sind.**

**Diese Kostenblöcke betonen wir auch vor dem Hintergrund besonders, dass uns keine Zwei-Jahresplanung des Haushalts vorgelegen hat und wir ab dem nächsten Jahr mit deutlich höheren Kosten durch Wahlkämpfe zu rechnen haben.**

**Besonders danken möchten wir auch dieses Jahr wieder den Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie den Regierungsmitgliedern und Staatssekretärinnen für ihre Sonderbeiträge und allen, die uns durch Geldspenden unterstützt haben sowie allen Mitgliedern, die durch ihre Verzichtspenden einen essentiellen Beitrag zur Finanzierung unserer Parteilarbeit geleistet haben.**

**Unser letzter und besonderer Dank gilt den MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle und hier besonders unserem Finanzreferenten Henning von Schöning für die langjährige gewissenhafte und verantwortungsvolle Betreuung und Abwicklung der Finanzen.**

**Kiel, 13. Mai 2020**

  
**Regina Spörel**

  
**Rainer Rübener**

**Arne Heindl**

Haushaltsstellen	Plan 2019	Ist 2019	Plan 2020	Prognose 2020
01. Beitragsanteile	193.725	209.380	225.000	248.981
02. Sonderbeiträge MdB	51.900	51.266	51.900	55.642
03. Sonderbeiträge Land	245.900	246.390	249.250	256.488
04. Geldspenden nat. Pers.	5.000	23.682	5.000	5.000
05. Geldspenden jur. Pers.	5.000	17.100	5.000	3.000
06. Verzichtsspenden	5.000	5.801	5.000	2.500
07. Erstattungseinnahmen	10.000	2.934	7.000	1.500
08. Mieteinnahmen	36.500	36.230	36.500	36.522
09. GF-Bund	438.119	525.407	540.000	620.400
10. GF-Land	95.090	95.090	95.090	95.090
11. Zusch. von KVen in SH	33.730	34.479	20.449	16.230
12. Zusch. für Buchhaltung	27.000	30.516	29.000	36.000
13. Sonst. Zusch. und Einnahmen	1.100	1.471	1.100	200
Summe Einnahmen	1.148.064	1.279.746	1.270.289	1.377.553
14. Personal in LGSt	335.000	347.427	410.000	400.000
15. Sonstige Personalkosten	38.000	40.479	19.000	17.000
16. Lfd. Geschäftsbetrieb	31.000	30.125	31.000	31.000
17. EDV und Bürogeräte	18.000	22.068	18.000	34.000
18. Abschreibungen	12.000	9.606	10.000	7.000
19. Wilhelminenstr. 18	7.000	5.777	7.000	6.200
20. Alter Markt 9	51.000	58.694	51.000	60.000
21. Parteitage	15.200	21.882	13.200	15.000
22. LAGen	1.500	1.933	1.500	750
23. BAGen	12.000	14.941	12.000	7.000
24. Bundesgremien	2.000	950	2.000	500
25. Öffentlichkeitsarbeit	15.200	11.204	17.700	15.300
26. LaVo-Arbeit	14.000	12.989	14.000	8.000
27. LaVo-Gehälter	110.500	110.972	116.000	118.000
28. Landesgremien	3.000	4.334	3.000	2.500
29. LaVo-Aktionen	15.000	13.398	20.000	13.000
30. Europawahl	50.000	51.095	0	321
31. Bundestagswahl	0	0	0	0
32. Landtagswahl	0	0	0	0
33. Kommunalwahl	0	0	0	0
34. Mitgl'beitragsanteile an BV	129.150	139.568	150.000	166.000
35. Son'beitragsanteile an BV	37.880	38.640	37.880	39.400
36. Zuschüsse an BV	12.250	20.001	12.250	22.250
37. Staatl. Grundfin. (GF) an KVe	194.621	226.482	231.808	248.492
38. Zuschüsse an KVe oder LVe	2.400	3.715	2.400	2.400
39. Beitragsanteil Doppelmitgliedsch	2.000	3.400	2.000	6.000
40. Polit. Zusch. für Grüne Jugend	6.000	6.150	8.000	8.000
Summe Ausgaben	1.114.701	1.195.830	1.189.738	1.228.113
Einnahmenüberschuss	33.363	83.916	80.551	149.441
Reinvermögen 31. Dez.	145.072	195.625	276.176	345.065

## Bericht zum Vollzug der Haushalte 2019 und 2020

Dieser Bericht zum Vollzug des Haushaltsplans für 2019 wird durch Anmerkungen zum voraussichtlichen Vollzug des Haushaltsplans für 2020 ergänzt. Ein finaler Bericht zum Haushaltsplan 2020 erfolgt nach Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses für 2020.

Die Einnahmen aus Beitragsanteilen (Pos. 1) sind mit der Mitgliederzahl gestiegen. Das stellt für die Partei eine sehr erfreuliche Entwicklung dar, nicht nur aus finanziellen Gründen. Allerdings sind bei uns zwei Drittel der Einnahmen aus Beitragsanteilen nur ein durchlaufender Posten. Wir reichen sie gleich an den Bundesverband weiter: siehe Pos. 34.

Wir danken den Mandatierten im Bundestag und im Landtag sowie den Regierungsmitgliedern für die stets korrekte Abführung ihrer Sonderbeiträge (Pos. 2 und 3).

Die Spendenbereitschaft war während des Europawahlkampfes erfreulich hoch (Pos. 4 und 5). Zugute kam uns dabei, dass dank Fridays for Future die Klimakrise endlich einen hohen Stellenwert in der öffentlichen Wahrnehmung findet und dass wir die Kontakte zu denjenigen, die uns Geld für den Landtagswahlkampf gespendet hatten, pflegen.

Erstattungseinnahmen (Pos. 7) generiert der Landesverband wesentlich durch die entgeltliche Bereitstellung von Leistungen für die Kreis- und Ortsverbände. Das erfolgt zunehmend unentgeltlich, so dass es hier zu einem Rückgang gekommen ist.

Die Einnahmen aus der staatlichen Grundfinanzierung des Bundes (Pos. 9) sind stark gestiegen, vor allem weil der Anteil, den die Grünen daraus bekommen, gestiegen ist. Diese Mittel werden nach der „Verankerung der Parteien in der Bevölkerung“ verteilt, wofür nach § 18 Parteiengesetz die Wahlergebnisse und das Aufkommen an Spenden von natürlichen Personen zugrunde gelegt wird. Unternehmensspenden zählen dabei ebenso wenig wie das, was natürliche Personen über 3.300,- Euro pro Jahr hinaus gespendet haben. Verzichtsspenden zählen aber genau so wie die Zuwendungen aus Beitragszahlungen und Geldspenden.

Von den Einnahmen des Landesverbandes auf der staatlichen Grundfinanzierung kehrt er einen Teil an die Kreisverbände aus, was aus Position 37 hervorgeht, wo es somit ebenfalls eine Steigerung gibt.

Die Ausgaben für Personal in der Landesgeschäftsstelle (Pos. 14) mussten in 2019 erhöht werden, weil Angebote für die Einbindung neuer Mitglieder geschaffen werden mussten. Das ist auch in 2020 insbesondere durch die neu angestellte Mitarbeiterin Rahel Bähr geleistet worden. Gleichwohl konnten durch die vorübergehende Vakanz auf einer Stelle Kosten eingespart werden. Diese Vakanz war im wahlkampffreien Corona-Jahr durchhaltbar.

Erstmals zum 31. Dez. 2020 werden wir in unsere Bilanz eine Rückstellung für Resturlaub und Überstunden bilden. Hier hat zwar 2020 ein erheblicher Abbau stattgefunden. Gleichwohl wird es uns nicht ganz gelingen, hier bei allen Mitarbeitern auf Null zu kommen. Das hat auch damit zu tun, dass die Landesgeschäftsstelle mit Ihren MitarbeiterInnen bei den Kreis- und Ortsverbänden zunehmend als Servicestelle gefragt ist. Dennoch bleibt festzuhalten, dass bei sämtlichen MitarbeiterInnen, die Überstunden in den Wahlkampfjahren 2017, 2018 und 2019 aufgebaut haben, in 2020 ein Abbau stattgefunden hat, und dass die zu bildende Rückstellung zwar den Haushaltsvollzug 2020 belasten wird, ursächlich aber in den Jahren 2017 und 2018 zu verorten ist.

Dadurch, dass nun regelmäßig Rückstellungen gebildet (und beim Abbau von Resturlaub und Überstunden wieder aufgelöst) werden, wird der Personaleinsatz künftig in den Jahren abgebildet werden, in denen die Arbeitsstunden angefallen sind, unabhängig davon, wann diese entlohnt werden. Wir gehen jedoch aufgrund von organisatorischen Veränderungen in der Landesgeschäftsstelle davon aus, dass in künftigen Wahlkampfphasen nicht mehr so viele Überstunden aufgebaut werden.

In der Landesgeschäftsstelle wurde in 2019 mehr als ursprünglich geplant in die Modernisierung der IT-Infrastruktur und die Digitalisierung der Geschäftsabläufe investiert. Das hat einerseits zu einer Überziehung des Budgets für EDV und Bürogeräte (Pos. 17) geführt und war andererseits ein Segen, als der Geschäftsbetrieb Mitte März innerhalb weniger Tage in die HomeOffices der MitarbeiterInnen verlagert worden ist. In diesem Zuge erfolgten weitere Ausgaben, etwa um Sitzungen per Videokonferenz durchführen zu können. Deshalb wird in 2020 das Budget für EDV und Bürogeräte erheblich überzogen werden. Als der Haushaltsplan für 2020 aufgestellt worden ist, grassierte das Corona-Virus noch nicht einmal in China, so dass damals die erforderliche Umstellung der Arbeitsabläufe nicht vorhersehbar war. Allerdings waren Videokonferenzen und andere Möglichkeiten zum ortsunabhängigen Arbeiten sowieso angedacht. Corona hat sich hier als Beschleuniger für die Modernisierung von Arbeitsabläufen erwiesen.

In 2019 hatte es eine erhebliche Reisetätigkeit insbesondere zu Sitzungen von Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs) gegeben, so dass der Budget-Ansatz für die BAG-Kosten (Pos. 23) überzogen worden ist. Diese Reisetätigkeit ist dann im Frühjahr 2020 gänzlich zum Erliegen gekommen und findet seither auf einem niedrigen Niveau statt. Deshalb werden die Budgets für LAGen (Pos. 22), BAGen (Pos. 23), Bundsgremien (Pos. 24) und die LaVo-Arbeit (Pos. 26) in 2020 deutlich unterschritten werden. Auch die Mitglieder des Landesvorstandes haben nämlich nicht mehr so viel Fahrtkosten produziert, die anfallen, um auf Versammlungen und Veranstaltungen der Kreis- und Ortsverbände sowie den Grünen nahestehenden Organisationen präsent zu sein. Diese Ersparnisse bei den Fahrtkosten werden in 2020 den Anstieg bei den EDV-Kosten aber nur zum Teil kompensieren.

Kostensteigerungen bei den Räumlichkeiten für die Landesgeschäftsstelle am Alten Markt 9 (Pos. 20) sind durch Erhöhungen der Index-Miete und des Wärmepreises bedingt. Die für das Heizen eingesetzten kWh haben sich nicht erhöht. Perspektivisch ist durch die Corona-Krise die Tendenz auf dem Immobilienmarkt, dass die Kosten für Büroflächen stetig steigen, gebrochen worden. Andererseits ist zu bedenken, dass immer mehr Menschen in der Landesgeschäftsstelle arbeiten.

Die Kosten für Parteitage (Pos. 21) sind in 2019 höher als geplant gewesen, weil bei der Planung im Herbst 2018 noch nicht von zwei 2-tägigen Landesparteitagen ausgegangen worden ist. In 2020 wird es zwar nur einen Parteitag geben. Gleichwohl hat eine geräumige Halle, in der die Delegierten auf Abstand zueinander sitzen können, ihren Preis. Wenn es uns gelingt, am 31. Oktober einen Landesparteitag in Präsenz mit Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl stattfinden zu lassen, dann nur, weil wir eine große Halle mit Nebenräumen angemietet haben.

Mit dem Budget für den Europawahlkampf (Pos. 30) sind wir in 2019 ziemlich im Plan geblieben, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass nach der Erstellung des Jahresabschlusses für 2019 erst im Juli 2020 noch zwei Überweisungen erfolgt sind. Wir waren da gegenüber Leistungserbringern nett und kulant. Denen ist nämlich erst sehr spät eingefallen, dass sie noch Geld von uns zu bekommen haben.

Das Budget für Zuschüsse an KVe oder LVe (Pos. 38) wurde überzogen, weil der LV SH den Landtagswahlkampf des LV Thüringen mit 1.750,- € unterstützt hat. Dieser Wahlkampf war unter schwierigen Umständen zu führen, und es war zu erahnen, dass die Ereignisse in Thüringen von überregionaler Bedeutung sein würden. Dennoch hatte es niemand von uns für möglich gehalten, dass sich ein FDP-Mann mit AfD-Stimmen zum Ministerpräsidenten wählen lassen würde. Die restlichen 1.965,- € stellen Zinszuschüsse für die Anlage von Geld beim LV SH dar.

Die Anzahl der jungen Menschen, die sowohl in der Grünen Jugend als auch in der Partei an sich Mitglied sind, ist erfreulicherweise stark gestiegen. Weil bei den Doppelmitgliedern der Mitgliedsbeitrag an die Partei (genauer gesagt an die Kreisverbände) geht, hat sich der Landesverband bereit erklärt, die Grüne Jugend mit 20,- € pro Doppelmitglied und Jahr zu unterstützen. Da ist nun mehr zu zahlen, was sich in der Pos. 39 widerspiegelt.

## Bilanz des Grünen Landesverbandes SH zum 31.Dez. 2018

Besitzposten		Schuldposten	
Immobilie für alte LGSt	171.000,00	Rückst. Wirtschaftsprüfung	6.000,00
Mobiliar	647,38	Rückst. Berufsgenossensch.	1.400,00
Geräte einschl. Telefone	18.796,59	Mietkaution Wilhelminenstr. 1	4.488,00
Festgeld beim BV	293.093,84	Verb. KV Dithmarschen	58.662,42
Ford. BV lfd. Geschäft	35.885,47	Verb. KV Kiel	47.125,50
Ford. KV Flensburg	3.623,73	Verb. KV Lauenburg	49.805,30
Tagesgeld-Konten	40.986,34	Verb. KV Lübeck	14.204,96
Girokonten	23.439,38	Verb. KV Neumünster	18.360,42
Mietkaution Alter Markt 9	8.800,00	Verb. KV Nordfriesland	52.270,38
Sonstige Forderungen	1.999,35	Verb. KV Ostholstein	39.676,63
		Verb. KV Pinneberg	69.384,21
		Verb. KV Plön	3.683,36
		Verb. KV Rendsburg	28.001,09
		Verb. KV Schleswig	3.369,39
		Verb. KV Segeberg	18.861,28
		Verb. KV Steinburg	18.602,05
		Verb. KV Stormarn	22.653,02
		Verb. bei GJ LV SH	289,65
		Verb. beim BV	8.959,08
		Verb. aus Kostenerstattungen	1.009,50
		Verb. an Fraktionen	4.337,13
		Verb. aus Personalabrechn.	5.121,94
		Verb. aus Rechnungen	10.297,62
		Reinvermögen	111.709,15
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b>598.272,08</b>	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b>598.272,08</b>

BV steht für Bundesverband, KV für Kreisverband, "Ford." für Forderungen und "Verb." für Verbindlichkeiten.

Die Aktivseite einer Bilanz gibt Auskunft über die Kapitalverwendung, zeigt also auf, wie das Vermögen angelegt ist und wo es umläuft. Die Summe stellt das Gesamtvermögen dar.

Die Passivseite einer Bilanz gibt Auskunft über die Kapitalherkunft. Dazu gehören Verbindlichkeiten aller Art etwa aus Krediten und noch nicht bezahlten Rechnungen. Für Verbindlichkeiten, deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss ist, werden Rückstellungen gebildet.

Das Reinvermögen errechnet sich als die Differenz aus dem Gesamtvermögen und den Schuldspositionen.

## Bilanz des Grünen Landesverbandes SH zum 31.Dez. 2019

Besitzposten		Schuldposten	
Immobilie für alte LGSt	171.000,00	Rückst. Wirtschaftsprüfung	6.000,00
Mobiliar	3.100,84	Rückst. Berufsgenossensch.	1.550,00
Geräte einschl. Telefone	9.495,70	Verb. KV Dithmarschen	62.474,80
Festgeld beim BV	294.266,21	Verb. KV Flensburg	9.265,46
Ford. BV lfd. Geschäft	84.123,11	Verb. KV Kiel	47.862,31
Ford. an GJ LV SH	345,06	Verb. KV Lauenburg	49.210,50
Tagesgeld-Konten	154.177,20	Verb. KV Lübeck	10.678,24
Girokonten	15.008,78	Verb. KV Neumünster	18.364,46
Mietkaution Alter Markt 9	8.800,00	Verb. KV Nordfriesland	68.840,86
Anteil StattAuto eG	1.000,00	Verb. KV Ostholstein	66.572,21
Sonstige Forderungen	5.831,11	Verb. KV Pinneberg	59.353,26
		Verb. KV Plön	9.904,02
		Verb. KV Rendsburg	27.331,20
		Verb. KV Schleswig	13.948,25
		Verb. KV Segeberg	11.972,50
		Verb. KV Steinburg	37.465,15
		Verb. KV Stormarn	16.682,83
		Verb. beim BV	21.015,07
		Verb. aus Kostenerstattungen	1.063,75
		Verb. bei Fraktionen	53,20
		Verb. aus Personalabrechn.	4.884,91
		Verb. aus Rechnungen	7.030,32
		Reinvermögen	195.624,71
Bilanzsumme Aktiva	<u>747.148,01</u>	Bilanzsumme Passiva	<u>747.148,01</u>

Beim Mobiliar hat es Anschaffungen insbesondere für Tische im Sitzungsraum gegeben, während keine Neuanschaffungen von Elektrogeräten, die mehr als 800,- € gekostet haben, erfolgt sind.

Der StattAuto-Genossenschaft sind wir als Mitglied beigetreten und haben Genossenschaftsanteile in Höhe von 1.000,- € gezeichnet, die unverzinst sind, aber einen Rabatt beim Ausleihen von Fahrzeugen ermöglichen. Hier liegt also einer der ganz seltenen Fälle vor, bei dem eine Art Unternehmensbeteiligung sinnvoll ist.

Der KV Flensburg, der zum 31.Dez. 2018 noch ein wenig Schulden beim LV SH hatte, hat inzwischen wie alle anderen 14 KVe auch ein Guthaben.

Die Erhöhungen der Bilanzsumme resultieren vor allem auf Einlagen der KVe beim LV, die der wiederum im März 2020 beim BV angelegt hat.

## Bilanz des Grünen Landesverbandes SH zum 30.Juni 2020

Besitzposten		Schuldposten	
Immobilie für alte LGSt	171.000,00	Rückst. Wirtschaftsprüfung	6.000,00
Mobiliar	3.826,22	Rückst. Berufsgenossensch.	0,00
Geräte einschl. Telefone	6.126,62	Verb. KV Dithmarschen	64.586,52
Festgeld beim BV	496.266,21	Verb. KV Flensburg	16.863,21
Ford. BV lfd. Geschäft	0,00	Verb. KV Kiel	75.067,73
Tagesgeld-Konten	180.492,03	Verb. KV Lauenburg	62.395,43
Girokonten	56.695,79	Verb. KV Lübeck	7.229,73
Mietkaution Alter Markt 9	8.800,00	Verb. KV Neumünster	19.526,73
Forderungen StattAuto	1.000,00	Verb. KV Nordfriesland	91.086,66
Sonstige Forderungen	991,34	Verb. KV Ostholstein	86.954,29
		Verb. KV Pinneberg	78.558,20
		Verb. KV Plön	5.658,85
		Verb. KV Rendsburg	50.881,67
		Verb. KV Schleswig	19.432,76
		Verb. KV Segeberg	10.734,61
		Verb. KV Steinburg	39.623,87
		Verb. KV Stormarn	29.467,76
		Verb. bei GJ LV SH	3.654,94
		Verb. beim BV	383,45
		Verb. aus Kostenerstattungen	205,64
		Verb. bei Fraktionen	2.360,60
		Verb. aus Personalabrechn.	4.822,53
		Verb. aus Rechnungen	4.046,88
		Reinvermögen	245.656,15
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b><u>925.198,21</u></b>	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b><u>925.198,21</u></b>

Die Rückstellung für die Berufsgenossenschaft konnte aufgelöst werden, weil der Beitragsbescheid immer Ende April eingeht und dann auch der Beitrag bezahlt wird.

Die Kosten für die Wirtschaftsprüfung werden jedoch erst in Rechnung gestellt, wenn diese für den BV und alle 16 LVe abgeschlossen ist, und das ist im Herbst der Fall.

Neu aufgenommen wird eine Rückstellung für Resturlaub und Überstunden bei MitarbeiterInnen der LGSt. Diese wird erstmals in der Bilanz zum 31.Dez. 2020 ausgewiesen werden. Dann wird einmalig das Jahresergebnis etwas verzerrt werden, weil die Überstunden schon in den Wahlkampfjahren 2017 und 2018 entstanden sind und eigentlich dort hätten bilanziert werden müssen.

H 2 Haushalt LV 2021

Antragsteller\*in: Landesfinanzrat

Tagesordnungspunkt: 3. Haushalt des Landesverbands 2021

## Selbstvorstellung

siehe pdf

# **Finanzplanung mit Antrag H2 des Landesfinanzrats: Der Landesparteitag möge den vorgelegten Haushalt für das Jahr 2021 beschließen.**

Erläuterung:

Der Landesvorstand hat dem Landesfinanzrat am 12.September einen Entwurf für den Haushalt 2021 vorgelegt. Diesen hat der Landesfinanzrat in seiner Sitzung am 26.September diskutiert und in etwas veränderter Form dem Landesparteitag zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Spalten für die Jahre 2022 folgende dienen lediglich der Veranschaulichung darüber, dass es eine mittelfristig durchdachte Finanzplanung gibt. Allerdings gibt es Größen, wie etwa die Einnahmen aus Beitragsanteilen, die der Landesverband nur mittelbar beeinflussen kann. Näheres steht in den Erläuterungen auf den Seiten hinter der Tabelle.

Haushaltsstellen	Ist 2019	Prognose 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
Wahlen	EuWk		BuWk	LaWk	KoWk	EuWk	BuWk
01. Beitragsanteile	209.380	248.981	255.000	255.000	255.000	255.000	255.000
02. Sonderbeiträge MdB	51.266	55.642	55.642	74.189	74.189	74.189	74.189
03. Sonderbeiträge Land	246.390	256.488	256.488	256.488	256.488	256.488	256.488
04. Geldspenden nat. Pers.	23.682	5.000	16.500	85.000	10.000	15.000	16.500
05. Geldspenden jur. Pers.	17.100	3.000	10.000	61.000	4.000	7.000	10.000
06. Verzichtsspenden	5.801	2.500	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
07. Erstattungseinnahmen	2.934	1.500	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
08. Mieteinnahmen	36.230	36.522	36.522	36.522	36.522	36.522	36.522
09. GF-Bund	525.407	620.400	620.400	665.400	665.400	665.400	665.400
10. GF-Land	95.090	95.090	95.090	95.090	95.090	95.090	95.090
11. Zusch. von KVen in SH	34.479	16.230	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
12. Zusch. für Buchhaltung	30.516	36.000	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000
13. Sonst. Zusch. und Einnahmen	1.471	200	500	5.000	500	500	500
Summe Einnahmen	1.279.746	1.377.553	1.391.642	1.579.189	1.442.689	1.450.689	1.455.189
14. Personal in LGSt	347.427	400.000	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000
15. Sonstige Personalkosten	40.479	17.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
16. Lfd. Geschäftsbetrieb	30.125	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000
17. EDV und Bürogeräte	22.068	34.000	34.000	25.000	25.000	25.000	25.000
18. Abschreibungen	9.606	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
19. Wilhelminenstr. 18	5.777	6.200	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
20. Alter Markt 9	58.694	60.000	70.000	60.000	60.000	60.000	60.000
21. Parteitage	21.882	15.000	32.200	36.200	20.200	20.200	20.200
22. LAGen	1.933	750	3.000	1.500	1.500	1.500	1.500
23. BAGen	14.941	7.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
24. Bundesgremien	950	500	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
25. Öffentlichkeitsarbeit	11.204	15.300	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200
26. LaVo-Arbeit	12.989	8.000	14.000	14.000	14.000	14.000	14.000
27. LaVo-Gehälter	110.972	118.000	118.000	118.000	118.000	118.000	118.000
28. Landesgremien	4.334	2.500	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
29. LaVo-Aktionen	13.398	13.000	15.000	12.000	12.000	12.000	12.000
30. Europawahl	51.095	321	0	0	0	62.500	0
31. Bundestagswahl	0	0	125.000	0	0	0	125.000
32. Landtagswahl	0	0	60.000	540.000	0	0	0
33. Kommunalwahl	0	0	0	40.000	100.000	0	0
34. Mitgl'beitragsanteile an BV	139.568	166.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
35. Son'beitragsanteile an BV	38.640	39.400	37.880	50.507	50.507	50.507	50.507
36. Zuschüsse an BV	20.001	22.250	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
37. Staatl. Grundfin. (GF) an KVe	226.482	248.492	250.000	263.790	277.579	277.579	277.579
38. Sonst. Zusch. an KVe oder LVe	3.715	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
39. Beitragsanteil Doppelmitgliedsch	3.400	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
40. Polit. Zusch. für Grüne Jugend	6.150	8.000	12.000	14.000	8.000	8.000	8.000
Summe Ausgaben	1.195.830	1.228.113	1.472.680	1.876.596	1.388.386	1.350.886	1.413.386
Einnahmenüberschuss	83.916	149.441	-81.038	-297.407	54.304	99.804	41.804
Reinvermögen 31. Dez.	195.625	345.065	264.027	-33.380	20.924	120.728	162.531

### Erläuterungen zur Finanzplanung

**Pos. 1 und 34:** Die Beitragsanteile haben wir auf Basis einer Mitgliederzahl von 4615 kalkuliert, was zum Planungszeitpunkt vielleicht noch eine etwas optimistische Annahme war. Aber während wir früher mit gleich bleibenden Mitgliederzahlen gerechnet haben, hatten wir nun eine gewisse Steigerung bereits eingeplant. Wir werden die Zahl 4615 vielleicht sogar schon am 1. November erreicht haben, wenn der Haushaltsplan für 2021 zur Beschlussfassung ansteht. Übrigens hat sich die Mitgliederzahl in den 4 Jahren von August 2016 (2222) bis August 2020 (4511) mehr als verdoppelt, was die Organisation unserer Partei vor große Herausforderungen stellt, weil wir den neuen Mitgliedern Mitmachangebote und Beteiligungsmöglichkeiten bieten wollen.

**Pos. 2 und 35:** Der Tendenz wachsenden Zuspruchs folgend rechnen wir damit, ab der Bundestagswahl im Herbst 2021 mit 4 statt bisher 3 Abgeordneten aus Schleswig-Holstein im Bundestag vertreten zu sein. Das entspricht ohne Überhang- und Ausgleichsmandaten einem Stimmenanteil von 18 % und stellt unser Minimalziel für den Bundestagswahlkampf dar. Allerdings ist zu bedenken, dass wir zwar die Sonderbeiträge der MdBs einziehen, davon aber 73 % an den Bundesverband abführen müssen.

**Pos. 4 und 5:** Nicht ganz so vorsichtig haben wir das Spendenaufkommen für den Landtagswahlkampf kalkuliert. Aber man muss nur einmal sehen, was die schwarz-grün-gelbe Landesregierung in Schleswig-Holstein im Vergleich etwa zur schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für den Ausbau der erneuerbaren Energien getan hat. Wir Grünen liefern. Aber da geht noch mehr, und es muss noch mehr gehen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Dafür bedarf es einer starken Grünen Fraktion im Landtag. Wir sind zuversichtlich (und das drückt sich im erwarteten Spendenaufkommen aus), dass unser Engagement für Klimaschutz und die Energiewende honoriert werden wird.

**Pos. 8:** Mieteinnahmen generieren wir aus der Vermietung unserer alten Geschäftsstelle in der Wilhelminenstraße 18 sowie aus der Untervermietung von Räumen in unserer Landesgeschäftsstelle für die Geschäftsstellen von zwei Kreisverbänden und die Büros von Abgeordneten. Wir wissen, dass wir den Status Quo nicht festschreiben können, mehr dazu bei den Erläuterungen zu Pos. 20.

**Pos. 9:** Bei der staatlichen Grundfinanzierung vom Bund können wir aufgrund einer Prognose aus der Bundesgeschäftsstelle mit Mehreinnahmen rechnen, weil das Aufkommen aus Beiträgen und Spenden bei den Grünen steigt, während es bei einigen anderen Parteien eher zurückgeht. Aus den Zuwendungen von privaten Personen (gekappt bei 3.300,- Euro pro Person und Jahr) bemisst sich die Art und Weise der Aufteilung dessen, was im Bundeshaushalt für die Parteien zur Verfügung steht. Ab 2022 entfällt der Vorwegabzug für die Bundestagswahl durch den Bundesverband, so dass die komplette Grundfinanzierung an den Landesverband ausgezahlt wird.

**Pos. 14:** Es gibt eine Steigerung bei den Kosten für das Stammpersonal in der Landesgeschäftsstelle. Aber die prozentualen Steigerungsraten dort liegen immer noch unter den Steigerungen bei der Mitgliederzahl. Damit uns die neuen Mitglieder auch erhalten bleiben, werden die zusätzlichen Arbeitskapazitäten derzeit gezielt für die Bereiche Parteientwicklung und Mitgliedereinbindung eingesetzt. Für die Wahlkämpfe setzen wir künftig auf mehr qualifiziertes Stammpersonal statt auf wechselnde befristet angestellte Wahlkampf-MitarbeiterInnen, die jedes Mal neu eingearbeitet werden müssen. Wir werden indes befristet für den Bundestags- und den Landtagswahlkampf einen Wahlkampf-ManagerIn einstellen. Die Kosten dafür finden in den Wahlkampfetats (Pos.31 und 32), was der bisherigen Praxis entspricht. Die Wahlkampfetats haben bisher schon die Kosten für die befristet angestellten Wahlkampf-MitarbeiterInnen enthalten, während sich der Budgetansatz in der Pos. 14 an einem Stellenplan für unbefristet beschäftigte MitarbeiterInnen orientiert.

**Pos. 15:** Hinter den sonstigen Personalkosten stehen solche für Fortbildungen und den Datenschutzbeauftragten. Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft werden seit 2019 verursachungsgerecht auf die Pos. 14 (LGSt-Personal), 27 (LaVo-Gehälter) und erforderlichenfalls die Wahlkampfpositionen aufgeteilt.

**Pos. 17:** Die Kosten für Bürogeräte und EDV sind stark angestiegen, weil in der Landesgeschäftsstelle die Digitalisierung der Arbeitsprozesse vorangetrieben wird. Ohne diese Maßnahmen hätten die MitarbeiterInnen nicht im Frühjahr überwiegend im HomeOffice arbeiten können. Wir sind dafür gerüstet, dass sie es auch den ganzen Winter über tun. Da müssen wir mit der weiteren Entwicklung Schritt halten.

**Pos. 20:** Die Kosten für den Alten Markt 9 sind die Kosten für Räume der Landesgeschäftsstelle, die sich auch an einem anderen Ort befinden könnte. Es gibt Überlegungen für einen Umzug. Um die Kosten dafür samt eines Monats doppelter Miete im Blick zu haben, haben wir in 2021 zusätzlich 10.000,- € eingeplant. Möglicherweise wird der Umzug erst nach der Landtagswahl erfolgen. Aber mittelfristig ist es egal, in welchem Jahr die Umzugskosten in der Planung berücksichtigt sind. Sie müssen nur irgendwo berücksichtigt sein. Auch wenn wir davon ausgehen, dass im Winter 2020/21 viel aus den HomeOffices gearbeitet wird, so ist festzuhalten, dass das nur mit einem eingespielten Team und eingespielten Arbeitsabläufen geht. Auf Dauer bedarf es einer Landesgeschäftsstelle mit einer ausreichenden Zahl an Büroarbeitsplätzen und einem Sitzungsraum, in dem sich zum Beispiel Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) treffen können.

**Pos. 21:** Bei den Etats für die Parteitage haben wir uns an Vergangenheitswerten orientiert. Im Vorfeld einer Landtagswahl steht die Verabschiedung eines Wahlprogramms und die Listenaufstellung an, danach hoffentlich die Beratung über einen Koalitionsvertrag. Das schlägt sich in höheren Planzahlen für 2021 und 2022 nieder.

**Pos. 22:** Die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften findet derzeit wesentlich im Digitalen statt, was sich durch deutlich geringere Kosten abbildet. In 2021 planen wir mit höheren Ausgaben, da sich die LAGen auf den Programmprozess für die Landtagswahl vorbereiten werden.

**Pos. 25 und 29:** Die Positionen Öffentlichkeitsarbeit und LaVo- und LAG-Aktionen weisen Schnittmengen auf, wobei zur Öffentlichkeitsarbeit eher die regelmäßigen Maßnahmen gehören, etwa die Kosten für die Internet-Präsenz und die Mitgliederzeitung. Zu den LaVo- und LAG-Aktionen gehören auch Veranstaltungen. Viele davon werden von LAGen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand durchgeführt. Analog zur Pos. 22 steigt auch der LaVo-Aktions-Topf im kommenden Jahr leicht.

**Pos. 26 und 27:** Die Ämter der Landesvorsitzenden und des Landesvorsitzenden lassen sich nicht neben einer normalen Berufstätigkeit ausüben, so dass hier Gehälter bezahlt werden. Für die vier anderen Mitglieder des Landesvorstandes gibt es Aufwandsentschädigungen, die als geringfügige Beschäftigungsverhältnisse abgerechnet werden. Alle sechs Mitglieder des Landesvorstandes bekommen Fahrtkosten und andere Auslagen erstattet.

**Pos. 31 und 32:** An Ausgaben für die Bundestagswahl im Herbst 2021 und die Landtagswahl im Frühjahr 2022 planen wir mehr als für jene Wahlkämpfe im Jahre 2017 ein. Wir waren schon in 2017 nicht mehr die Underdogs, denen man zum Überspringen der 5%-Klausel verhelfen musste, aber sind manchmal noch auf dieser Masche geritten. Nun spielen wir vollends in einer Liga mit den sogenannten Volksparteien CDU und SPD. Damit geht die Erwartung einer entsprechenden Präsenz im Wahlkampf einher. Ebenso müssen wir in den „sozialen Netzwerken“ wie Facebook und Co. den rechten Hetzern und Klimawandelleugnern die passenden Botschaften entgegensetzen.

**Pos. 36:** Der Bundesverband erbringt Leistungen für die Landesverbände und lässt sich das in Form von Zuschüssen vergüten. (Ähnlich macht es der Landesverband mit den Leistungen seines Finanzbüros für die Kreisverbände, siehe Pos. 11). Zu diesen Leistungen des Bundesverbandes gehören die Kosten für das Adress- und Beitragsverwaltungsprogramm Sherpa, das Gesamtversicherungspaket und dessen Pauschalzahlungen an die Künstlersozialkasse. An den Sherpa- und Versicherungskosten beteiligt der Landesverband seinerseits die Kreisverbände (siehe Pos. 11).

**Pos. 39 und 40:** Bezüglich unserer Grünen Jugend (GJ) haben wir berücksichtigt, dass sich die Zuschüsse für Doppelmitgliedschaften dauerhaft erhöhen werden. Zudem haben wir für das Bundestagswahljahr 2021 zusätzlich 4.000,- Euro und für das Landtagswahljahr 2022 zusätzlich 6.000,- Euro eingestellt. Es ist die GJ, die die Fridays-for-Future-Generation am besten ansprechen kann. Wenn sie sich dazu passende Wahlkampf-Aktionen ausdenkt und dafür extra Geld vom Landesverband braucht, soll das nicht daran scheitern, dass wir das in der Finanzplanung nicht berücksichtigt haben.

## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin 1984 in der DDR geboren und in Ostberlin aufgewachsen. Meine Eltern haben den Großteil ihres Lebens in einer Diktatur verbringen müssen. Sie haben mir früh beigebracht, dass friedlicher Protest, Zuversicht und Mut viele Wege kennt und Berge versetzen kann.

Für mich stand deshalb außer Frage, dass ich mich politisch einbringen muss - denn das durch meine Eltern und viele andere mutige Menschen Erämpfte ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss jeden Tag verteidigt werden. Sie muss sich immer hinterfragen. Und sie darf niemals den Anspruch verlieren, besser zu werden.

Kein Wunder, dass mich diese Erkenntnis vor über 15 Jahren in unsere grüne Landesgeschäftsstelle geführt hat. Als Bündnispartei, gewachsen aus der Anti-Atom-, Umwelt- und Friedensbewegung, genauso aber aus der Bürger- und Frauenrechtsbewegung, war und ist es unser Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten- und erfahrungen zusammenzubringen, eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu formulieren und daraus unser politisches Handeln abzuleiten.

Hierfür braucht es eine vitale und auch kritische Zivilgesellschaft. Sie ist das Scharnier zwischen Bevölkerung und Politik. Sie ist der Garant für eine lebendige politische Debatte. Und sie übt eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den politisch Handelnden aus. Die so genannten „shrinking spaces“, also die sich verkleinernden Handlungsmöglichkeiten für gemeinnützige Verbände und Nichtregierungsorganisationen sind längst kein Phänomen mehr, das wir nur aus anderen Teilen der Welt kennen. Auch hier in Deutschland gerät die Zivilgesellschaft, insbesondere Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, durch Union und SPD mehr und mehr unter Druck.

Statt in eine selbstbewusste politische Auseinandersetzung zu gehen, ziehen Union und SPD gesetzgeberisch und verbal die Daumenschrauben an. So mussten wir jüngst erleben, dass Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe von der Union und der Kanzlerin zur Zielscheibe von Diffamierungen und Einschüchterungen wurden, weil sie sich für unser aller Rechte eingesetzt haben. Wir müssen erleben, wie Organisationen ihre Gemeinnützigkeit verlieren weil sie zu kritisch, zu politisch, zu unbequem sind. Der Protest einer ganzen Generation für eine verantwortungsbewusste Klimapolitik wird als „unprofessionell“ abgekanzelt, weggelächelt und als Kinderkram abgetan. Flüchtlingsverbände machen sich neuerdings strafbar wenn sie über Abschiebungen informieren. Die zivile Seenotrettung wird kriminalisiert obwohl sie das tut, was eigentlich in der Verantwortung des Staates läge: nämlich Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Und trotz zahlreicher rassistischer und rechtsextremer Übergriffe in unserem Land, blockieren SPD und Union eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle und kürzt Gelder für Demokratieförderprogramme.

Diese Politik schadet unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck einer völlig unsouveränen und verängstigten Politik, der wir Grüne uns auch weiterhin sehr klar entgegenstellen müssen, und zwar auch da, wo es für uns mal unbequem wird. Denn wir wissen: Demokratie wird besser wenn Menschen sich einmischen.



Alter:

35

Geschlecht:

Weiblich

Ihr wisst, mein politisches Herz gehört der Menschenrechtspolitik. Seit sieben Jahren bin ich Sprecherin der Bundestagsfraktion für Fragen rund um die Flüchtlingspolitik. Auch wenn dieses Thema im Zuständigkeitsbereich der Innenpolitik liegt, habe ich mich in den vergangenen Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass wir über unseren eigenen Tellerrand schauen. Die beste Flüchtlingspolitik ist die, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Blick nimmt und tatsächlich angeht. Denn Flucht ist immer Zwang, nie freiwillig. Deshalb ist es auch richtig, unsere Klimapolitik, unsere Rüstungspolitik und unsere Agrar- und Handelspolitik immer wieder zu hinterfragen und in einen Zusammenhang mit den globalen Fluchtbewegungen zu stellen.

Für mich ist Europa mehr als nur offene Binnengrenzen und freier Warenverkehr. Europa ist das Versprechen, dass wir unsere Herausforderungen gemeinsam meistern und solidarisch miteinander sind. Fünf Jahre lang haben Union und SPD eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik blockiert, die Verantwortung an die Türkei ausgelagert und untätig dabei zugesehen, wie sich die Situation an den europäischen Außengrenzen in eine menschenrechtliche Tragödie verwandelt. Gleichzeitig hat sie mit der Beschränkung des Familiennachzugs einen der wenigen sicheren Fluchtwege zerstört und so bewusst in Kauf genommen, dass Kinder und Jugendliche über Jahre von ihren Eltern getrennt bleiben - in meinen Augen eine der abgründigsten Entscheidungen, die diese Koalition zu verantworten hat. Ich verspreche Euch, dass ich nicht locker lassen werde, bis diese - auch integrationspolitisch verheerenden - Entscheidungen endlich zurückgenommen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch Ihr habt Euch dieses Jahr sicher anders vorgestellt. Die letzten acht Monate haben uns gezeigt, wie fragil wesentliche Teile unseres Gemeinwesens sind. Die Pandemie hat uns aber auch die bundespolitischen Versäumnisse der letzten Jahre deutlich vor Augen geführt. Prekäre Arbeitsbedingungen beim Pflege- und Krankenhauspersonal, ein riesiger Aufholbedarf bei der Digitalisierung und die traurige Erkenntnis, dass Union und SPD den Kindern und Familien in Zeiten der Krise nur nachrangig Bedeutung beimisst.

Viele Menschen in unserem Land sind es leid, den Krisen immer nur hinterher zu laufen. Zu Recht. Politik darf nicht erst dann handeln, wenn uns allen das Wasser bis zum Hals steht und die Umstände ihr keine andere Wahl mehr lassen. Das gilt für die Bekämpfung der Klimakrise genauso wie für ein stabiles, vorsorgendes Gesundheitssystem, für die Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen in der Gesellschaft und unseren demokratischen Institutionen, wie auch für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik. Wer gestalten will, muss vorsorgen und Probleme lösen, bevor sie mit aller Macht aufschlagen. Dieses Versprechen können wir Grüne geben. Mit Weitsicht und Entschlossenheit.

Zweimal habt Ihr mir bereits das Vertrauen geschenkt, für Euch als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zu ziehen und für Grüne Politik im Deutschen Bundestag zu streiten. Ich habe das Mandat nie als eine Selbstverständlichkeit verstanden, sondern immer als Auftrag von Euch, mit Kraft und lauter Stimme für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in Berlin einzustehen. In den Ländern, nicht zuletzt in Schleswig-Holstein, zeigen wir bereits, dass Grüne Politik einen Unterschied macht. Ich werde dafür kämpfen, dass wir uns auch in der Bundespolitik beweisen können. Denn die Zukunftsfragen warten nicht. Sie müssen jetzt angegangen werden.

Ich bringe bundespolitische Erfahrung, Kraft und ein grünes Herz mit und bitte Euch erneut um Eure Unterstützung. Lasst uns die kommenden Monate für grüne Themen kämpfen und gemeinsam Berge versetzen.

Eure Luise

Biografisches:

- Geboren 1984 in Greifswald
- Verheiratet und Mutter
- Studium der Islamwissenschaften, Politik und Theologie an der Uni Kiel
- 2009-2012 Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtages
- 2012-2013 Vorsitzende des Kieler Kreisverbandes
- Seit 2013 flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion
- Mitglied im Innenausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

# Luise Amtsberg

## Bewerbung um Platz 1 Landesliste Schleswig-Holstein Bundestagswahl 2021



### Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin 1984 in der DDR geboren und in Ostberlin aufgewachsen. Meine Eltern haben den Großteil ihres Lebens in einer Diktatur verbringen müssen. Sie haben mir früh beigebracht, dass friedlicher Protest, Zuversicht und Mut viele Wege kennt und Berge versetzen kann.

Für mich stand deshalb außer Frage, dass ich mich politisch einbringen muss - denn das durch meine Eltern und viele andere mutige Menschen Er kämpfte ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss jeden Tag verteidigt werden. Sie muss sich immer hinterfragen. Und sie darf niemals den Anspruch verlieren, besser zu werden.

Kein Wunder, dass mich diese Erkenntnis vor über 15 Jahren in unsere grüne Landesgeschäftsstelle geführt hat. Als Bündnispartei, gewachsen aus der Anti-Atom-, Umwelt- und Friedensbewegung, genauso aber aus der Bürger- und Frauenrechtsbewegung, war und ist es unser Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten- und Erfahrungen zusammenzubringen, eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu formulieren und daraus unser politisches Handeln abzuleiten.

Hierfür braucht es eine vitale und auch kritische Zivilgesellschaft. Sie ist das Scharnier zwischen Bevölkerung und Politik. Sie ist der Garant für eine lebendige politische Debatte. Und sie übt eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den politisch Handelnden aus. Die so genannten „shrinking spaces“, also die sich verkleinernden Handlungsmöglichkeiten für gemeinnützige Verbände und Nichtregierungsorganisationen sind längst kein Phänomen mehr, das wir nur aus anderen Teilen der Welt kennen. Auch hier in Deutschland gerät die Zivilgesellschaft, insbesondere Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, durch Union und SPD mehr und mehr unter Druck.

Statt in eine selbstbewusste politische Auseinandersetzung zu gehen, ziehen Union und SPD gesetzgeberisch und verbal die Daumenschrauben an. So mussten wir jüngst erleben, dass Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe von der Union und der Kanzlerin zur Zielscheibe von Diffamierungen und Einschüchterungen wurden, weil sie sich für unser aller Rechte eingesetzt haben. Wir müssen erleben, wie Organisationen ihre Gemeinnützigkeit verlieren weil sie zu kritisch, zu politisch, zu unbequem sind. Der Protest einer ganzen Generation für eine verantwortungsbewusste Klimapolitik wird als „unprofessionell“ abgekanzelt, weggelächelt und als Kinderkram abgetan. Flüchtlingsverbände machen sich neuerdings strafbar wenn sie über Abschiebungen informieren. Die zivile Seenotrettung wird kriminalisiert obwohl sie das tut, was eigentlich in der Verantwortung des Staates läge: nämlich Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Und trotz zahlreicher rassistischer und rechtsextremer Übergriffe in unserem Land, blockieren SPD und Union eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle und kürzt Gelder für Demokratieförderprogramme.

### Biographie

Biografisches:  
Geboren 1984 in Greifswald

Verheiratet und Mutter

Studium der Islamwissenschaften, Politik und Theologie an der Uni Kiel

2009-2012 Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtages

2012-2013 Vorsitzende des Kieler Kreisverbandes

Seit 2013 flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion

Mitglied im Innenausschuss

Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe





Diese Politik schadet unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck einer völlig unsouveränen und verängstigten Politik, der wir Grüne uns auch weiterhin sehr klar entgegenstellen müssen, und zwar auch da, wo es für uns mal unbequem wird. Denn wir wissen: Demokratie wird besser wenn Menschen sich einmischen.

Ihr wisst, mein politisches Herz gehört der Menschenrechtspolitik. Seit sieben Jahren bin ich Sprecherin der Bundestagsfraktion für Fragen rund um die Flüchtlingspolitik. Auch wenn dieses Thema im Zuständigkeitsbereich der Innenpolitik liegt, habe ich mich in den vergangenen Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass wir über unseren eigenen Tellerrand schauen. Die beste Flüchtlingspolitik ist die, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Blick nimmt und tatsächlich angeht. Denn Flucht ist immer Zwang, nie freiwillig. Deshalb ist es auch richtig, unsere Klimapolitik, unsere Rüstungspolitik und unsere Agrar- und Handelspolitik immer wieder zu hinterfragen und in einen Zusammenhang mit den globalen Fluchtbewegungen zu stellen.

Für mich ist Europa mehr als nur offene Binnengrenzen und freier Warenverkehr. Europa ist das Versprechen, dass wir unsere Herausforderungen gemeinsam meistern und solidarisch miteinander sind. Fünf Jahre lang haben Union und SPD eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik blockiert, die Verantwortung an die Türkei ausgelagert und untätig dabei zugesehen, wie sich die Situation an den europäischen Außengrenzen in eine menschenrechtliche Tragödie verwandelt. Gleichzeitig hat sie mit der Beschränkung des Familiennachzugs einen der wenigen sicheren Fluchtwege zerstört und so bewusst in Kauf genommen, dass Kinder und Jugendliche über Jahre von ihren Eltern getrennt bleiben - in meinen Augen eine der abgründigsten Entscheidungen, die diese Koalition zu verantworten hat. Ich verspreche Euch, dass ich nicht locker lassen werde, bis diese - auch integrationspolitisch verheerenden - Entscheidungen endlich zurückgenommen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, auch Ihr habt Euch dieses Jahr sicher anders vorgestellt. Die letzten acht Monate haben uns gezeigt, wie fragil wesentliche Teile unseres Gemeinwesens sind. Die Pandemie hat uns aber auch die bundespolitischen Versäumnisse der letzten Jahre deutlich vor Augen geführt. Prekäre Arbeitsbedingungen beim Pflege- und Krankenhauspersonal, ein riesiger Aufholbedarf bei der Digitalisierung und die traurige Erkenntnis, dass Union und SPD den Kindern und Familien in Zeiten der Krise nur nachrangig Bedeutung beimisst.

Viele Menschen in unserem Land sind es leid, den Krisen immer nur hinterher zu laufen. Zu Recht. Politik darf nicht erst dann handeln, wenn uns allen das Wasser bis zum Hals steht und die Umstände ihr keine andere Wahl mehr lassen. Das gilt für die Bekämpfung der Klimakrise genauso wie für ein stabiles, vorsorgendes Gesundheitssystem, für die Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen in der Gesellschaft und unseren demokratischen Institutionen, wie auch für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik. Wer gestalten will, muss vorsorgen und Probleme lösen, bevor sie mit aller Macht aufschlagen. Dieses Versprechen können wir Grüne geben. Mit Weitsicht und Entschlossenheit.

Zweimal habt Ihr mir bereits das Vertrauen geschenkt, für Euch als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zu ziehen und für Grüne Politik im Deutschen Bundestag zu streiten. Ich habe das Mandat nie als eine Selbstverständlichkeit verstanden, sondern immer als Auftrag von Euch, mit Kraft und lauter Stimme für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in Berlin einzustehen. In den Ländern, nicht zuletzt in Schleswig-Holstein, zeigen wir bereits, dass Grüne Politik einen Unterschied macht. Ich werde dafür kämpfen, dass wir uns auch in der Bundespolitik beweisen können. Denn die Zukunftsfragen warten nicht. Sie müssen jetzt angegangen werden.

Ich bringe bundespolitische Erfahrung, Kraft und ein grünes Herz mit und bitte Euch erneut um Eure Unterstützung. Lasst uns die kommenden Monate für grüne Themen kämpfen und gemeinsam Berge versetzen.

Eure Luise



## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.

In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, sondern auch ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die after-work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2009, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung 2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koalitiert, in die Opposition drängen zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestag ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Als Listenplatz 2 bin und will ich Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als



Alter:

51

Geschlecht:

männlich

Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen.

Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klammern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, es geht darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt.

Durch Corona ist jedoch klargeworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeutet, die die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, sondern eine Art „Vorhaltigkeit“ ist, die die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.

Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkeltauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Eitelkeit, Probleme lösen, statt sie auszusitzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt. Dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das Gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hat, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, seinem Listenplatz, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.

Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler\*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status-Quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status-Quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster vorbereitet. Wir kämpfen 2021, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür: Geschlossen aus SH heraus die Führung im Bund. Und dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

# BEWERBUNG FÜR DEN LISTENPLATZ 2

## Landesliste Schleswig-Holstein



Bild: Urban Zintel

### ROBERT HABECK

2002 – 2004 Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg

2004 – 2009 Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

2008 – 2009 Fraktionsvorsitzender Kreistag Schleswig-Flensburg

2009 – 2012 Fraktionsvorsitzender Landtag Schleswig-Holstein

2012 – 2018 Minister für Umwelt, Energiewende, Landwirtschaft, Ländliche Räume (bis 2017),  
Reaktorsicherheit, Digitalisierung (ab 2017) und  
stellvertretender Ministerpräsident (bis 2016).

Seit 2018 Bundesvorsitzender

## Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.

In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, sondern auch ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwor-

tung zu übernehmen. Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die after-work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2009, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung 2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koalitiert, in die Opposition drängen zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestag ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Als Listenplatz 2 bin und will ich Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen.

Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klamern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, es geht darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt.

Durch Corona ist jedoch klargeworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeutet, die die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, sondern eine Art „Vorhaltigkeit“ ist, die die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.

Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkeltauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Eitelkeit, Probleme lösen, statt sie auszusitzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt. Dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das Gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hat, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, seinem Listenplatz, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.

Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler\*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status-Quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status-Quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster vorbereitet. Wir kämpfen 2021, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür: Geschlossen aus SH heraus die Führung im Bund. Und dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

LL 3 IN Ingrid Nestle

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

Hiermit bewerbe ich mich auf Platz 3 der Landesliste zur Bundestagswahl. Ich möchte eine weitere Legislatur in den Bundestag, weil ich für und mit Euch für wirksamen und ausreichenden Klimaschutz kämpfen möchte. Die nächste Legislatur wird für uns und künftige Generationen eine zentrale Rolle spielen. Diese Zeit ist entscheidend, weil die Klimakrise nicht auf uns wartet. Diese Zeit ist entscheidend, weil wir die Auswirkungen der Klimakrise jetzt bei uns sehen und spüren und somit immer mehr Menschen bereit sind zu handeln. Und diese Zeit ist entscheidend, weil die gigantischen Demos von Fridays for Future endlich die Lethargie der Bundesregierung angekratzt haben.

Diese Lethargie ist umso tragischer, da alle notwendigen Technologien und Konzepte längst entwickelt sind. Mehr Erneuerbare Energien, ein vielfältiges statt Auto-zentriertes Angebot für Mobilität und faire CO2-Preise müssen politisch beschlossen werden. Wir können mit mehr Erneuerbaren Energien, optimierter Energieeffizienz und ein bisschen geänderten Gewohnheiten hervorragend leben, ohne das Klima in irreversible Kippunkte zu treiben. Klimapolitik gefährdet auch nicht Artenschutz, sozialen Zusammenhalt oder materiellen Wohlstand. Ganz im Gegenteil.

Klimaschutz ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaftspolitik und Wohlstand. Klimaschutz ist notwendig für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Menschenrechte. Klimaschutz ist die Grundlage für Artenvielfalt, gesunde Ökosysteme und unser täglich Brot. Gerade für uns in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist Klimaschutz die Voraussetzung für Zukunft.

Zu lange haben wir GRÜNE auf Bundesebene nicht mitregiert. Zentrale Entscheidungen der Klimapolitik werden in Berlin gefällt. Es reicht nicht, ein paar nette Projekte und viele Sonntagsreden zum Klimaschutz zu liefern. Die Frage ist, ob wir rechtzeitig und entschieden genug handeln, um die Kippunkte im Weltklima mit ihren kaum vorstellbaren Folgen zu vermeiden. Derzeit tut Deutschland dramatisch zu wenig. Vermutlich ist die nächste Legislatur das letzte Zeitfenster, um den Klimazielen aus Paris noch gerecht zu werden.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen, im Wahlkampf für ein starkes Grünes Ergebnis zu streiten mit dem Anspruch, Politik in der nächsten Legislatur zu prägen und entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen Frauen und Männer in unseren Parlamenten, die für ihre Sache brennen. Das gibt den Ansporn auch bei Schwierigkeiten und Widerständen Veränderung zu ermöglichen. Demokratie lebt davon, dass im Streit um die Sache für die beste Lösung gerungen wird. Sie darf nicht verknöchern in der Professionalität, auf jede Situation vorhersehbar perfekt zu reagieren und den politisch opportunen Kompromiss zu moderieren. Dazu gehört auch Offenheit für die vielen wichtigen Themen, die unsere Zeit prägen. Um nur ein paar weitere zu nennen: Steuergerechtigkeit. Internationale Gerechtigkeit. Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige Medienlandschaft, die Fakten statt Hetze zu den Menschen bringt. Echte Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Eine angemessene Kindergrundsicherung.

Vor ungefähr einem Vierteljahrhundert habe ich in der Jugendumweltbewegung meine ersten Erfahrungen mit Politik gesammelt. Klimaschutz stand damals wie heute im Mittelpunkt meiner



Alter:

42

Geschlecht:

weiblich

politischen Arbeit. Auch mein Studium hat sich um dieses Thema gedreht: ich bin Wirtschaftsingenieurin rund um die Energiewende und habe zur Klimakrise promoviert.

2001 brachte mich meine Lebensaufgabe zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND. Ich durfte für Euch im Bundestag und als Staatssekretärin konkret an Lösungen arbeiten und meinen Beitrag leisten. Doch ich bin noch lange nicht fertig.

In 25 Jahren werden wir uns wahrscheinlich eine Zeitmaschine wünschen, mit der wir zurück können in das Jahr 2020 und es noch einmal besser machen. Nutzen wir das Glück, dass wir tatsächlich im Jahr 2020 sind und ergreifen wir unsere Chance.

Ich bitte Euch um Eure Stimme meine Erfahrung, mein Wissen und meine Leidenschaft für Klimaschutz eine weitere Legislatur in den Bundestag zu tragen.

Eure Ingrid



# BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG INGRID NESTLE

Liebe Freundinnen und Freunde,

Hiermit bewerbe ich mich auf Platz 3 der Landesliste zur Bundestagswahl. Ich möchte eine weitere Legislatur in den Bundestag, weil ich für und mit Euch für wirksamen und ausreichenden Klimaschutz kämpfen möchte. Die nächste Legislatur wird für uns und künftige Generationen eine zentrale Rolle spielen.



Diese Zeit ist entscheidend, weil wir die Auswirkungen der Klimakrise jetzt bei uns sehen und spüren und somit immer mehr Menschen bereit sind zu handeln. Und diese Zeit ist entscheidend, weil die gigantischen Demos von Fridays for Future endlich die Lethargie der Bundesregierung angekratzt haben.

Diese Lethargie ist umso tragischer, da alle notwendigen Technologien und Konzepte längst entwickelt sind. Mehr Erneuerbare Energien, ein vielfältiges statt Auto-zentriertes Angebot für Mobilität und faire CO2-Preise müssen politisch beschlossen werden. Wir können mit mehr Erneuerbaren Energien, optimierter Energieeffizienz und ein bisschen geänderten Gewohnheiten hervorragend leben, ohne das Klima in irreversible Kipppunkte zu treiben. Klimapolitik gefährdet auch nicht Artenschutz, sozialen Zusammenhalt oder materiellen Wohlstand. Ganz im Gegenteil.

Klimaschutz ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaftspolitik und Wohlstand. Klimaschutz ist notwendig für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Menschenrechte. Klimaschutz ist die Grundlage für Artenvielfalt, gesunde Ökosysteme und unser täglich Brot. Gerade für uns in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist Klimaschutz die Voraussetzung für Zukunft.

Zu lange haben wir GRÜNE auf Bundesebene nicht mitregiert. Zentrale Entscheidungen der Klimapolitik werden in Berlin gefällt. Es reicht nicht, ein paar nette Projekte und viele Sonntagsreden zum Klimaschutz zu liefern. Die Frage ist, ob wir rechtzeitig und entschieden genug handeln, um die Kipppunkte im Weltklima mit ihren kaum vorstellbaren Folgen zu vermeiden. Derzeit tut Deutschland dramatisch zu wenig. Vermutlich ist die nächste Legislatur das letzte Zeitfenster, um den Klimazielen aus Paris noch gerecht zu werden.



# BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG INGRID NESTLE

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen, im Wahlkampf für ein starkes Grünes Ergebnis zu streiten mit dem Anspruch, Politik in der nächsten Legislatur zu prägen und entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen Frauen und Männer in unseren Parlamenten, die für ihre Sache brennen. Das gibt den Ansporn auch bei Schwierigkeiten und Widerständen Veränderung zu ermöglichen. Demokratie lebt davon, dass im Streit um die Sache für die beste Lösung gerungen wird. Sie darf nicht verknöchern in der Professionalität, auf jede Situation vorhersehbar perfekt zu reagieren und den politisch opportunen Kompromiss zu moderieren. Dazu gehört auch Offenheit für die vielen wichtigen Themen, die unsere Zeit prägen. Um nur ein paar weitere zu nennen: Steuergerechtigkeit. Internationale Gerechtigkeit. Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige Medienlandschaft, die Fakten statt Hetze zu den Menschen bringt. Echte Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Eine angemessene Kindergrundsicherung.

Vor ungefähr einem Vierteljahrhundert habe ich in der Jugendumweltbewegung meine ersten Erfahrungen mit Politik gesammelt. Klimaschutz stand damals wie heute im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Auch mein Studium hat sich um dieses Thema gedreht: ich bin Wirtschaftsingenieurin rund um die Energiewende und habe zur Klimakrise promoviert. 2001 brachte mich meine Lebensaufgabe zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND. Ich durfte für Euch im Bundestag und als Staatssekretärin konkret an Lösungen arbeiten und meinen Beitrag leisten. Doch ich bin noch lange nicht fertig.

In 25 Jahren werden wir uns wahrscheinlich eine Zeitmaschine wünschen, mit der wir zurück können in das Jahr 2020 und es noch einmal besser machen. Nutzen wir das Glück, dass wir tatsächlich im Jahr 2020 sind und ergreifen wir unsere Chance.

Ich bitte Euch um Eure Stimme meine Erfahrung, mein Wissen und meine Leidenschaft für Klimaschutz eine weitere Legislatur in den Bundestag zu tragen.

Eure Ingrid

## KONTAKT

[ingrid.nestle@bundestag.de](mailto:ingrid.nestle@bundestag.de)  
[@ingrid\\_nestle](https://www.instagram.com/ingrid_nestle)  
[fb.com/ingridnestleMdB](https://www.facebook.com/ingridnestleMdB)

Ingrid Nestle, geb. 1977  
verheiratet, 2 Kinder  
Mitglied im KV Steinburg

## LL 4 KvO Konstantin v. Notz

Antragsteller\*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)  
Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

### Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in extrem herausfordernden Zeiten: Krisen verschränken und verstärken sich. Die dramatischen Folgen des Klimawandels werden täglich konkreter und spürbarer. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, weltweite Kriege und Armut treiben Millionen Menschen in die Migration. Häufig entziehen sich Großkonzerne jedweder Regulierung und Verantwortung. Die Corona Pandemie fordert von uns allen ein Höchstmaß an Verantwortung und Solidarität.

Angesichts dieser Krisen brauchen wir starke Demokratien und entschlossene Demokrat\*innen. Aber Demokratie und Rechtsstaat stehen unter Druck. Sie werden von Zynikern, Hasardeuren und Faschisten offen in Frage gestellt – weltweit, in Europa und auch in Deutschland.

Hass und Hetze prägen immer öfter den öffentlichen Diskurs. Gezielt verbreiten Rechtsextremisten Angst. Sie versuchen mit rassistischen und völkischen Erzählungen unsere Gesellschaft zu zersetzen und bedrohen Menschen, die anders denken, anders aussehen oder anders lieben.

Rechte Netzwerke reichen bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagoge in Halle haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben die größte Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

Bewältigen können wir die Herausforderungen unserer Zeit nur, wenn wir vernetzt und solidarisch handeln: Die privaten Seenotretter\*innen auf dem Mittelmeer, die Frauen auf den Straßen in Belarus, die Menschen in Deutschland, die nicht aufhören, die Stimme gegen rechte Hetze zu erheben – mutige Menschen machen Mut. Und Mut tilgt den Hass und frisst die Angst.

Wir brauchen mutige Bürger\*innen, denn Verzagtheit rettet nicht den Planeten und Angst nutzt nur den Feinden der Freiheit. Wir brauchen aber auch eine Politik, die sich nicht scheut, Demokratiefeinde beim Namen zu nennen und Ursachen für Klimakrise und Fluchtbewegungen entschlossen anzugehen. Die Zeit drängt.

Wenn wir Grüne bei all diesen Fragen die nächste Bundesregierung nicht antreiben, wird es niemand tun. Wir haben die Ideen, die Köpfe und die Konzepte – und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt: Wir können das. Wir verhandeln unsere Inhalte hart, sind aber auch kompromissfähig. Wir sind streitbar, aber auch verlässlich und solidarisch. Wir gehen in unbequeme Bündnisse, verkaufen aber nicht unsere Ideale. Und so kämpfen wir weiter für unsere Bürgerrechte, eine konsequente Klima-, Agrar- und Verkehrswende, gegen die Vorratsdatenspeicherung und Unsinnprojekte wie die Fehmarnbeltquerung.

In Schleswig-Holstein haben wir viel erreicht, im Bund sehr viel vor. Gerne will ich weiter im Deutschen Bundestag für unseren Landesverband, für Schleswig-Holstein und unsere rechtsstaatliche Demokratie streiten.



Alter:

49

Geschlecht:

männlich

Dabei möchte ich meine ganze politische Erfahrung einbringen, die ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Koordinator für Innen, Recht, Verbraucherschutz und Flüchtlingspolitik, als Digitalpolitiker, als Aufklärer in Untersuchungsausschüssen und bei der Kontrolle der Geheimdienste gesammelt habe.

Als überzeugter Parlamentarier und radikaler Demokrat möchte ich auch weiterhin Sicherheits-, Kontroll- und Rechtsstaatsdefizite aufdecken, dringend benötigte Reformen vorantreiben und mich gemeinsam mit Euch für Vielfalt, Toleranz und Humanität einsetzen.

Dafür bitte ich Euch um Eure Stimme!

*Euer Konstantin*



**BEWERBUNG UM LISTENPLATZ 4**

**KONSTANTIN VON NOTZ**

---

## PERSÖNLICH

- Geboren 1971 in Mölln
- Verheiratet, 2 Kinder
- Abitur und Zivildienst in Frankfurt a. M.
- Jurastudium und Promotion in Heidelberg
- 2003 - 2009 Rechtsanwalt in Mölln
- Engagement bei Transparency International
- Anwaltsnotdienst und Demobeobachtung

---

## FÜR EUCH DA



Alle Links & Infos findet Ihr auch auf  
[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)

---

## DIE GRÜNEN

- Seit 1995 Mitglied bei den Grünen
- Seit 2004 Mitglied der Möllner Stadtvertretung
- Seit 2013 stellvertretender Bürgermeister
- 2007-2011 Sprecher des KV Lauenburg
- 2002-2011 Sprecher der LAG Demokratie & Recht
- 2011-2018 Mitglied der BDK-Antragskommission
- Seit 2009 Mitglied der Bundestagsfraktion

---

## BUNDESTAG

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Koordinator für Innen, Recht & Verbraucherschutz
- Beauftragter für Religion & Weltanschauungen
- Mitglied des Innenausschusses
- Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums
- Stellv. Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz

---

## Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in extrem herausfordernden Zeiten: Krisen verschränken und verstärken sich. Die dramatischen Folgen des Klimawandels werden täglich konkreter und spürbarer. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, weltweite Kriege und Armut treiben Millionen Menschen in die Migration. Häufig entziehen sich Großkonzerne jedweder Regulierung und Verantwortung. Die Corona Pandemie fordert von uns allen ein Höchstmaß an Verantwortung und Solidarität.

Angesichts dieser Krisen brauchen wir starke Demokratien und entschlossene Demokrat\*innen. Aber Demokratie und Rechtsstaat stehen unter Druck. Sie werden von Zynikern, Hasardeuren und Faschisten offen in Frage gestellt – weltweit, in Europa und auch in Deutschland.

Hass und Hetze prägen immer öfter den öffentlichen Diskurs. Gezielt verbreiten Rechtsextremisten Angst. Sie versuchen mit rassistischen und völkischen Erzählungen unsere Gesellschaft zu zersetzen und bedrohen Menschen, die anders denken, anders aussehen oder anders lieben.

Rechte Netzwerke reichen bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagoge in Halle haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben die größte Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

Bewältigen können wir die Herausforderungen unserer Zeit nur, wenn wir vernetzt und solidarisch handeln: Die privaten Seenotretter\*innen auf dem Mittelmeer, die Frauen auf den Straßen in Belarus, die Menschen in Deutschland, die nicht aufhören, die Stimme gegen rechte Hetze zu erheben – mutige Menschen machen Mut. Und Mut tilgt den Hass und frisst die Angst.

Wir brauchen mutige Bürger\*innen, denn Verzagtheit rettet nicht den Planeten und Angst nutzt nur den Feinden der Freiheit. Wir brauchen aber auch eine Politik, die sich nicht scheut, Demokratiefeinde beim Namen zu nennen und Ursachen für Klimakrise und Fluchtbewegungen entschlossen anzugehen. Die Zeit drängt.

Wenn wir Grüne bei all diesen Fragen die nächste Bundesregierung nicht antreiben, wird es niemand tun. Wir haben die Ideen, die Köpfe und die Konzepte – und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt: Wir können das. Wir verhandeln unsere Inhalte hart, sind aber auch kompromissfähig. Wir sind streitbar, aber auch verlässlich und solidarisch. Wir gehen in unbequeme Bündnisse, verkaufen aber nicht unsere Ideale. Und so kämpfen wir weiter für unsere Bürgerrechte, eine konsequente Klima-, Agrar- und Verkehrswende, gegen die Vorratsdatenspeicherung und Unsinnprojekte wie die Fehmarnbeltquerung.

In Schleswig-Holstein haben wir viel erreicht, im Bund sehr viel vor. Gerne will ich weiter im Deutschen Bundestag für unseren Landesverband, für Schleswig-Holstein und unsere rechtsstaatliche Demokratie streiten.

Dabei möchte ich meine ganze politische Erfahrung einbringen, die ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Koordinator für Innen, Recht, Verbraucherschutz und Flüchtlingspolitik, als Digitalpolitiker, als Aufklärer in Untersuchungsausschüssen und bei der Kontrolle der Geheimdienste gesammelt habe.

Als überzeugter Parlamentarier und radikaler Demokrat möchte ich auch weiterhin Sicherheits-, Kontroll- und Rechtsstaatsdefizite aufdecken, dringend benötigte Reformen vorantreiben und mich gemeinsam mit Euch für Vielfalt, Toleranz und Humanität einsetzen.

Dafür bitte ich Euch um Eure Stimme!

*Euer Konstantin*

---

## IM BUND



---

## IM LAND



---

## IM WAHLKREIS



LL 5 BE Bianka Ewald

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Status: Zurückgezogen

## Selbstvorstellung

Bewerbung ab Listenplatz 5

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich habe 13 Jahre Diktatur in meiner Heimatstadt Halle miterlebt. Bis vor 31 Jahren die Mauer fiel. Dass ich mich überhaupt bei euch um ein Votum bewerben kann, dass wir wählen und gewählt werden dürfen, ist ein großes Privileg.

Seit mehr als 20 Jahren wohne ich nun im nördlichsten Bundesland Deutschlands. Hier habe ich meine Familie gegründet und arbeite seit 10 Jahren als Lehrerin in einer großen Gemeinschaftsschule. In unserem Ortsverband Uetersen und in der Ratsfraktion setzte ich mich vor allem für gerechte, zeitgemäße und moderne Bildung für alle Altersstufen ein und wurde im August 2020 zum wiederholten Mal zur Sprecherin des Ortsvorstandes gewählt. Jetzt sind meine Kinder erwachsen. Und ich möchte mich einer neuen Lebensaufgabe stellen.

Gerechtigkeit und Umweltschutz

Während des Studiums war ich mehrere Jahre Mitglied eines Forschungsteams zum Thema Inklusion in den Hamburger Brechtschulen. In meiner Gemeinschaftsschule engagiere ich mich für die Begabtenförderung und für die bestmögliche Beschulung von Schüler\*innen mit einem Förderbedarf. Inklusion ist eines meiner wichtigsten Anliegen. In meinem Beruf genauso wie in meinem privaten Umfeld, habe ich viel Ungerechtigkeit beobachtet: Kinder, die hungrig im Klassenzimmer sitzen und keine Materialien dabei haben. Eltern, die mit der Flut von Anträgen überfordert sind. Und Jugendliche, die sich wegen ihrer sexuellen Orientierung zurückziehen, weil unsere Gesellschaft noch in vielen Bereichen an den sogenannten „traditionellen Familienmodellen“ festhält. Mich beunruhigt auch die zunehmende Zerstörung der Natur für den Preis einer gewinnorientierten Gesellschaft. Privat, beruflich und in der Kommunalpolitik setze ich mich schon seit Jahren für verschiedene Maßnahmen ein, welche die Zerstörung aufhalten sollen. Doch diese Maßnahmen sind nicht annähernd genug. Und die Zeit läuft uns davon. Zu den jungen mutigen Menschen von „fridays for future“ gehören auch meine Tochter und meine Schüler\*innen. Sie sind verzweifelt und haben allen Grund dazu. Ich möchte helfen zu retten, was noch zu retten ist. Dazu gehört auch, meine Heimatregionen in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt stärker ins grüne Boot zu holen. Ich verstehe die Sprache auf beiden Seiten (der leider noch imaginär vorhandenen Mauer) und kann die Verletzungen vieler Ostdeutscher nachvollziehen. Um den Klimawandel aufzuhalten, brauchen wir alle Regionen.

Erhalt der Demokratie, mehr Gerechtigkeit in der Bildung und Gesellschaft und der Schutz unserer Umwelt - für diese Themen will ich in Berlin arbeiten und kämpfen.

Meine Kompetenzen

Viele Umbrüche und Krisen musste ich bereits in meinem Leben meistern. Sie haben mich gestärkt. Und für Probleme sensibilisiert. Ich kann mich durchkämpfen und bleibe an meinen Zielen dran. Ich scheue keine Konflikte, bin aber in der Lage, sie auf einem respektvollen, sachlichen Niveau zu lösen.



Alter:

44

Geschlecht:

weiblich

Ich bin empathisch und dazu fähig, große Zusammenhänge zu verstehen und zu überblicken, Probleme zu erkennen und Lösungen dafür zu finden. Ich sehe, wo angepackt werden muss. Und: Ich liebe Herausforderungen. Mein Sohn (21) ist aufgrund einer angeborenen Behinderung in vielen Lebensbereichen auf Hilfe angewiesen. Ihn und seine Interessen zu vertreten, bedeutet auch: sein persönliches Budget verwalten, zahlreiche Anträge und Widerrufe schreiben, Mitarbeiter\*innen einstellen und Dienstpläne abstimmen. Mein erworbenes Fachwissen gebe ich wiederum an andere betroffene Familien weiter. Organisatorisches Geschick und Flexibilität ermöglichen mir, Familie, Lehrerberuf und Ehrenämter zugleich erfolgreich zu meistern.

Was ich im Bundestag erreichen will:

1. Inklusion: Es muss selbstverständlich sein, dass alle Menschen in Deutschland ein sicheres, selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne Armut leben können - auch ältere, pflegebedürftige, behinderte oder alleinerziehende Menschen und deren Kinder. Für all diese Menschen muss erreicht werden, dass die Leistungen zur Teilhabe nicht vom Einkommen abgezogen werden. Dazu muss sich die Leistungsgestaltung an den Bedürfnissen orientieren. Der Prozess der Antragstellung und die dazugehörigen Formulare gilt es, zu verschlanken und verständlicher zu gestalten. Barrieren jeglicher Art - sei es an und in Gebäuden, im Straßen- und öffentlichen Nahverkehr, bei Veranstaltungen oder bei der Nutzung von Medien - müssen stetig weiter abgebaut werden, damit alle Menschen gleichberechtigt Zugang zu allen Lebensbereichen haben und so als vollwertige Mitglieder an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können.

2. Gerechte Bildung: Schulerfolg ist immer noch eine Frage der sozialen Herkunft und des Wohnortes. Benachteiligte Kinder und Jugendliche sollen die individuelle Förderung und Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür ist eine flächendeckende Vernetzung sinnvoll und nötig. Es müssen Anreize geschaffen werden, um Klima-, Umwelt- und Naturschutz bundesweit in den Schulen und Kindergärten zu verankern. Die Studien- und Arbeitsbedingungen für Studierende sind verbesserungswürdig. Wir müssen mehr Unterstützung bei der Wahl eines geeigneten Studiengangs anbieten und die Kriterien der Studienzulassung überarbeiten, mit dem Ziel, die hohe Abbruchrate von aktuell etwa einem Drittel zu verringern. Dazu müssen die Kommunen und Länder beim Ausbau hochwertiger und inklusiver Ganztagsangebote vom Bund noch viel stärker unterstützt werden.

3. Klimaschutz: Die Finanzen sind der Schlüssel, um die soziale und die Bildungsgerechtigkeit weiter voranzubringen. Ganz wichtig ist für mich auch die Frage, wie sich eine im ökologischen Sinne nachhaltige Finanzpolitik gestalten lässt. Wie können wir die Mittel nutzen, um die Energiewende zu forcieren, die Klimaerwärmung zu stoppen, unseren Planeten zu retten – und gleichzeitig für soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Frieden zu sorgen? Wir müssen alle Wege nutzen, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Egal welche Entscheidung im Bund getroffen wird, zuerst sollte geklärt werden, ob sich diese mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Zusätzlich müssen wir aktiv Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz ergreifen. Es wird Zeit für eine grüne Regierungsbeteiligung.

Gemeinsam mit euch möchte ich über diese Schwerpunkte hinaus die Ziele von Bündnis 90/Die Grünen und die Belange Schleswig-Holsteins in Berlin voranbringen. Die Basis dafür ist mein Wille, für unsere demokratische Freiheit und den Rechtsstaat zu kämpfen. Was eine Diktatur unter dem wohlmeinenden und irreführenden Titel „Sozialismus“ für die Bevölkerung bedeutet, habe ich in meiner Kindheit und Jugend in der DDR erlebt. Gegen die Feinde der Demokratie werde ich immer kämpfen. So wie damals in Halle auf den Demos.

Ich freue mich sehr auf eure Fragen zu mir und meinen Vorhaben in Berlin. Und auf ein persönliches Kennenlernen bei einem Tee oder Kaffee. Ruft mich an oder schreibt mir eine Nachricht.

Herzliche Grüße

Bianka Ewald

Bildungsweg/Berufserfahrung: seit Mai 2010 Lehrerin an der Erich Kästner Gemeinschaftsschule Elmshorn (KGSE) Fächer: Sport, Mathematik, Religion und Deutsch; Engagement in der Schulentwicklung und AG Zukunft (Nachhaltigkeitsbildung) mit Kolleg\*innen, Schüler\*innen und Eltern; bis 2008 auch selbstständige Zirkuspädagogin

Studium/Referendariat: 2003 bis 2010 in Hamburg (meine Kinder waren zu Beginn 2 und 4 Jahre alt); Mitarbeit an mehrjährigem Forschungsprojekt und als Tutorin; Spezialisierung: Inklusion, Digitalisierung und Religion für alle – interkulturell

Ausbildungen: 1998 Abschluss zur Bürokauffrau in Elmshorn; praktisches Jahr bei der Sportjugend Sachsen-Anhalt; Sportgymnasium Halle/Saale (Leistungssport Judo)

Ehrenämter: Übungsleiterin, Betreuerin, Kampfrichterin, Fahrtenleiterin, Seminarleiterin beim Judoverein, bei der Sportjugend Sachsen-Anhalt, beim Kreisjugendring Pinneberg (auch stellvertretende Vorsitzende), Gründung einer Selbsthilfegruppe für Eltern von Kindern im autistischen Spektrum und des Vereins Stark durch Zirkus e.V.

Politisches Engagement: 1989 Teilnehmerin der Montagsdemos für die Freiheit, seit 2013 Mitglied der Grünen Ratsfraktion in Uetersen. Eine besondere Herausforderung war der Aufbau unserer Fraktion nach der Neugründung 2013; seit 2015 Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Uetersen (mit 2-jähriger Unterbrechung)

# BIANKA EWALD



## Wer ich bin:

- am 20. September 1976 geboren, aufgewachsen in Halle/Saale
- verheiratet, zwei erwachsene Kinder
- seit 24 Jahren in Schleswig-Holstein
- Lehrerin an einer Gemeinschaftsschule in Elmshorn - Mathe, Sport, Religion, Weltkunde
- Bürgerliches Mitglied in der Ratsversammlung Uetersen (Kreis PI)
- Sprecherin des Ortsverbandes Uetersen

## Wofür ich mich im Bundestag einsetzen will:

### Soziale Gerechtigkeit und Inklusion

Es muss selbstverständlich sein, dass alle Menschen in Deutschland ein sicheres, selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne Armut leben können. Jede\*r hat das Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen.

- Reform bzw. Vereinfachung der Anträge für Leistungen zur Teilhabe
- Barriereabbau in allen Bereichen, z. B. bei Gebäuden, Mobilität, Medien, lebenslangem Lernen
- Zusammenführung der privaten und gesetzlichen in eine gemeinsame solidarische Pflegeversicherung

### Bildungsgerechtigkeit

Schulerfolg ist immer noch eine Frage der sozialen Herkunft und des Wohnorts. Auch wenn die Bildungshöhe bei den Ländern liegt, kann der Bund hier wichtige Impulse setzen.

- regelmäßige Treffen: Bund und Länder finden gemeinsam den größtmöglichen gemeinsamen Nenner für die Themen Bildungsgerechtigkeit, Nachhaltigkeitsbildung und Digitalisierung
- finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Ausstattung der Schulen und den Ausbau der Kitas.
- Entwicklung eines Beratungsprogramms und Überarbeitung der Zulassungskriterien für Studierende. Ziel: Verringerung der Abbruchrate.



*Wie fühlt es sich an, blind zu sein? Im Sportunterricht lasse ich (im Foto vorn) das meine Schüler\*innen ausprobieren, zum Beispiel beim Fußball*

## Klima- und Umweltschutz

Die Finanzpolitik ist der Schlüssel. Wir müssen uns bei allen Entscheidungen im Bund fragen, ob sie mit den Klimazielen vereinbar sind, wie wir auf ökologisch nachhaltige Weise investieren und gleichzeitig die soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden erhalten.

- nachhaltige Finanzpolitik: Über Investitionen muss nach ökologischen Kriterien entschieden werden.
- Anreize schaffen, um Klima-, Umwelt- und Naturschutz noch umfangreicher als bisher in Lehrplänen zu verankern, z.B. mit bundesweiten Kampagnen, Aktionen, Wettbewerben
- enger Dialog und Zusammenarbeit mit FFF-Aktivist\*innen



*Insektenparadies: Unser Vorgarten in Uetersen*

## Warum ich dafür geeigneten bin:

Umbrüche und Krisen in meinem Leben haben mich gestärkt und sensibilisiert. Ich kann mich durchkämpfen und bleibe an meinen Zielen dran. Dabei scheue ich keine Konflikte, bin aber in der Lage, sie auf einem respektvollen, sachlichen Niveau zu lösen. Ich bin empathisch und fähig, große Zusammenhänge zu verstehen und zu überblicken, Probleme zu erkennen und Lösungen zu finden. Ich sehe, wo angepackt werden muss.

Und: Ich liebe Herausforderungen.



*Ob beim Wahlkampf, wie hier mit Bürgermeisterkandidat Thorsten Berndt, als Ortsverbandssprecherin oder in der Ratsfraktion: Ich bin seit 2013 bei den Grünen in Uetersen aktiv*

## Kontakt

+ 49 151 62603654

@ [bianka.ewald@gruene-uetersen.de](mailto:bianka.ewald@gruene-uetersen.de)

f [facebook.com/bianka.ewald](https://www.facebook.com/bianka.ewald)

@ [instagram.com/bianka3wald](https://www.instagram.com/bianka3wald)

LL 5 DL Denise Loop

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

den ersten Kontakt mit den Grünen hatte ich vor 10 Jahren auf einer Anti-Atomkraftdemo in Brokdorf. Für mich ist es nach wie vor eine große Ungerechtigkeit, dass die Folgen der Atomkraft zukünftige Generationen belasten werden. Den Ausstieg aus der Kernenergie haben wir erkämpft, doch in Anbetracht des Klimawandels ist der Slogan: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, aktueller denn je.

Ich wollte damals mehr als nur auf Demos teilnehmen, deswegen engagiere ich mich seitdem bei den Grünen aktiv. Während meiner Schulzeit habe ich die Grüne Jugend in Glückstadt mitgegründet und war dort Beisitzerin im Vorstand. Während meines Studiums der Sozialen Arbeit in Kiel konnte ich als Landessprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein den Bundestags- und Landtagswahlkampf mitgestalten.

Seit zwei Jahren bin ich Kreisvorsitzende der Grünen im Kreis Dithmarschen und Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein.

Im Herzen immer noch gegen Atomkraft und für die Energiewende, haben sich meine Schwerpunkte durch mein Studium und meine Arbeit auf sozial- und gesellschaftspolitische Themen verlagert. Noch immer bestimmt soziale Herkunft, ob Menschen in unserer Gesellschaft mitreden dürfen. Für mich ist klar, dass grüne Politik der konsequente Einsatz für Gerechtigkeit auf allen Ebenen ist.

Zurzeit ist die Pandemie allgegenwärtig, dennoch dürfen wir den Fokus für wichtige Themen wie Soziale Gerechtigkeit nicht verlieren. Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Menschen wird immer größer und Corona wirkt dabei wie ein Brennglas und verstärkt die Kontraste. Die Zeit drängt. Wir müssen die Schwachpunkte unserer Sozial- und Gesundheitssysteme klar benennen. Die Profitgier in diesen Bereichen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende digitale Ausstattung und wenig Geld für ärmeren Familien sind nur einige Beispiele. Die Bundestagswahl 2021 muss hierfür richtungsweisend sein, denn so wie bisher dürfen wir nicht weitermachen. Wenn die Gesellschaft sich spaltet und dadurch soziale Konflikte verschärft werden, dann fehlt die Unterstützung für die größte Krise des Jahrtausends – die Klimakrise. Für mich ist deutlich: Klimaschutz und Soziale Gerechtigkeit widersprechen sich nicht, sondern müssen konsequent zusammen gedacht werden.

Ich will den notwendigen Wandel aktiv mitgestalten und meine praktischen Erfahrungen im sozialen Bereich in konkretes politisches Handeln umsetzen. Daher bewerbe ich mich auf Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Sozial und feministisch!

21,3 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben und wachsen in Armut auf. In meiner Arbeit als Sozialarbeiterin bin ich täglich mit den Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung des SGB II, der Sanktionen und der Bedarfsgemeinschaften auf die Lebensrealitäten und Zukunftschancen von Kindern und jungen Menschen konfrontiert. Hier wird durch gesetzliche Strukturen bewusst soziale Ungleichheit produziert und erhalten. Die Corona-Pandemie hat diese Situation für viele Familien und für junge Menschen noch weiter verschärft und die Exklusion von Menschen in unserer Gesellschaft vorangetrieben. Gemeinsam mit euch, möchte ich diese Probleme und Herausforderungen angehen.



Alter:

26

Geschlecht:

weiblich

Ich möchte für eine bedingungslose Grundsicherung, die Erhöhung des Mindestlohns, Abschaffung des Niedriglohnssektors und eine Kindergrundsicherung streiten.

Doch Sozialpolitik beschränkt sich nicht nur auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Auch Frauen\* sind vielfach von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen. Sie arbeiten in schlecht bezahlten Berufen der Pflege und Erziehung. Sie leisten den großen Teil der Fürsorgearbeit und sind dadurch mehrfach belastet. Gerade jetzt während der Corona - Pandemie waren es Frauen\*, die zu Hause geblieben sind und sich unbezahlt um Familie und Haushalt gekümmert haben.

Hinzu kommt, dass die Bruttolöhne von Frauen\* im Schnitt 21 Prozent geringer sind als die von Männern. Das hängt zum einen mit der schon beschriebenen unbezahlten Care-Arbeit zusammen und zum anderen gibt es immer noch Gesetze, die massiv dafür sorgen, dass Frauen\* finanziell benachteiligt werden. Zum Beispiel wird durch das Ehegattensplitting eine finanzielle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen strukturell manifestiert. Es muss ersetzt werden durch ein Modell, welches sich an die Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts anpasst. Nicht die Ehe sollte gefördert werden, sondern, dass Menschen gemeinsam Kinder großziehen oder Angehörige pflegen.

Und gleichzeitig müssen wir endlich darüber sprechen wie wir private, aber auch bezahlte Care Arbeit gerechter aufteilen und sozialen Berufen mehr Anerkennung geben können.

Es ist notwendig, dass wir die Rahmenbedingungen unseres Sozialsystems verändern und alle Menschen, jung oder alt, mit oder ohne Behinderungen, ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft werden und in ihr partizipieren können. Anstatt Exklusion zu verwalten, müssen wir Inklusion ermöglichen!

Junge Menschen in die Parlamente!

Wir jungen Menschen sind politisch. Wir engagieren uns vielfältig auf unterschiedlichen Ebenen in Parteien, der Schule, Vereinen, Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen, wie Fridays for Future. Uns ist unsere Zukunft nicht egal, sondern wir wollen mitentscheiden und gestalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Forderungen und Positionen in die Parlamente tragen. Bei der Grünen Jugend wurde ich politisiert. Ich habe als Landesprecherin Wahlkämpfe organisiert, Ortsgruppen ins Leben gerufen und Podiumsdiskussionen. Jetzt bin ich als Teil von Bündnis 90/Die Grünen in Dithmarschen bei vielen Aktionen dabei und kämpfe für eine vielfältige, offenere und gerechtere Gesellschaft.

Daher steht mein Entschluss fest: Ich möchte Politik nicht mehr nur ehrenamtlich auf Kreis- und Landesebene gestalten, sondern für euch in den Bundestag. Ich möchte für eine progressive, grüne Sozialpolitik streiten, die Menschen auf Augenhöhe begegnet und echte Partizipation ermöglicht.

Gemeinsam mit euch möchte ich einen grünen und leidenschaftlichen Wahlkampf organisieren. Ich möchte mit euch durchs Land touren und auf die Straße gehen, um die Menschen für unsere grünen Ideen und Inhalte zu begeistern.

Dafür bitte ich um eure Stimme und euer Vertrauen!

Eure Denise

Denise Loop (sie)

\*19.05.1994 in Itzehoe

Staatlich Anerkannte Sozialarbeiterin

Beruflich:

Ambulante Hilfen Stiftung Drachensee Kiel – Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen

AWO Kiel - Offener Kinder- und Jugendtreff „Kick“

Seit 05/2018:  
Fachdienst Sozialpädagogische Hilfen/Jugendamt Kreis Dithmarschen

Bei den Grünen:

seit 2010:  
Mitglied der Grünen  
Jugend

seit 04/2016:  
Mitglied bei Bündnis 90/ Die Grünen

03/2015 bis 09/2017:  
Sprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein

09/2017 bis 09/2018  
politische Geschäftsführung Grüne Jugend Schleswig-Holstein

Seit 10/2019:  
Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

seit 07/2019:  
Vorsitzende KV Dithmarschen

Ansonsten:

Mitglied bei Verdi  
Ehrenamtlich bei den Pfadfindern aktiv  
Am liebsten zu Fuß unterwegs

Kontakt:

Denise.loop@posteo.de  
Facebook: Denise Loop  
Instagram: denise.loop  
<https://gruenejugend-sh.de/bundestagswahl/>

Ich freu mich über Fragen und Anregungen! Schreibt mir gerne!

# BEWERBUNG

## LISTENPLATZ 5



# DENISE LOOP

### Über mich:

- 26 Jahre alt
- Ausbildung* Staatlich anerkannte Sozialarbeiterin
- Beruflich* Ambulante Hilfen  
Stiftung Drachensee Kiel – Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen  
AWO Kiel - Offener Kinder- und Jugendtreff „Kick“
- Seit 05/2018:* Fachdienst Sozialpädagogische Hilfen/Jugendamt Kreis Dithmarschen

### Liebe Freundinnen und Freunde,

den ersten Kontakt mit den Grünen hatte ich vor 10 Jahren auf einer Anti-Atomkraftdemo in Brokdorf. Für mich ist es nach wie vor eine große Ungerechtigkeit, dass die Folgen der Atomkraft zukünftige Generationen belasten werden. Den Ausstieg aus der Kernenergie haben wir erkämpft, doch in Anbetracht des Klimawandels ist der Slogan: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, aktueller denn je.

Ich wollte damals mehr als nur auf Demos teilnehmen, deswegen engagiere ich mich seitdem bei den Grünen aktiv. Während meiner Schulzeit habe ich die Grüne Jugend in Glückstadt mitgegründet und war dort Beisitzerin im Vorstand. Während meines Studiums der Sozialen Arbeit in Kiel konnte ich als Landessprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein den Bundestags- und Landtagswahlkampf mitgestalten.

Seit zwei Jahren bin ich Kreisvorsitzende der Grünen im Kreis Dithmarschen und Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein.

Im Herzen immer noch gegen Atomkraft und für die Energiewende, haben sich meine Schwerpunkte durch mein Studium und meine Arbeit auf sozial- und gesellschaftspolitische Themen verlagert. Noch immer bestimmt soziale Herkunft,

## GRÜNES Engagement

- seit 2010* Mitglied der Grünen Jugend
- seit 04/2016* Mitglied bei Bündnis 90/ Die Grünen
- 03/2015 - 09/2017* Sprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein
- 09/2017 - 09/2018* politische Geschäftsführung Grüne Jugend Schleswig-Holstein
- Seit 10/2019* Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
- seit 07/2019* Vorsitzende KV Dithmarschen

## Ansonsten

- Mitglied bei Verdi
- Ehrenamtlich bei den Pfadfindern aktiv
- Am liebsten zu Fuß unterwegs

## Kontakt:

- ✉ Denise.loop@posteo.de
- 📷 @denise.loop
- 📘 Denise Loop
- <https://gruenejugend-sh.de/bundestagswahl/>

ob Menschen in unserer Gesellschaft mitreden dürfen. Für mich ist klar, dass grüne Politik der konsequente Einsatz für Gerechtigkeit auf allen Ebenen ist.

Zurzeit ist die Pandemie allgegenwärtig, dennoch dürfen wir den Fokus für wichtige Themen wie Soziale Gerechtigkeit nicht verlieren. Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Menschen wird immer größer und Corona wirkt dabei wie ein Brennglas und verstärkt die Kontaste. Die Zeit drängt. Wir müssen die Schwachpunkte unserer Sozial- und Gesundheitssysteme klar benennen. Die Profitgier in diesen Bereichen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende digitale Ausstattung und wenig Geld für ärmeren Familien sind nur einige Beispiele. Die Bundestagswahl 2021 muss hierfür richtungsweisend sein, denn so wie bisher dürfen wir nicht weitermachen. Wenn die Gesellschaft sich spaltet und dadurch soziale Konflikte verschärft werden, dann fehlt die Unterstützung für die größte Krise des Jahrtausends – die Klimakrise. Für mich ist deutlich: Klimaschutz und Soziale Gerechtigkeit widersprechen sich nicht, sondern müssen konsequent zusammen gedacht werden.

Ich will den notwendigen Wandel aktiv mitgestalten und meine praktischen Erfahrungen im sozialen Bereich in konkretes politisches Handeln umsetzen. Daher bewerbe ich mich auf Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

## Sozial und feministisch!

21,3 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben und wachsen in Armut auf. In meiner Arbeit als Sozialarbeiterin bin ich täglich mit den Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung des SGB II, der Sanktionen und der Bedarfsgemeinschaften auf die Lebensrealitäten und Zukunftschancen von Kindern und jungen Menschen konfrontiert. Hier wird durch gesetzliche Strukturen bewusst soziale Ungleichheit produziert und erhalten. Die Corona-Pandemie hat diese Situation für viele Familien und für junge Menschen noch weiter verschärft und die Exklusion von Menschen in unserer Gesellschaft vorangetrieben. Gemeinsam mit euch, möchte

ich diese Probleme und Herausforderungen angehen. Ich möchte für eine bedingungslose Grundsicherung, die Erhöhung des Mindestlohns, Abschaffung des Niedriglohnssektors und eine Kindergrundsicherung streiten.

Doch Sozialpolitik beschränkt sich nicht nur auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Auch Frauen\* sind vielfach von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen. Sie arbeiten in schlecht bezahlten Berufen der Pflege und Erziehung. Sie leisten den großen Teil der Fürsorgearbeit und sind dadurch mehrfach belastet. Gerade jetzt während der Corona - Pandemie waren es Frauen\*, die zu Hause geblieben sind und sich unbezahlt um Familie und Haushalt gekümmert haben.

Hinzu kommt, dass die Bruttolöhne von Frauen\* im Schnitt 21 Prozent geringer sind als die von Männern. Das hängt zum einen mit der schon beschriebenen unbezahlten Care-Arbeit zusammen und zum anderen gibt es immer noch Gesetze, die massiv dafür sorgen, dass Frauen\* finanziell benachteiligt werden. Zum Beispiel wird durch das Ehegattensplitting eine finanzielle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen strukturell manifestiert. Es muss ersetzt werden durch ein Modell, welches sich an die Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts anpasst. Nicht die Ehe sollte gefördert werden, sondern, dass Menschen gemeinsam Kinder großziehen oder Angehörige pflegen.

Und gleichzeitig müssen wir endlich darüber sprechen wie wir private, aber auch bezahlte Care Arbeit gerechter aufteilen und sozialen Berufen mehr Anerkennung geben können.

Es ist notwendig, dass wir die Rahmenbedingungen unseres Sozialsystems verändern und alle Menschen, jung oder alt, mit oder ohne Behinderungen, ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft werden und in ihr partizipieren können. Anstatt Exklusion zu verwalten, müssen wir Inklusion ermöglichen!

### **Junge Menschen in die Parlamente!**

Wir jungen Menschen sind politisch. Wir engagieren uns vielfältig auf unterschiedlichen Ebenen in Parteien, der Schule, Vereinen, Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen, wie Fridays for Future. Uns ist unsere Zukunft nicht egal, sondern wir wollen mitentscheiden und gestalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Forderungen und Positionen in die Parlamente tragen. Bei der Grünen Jugend wurde ich politisiert. Ich habe als Landesprecherin Wahlkämpfe organisiert, Ortsgruppen ins Leben gerufen und Podiumsdiskussionen. Jetzt bin ich als Teil von Bündnis 90/Die Grünen in Dithmarschen bei vielen Aktionen dabei und kämpfe für eine vielfältige, offenere und gerechtere Gesellschaft.

Daher steht mein Entschluss fest: Ich möchte Politik nicht mehr nur ehrenamtlich auf Kreis- und Landesebene gestalten, sondern für euch in den Bundestag. Ich möchte für eine progressive, grüne Sozialpolitik streiten, die Menschen auf Augenhöhe begegnet und echte Partizipation ermöglicht.

Gemeinsam mit euch möchte ich einen grünen und leidenschaftlichen Wahlkampf organisieren. Ich möchte mit euch durchs Land touren und auf die Straße gehen, um die Menschen für unsere grünen Ideen und Inhalte zu begeistern.

Dafür bitte ich um eure Stimme und euer Vertrauen!

Eure Denise

LL 5 KK-L Kim-Kathrin Lewe

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

als wir Anfang des Jahres unseren Landesparteitag zu Gerechtigkeit und Prävention verschieben mussten, empfand ich ein mulmiges Gefühl, das mich schon lange umtreibt. Denn die Corona-Pandemie beweist aktuell, was uns die Klimakrise schon seit Jahren vor Augen führt: Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist untragbar geworden. Wir können es nicht hinnehmen, dass Lebensgrundlagen zerstört werden, Existenzen auf dem Spiel stehen und Ungerechtigkeit zur Normalität wird. Um unsere Demokratie auf zukunftsfähige Füße zu stellen, müssen wir gemeinsam vorangehen und vorausdenken, neue Ideen entwickeln und Lösungen finden.

Es ist Zeit für GRÜN!

Für mich als Sprecherin der LAG Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist klar, dass soziale Gerechtigkeit und Teilhabe die Voraussetzungen für eine offene, ökologische und demokratische Gesellschaft sind. Daher brauchen wir beides: Eine starke klimapolitische Verantwortung und einen klaren sozialpolitischen Gestaltungswillen. Mir ist wichtig, dass wir dabei mutig agieren und Chancen sehen. Dafür müssen wir ein neues Verständnis für und neue Formen von Arbeit denken – fair, inklusiv und innovativ. Und eine soziale Sicherung garantieren, die ihrem Namen gerecht wird – Minimum reicht nicht! Politik ist für mich die Freiheit und der Raum zur Veränderung. Wir haben jetzt die Chance dazu und es hängt viel davon ab. Ich will diese Chance nutzen und für den einzelnen Menschen, das sozialökologische Miteinander und echte Zukunftschancen streiten. Deswegen kämpfe ich für eine starke grüne Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die das Leben der Menschen im Hier und Jetzt verbessert und mit Weitsicht ins Morgen schaut. Dafür kandidiere ich auf Listenplatz 5 unserer Landesliste und bitte Euch um Eure Stimme.

Sozial gerechte Klimawende: Klima- und Sozialpolitik effektiv zusammen denken!

Die ökologische Krise ist nicht nur eine existenzielle Bedrohung. Sie fordert unsere Demokratie als Ganze heraus. In der jetzigen Wachstums- und Leistungsgesellschaft profitieren Wenige und Viele werden abgehängt. Die politische Antwort darauf heißt für mich: sozial gerechte Klimawende! Das heißt konkret, die Schieflage zwischen Klimaverbrauch und Kostenverteilung beheben, Lasten fair kompensieren und Klima-Teilhabe erleichtern! Wir wollen alle Menschen in Sachen Klimaschutz mitnehmen, weil es nur gemeinsam geht! Dazu müssen wir Themen und Akteure an einen Tisch bringen, best practice Beispiele, wie z.B. energiegenossenschaftliche Projekte, noch stärker sichtbar und erfahrbar machen und Beteiligung kontinuierlich ausweiten! Aus meiner Forschung zur sozialökologischen Transformation weiß ich genau, dass Klimawende längst nicht nur eine Frage des ‚individuellen Wollens‘ ist. Reale Probleme brauchen konkrete Lösungen und hier sind wir gefragt! Jeden Tag beschäftigt mich daher unsere gemeinsame Aufgabe, jedes „Wollen“ auch in „Können“ zu verwandeln und die politischen Voraussetzungen dafür ganz praktisch neu zu denken.

Solidarischer Arbeitsmarkt: Zukunft selbst gestalten, Ausbildung stärken!

Arbeit neu denken beginnt mit gegenseitiger Wertschätzung, Anerkennung und Respekt. Nicht erst Corona zeigt, dass der Bedarf an vielseitig kompetenten Fachkräften seit Jahren steigt – in der Care-Arbeit und vor allem auch in Handwerk und Technik. Hier aber hinkt die Berufsausbildung hinterher.



Alter:

28

Geschlecht:

weiblich

Meine Antwort auf Klimawandel, Demographie und Digitalisierung heißt daher: Ein solidarischer Arbeitsmarkt, der nachhaltige Zukunftsperspektiven schafft! Das heißt konkret, die berufliche Ausbildung strukturell stärken, Inklusion-, Chancen- und Gerechtigkeit konsequent umsetzen und fachübergreifende Synergien nutzen. Da hat das reformierte Berufsbildungsgesetz noch Luft nach oben. Dazu müssen wir investieren in den gemeinsamen Dialog und innovative Kooperations- und Vermittlungsformate, z.B. im Bereich (Neu-)Orientierung/Weiterbildung, die den beruflichen Ausbildungsweg ernstnehmen und seinen gesellschaftlichen Mehrwert neu verhandeln. Ich will jungen Menschen Mut machen, sich für eine Ausbildung zu entscheiden – ohne Stigmata oder Benachteiligung, weil wir sie und ihr Praxiswissen- und Können dringend brauchen. Der bundesgrüne Gewerkschafts- und Sozialbeirat kann in diesen Fragen zukunftsweisend wirken!

Soziale Gerechtigkeit: Chancen, statt Armut und Exklusion!

Aus den Veränderungen Chancen zu machen bedeutet für mich, niemanden aus den Augen zu verlieren. Meine Antwort auf Ungleichheit, Armut und Exklusion heißt daher: Den individuellen Menschen sehen und vielfältige Lebensleistungen wertschätzen- ob mit oder ohne Ausbildung und garantiert auch in der Rente! Dafür braucht es selbstbestimmtes Empowerment, echte Teilhabechancen und eine wirksame soziale Sicherung, die Armut den Kampf ansagt. Das heißt konkret, Denk- und Handlungshürden abbauen, breite Kompetenznetzwerke in Politik, Wirtschaft und Verwaltung knüpfen und digitale Teilhabe auch im Alter mitdenken. Dazu müssen wir auch alternative Arbeits- und Einstiegsformen fördern und gesellschaftliches Engagement weiter stärken, z.B. durch Tandemlösungen oder Modellprojekte. Ob Urban Gardening oder Repair Café - viele sozialökologische Initiativen gehen hier schon jetzt innovativ und praktisch voran!

Klimaschutz. Gerechtigkeit. Arbeitsmarkt.

All das ist nicht neu, aber dringend. Und ich will gemeinsam mit und für Euch daran arbeiten, aus diesen Ideen und Impulsen politische Realität zu machen. Diese ur-grünen Themen und die absolute Null-Toleranz für Ungleichheit, Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung und Hass gehören zu meiner politischen DNA und treiben mich auch beruflich und persönlich schon mein Leben lang an. Für mich ist klar, dass nur eine sozial gerechte Klimawende unsere Demokratie zukunftsfit machen kann. Dass nur ein solidarischer Arbeitsmarkt und echte Wertschätzung wirkliche Optionen sind. Und, dass nur soziale Gerechtigkeit den Zusammenhalt, die Sicherheit und die Chancen bietet, die wir brauchen.

Dafür bin ich 2013 bei den Grünen eingetreten und kämpfe bis heute gemeinsam mit Euch auf Kreis- und Landesebene für eine starke grüne Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die gerade in diesen Zeiten wichtiger ist denn je. Mit Mut, Leidenschaft und beiden Beinen fest am Boden will ich die Probleme aktiv angehen. Mir ist wichtig, konsequent an den Herausforderungen dran sowie stets im Dialog zu bleiben und nah an den Lebensrealitäten zu sein. Es ist Zeit, den sozialpolitischen Rückenwind aus Schleswig-Holstein mit nach Berlin zu tragen und gemeinsam die Stellschrauben auf Grün zu drehen. Dafür stehe ich mit aller Kraft und Verantwortung ein.

Mit Eurer Unterstützung möchte ich Mut machen, Chancen sehen und Zukunft gestalten – sozial gerecht und ökologisch.

Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen.

Eure Kim

---

Kim-Kathrin Lewe | geb. 09.10.1992 in Kiel | Mail: [kim.lewe@web.de](mailto:kim.lewe@web.de) | Facebook & Instagram: [KimKathrinLewe](#)

- seit 10/2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin (GAU Göttingen)
- 2016/2019 Projektmitarbeiterin im Landesverband (div. Projekte, u.a. Wahlkampf, Fundraising)
- 2018/2019 Kreisgeschäftsführung KV Lübeck
- 2018 Personalassistentin in einem Hamburger Start-Up
- 2015/2018 MA-Studium Internationale Politik und Internationales Recht (CAU Kiel)
- 2012/2015 BA-Studium Politikwissenschaft/Anglistik-Nordamerikanistik (CAU Kiel)

GRÜNE Vita | seit 2013 Mitglied | KV Kiel

- seit 2015 Sprecherin der LAG Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
- seit 2016 Mitglied in der BAG Soziales und Gesundheit
- Stv. Bürgl. Mitglied im Sozialausschuss der Stadt Kiel und ehem. Mitglied im Ortsbeirat Wellsee/Rönne/Kronsborg
- 2015/16 Beisitzerin im Kreisvorstand Kiel
- 2017 Hospitantin bei der Miljøpartiet De Grønne in Bergen (Norwegen)

Ich freue mich auf Eure Rückfragen und den gemeinsamen Austausch darüber, was Euch und mich politisch bewegt!

## Liebe Freundinnen und Freunde,

als wir Anfang des Jahres unseren Landesparteitag zu *Gerechtigkeit und Prävention* verschieben mussten, empfand ich ein mulmiges Gefühl, das mich schon lange umtreibt. Denn die Corona-Pandemie beweist aktuell, was uns die Klimakrise schon seit Jahren vor Augen führt: Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist untragbar geworden. Wir können es nicht hinnehmen, dass Lebensgrundlagen zerstört werden, Existenzen auf dem Spiel stehen und Ungerechtigkeit zur Normalität wird. Um unsere Demokratie auf zukunftsfähige Füße zu stellen, müssen wir gemeinsam vorangehen und vorausdenken, neue Ideen entwickeln und Lösungen finden.



## Es ist Zeit für GRÜN!

Für mich als Sprecherin der LAG Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist klar, dass soziale Gerechtigkeit und Teilhabe die Voraussetzungen für eine offene, ökologische und demokratische Gesellschaft sind. Daher brauchen wir beides: Eine starke klimapolitische Verantwortung *und* einen klaren sozialpolitischen Gestaltungswillen. Mir ist wichtig, dass wir dabei mutig agieren und Chancen sehen. Dafür müssen wir ein neues Verständnis *für* und neue Formen *von* Arbeit denken – fair, inklusiv und innovativ. Und eine soziale Sicherung garantieren, die ihrem Namen gerecht wird – Minimum reicht nicht! Politik ist für mich die Freiheit und der Raum zur Veränderung. Wir haben *jetzt* die Chance dazu und es hängt viel davon ab. Ich will diese Chance nutzen und für den einzelnen Menschen, das sozialökologische Miteinander und echte Zukunftschancen streiten. Deswegen kämpfe ich für eine starke grüne Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die das Leben der Menschen im Hier und Jetzt verbessert und mit Weitsicht ins Morgen schaut. Dafür kandidiere ich auf Listenplatz 5 unserer Landesliste und bitte Euch um Eure Stimme.

## Sozial gerechte Klimawende: Klima- und Sozialpolitik effektiv zusammen denken!

Die ökologische Krise ist nicht nur eine existenzielle Bedrohung. Sie fordert unsere Demokratie als Ganze heraus. In der jetzigen Wachstums- und Leistungsgesellschaft profitieren Wenige und Viele werden abgehängt. Die politische Antwort darauf heißt für mich: sozial gerechte Klimawende! Das heißt konkret, die Schiefelage zwischen Klimaverbrauch und Kostenverteilung beheben, Lasten fair kompensieren und Klima-Teilhabe erleichtern! Wir wollen alle Menschen in Sachen Klimaschutz mitnehmen, weil es nur gemeinsam geht! Dazu müssen wir Themen und Akteure an einen Tisch bringen, *best practice* Beispiele, wie z.B. energiegenossenschaftliche Projekte, noch stärker sichtbar und erfahrbar machen und Beteiligung kontinuierlich ausweiten! Aus meiner Forschung zur sozialökologischen Transformation weiß ich genau, dass Klimawende längst nicht nur eine Frage des ‚individuellen Wollens‘ ist. Reale Probleme brauchen konkrete Lösungen und hier sind wir gefragt! Jeden Tag beschäftigt mich daher unsere gemeinsame Aufgabe, jedes „Wollen“ auch in „Können“ zu verwandeln und die politischen Voraussetzungen dafür ganz praktisch neu zu denken.

## Solidarischer Arbeitsmarkt: Zukunft selbst gestalten, Ausbildung stärken!

Arbeit neu denken beginnt mit gegenseitiger Wertschätzung, Anerkennung und Respekt. Nicht erst Corona zeigt, dass der Bedarf an vielseitig kompetenten Fachkräften seit Jahren steigt – in der Care-Arbeit und vor allem auch in Handwerk und Technik. Hier aber hinkt die Berufsausbildung hinterher. Meine Antwort auf Klimawandel, Demographie und Digitalisierung heißt daher: Ein solidarischer Arbeitsmarkt, der nachhaltige Zukunftsperspektiven schafft! Das heißt konkret, die berufliche Ausbildung weiter strukturell stärken, Inklusion-, Chancen- und Gerechtigkeit konsequent umsetzen und fachübergreifende Synergien nutzen. Da hat das reformierte Berufsbildungsgesetz noch Luft nach oben. Dazu müssen wir investieren in den gemeinsamen Dialog und innovative Kooperations- und Vermittlungsformate, z.B. im Bereich (Neu-)Orientierung/Weiterbildung, die den beruflichen Ausbildungsweg ernstnehmen und seinen gesellschaftlichen Mehrwert neu verhandeln. Ich will jungen Menschen Mut machen, sich für eine Ausbildung zu entscheiden – ohne Stigmata oder Benachteiligung, weil wir sie und ihr Praxiswissen- und Können dringend brauchen. Der bundesgrüne Gewerkschafts- und Sozialbeirat kann in diesen Fragen zukunftsweisend wirken!



**EFFEKTIVER KLIMASCHUTZ.  
SOZIALE GERECHTIGKEIT.  
SOLIDARISCHER ARBEITSMARKT.**

## Soziale Gerechtigkeit: Chancen, statt Armut und Exklusion!

Aus den Veränderungen Chancen zu machen bedeutet für mich, niemanden aus den Augen zu verlieren. Meine Antwort auf Ungleichheit, Armut und Exklusion heißt daher: Den individuellen Menschen sehen und vielfältige *Leistungen* wertschätzen - ob mit oder ohne Ausbildung und garantiert auch in der Rente! Dafür braucht es selbstbestimmtes Empowerment, echte Teilhabechancen *und* eine wirksame soziale Sicherung, die Armut den Kampf ansagt. Das heißt konkret, Denk- und Handlungshürden abbauen, breite Kompetenznetzwerke in Politik, Wirtschaft und Verwaltung knüpfen und digitale Teilhabe auch im Alter mitdenken. Dazu müssen wir auch alternative Arbeits- und

Einstiegsformen fördern und gesellschaftliches Engagement weiter stärken, z.B. durch Tandemlösungen oder Modellprojekte. Ob Urban Gardening oder Repair Café - viele sozialökologische Initiativen gehen hier schon jetzt innovativ und praktisch voran!

### Klimaschutz. Gerechtigkeit. Arbeitsmarkt.

All das ist nicht neu, aber dringend. Und ich will gemeinsam *mit* und *für* Euch daran arbeiten, aus diesen Ideen und Impulsen politische Realität zu machen. Diese ur-grünen Themen und die absolute Null-Toleranz für Ungleichheit, Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung und Hass gehören zu meiner politischen DNA und treiben mich auch beruflich und persönlich schon mein Leben lang an. Für mich ist klar, dass nur eine sozial gerechte Klimawende unsere Demokratie zukunftsfit machen kann. Dass nur ein solidarischer Arbeitsmarkt und echte Wertschätzung wirkliche Optionen sind. Und, dass nur soziale Gerechtigkeit den Zusammenhalt, die Sicherheit und die Chancen bietet, die wir brauchen.

Dafür bin ich 2013 bei den Grünen eingetreten und kämpfe bis heute gemeinsam mit Euch auf Kreis- und Landesebene für eine starke grüne Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die gerade in diesen Zeiten wichtiger ist denn je. Mit Mut, Leidenschaft und beiden Beinen fest am Boden will ich die Probleme aktiv angehen. Mir ist wichtig, konsequent an den Herausforderungen *dran* sowie stets *im* Dialog zu bleiben und nah an den Lebensrealitäten zu sein. Es ist Zeit, den sozialpolitischen Rückenwind aus Schleswig-Holstein mit nach Berlin zu tragen und gemeinsam die Stellschrauben auf Grün zu drehen. Dafür stehe ich mit aller Kraft und Verantwortung ein.

Mit Eurer Unterstützung möchte ich Mut machen, Chancen sehen und Zukunft gestalten – sozial gerecht und ökologisch.

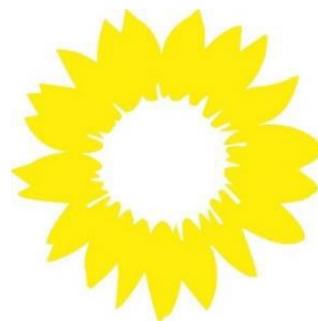
Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen.

Eure

---

**Kim-Kathrin Lewe** | geb. 09.10.1992 in Kiel | Mail: kim.lewe@web.de | Facebook & Instagram: KimKathrinLewe

- ❖ seit 10/2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin (GAU Göttingen)
- ❖ 2016/2019 Projektmitarbeiterin im Landesverband (div. Projekte, u.a. Wahlkampf, Fundraising)
- ❖ 2018/2019 Kreisgeschäftsführung KV Lübeck
- ❖ 2018 Personalassistentin in einem Hamburger Start-Up
- ❖ 2015/2018 MA-Studium Internationale Politik und Internationales Recht (CAU Kiel)
- ❖ 2012/2015 BA-Studium Politikwissenschaft/Anglistik-Nordamerikanistik (CAU Kiel)



**GRÜNE Vita** | seit 2013 Mitglied | KV Kiel

- ❖ seit 2015 Sprecherin der LAG Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
- ❖ seit 2016 Mitglied in der BAG Soziales und Gesundheit
- ❖ Stv. Bürgl. Mitglied im Sozialausschuss der Stadt Kiel und ehem. Mitglied im Ortsbeirat Wellsee/Rönne/Kronsborg
- ❖ 2015/16 Beisitzerin im Kreisvorstand Kiel
- ❖ 2017 Hospitantin bei der Miljøpartiet De Grønne in Bergen (Norwegen)

**Ich freue mich auf Eure Rückfragen und den gemeinsamen Austausch darüber, was Euch und mich politisch bewegt!**

LL 6 BH Bruno Hönel

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

### Bewerbung um Listenplatz 6 unserer Bundestagsliste

"Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt." - Erich Fried

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Österreichische Literat Erich Fried hat diese Worte in der Zeit des Wettrüstens bewusst gewählt. Eine Appell für den Frieden. Eine Mahnung, den Blick nach vorn zu richten, um mit der Veränderung das Gute und Notwendige zu bewahren. Im Grunde doch eine ur-grüne Überzeugung, oder nicht? Eine Überzeugung, welche im Kontext der kleinen Zeitspanne, die uns im Kampf gegen die Klimakrise noch bleibt, ein völlig neues Gewicht bekommt. In der anstehenden Legislatur des deutschen Bundestages wird sich entscheiden, ob wir den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten und ein solidarisches Land hinterlassen werden. Dafür braucht es effektiven Klimaschutz und den Willen wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu wagen. Es braucht den Mut zum Wandel und die Befähigung zum Kompromiss. Brücken bauen, Menschen mitnehmen, Gestalten. Dass ich das kann, habe ich in den letzten Jahren meiner ehrenamtlichen Arbeit bewiesen. Für die ökosoziale Transformation unserer Gesellschaft möchte ich meine inhaltlichen Stärken in der Gesundheits- und Sozialpolitik, meine Lebenserfahrung als schwuler Mann mit Osthintergrund und mein kommunalpolitisches Knowhow als Vorsitzender einer starken grünen Bürgerschaftsfraktion einbringen. Daher bewerbe mich bei euch um Platz 6 auf unserer Landesliste zur kommenden Bundestagswahl.

### Kommunalpolitische Erfahrung und persönliche Bodenhaftung

Schon in jungen Jahren habe ich Verantwortung in der Kommunalpolitik übernommen. Seit einigen Jahren kämpfe ich als Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft für eine sozialere Stadt, die Mobilitätswende und eine klimaschonende Stadtentwicklung. Trotz verschiedener politischer Erfolge habe ich gerade bei meinen Herzensthemen, der Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch in der Bau- und Verkehrspolitik, immer wieder bemerkt, wie Bundesgesetze uns in der Kommune die Politik diktieren. Vor diesem Hintergrund hat sich bei mir der Wunsch und die Motivation verstärkt, jene Gesetze im Bundestag direkt mitgestalten zu können. In den letzten Jahren meiner Basis- und Fraktionsarbeit habe ich elementare Erfahrungen gesammelt, die für Politiker\*innen von enormer Bedeutung und gerade für die Bundestagsarbeit unerlässlich sind. Ich weiß, wo ich herkomme, begegne den Menschen mit bodenständiger Offenheit und bin stets ansprechbar. Für die Arbeit im Bundestag gilt das einmal mehr!

Für Umwelt und Klima: Starke Kommunen in allen Himmelsrichtungen!

Als langjähriger Kommunalpolitiker ist es mir ein besonderes Anliegen den Kommunen und Kreisen unseres Landes eine starke Stimme in Berlin zu geben. Ich möchte dafür Sorge tragen, dass Gesetzgebung nicht mehr an den kommunalpolitischen Realitäten vorbei geht. Für den existenziellen Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir Mitspracherecht, Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit in allen Regionen unseres Landes. Um es auf den Punkt zu bringen; Wir brauchen starke Kommunen! Viele Kreise und Kommunen unseres Landes müssen sich allerdings mit gravierenden Mängellisten herumschlagen. Von den Decken der Schule tropft es, das kleine Theater nebenan muss aus Geldmangel schließen und die Radwege sind zum Teil kaum befahrbar. Es fehlt an



Alter:

24

Geschlecht:

männlich

Geld, nicht nur für die Infrastruktur, sondern auch für das Personal. Strukturelle Unterfinanzierung, Altschuldenlasten und der Mangel an nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten lässt die Schere zwischen armen und reichen Kreisen und Kommunen immer mehr auseinandergehen. Ich möchte mich in Berlin dafür einsetzen, dass die Förderung nach dem Gießkannenprinzip aufhört und unsere Kommunen zielgenau finanziell unterstützt werden. Gesetzesinitiativen des Bundes müssen in Zukunft besondere kommunale Erfordernisse und regionale Umsetzungshindernisse mitdenken. Was wir aber wirklich brauchen, ist vernetzte Mobilität, schnelles Internet, ausgebaute Gesundheitsdienste und eine regionale flächendeckende Grundversorgung auch in strukturschwachen Regionen. Endlich gleichwertige Lebensverhältnisse und Investitionen für starke Kommunen. Dafür werde ich mich einsetzen!

Soziale Gerechtigkeit geht uns ALLE an!

Als Psychologe kenne ich die sozialen Probleme der Menschen gut. Immer wieder kommen wir in der Klinik in den Kontakt mit Menschen, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und existentiellen Abstiegsängsten ausgesetzt sind. Die Beziehung zwischen der ökonomischen Regulationsfähigkeit freier Märkte und den sozialen Leitlinien staatsgetragener Politik befindet sich in einer gefährlichen Dysbalance. Das vergangene Jahrzehnt wäre die richtige Zeit gewesen, all jene Menschen, die täglich für den Wohlstand unserer Gesellschaft hart arbeiten, endlich am Wachstum zu beteiligen. Diese Gelegenheit hat die Bundesregierung verpasst! In Zeiten des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt braucht es nach Jahren des forcierten Wachstums nun eine Sozialstaatsreform, die unsere Gesellschaft sozial versöhnt und Hartz-IV überwindet. Ich möchte mich im Deutschen Bundestag für ein armutsfestes Garantieverprechen einsetzen, das alle Menschen in unserem Land wirksam vor Armut und den Härten des Leben schützt. Eine Grundsicherung, in der das soziokulturelle Existenzminimum echte Teilhabe garantiert und in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen und Bedarf unbürokratisch gewährt wird. Eine Gesellschaft, in der alle Bürger\*innen ihre Talente, Ihre Kreativität und Ihre Kompetenzen zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen können. Für diese Vision möchte ich im Bundestag arbeiten!

Zweiklassenmedizin abschaffen - Profitlogik im Gesundheitswesen überwinden!

Gerade in der Gesundheitspolitik wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, ob wir ein solidarisches Land sind. Ich bin ein großer Befürworter der Bürgerversicherung, die eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf der Basis aller Bürger\*innen und Einkunftsarten garantiert. Mit der Abschaffung der Zweiklassenmedizin können wir ein einheitliches Leistungsniveau unabhängig vom Einkommen garantieren und damit auch spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dafür werde ich mich stark machen! Gleichzeitig möchte ich für einen grundsätzlichen Systemwechsel im Gesundheitssystem kämpfen. Die Profitlogik deutscher Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehört in die Geschichtsbücher unseres Landes. Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert. Dazu gehört auch, dass Pflegekräften solche Arbeitsbedingungen garantiert werden, die für eine professionelle und bedarfsorientierte Ausführung Ihrer Tätigkeit unerlässlich sind. Vor allem aber verdienen die Beschäftigten in der Pflege endlich ein Gehalt, das den unschätzbaren Wert Ihrer Arbeit am Menschen in eine angemessene monetäre Verhältnismäßigkeit zu anderen Berufsbranchen setzt. Gerade während Corona haben wir bemerkt, welche Berufsgruppen unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit daraus die Lehren zu ziehen und unsere wohlwollenden Worte in nachhaltige und spürbare Reformen zu materialisieren. Let us care!

Für ein offenes und tolerantes Deutschland – immer und überall!

Als queerer Mann weiß ich nur zu gut, wie es sich anfühlt diskriminiert zu werden. Schiefe Blicke, abfällige Kommentare, verbale Anfeindungen. Ich habe es erlebt und Tausende Menschen in Deutschland erleben es jeden Tag aus den verschiedensten und unwirklichsten Gründen. Noch immer hat es die Bundesregierung nicht geschafft, das Blutspenderverbot für homo- und bisexuelle Männer

abzuschaffen. Noch immer gestattet Sie Ausnahmen für menschenunwürdige Konversionstherapien. Und dass SPD und CDU bis heute an einem diskriminierenden Transsexuellengesetz festhalten, anstatt ein echtes Selbstbestimmungsgesetz zu ratifizieren, macht mich wütend. Wie schon bei der Ehe für alle zeigt sich, dass wir jede Liberalisierung des heteronormativen Gesellschaftsbildes einiger politischer Akteure hart und mit langem Atem erkämpfen müssen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen!

Unsere Menschheitsaufgabe: Klimaschutz mit den Menschen und für die Menschen!

Mit unserer Politik der Ökosozialen Wende sind wir die einzige Partei in diesem Land, die sich der Notwendigkeit einer sozial verträglichen Klimapolitik bewusst ist. Klimaschutz ist kein Hobby wohlhabender Mittelstands-Kinder, die am Freitag gern mal auf die Schule verzichten, sondern eine Menschheitsaufgabe. Wir nähern uns rasant den planetaren Belastungsgrenzen und beeinflussen das Klimasystem, die biologische Vielfalt und den Wasserhaushalt so stark, dass sich unsere Erde in einen unwirklichen Ort verwandeln könnte. Eine Politik der Selbstbeschäftigung und der schlechten Kompromisse wird unseren Kindern keine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Wir werden nur dann ein sozial gerechteres Deutschland für die kommenden Generationen aufbauen können, wenn wir den zerstörerischen weltweiten Klimawandel bremsen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Abschaltung der Kohlekraftwerke, dem Umstieg auf nachhaltige Mobilität und der Agrarwende müssen wir den Menschen in den kommenden Jahren einiges abverlangen. Als Gesundheits- und Sozialpolitiker sehe ich es als meine Pflicht an, diese Bemühungen sozial verträglich auszugestalten, um die Menschen auf unserem Weg nicht zu verlieren. Ich werde dafür kämpfen, dass die Lasten im Kampf gegen die Klimakrise auf den Schultern der Starken liegen und die Schwächeren nicht erdrücken.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte nicht, dass die Welt so bleibt, wie Sie ist. Ich möchte, dass wir es schaffen eine Politik zu machen, die den folgenden Generationen alle Möglichkeiten erhält, Ihre Zukunft selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Im Kontext dessen, möchte ich all jenen Menschen eine Stimme sein, die es schwer haben in unserer Leistungsgesellschaft. Ich werde queere Menschen repräsentieren, die noch immer Stigmatisierung und struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind und habe das Ziel die Kommunen und Gemeinden unseres Landes mit erfahrener Stimme zu vertreten. Man könnte auch sagen; Ich möchte ein wichtiges Zahnrad in einem Team sein, das gemeinsam für das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft kämpft.

Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen!

Euer Bruno



# BEWERBUNG UM LISTENPLATZ 6 UNSERER BUNDESTAGSLISTE



✉ [bruno.hoenel@gmx.de](mailto:bruno.hoenel@gmx.de)

☎ auf Anfrage ♥

📷 [bruno.hoenel](#)

📘 Bruno Hönel

🐦 [Bruno\\_Hoenel](#)

## Über Mich:

### BRUNO HÖNEL

Geboren 1996 in Dresden

Studium der Psychologie in Lübeck (B.Sc.)  
und Hamburg (M.Sc.)

## Politisches Engagement

- 🌟 Fraktionsvorsitzender Grüne Lübeck
- 🌟 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft
- 🌟 Mitglied im Sozialausschuss und Ältestenrat
- 🌟 Stellv. Mitglied im Bauausschuss (bis 2019)
- 🌟 Stellv. Mitglied im Jugendhilfeausschuss (bis 2019)
- 🌟 Kreisvorstandsmitglied im KV Lübeck (bis 2018)
- 🌟 Landes- und Bundesparteitagsdelegierter
- 🌟 Mitglied im Parteitagspräsidium
- 🌟 LAG Soziales und Arbeitsmarktpolitik
- 🌟 LAG Gesundheit

## Weiteres Engagement

- 🌟 Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung
- 🌟 Mitglied d. Studierendenparlamentes der Universität zu Lübeck (2017/18)
- 🌟 Amnesty International
- 🌟 Aktion Tier e.V.
- 🌟 Gründung der GJ Lübeck (2017)

LASST UNS DEN  
AUFBRUCH  
WAGEN!





*„Wer will,  
dass die  
Welt so  
bleibt,  
wie sie ist,  
der will  
nicht,  
dass sie  
bleibt.“  
Erich Fried*

### **Liebe Freundinnen und Freunde,**

Der Österreichische Literat Erich Fried hat diese Worte in der Zeit des Wettrüstens bewusst gewählt. Eine Appell für den Frieden. Eine Mahnung, den Blick nach vorn zu richten, um mit der Veränderung das Gute und Notwendige zu bewahren. Im Grunde doch eine ur-grüne Überzeugung, oder nicht? Eine Überzeugung, welche im Kontext der kleinen Zeitspanne, die uns im Kampf gegen die Klimakrise noch bleibt, ein völlig neues Gewicht bekommt. In der anstehenden Legislatur des deutschen Bundestages wird sich entscheiden, ob wir den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten und ein solidarisches Land hinterlassen werden. Dafür braucht es effektiven Klimaschutz und den Willen wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu wagen. Es braucht den Mut zum Wandel und die Befähigung zum Kompromiss. Brücken bauen, Menschen mitnehmen, Gestalten. Dass ich das kann, habe ich in den letzten Jahren meiner ehrenamtlichen Arbeit bewiesen. Für die ökosoziale Transformation unserer Gesellschaft möchte ich meine inhaltlichen Stärken in der Gesundheits- und Sozialpolitik, meine Lebenserfahrung als schwuler Mann mit Osthintergrund und mein kommunalpolitisches Knowhow als Vorsitzender einer starken grünen Bürgerschaftsfraktion einbringen. Daher bewerbe mich bei euch um Platz 6 auf unserer Landesliste zur kommenden Bundestagswahl.

### **Kommunalpolitische Erfahrung und persönliche Bodenhaftung**

Schon in jungen Jahren habe ich Verantwortung in der Kommunalpolitik übernommen. Seit einigen Jahren kämpfe ich als Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft für eine sozialere Stadt, die Mobilitätswende und eine klimaschonende Stadtentwicklung. Trotz verschiedener politischer Erfolge habe ich gerade bei meinen Herzenthemen, der Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch in der Bau- und Verkehrspolitik, immer wieder bemerkt, wie Bundesgesetze uns in der Kommune die Politik diktieren. Vor diesem Hintergrund hat sich bei mir der Wunsch und die Motivation verstärkt, jene Gesetze im Bundestag direkt mitgestalten zu können. In den letzten Jahren meiner Basis- und Fraktionsarbeit habe ich elementare Erfahrungen gesammelt, die für Politiker\*innen von enormer Bedeutung und gerade für die Bundestagsarbeit unerlässlich sind. Ich weiß, wo ich herkomme, begegne den Menschen mit bodenständiger Offenheit und bin stets ansprechbar. Für die Arbeit im Bundestag gilt das einmal mehr!

### **Für Umwelt und Klima:**

#### **Starke Kommunen in allen Himmelsrichtungen!**

Als langjähriger Kommunalpolitiker ist es mir ein besonderes Anliegen den Kommunen und Kreisen unseres Landes eine starke Stimme in Berlin zu geben. Ich möchte dafür Sorge tragen, dass Gesetzgebung nicht mehr an den kommunalpolitischen Realitäten vorbei geht. Für den existenziellen Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir Mitspracherecht, Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit in allen Regionen unseres Landes. Um es auf den Punkt zu bringen; Wir brauchen starke Kommunen! Viele Kreise und Kommunen unseres Landes müssen sich allerdings mit gravierenden Mängellisten herumschlagen. Von den Decken der Schule tropft es, das kleine Theater nebenan muss aus Geldmangel schließen und die Radwege sind zum Teil kaum befahrbar. Es fehlt an Geld, nicht nur für die Infrastruktur, sondern auch für das Personal. Strukturelle Unterfinanzierung, Altschuldenlasten und der Mangel an nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten lässt die Schere zwischen armen und reichen Kreisen und Kommunen immer mehr auseinandergehen. Ich möchte mich in Berlin dafür einsetzen, dass Die Förderung nach dem Gießkannenprinzip





*„Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert.“*

aufhört und unsere Kommunen zielgenau finanziell unterstützt werden. Gesetzesinitiativen des Bundes müssen in Zukunft besondere kommunale Erfordernisse und regionale Umsetzungshindernisse mitdenken. Was wir aber wirklich brauchen, ist vernetzte Mobilität, schnelles Internet, ausgebaute Gesundheitsdienste und eine regionale flächendeckende Grundversorgung auch in strukturschwachen Regionen. Endlich gleichwertige Lebensverhältnisse und Investitionen für starke Kommunen. Dafür werde ich mich einsetzen!

### **Soziale Gerechtigkeit geht uns ALLE an!**

Als Psychologe kenne ich die sozialen Probleme der Menschen gut. Immer wieder kommen wir in der Klinik in den Kontakt mit Menschen, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und existentiellen Abstiegsängsten ausgesetzt sind. Die Beziehung zwischen der ökonomischen Regulationsfähigkeit freier Märkte und den sozialen Leitlinien staatsgetragener Politik befindet sich in einer gefährlichen Dysbalance. Das vergangene Jahrzehnt wäre die richtige Zeit gewesen, all jene Menschen, die täglich für den Wohlstand unserer Gesellschaft hart arbeiten, endlich am Wachstum zu beteiligen. Diese Gelegenheit hat die Bundesregierung verpasst! In Zeiten des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt braucht es nach Jahren des forcierten Wachstums nun eine Sozialstaatsreform, die unsere Gesellschaft sozial versöhnt und Hartz-IV überwindet. Ich möchte mich im Deutschen Bundestag für ein armutsfestes Garantieversprechen einsetzen, das alle Menschen in unserem Land wirksam vor Armut und den Härten des Leben schützt. Eine Grundsicherung, in der das soziokulturelle Existenzminimum echte Teilhabe garantiert und in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen und Bedarf unbürokratisch gewährt wird. Eine Gesellschaft, in der alle Bürger\*innen ihre Talente, Ihre Kreativität und Ihre Kompetenzen zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen können. Für diese Vision möchte ich im Bundestag arbeiten!

### **Zweiklassenmedizin abschaffen - Profitlogik im Gesundheitswesen überwinden!**

Gerade in der Gesundheitspolitik wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, ob wir ein solidarisches Land sind. Ich bin ein großer Befürworter der Bürgerversicherung, die eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf der Basis aller Bürger\*innen und Einkunftsarten garantiert. Mit der Abschaffung der Zweiklassenmedizin können wir ein einheitliches Leistungsniveau unabhängig vom Einkommen garantieren und damit auch spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dafür werde ich mich stark machen! Gleichzeitig möchte ich für einen grundsätzlichen Systemwechsel im Gesundheitssystem kämpfen. Die Profitlogik deutscher Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehört in die Geschichtsbücher unseres Landes. Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert. Dazu gehört auch, dass Pflegekräften solche Arbeitsbedingungen garantiert werden, die für eine professionelle und bedarfsorientierte Ausführung Ihrer Tätigkeit unerlässlich sind. Vor allem aber verdienen die Beschäftigten in der Pflege endlich ein Gehalt, das den unschätzbaren Wert Ihrer Arbeit am Menschen in eine angemessene monetäre Verhältnismäßigkeit zu anderen Berufsbranchen setzt. Gerade während Corona haben wir bemerkt, welche Berufsgruppen unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit daraus die Lehren zu ziehen und unsere wohlwollenden Worte in nachhaltige und spürbare Reformen zu materialisieren. Let us care!





*„Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen.“*

### ***Für ein offenes und tolerantes Deutschland – immer und überall!***

Als queerer Mann weiß ich nur zu gut, wie es sich anfühlt diskriminiert zu werden. Schiefe Blicke, abfällige Kommentare, verbale Anfeindungen. Ich habe es erlebt und Tausende Menschen in Deutschland erleben es jeden Tag aus den verschiedensten und unwirklichsten Gründen. Noch immer hat es die Bundesregierung nicht geschafft, das Blutspenderverbot für homo- und bisexuelle Männer abzuschaffen. Noch immer gestattet Sie Ausnahmen für menschenunwürdige Konversionstherapien. Und dass SPD und CDU bis heute an einem diskriminierenden Transsexuellengesetz festhalten, anstatt ein echtes Selbstbestimmungsgesetz zu ratifizieren, macht mich wütend. Wie schon bei der Ehe für alle zeigt sich, dass wir jede Liberalisierung des heteronormativen Gesellschaftsbildes einiger politischer Akteure hart und mit langem Atem erkämpfen müssen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen!

### ***Unsere Menschheitsaufgabe: Klimaschutz mit den Menschen und für die Menschen!***

Mit unserer Politik der Ökosozialen Wende sind wir die einzige Partei in diesem Land, die sich der Notwendigkeit einer sozial verträglichen Klimapolitik bewusst ist. Klimaschutz ist kein Hobby wohlhabender Mittelstands-Kinder, die am Freitag gern mal auf die Schule verzichten, sondern eine Menschheitsaufgabe. Wir nähern uns rasant den planetaren Belastungsgrenzen und beeinflussen das Klimasystem, die biologische Vielfalt und den Wasserhaushalt so stark, dass sich unsere Erde in einen unwirklichen Ort verwandeln könnte. Eine Politik der Selbstbeschäftigung und der schlechten Kompromisse wird unseren Kindern keine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Wir werden nur dann ein sozial gerechteres Deutschland für die kommenden Generationen aufbauen können, wenn wir den zerstörerischen weltweiten Klimawandel bremsen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Abschaltung der Kohlekraftwerke, dem Umstieg auf nachhaltige Mobilität und der Agrarwende müssen wir den Menschen in den kommenden Jahren einiges abverlangen. Als Gesundheits- und Sozialpolitiker sehe ich es als meine Pflicht an, diese Bemühungen sozial verträglich auszugestalten, um die Menschen auf unserem Weg nicht zu verlieren. Ich werde dafür kämpfen, dass die Lasten im Kampf gegen die Klimakrise auf den Schultern der Starken liegen und die Schwächeren nicht erdrücken.

### ***Liebe Freundinnen und Freunde,***

Ich möchte nicht, dass die Welt so bleibt, wie Sie ist. Ich möchte, dass wir es schaffen eine Politik zu machen, die den folgenden Generationen alle Möglichkeiten erhält, Ihre Zukunft selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Im Kontext dessen, möchte ich all jenen Menschen eine Stimme sein, die es schwer haben in unserer Leistungsgesellschaft. Ich werde queere Menschen repräsentieren, die noch immer Stigmatisierung und struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind und habe das Ziel die Kommunen und Gemeinden unseres Landes mit erfahrener Stimme zu vertreten. Man könnte auch sagen; Ich möchte ein wichtiges Zahnrad in einem Team sein, das gemeinsam für das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft kämpft.

***Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen!***

Euer Bruno  




## LL 6 DH Dennis Heine

Antragsteller\*in: Dennis Heine (KV Segeberg)  
Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021  
Status: Zurückgezogen

## Selbstvorstellung

### Selbstvorstellung

Bewerbung um einen Listenplatz ab LP 6 unserer Landesliste zur Bundestagswahl

„Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.“- Die Ärzte

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie es Die Ärzte in ihrem Songtext so treffend beschreiben machen wir uns mitschuldig, wenn wir den Dingen einfach ihren Lauf lassen und uns nicht einmischen. Es ist ein Aufruf sich gegen das Establishment zu stellen und gegen ein „weiter so“ genauso zu kämpfen wie gegenüber einen „das wurde schon immer so gemacht“ das Wort zu erheben.

Es darf für unsere Zukunft keine Akzeptanz der aktuellen negativen politischen Beständigkeit auf Bundesebene mehr geben. Die Klimakrise, wachsende soziale Ungerechtigkeit sowie der Angriff auf unsere Demokratie durch Rechtsextreme sind die zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

Mit meinem Mandat möchte ich als Euer Vertreter im Deutschen Bundestag wirksam dazu beitragen, dass die Welt nicht so bleibt wie sie ist.

Warum ich der Richtige bin

Ihr stellt Euch jetzt sicherlich die Frage ob ich der bundespolitischen Verantwortung gewachsen bin und grüne Politik auch gegen vorgeschobene Widerstände in Eurem Sinne durchsetzen und klare Kante sowie den nötigen Biss in der Sache zeigen kann.

Während meiner Zeit als Führungskraft bei der Deutschen Marine habe ich bereits mit Anfang 20 hohe Verantwortung für Menschen übernommen. So war ich u.a. Ausbilder auf dem Segelschulschiff Gorch Fock und durfte unser Land als Botschafter in Blau im Auftrag der Völkerverständigung und Bote des Friedens im Ausland repräsentieren.

Als Gesprächs- und Verhandlungsführer bewies ich weltweit interkulturelle Kompetenz und die Befähigung zur diplomatischen Beilegung von Konflikten auch unter widrigsten Bedingungen.

Beruflich bin ich seit vielen Jahren als generalistischer Personaler bei mittelständischen Unternehmen dafür verantwortlich Menschen für eine Zusammenarbeit zu begeistern, sie an Prozessen zu beteiligen, zu entwickeln, Konflikte lösungsorientiert beizulegen und ein Arbeitsumfeld zu schaffen in dem sie gerne tätig sind.

Kommunalpolitisch bringe ich mich aktiv in die Orts- und Kreispolitik, u.a. als Beisitzer im Kreisvorstand des KV Segeberg, ein. Hier setze ich mich für einen Dialog auf Augenhöhe geprägt von gegenseitigem Verständnis ein.



Alter:

41

Geschlecht:

männlich

Meine Vita belegt das ich mich nicht davor scheue Verantwortung für mich und andere zu übernehmen. Ich schrecke nicht davor zurück mich dafür einzusetzen Schwächere zu schützen und Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

Was ich mit meinem Mandat bewirken will

Für die Kommunen im schönsten Bundesland der Welt

Unsere Kommunen müssen finanziell gestärkt werden und handlungsfähig bleiben. Entscheidungen sind kommunal für die Menschen vor Ort zu treffen, weil unsere Kommunalpolitiker täglich mit den Sorgen und Nöten der Bürger in ihren Städten und Gemeinden direkt konfrontiert werden.

Den Kommunen müssen weitreichende Mitspracherechte und umfassendere Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Sie wissen selbst was das Beste für ihren Ort ist und sollten nicht gegen bürokratische Hürden und unpraktikable Vorgaben ankämpfen müssen. Altschulden und Unterfinanzierung belasten die Haushalte unserer Kommunen. Die oftmals frustrierende Verwaltung des Mangels muss endlich ein Ende haben.

Viel zu oft erleben wir es, dass Straßen und öffentliche Gebäude marode sind und dringend saniert werden müssen. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und der soziale Wohnungsbau entspricht nicht dem Bedarf in unseren Städten und Gemeinden. Der öffentliche Nahverkehr ist in großen Teilen unseres Landes noch immer nicht so ausgebaut das er als echte Alternative zur Nutzung des Autos gesehen werden kann. Infrastrukturell sind die Defizite unübersehbar.

Für unseren Nachwuchs bekommen wir oftmals nicht den so dringend benötigten Kindergartenplatz und müssen die Lütten zu Hause betreuen. Ganztagsbetreuung ist vielerorts weder für Geld noch für gute Worte zu bekommen.

Unsere Schulen befinden sich zumeist immer noch in der Kreidezeit. Anstatt digital zu lernen wischen sie die Tafel immer noch mit den Schwämmen, vor denen sich schon ihre Eltern geekelt haben. Schnelles Internet ist im schulischen Umfeld oftmals nicht vorhanden. Zuhause ist Glasfaser ebenfalls zumeist nur aus Erzählungen bekannt. Innovation und Fortschritt sehen definitiv anders aus.

Ich kämpfe für Bürokratieabbau und möchte dafür sorgen, dass Gesetzgebungen und finanzielle Förderungen mehr auf den kommunalen Bedarf ausgerichtet werden, um endlich gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren zu können.

Für eine lebenswerte Zukunft im Einklang mit der Natur

Mein Ziel ist es den nach uns folgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen, in der nicht auf Kosten unserer aller Ressourcen gelebt wird. Hierzu müssen wir den weltweiten Klimawandel endlich bremsen und ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umsetzen.

Die Akteure von „Fridays for Future“ zeigen uns das die junge Generation Verantwortung für ihre und unsere Zukunft übernehmen will und auch kann. Uns soll es Ansporn sein ebenso wie die Jugend entschieden für den Schutz unseres Klimas und die Wahrung der Schöpfung einzutreten.

Ich werde mich dafür einsetzen das junge Menschen sich durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre zukünftig noch stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Wir müssen die Förderung des umfassenden Ausbaus erneuerbarer Energien, dem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohlekraft sowie die verstärkte Investitionen in nachhaltige Mobilität weiter voranbringen.

Unsere Landwirtschaft sollte den Fokus auf pestizidfreien Anbau legen und Blühstreifen auf allen Feldern ermöglichen. Aufforstung weg von Monokulturen und hin zum Laub- und Mischwald ist massiv zu fördern.

Tierrechte müssen geachtet werden. Verstöße gegen das Tierwohl müssen endlich als Straftat und nicht als Sachbeschädigung geahndet werden. Tierversuche müssen beendet werden.

Als Land zwischen den Meeren brauchen wir einen funktionierenden Küstenschutz um den Menschen auch zukünftig ein lebenswertes Umfeld ohne nasse Füße und Überschwemmungen bieten zu können.

Soziale Gerechtigkeit und echte Perspektiven für alle Menschen

Ich kämpfe für ein sozial gerechtes, solidarisches Land in dem ein „Miteinander“ und nicht ein „Gegeneinander“ auf Kosten des Anderen und ein Ausspielen der Schwächsten untereinander forciert wird.

Gleiche Arbeit – gleicher Lohn forderte schon meine Oma. Von Lohngerechtigkeit sind wir zwei Generationen später leider immer noch weit entfernt. Es ist ebenso unerklärlich wie unanständig das Frauen für vergleichbare Tätigkeiten heute immer noch oftmals weniger verdienen als Männer. Ich setze mich dafür ein das eine Entgelttransparenzrichtlinie eingeführt wird, um hier Einkommensgerechtigkeit zu fördern.

Auch eine signifikante Anhebung des Mindestlohnes ist längst überfällig. Den Menschen muss echte Wertschätzung für ihre Arbeitsleistung entgegengebracht werden. Ein deutliches Signal, das es sich lohnt zu arbeiten und einen Beitrag zu leisten. Besonders in sozialen Berufen zeigt sich leider das für unsere Gesellschaft wichtige Arbeit eher asozial vergütet wird. Applaus reicht hier bei weitem nicht aus.

Menschen brauchen Sicherheit und Perspektiven. Insbesondere Familienplanung lässt sich nur mit einem gewissen Maß an sozialer und beruflicher Sicherheit realisieren. Ich möchte daher den Arbeitnehmerschutz weiter stärken. Befristete Anstellungen und Zeitarbeit sollen die Ausnahme und nicht die Regel sein.

Zur Bekämpfung von Armut halte ich es für erforderlich ein Bürgergeld einzuführen, das ohne bürokratische Hürden und Entwürdigung des Einzelnen echte Teilhabe ermöglicht. Wir müssen Hartz 4 endlich überwinden und unser Sozialsystem sozial orientiert und entbürokratisiert gestalten.

Das es in einem der reichsten Industrieländer der Welt zum Straßenbild gehört alte Menschen Flaschen aus Mülltonnen fischen zu sehen, um ihre Rente aufzubessern kann und will ich nicht akzeptieren. Das ist würdelos und trübt die Lebensleistung dieser Menschen mit Füßen.

Andere Länder machen uns bereits vor wie es besser geht. Selbständige und Beamte müssen auch ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wenn wir zukünftig alle Bürger in die Rentenkasse einzahlen lassen und das Leistungsniveau sozial ausgewogener gestalten können wir allen Menschen ein Alter in Würde und finanzieller Sicherheit ermöglichen.

Erstklassige medizinische Versorgung statt Zweiklassenmedizin

Es muss endlich ein Systemwechsel im Gesundheitssystem eingeleitet werden. Dieser ist längst überfällig. Das Gesundheitssystem muss von allen Bürgern solidarisch finanziert werden.

Es sollte nur noch eine gemeinschaftliche Kranken- und Pflegeversorgung im Rahmen einer Bürgerversicherung geben, die allen Menschen ein einheitliches hohes medizinisches Leistungsniveau garantiert.

Unsere Gesundheit ist das höchste Gut. Das weiß ich aus der eigenen Erfahrung in der Betreuung von pflegender und kranker Familienmitglieder.

Medizinische Versorgung darf kein Luxus weniger oder gar Spekulationsobjekt sein, sondern ist einkommensunabhängig und sozial gerecht auszugestalten. Pflegekosten oder Zuzahlungen zu Medikamenten dürfen nicht zum Armutrisiko werden.

Gegen Extremismus für ein buntes, tolerantes und sicheres Deutschland

Ich trete entschieden für die Gleichheit aller Menschen ein und möchte eine starke Stimme für die Schwachen und Benachteiligten und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung in unserer Gesellschaft sein. Es beschämt mich das wir im Jahr 2020 immer noch Anfeindung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transsexuellen erleben müssen.

Kinder und Frauen müssen wirksam vor sexualisierter und häuslicher Gewalt geschützt werden.

Die Rechte von Menschen mit Handicap müssen weiter gestärkt und echte Inklusion in allen Bereichen gefördert werden. Hierzu gehört neben der Selbstbestimmung auch die weitgehende Barrierefreiheit, die echte Teilhabe und ein Leben ohne unnötige Hürden ermöglicht.

Es muss eine Kultur des Willkommens etabliert werden in der humanitären Hilfe gefördert und legale Migration gestärkt wird. Asylsuchende sollen solidarisch verteilt und in die Mitte unserer Gesellschaft aufgenommen werden.

Wir müssen extremistischen Bestrebungen, die unsere Gesellschaft spalten wollen, entschieden entgegentreten und insbesondere rechtsextremistische Gewalt bekämpfen.

„Man muss Gutes tun, damit es in der Welt ist.“ - Marie von Ebner-Eschenbach

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir haben nächstes Jahr zum ersten Mal eine realistische Chance mit einer großen Zahl von bundesgrünen Mandaten unsere Heimat Schleswig-Holstein im Bundestag zu repräsentieren, das Leben für die Menschen in unseren Kreisen und Kommunen sozial-ökologisch nachhaltig zu gestalten und weit mehr als nur einen grünen Daumenabdruck zu hinterlassen.

Als Zuhörer, Brückenbauer und hartnäckiger Antreiber von Veränderung im positiven Sinn möchte ich mich für Euch mit viel Verve für eine nachhaltige, solidarisch ausgerichtete grüne Politik auf Bundesebene einsetzen.

Mit Euch und für Euch als grüne Gemeinschaft freue ich mich darauf kreisübergreifend mein Mandat dafür zu nutzen Gutes zu tun. Ich danke für das Vertrauen und Euer Votum.

Euer Dennis

Privates

Geboren am 22. Mai 1979. Glücklich verheiratet mit meiner Tanja wohne ich in Alveslohe (Kreis Segeberg) und liebe es der Natur am Meer oder bei Spaziergängen im Wald nah zu sein.

Kontakt

Mail: [heine.dennis@t-online.de](mailto:heine.dennis@t-online.de)

Mobil: 0176-78 57 54 52

Tel.: 04193- 87 82 69 3

Internet

<https://gruene-se-kv.de/dennis-heine/>

[https://www.xing.com/profile/Dennis\\_Heine3/cv](https://www.xing.com/profile/Dennis_Heine3/cv)

<https://www.linkedin.com/in/dennis-heine-1b8539a3/>

<https://www.facebook.com/dennis.heine.376>

## LL 6 JB Jakob Brunken

Antragsteller\*in: Jakob (KV Ostholstein)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

### Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Mai 2020 bin ich zum ersten Mal Vater geworden. Statistisch gesehen wird mein Sohn das Jahr 2100 erleben, auch darum möchte aktiv daran arbeiten, dass unsere Erde auch zukünftig ein lebenswerter Planet bleibt.

Von derzeitigen Bundesregierung ist kein Tatendrang zu erwarten, um die aktuellen Probleme nachhaltig anzugehen. Es wird deshalb 2021 darauf ankommen, dass wir ein möglichst starkes Ergebnis erhalten, um Teil der kommenden Bundesregierung zu werden und selbst Lösungen voran bringen zu können.

Energiewende geht nur mit dem Handwerk

Als Zimmerermeister bringe ich praktische Erfahrungen mit. Das Handwerk schafft nicht nur zukunftsfähige Jobs und ist damit eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Es ist ebenfalls die ausführende Kraft bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung der Energiewende. Ein Scheitern dieser Mammut-Aufgabe ist keine Option.

Die handwerkliche Ausbildung muss politisch gestärkt und die Weiterqualifizierung der Fachkräfte attraktiver werden. Schon jetzt haben viele Handwerksbetriebe Schwierigkeiten ausreichend qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Es sind Handwerker\*innen, die den dringend benötigten Wohnraum schaffen und den Altbestand zeitgemäß und energetisch sanieren. Ohne ausreichend Handwerker\*innen werden wir weder den notwendigen Zubau der Photovoltaik und Windkraft erreichen noch den erforderlichen Netzausbau vorantreiben.

Bausektor nachhaltiger machen

Ich möchte mich im Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland in den kommenden Jahren die notwendigen Weichen stellt, um klima- und umweltschädigende Verhaltensweisen abzustellen. Hierbei muss der Bausektor eine entscheidende Rolle einnehmen. Wie wir bauen und wohnen beeinflusst ganz erheblich unsere Gesundheit und die Lebensqualität.

Eine enorme Herausforderung auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität wird auf alle unsere Gebäude zukommen. Mein Ziel ist, eine Entwicklung zu begleiten, die deutlich mehr nachwachsende Rohstoffe im Bausektor zum Standard macht. Schon heute lassen sich große Gebäude überwiegend mit nachwachsenden Rohstoffen bauen, dennoch werden standardmäßig Stahl und Beton eingesetzt. Viele Dämmstoffe werden auf Basis von Erdöl hergestellt, obwohl es ökologische Alternativen wie Hanf gibt.

Ich möchte, dass unsere Dachflächen zukünftig eine zusätzliche Funktion erhalten. Durch die Nutzung von Solarenergie lassen sich die benötigte Wärme und der erforderliche Strom erzeugen, begrünte Dächer dienen als Wasserspeicher und können das Mikroklima, insbesondere in den Ballungszentren, positiv beeinflussen. Hiervon profitieren Mensch und Tier gleichermaßen.



Alter:

33

Geschlecht:

männlich

Ein Gebäude ist etwas, was für einen langen Zeitraum errichtet wird. Diesen Anspruch habe ich ebenfalls an die Politik.

FFBQ

Eine Bewerbung aus Ostholstein kommt nicht ohne ein paar Worte zur geplanten Festen Fehmarnbelt-Querung aus. Vor Fehmarn wird die Zerstörung des sensiblen Ökosystems Ostsee für ein nicht mehr zeitgemäßes Projekt in Kauf genommen, ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Region über Ostholstein hinaus zu nehmen. Zahlreiche berechnete Klagen werden derzeit in Leipzig vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt. Ich habe dieses Projekt immer abgelehnt und werde an dieser Haltung keinen Millimeter rütteln.

Ich möchte Eure Stimme in Berlin für grünes Handwerk sein und gemeinsam mit Euch die Zukunft gestalten.

Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung!

Herzliche Grüße

Jakob

# Jakob Brunken

Bewerbung um Platz 6 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 in Schleswig-Holstein

## Persönliches

- 1987 geboren in Hannover
- ein Kind mit meiner Partnerin
- Fahrradfahrer (auch bei Schietwetter)
- Imker
- Abitur in Ostholstein
- Zivildienst (ADiA) in Kanada
- Ausbildung zum Zimmermann in OH
- Meisterschule in Flensburg

## Politisches

- seit 2009 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
- 2011 - 2013 Mitglied im Parteirat SH
- 2013 - 2017 bürgerliches Mitglied im Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Kasseedorf
- seit 2013 Mitglied der KTF OH
- seit 2014 Kreistagsabgeordneter in OH
- 2017 Direktkandidat zur Bundestagswahl
- seit 2018 stellvertretender Ausschussvorsitzender im Natur- Umwelt- Bau und Verkehrsausschusses des Kreises



## **Liebe Freundinnen und Freunde,**

im Mai 2020 bin ich zum ersten Mal Vater geworden. Statistisch gesehen wird mein Sohn das Jahr 2100 erleben, auch darum möchte aktiv daran arbeiten, dass unsere Erde auch zukünftig ein lebenswerter Planet bleibt.

Von derzeitigen Bundesregierung ist kein Tatendrang zu erwarten, um die aktuellen Probleme nachhaltig anzugehen. Es wird deshalb 2021 darauf ankommen, dass wir ein möglichst starkes Ergebnis erhalten, um Teil der kommenden Bundesregierung zu werden und selbst Lösungen voran bringen zu können.

## **Energiewende geht nur mit dem Handwerk**

Als Zimmerermeister bringe ich praktische Erfahrungen mit. Das Handwerk schafft nicht nur zukunftsfähige Jobs und ist damit eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Es ist ebenfalls die ausführende Kraft bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung der Energiewende. Ein Scheitern dieser Mammut-Aufgabe ist keine Option.

Die handwerkliche Ausbildung muss politisch gestärkt und die Weiterqualifizierung der Fachkräfte attraktiver werden. Schon jetzt haben viele Handwerksbetriebe Schwierigkeiten ausreichend qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Es sind Handwerker\*innen, die den dringend benötigten Wohnraum schaffen und den Altbestand zeitgemäß und energetisch sanieren. Ohne ausreichend Handwerker\*innen werden wir weder den notwendigen Zubau der Photovoltaik und Windkraft erreichen noch den erforderlichen Netzausbau vorantreiben.

## Bausektor nachhaltiger machen

Ich möchte mich im Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland in den kommenden Jahren die notwendigen Weichen stellt, um klima- und umweltschädigende Verhaltensweisen abzustellen. Hierbei muss der Bausektor eine entscheidende Rolle einnehmen. Wie wir bauen und wohnen beeinflusst ganz erheblich unsere Gesundheit und die Lebensqualität.

Eine enorme Herausforderung auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität wird auf alle unsere Gebäude zukommen. Mein Ziel ist, eine Entwicklung zu begleiten, die deutlich mehr nachwachsende Rohstoffe im Bausektor zum Standard macht. Schon heute lassen sich große Gebäude überwiegend mit nachwachsenden Rohstoffen bauen, dennoch werden standardmäßig Stahl und Beton eingesetzt. Viele Dämmstoffe werden auf Basis von Erdöl hergestellt, obwohl es ökologische Alternativen wie Hanf gibt.

Ich möchte, dass unsere Dachflächen zukünftig eine zusätzliche Funktion erhalten. Durch die Nutzung von Solarenergie lassen sich die benötigte Wärme und der erforderliche Strom erzeugen, begrünte Dächer dienen als Wasserspeicher und können das Mikroklima, insbesondere in den Ballungszentren, positiv beeinflussen. Hiervon profitieren Mensch und Tier gleichermaßen.

Ein Gebäude ist etwas, was für einen langen Zeitraum errichtet wird. Diesen Anspruch habe ich ebenfalls an die Politik.

## FFBQ

Eine Bewerbung aus Ostholstein kommt nicht ohne ein paar Worte zur geplanten Festen Fehmarnbelt-Querung aus. Vor Fehmarn wird die Zerstörung des sensiblen Ökosystems Ostsee für ein nicht mehr zeitgemäßes Projekt in Kauf genommen, ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Region über Ostholstein hinaus zu nehmen. Zahlreiche berechtigte Klagen werden derzeit in Leipzig vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt. Ich habe dieses Projekt immer abgelehnt und werde an dieser Haltung keinen Millimeter rütteln.

Ich möchte Eure Stimme in Berlin für grünes Handwerk sein und gemeinsam mit Euch die Zukunft gestalten.

Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung!

Herzliche Grüße



## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen vor der größten Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Die Klimakrise droht in eine Klimakatastrophe zu kippen und die GroKo tut nichts, dies zu verhindern.

Mit bisherigen Kurs steuern wir auf eine globale Erwärmung von drei bis vier Grad zu! Das ist für mich eine unerträgliche Vorstellung.

Durch den Druck der Klimabewegung ist klar geworden, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten für einen schnellen Kohleausstieg und konsequenten Klimaschutz da sind. Trotzdem wird an diesen weiter vorbeigeregelt - noch fehlen die parlamentarischen Mehrheiten. Noch. Diese zu erreichen und alteingesessene Strukturen aufzubrechen, muss jetzt unser Ziel sein. Jede Sekunde, die wir zögern, wird für uns katastrophale Folgen haben. Die kommende Legislaturperiode birgt die letzte Chance, das Pariser Klimaabkommen zu retten und klimapolitisch endlich umzusteuern. Das geht nur mit grüner Politik, die ihre guten Umfragewerte in mutiges Regierungshandeln umsetzt.

Deshalb bewerbe ich mich auf unserer Landesliste um Platz 6 für die Bundestagswahl 2021.

Schon in meiner Schulzeit staute sich in mir Frust auf über eine Bundesregierung, die große Versprechen machte, aber diese nicht hielt. So führte mich mein Wunsch, politisch etwas zu verändern, mit 16 Jahren zu den Grünen. Gleichzeitig war mein Engagement auch über Parteistrukturen hinaus immer vielfältig. Denn Veränderung erreichen wir nur dann, wenn wir die gesamte Gesellschaft prägen. Neben Wahlkämpfen und lokalen Debatten habe ich mich deshalb auch bei Greenpeace, Fossil Free und Ende Gelände engagiert.

Darauf folgte ein Tag, der alles verändern sollte: Am Freitag, den 14. Dezember 2018 organisierten ein paar Freund\*innen und ich eine der ersten Fridays for Future Demonstrationen in Deutschland. Was danach kam ist bekannt: Mit Fridays for Future haben wir es geschafft, Millionen auf die Straßen zu bewegen. Und schon bald wurde klar, dass hier eine Dynamik entstanden war, die wir für echte Veränderung nutzen könnten. Aus den Strukturen einzelner lokaler Gruppen wurde eine basisdemokratische Organisation, welche eine nie da gewesene gesellschaftliche Präsenz des Themas "Klima" mit sich brachte: Plötzlich hörten Minister\*innen wie Peter Altmaier uns genau zu. Und auch Svenja Schulze kam an den Forderungen unserer Generation nicht mehr vorbei.

Diese Entwicklung der Bewegung gab mir in den vergangenen Monaten die Chance, aus einer aktivistischen Perspektive bundesweit Gespräche zu führen. Ich habe dabei versucht, im strategischen Austausch mit Politiker\*innen aller demokratischen Parteien von außen junge, radikale, progressive Perspektiven ins Parlament zu tragen. Doch während ich bei Lisa Badum (Klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion) arbeitete, konnte ich lernen, wie viel des inhaltlichen Erfolgs daran hängt, dass wir Politiker\*innen im Parlament haben, die für konsequente Klimapolitik streiten.

Jahrtausendkrise Klima

Wir erleben zurzeit massive Waldbrände auf der ganzen Welt und müssen mit ansehen, wie Dürren und Flutkatastrophen Menschen existenziell bedrohen. Dabei ist bekannt, dass die Verursacher der Klimakrise nicht diejenigen sind, die ihre Folgen zuerst zu spüren bekommen. Die Klimakrise als



Alter:

20

Geschlecht:

männlich

Menschheitsherausforderung erfordert deshalb auf wissenschaftlichem Konsens basierende und entschlossene Antworten.

Wir müssen in Deutschland nicht nur bis spätestens 2030 komplett aus der Kohle aussteigen, sondern gleichzeitig den Ausbau Erneuerbarer Energien rasant beschleunigen. Schleswig-Holstein hat dabei eine Vorreiter\*innenrolle. Als Land zwischen den Meeren können wir vom Windkraftausbau extrem profitieren und einen enormen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Eine umfassende Mobilitätswende, die energetische Renovierung von Gebäude und die Klimaneutralität im Wärmesektor sind dabei aber genauso ein Muss. Fossile Energieträger dürfen mit staatlichen Geldern nicht weiter subventioniert werden!

Divestment hat für mich eine hohe Priorität, denn es kann nicht sein, dass wir weiter Milliardensummen an schmutzige Auto-, Kohle- und Gaskonzerne ausschütten, ohne dass diese Anstalten machen, ihre Emissionen gemäß des 1,5-Grad-Limits zu reduzieren. Hier können wir in Schleswig-Holstein Vorbild für den Bund sein. Auch muss unsere Klimapolitik nachhaltig Arbeitsplätze und Identitäten sichern und so einen sozial gerechten Strukturwandel ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit darf nicht ständig gegen konsequente Klimapolitik ausgespielt werden. Die nächste Legislaturperiode des Bundestages ist das Zeitfenster, in dem wir wie nie zuvor für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft arbeiten müssen. Gleichzeitig ist sie unsere Chance, den Grundstein für eine klimagerechte Zukunft zu legen. Dafür möchte ich kämpfen.

Unsere Antwort: Gerechtigkeit

Klimaschutz muss von der gesamten Gesellschaft getragen werden können und darf kein Luxus für einige wenige sein. Doch geht es mir um mehr als nur Klimapolitik:

Wir befinden uns in einer massiven Gerechtigkeitskrise. Corona hat dies noch einmal verdeutlicht: Für systemrelevante Berufe bleibt außer Applaus nicht viel übrig. Deshalb brauchen wir ein Gesundheitssystem, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die wirtschaftlichen Interessen des immer weiter privatisierten Gesundheitswesens. Altenpfleger\*innen berichten immer wieder, dass sie sich pro Bewohner\*in gerade einmal 15 Minuten Zeit pro Tag nehmen können. Das ist unmenschlich.

Wie wir mit den Schwächsten unter uns umgehen, offenbart, wie der gemeinsame Wertekompass unserer Gesellschaft aussieht. Jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf - in einem der reichsten Länder der Welt. Dass Kinder überhaupt von Arbeitslosengeld leben, ist absurd. Noch dazu verwehrt ihnen Hartz 4 aber zu sparen und macht so einen Ausstieg quasi unmöglich. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Chancen auf mehr Lebensqualität und beruflichen Aufstieg dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, um diesen zerstörerischen Zyklus zu beenden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten. Gerade jetzt müssen wir die Kehrtwende schaffen und sagen: Wir gehen gemeinsam und solidarisch durch die Krise - niemand darf auf der Strecke bleiben.

In den letzten Monaten sehen wir so deutlich wie selten zuvor, wie sehr unsere Wirtschaft darauf beruht, dass Frauen Verantwortung übernehmen. Ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in Krankenhäusern, Kitas oder in Supermärkten. Ungerechte Geschlechterverhältnisse werden durch die Krise offengelegt. Frauen verdienen für dieselbe Arbeit im Schnitt immer noch weniger als Männer. Frauen sind chronisch unterrepräsentiert, sei es als Probandinnen in klinischen Studien, in den "Chefetagen" oder im Parlament. Frauen und Mädchen sind täglich mit Sexismus und Benachteiligung konfrontiert. Selbst im Jahr 2020 dürfen Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden. Der langwierige Kampf um Geschlechtergerechtigkeit ist leider immer noch nicht gewonnen.

Wir können es uns nicht leisten, soziale Krisen isoliert voneinander zu betrachten. Für die Soziale-, Corona- und die Klimakrise gilt gleichermaßen: Wir müssen alle Ebenen der Gerechtigkeit zusammendenken.

#### Bewegung in den Bundestag

Dass politisch trotzdem wenig passiert ist, liegt keineswegs an der mangelnden Schlagkraft der Klimabewegung, sondern an einem Versagen der politischen Führungsschicht. Wenn wir das ändern wollen, ist klar, dass wir Grundlegendes anders machen müssen. Wenn wir grüne Politik umsetzen und die nötigen Veränderungen sozial gestalten wollen, dann müssen wir die Menschen mitnehmen. Ich möchte in den Bundestag tragen, was uns seit Jahren als Partei stark macht: Unsere Nähe zum Protest auf der Straße und unsere Nähe zu den Visionen und Sorgen, die sich insbesondere meine, die jüngere Generation, über ihre Zukunft macht.

Diese Bundestagswahl ist unsere letzte Chance, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern. Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher - so viel steht fest.

Die Zukunft gehört uns. Dass es eine gute Zukunft wird, ist aber alles andere als selbstverständlich. Wir müssen sie uns gemeinsam erkämpfen.

Euer Jakob

# BEWERBUNG

## LISTENPLATZ 6



# JAKOB BLASEL

### Über mich:

- 16.10.2000* geboren in Kiel
- seit 2017* Mitglied der Grünen Jugend und Bündnis 90/Die Grünen
- 2018* Vorstand Grüne Jugend Kiel
- Seit Dezember 2018* Fridays-For-Future-Aktivist auf Bundesebene
- > Initiator erste Fridays For Future Demo (Landtag SH)
  - > Hauptverantwortlicher Fridays For Future Sommerkongress 2019 (ca. 2000 Teilnehmende)
  - > FFF-Vertreter vor der Kohlekommission

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen vor der größten Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Die Klimakrise droht in eine Klimakatastrophe zu kippen und die GroKo tut nichts, dies zu verhindern.

Mit bisherigen Kurs steuern wir auf eine globale Erwärmung von drei bis vier Grad zu! Das ist für mich eine unerträgliche Vorstellung.

Durch den Druck der Klimabewegung ist klar geworden, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten für einen schnellen Kohleausstieg und konsequenten Klimaschutz da sind. Trotzdem wird an diesen weiter vorbeiregiert - noch fehlen die parlamentarischen Mehrheiten. Noch. Diese zu erreichen und alteingesessene Strukturen aufzubrechen, muss jetzt unser Ziel sein. Jede Sekunde, die wir zögern, wird für uns katastrophale Folgen haben. Die kommende Legislaturperiode birgt die letzte Chance, das Pariser Klimaabkommen zu retten und klimapolitisch endlich umzusteuern. Das geht nur mit grüner Politik, die ihre guten Umfragewerte in mutiges Regierungshandeln umsetzt.

Deshalb bewerbe ich mich auf unserer Landesliste um Platz 6 für die Bundestagswahl 2021.

Schon in meiner Schulzeit staute sich in mir Frust auf über eine Bundesregierung, die große Versprechen machte, aber diese nicht hielt. So führte mich mein Wunsch, politisch etwas zu verändern, mit 16 Jahren zu den Grünen. Gleichzeitig war mein Engagement auch über Parteistrukturen hinaus

<i>seit 2019</i>	Moderator bei FUNK von ARD und ZDF, Wissenschaftskommunikation	immer vielfältig. Denn Veränderung erreichen wir nur dann, wenn wir die gesamte Gesellschaft prägen. Neben Wahlkämpfen und lokalen Debatten habe ich mich deshalb auch bei Greenpeace, Fossil Free und Ende Gelände engagiert.
<i>seit 2019</i>	Vorstand Organize Future e.V.	Darauf folgte ein Tag, der alles verändern sollte: Am Freitag, den 14. Dezember 2018 organisierten ein paar Freund*innen und ich eine der ersten Fridays for Future Demonstrationen in Deutschland. Was danach kam ist bekannt: Mit Fridays for Future haben wir es geschafft, Millionen auf die Straßen zu bewegen. Und schon bald wurde klar, dass hier eine Dynamik entstanden war, die wir für echte Veränderung nutzen könnten. Aus den Strukturen einzelner lokaler Gruppen wurde eine basisdemokratische Organisation, welche eine nie da gewesene gesellschaftliche Präsenz des Themas "Klima" mit sich brachte: Plötzlich hörten Minister*innen wie Peter Altmaier uns genau zu. Und auch Svenja Schulze kam an den Forderungen unserer Generation nicht mehr vorbei.
<i>seit 2020</i>	Arbeit + Praktikum bei Lisa Badum MdB  Mitglied bei Ver.di und Verein zur Förderung politischer Bildung	

Diese Entwicklung der Bewegung gab mir in den vergangenen Monaten die Chance, aus einer aktivistischen Perspektive bundesweit Gespräche zu führen. Ich habe dabei versucht, im strategischen Austausch mit Politiker\*innen aller demokratischen Parteien von außen junge, radikale, progressive Perspektiven ins Parlament zu tragen. Doch während ich bei Lisa Badum (Klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion) arbeitete, konnte ich lernen, wie viel des inhaltlichen Erfolgs daran hängt, dass wir Politiker\*innen im Parlament haben, die für konsequente Klimapolitik streiten.

### **Jahrtausendkrise Klima**

Wir erleben zurzeit massive Waldbrände auf der ganzen Welt und müssen mit ansehen, wie Dürren und Flutkatastrophen Menschen existenziell bedrohen. Dabei ist bekannt, dass die Verursacher der Klimakrise nicht diejenigen sind, die ihre Folgen zuerst zu spüren bekommen. Die Klimakrise als Menschheitsherausforderung erfordert deshalb auf wissenschaftlichem Konsens basierende und entschlossene Antworten.

Wir müssen in Deutschland nicht nur bis spätestens 2030 komplett aus der Kohle aussteigen, sondern gleichzeitig den Ausbau Erneuerbarer Energien rasant beschleunigen. Schleswig-Holstein hat dabei eine Vorreiter\*innenrolle. Als Land zwischen den Meeren können wir vom Windkraftausbau extrem profitieren und einen enormen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Eine umfassende Mobilitätswende, die energetische Renovierung von Gebäude und die Klimaneutralität im Wärmesektor sind dabei aber genauso ein Muss. Fossile Energieträger dürfen mit staatlichen Geldern nicht weiter subventioniert werden!

Divestment hat für mich eine hohe Priorität, denn es kann nicht sein, dass wir weiter

Milliardensummen an schmutzige Auto-, Kohle- und Gaskonzerne ausschütten, ohne dass diese Anstalten machen, ihre Emissionen gemäß des 1,5-Grad-Limits zu reduzieren. Hier können wir in Schleswig-Holstein Vorbild für den Bund sein. Auch muss unsere Klimapolitik nachhaltig Arbeitsplätze und Identitäten sichern und so einen sozial gerechten Strukturwandel ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit darf nicht ständig gegen konsequente Klimapolitik ausgespielt werden. Die nächste Legislaturperiode des Bundestages ist das Zeitfenster, in dem wir wie nie zuvor für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft arbeiten müssen. Gleichzeitig ist sie unsere Chance, den Grundstein für eine klimagerechte Zukunft zu legen. Dafür möchte ich kämpfen.

### **Unsere Antwort: Gerechtigkeit**

Klimaschutz muss von der gesamten Gesellschaft getragen werden können und darf kein Luxus für einige wenige sein. Doch geht es mir um mehr als nur Klimapolitik:

Wir befinden uns in einer massiven Gerechtigkeitskrise. Corona hat dies noch einmal verdeutlicht: Für systemrelevante Berufe bleibt außer Applaus nicht viel übrig. Deshalb brauchen wir ein Gesundheitssystem, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die wirtschaftlichen Interessen des immer weiter privatisierten Gesundheitswesens. Altenpfleger\*innen berichten immer wieder, dass sie sich pro Bewohner\*in gerade einmal 15 Minuten Zeit pro Tag nehmen können. Das ist unmenschlich.

Wie wir mit den Schwächsten unter uns umgehen, offenbart, wie der gemeinsame Wertekompass unserer Gesellschaft aussieht. Jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf - in einem der reichsten Länder der Welt. Dass Kinder überhaupt von Arbeitslosengeld leben, ist absurd. Noch dazu verwehrt ihnen Hartz 4 aber zu sparen und macht so einen Ausstieg quasi unmöglich. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Chancen auf mehr Lebensqualität und beruflichen Aufstieg

dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, um diesen zerstörerischen Zyklus zu beenden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten. Gerade jetzt müssen wir die Kehrtwende schaffen und sagen: Wir gehen gemeinsam und solidarisch durch die Krise - niemand darf auf der Strecke bleiben.

In den letzten Monaten sehen wir so deutlich wie selten zuvor, wie sehr unsere Wirtschaft darauf beruht, dass Frauen Verantwortung übernehmen. Ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in Krankenhäusern, Kitas oder in Supermärkten. Ungerechte Geschlechterverhältnisse werden durch die Krise offengelegt. Frauen verdienen für dieselbe Arbeit im Schnitt immer noch weniger als Männer. Frauen sind chronisch unterrepräsentiert, sei es als Probandinnen in klinischen Studien, in den "Chefetagen" oder im Parlament. Frauen und Mädchen sind täglich mit Sexismus und Benachteiligung konfrontiert. Selbst im Jahr 2020 dürfen Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden. Der langwierige Kampf um Geschlechtergerechtigkeit ist leider immer noch nicht gewonnen.

Wir können es uns nicht leisten, soziale Krisen isoliert voneinander zu betrachten. Für die Soziale-, Corona- und die Klimakrise gilt gleichermaßen: Wir müssen alle Ebenen der Gerechtigkeit zusammendenken.

### **Bewegung in den Bundestag**

Dass politisch trotzdem wenig passiert ist, liegt keineswegs an der mangelnden Schlagkraft der Klimabewegung, sondern an einem Versagen der politischen Führungsschicht. Wenn wir das ändern wollen, ist klar, dass wir Grundlegendes anders machen müssen. Wenn wir grüne Politik umsetzen und die nötigen Veränderungen sozial gestalten wollen, dann müssen wir die Menschen mitnehmen. Ich möchte in den Bundestag tragen, was uns seit Jahren als Partei stark macht: Unsere Nähe zum Protest auf der Straße und unsere Nähe zu den Visionen und Sorgen, die sich insbesondere meine, die jüngere Generation, über ihre Zukunft macht.

Diese Bundestagswahl ist unsere letzte Chance, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern.

Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher - so viel steht fest.

Die Zukunft gehört uns. Dass es eine gute Zukunft wird, ist aber alles andere als selbstverständlich. Wir müssen sie uns gemeinsam erkämpfen.

Euer Jakob



## LL 6 NB Nils Bollenbach

Antragsteller\*in: Nils Bollenbach (KV Stormarn)  
Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

### Selbstvorstellung

Liebe Grüne,

Ich bin schwul und habe eine Behinderung. Damit gehöre ich zu zwei Minderheiten, die im deutschen Bundestag bei Weitem nicht ausreichend repräsentiert sind. Ich möchte mich für diese Menschen stark machen, ihnen eine Stimme geben und für ihre und meine Rechte kämpfen. Deshalb bewerbe ich mich auf Listenplatz 6 unserer Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Ich bin zwar erst seit 3 Jahren bei den Grünen und mit 19 Jahren noch sehr jung, aber seit dem ersten Tag bin ich bei den Grünen aktiv. Schon nach einem Jahr war ich Mitglied im Ortsvorstand, es folgte der Kreisvorstand und 2019 der Parteirat. Fridays for Future hat mich als jungen Menschen einmal mehr politisiert. Ich habe seit dem zahlreiche Proteste in Stormarn organisiert und bin zum Kopf der lokalen Klimabewegung geworden.

Neben den Themen Inklusion und Teilhaben von Menschen mit Behinderung, Rechte von LGBTIQ und Klimaschutz, liegt mir auch ganz besonders die Kultur am Herzen. Für mich ist ganz klar, dass ich später in diesem Bereich beruflich tätig sein will, doch spätestens die Pandemie hat gezeigt, wie es um die Lage Kulturschaffender steht. Die Pandemie hat aber auch gezeigt, wie wichtig Kultur für unser seelisches Wohlbefinden ist. Ich möchte mich für eine angemessene Entlohnung in der Kreativwirtschaft stark machen und die Kunstfreiheit, als hohes Gut unserer Gesellschaft, verteidigen.

Um all das tun zu können, um mein und das Leben vieler Menschen besser zu machen, bitte ich um euer Vertrauen.

Weitere Informationen über mich und mein Engagement findet ihr in meiner anhängenden Bewerbung oder auf meiner Webseite: [www.nils-bollenbach.de](http://www.nils-bollenbach.de)

Liebe Grüße, euer Nils



Alter:

19

Geschlecht:

männlich

## Bewerbung auf **Listenplatz 6** – der Landesliste von Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, zur Bundestagswahl 2021

### Zu meiner Person:

**Name:** Nils Bollenbach  
**Alter:** 19 Jahre (23.11.2000)

**Kreisverband:** Stormarn (Bargtheide)

### Bisheriges Engagement bei den Grünen:

Seit 2017 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen  
Seit 2018 Vorstandsmitglied im OV Bargtheide  
Seit 2018 Mitglied der Bargtheider Grünen-Fraktion  
Seit 2019 Beisitzer im Kreisvorstand Stormarn  
Seit 2019 Mitglied im Landesparteirat  
Seit 2020 Delegierter für den Landesparteitag  
(LAG Queer und LAG Kultur)



Foto: Jens Ochmann

### Weiteres Politisches Engagement:

Gründer der Stormarner Fridays for Future Bewegung  
Ehemaliges Mitglied der Landes Schüler Vertretung / Schülersprecher



[www.nils-bollenbach.de](http://www.nils-bollenbach.de)



[@nilsbollenbach](https://www.instagram.com/nilsbollenbach)



Nils Bollenbach



[nilsbollenbach@gruene-stormarn.de](mailto:nilsbollenbach@gruene-stormarn.de)



Nils Bollenbach

## **Liebe Grüne,**

seit 2017 bin ich Mitglied unserer Partei. In dieser Zeit habe ich unglaublich viele Erfahrungen gesammelt und mein Engagement immer mehr gesteigert. Natürlich bin ich mit 19 Jahren noch sehr jung, um für den Bundestag zu kandidieren, allerdings denke ich, dass uns vor allem die Gewohnheit glauben lässt, es wäre richtig, dass ausschließlich reife Menschen das Volk vertreten sollten. Spätestens die Politisierung tausender Jugendlicher im Zuge der Fridays for Future Bewegung hat bewiesen, dass wir von dieser Denkweise abrücken müssen. Meiner Meinung nach ist es gerade richtig, dass die Entscheidungen von denen getroffen werden, die jung sind und noch am längsten mit den Folgen heute getroffener Entscheidungen leben müssen. Politik bedeutet gestalten und die Jugend sollte hieran zwingend beteiligt werden. Bei allen politischen Themen treibt mich immer eine persönliche Betroffenheit an. Meine thematischen Schwerpunkte sind, Inklusion, die Rechte von LGBTIQ\*, der Klimawandel, der zunehmende Rechtsruck in unserer Gesellschaft und die deutsche Kulturszene. In den nachfolgenden Zeilen möchte ich mich euch näher vorstellen und erklären, worum es mir im Einzelnen geht und wie ich meine Ziele umsetzen möchte.

## **Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

Es ist nicht offensichtlich und bis vor kurzem habe ich es deshalb auch völlig aus der Öffentlichkeit herausgehalten, aber ich habe die Diagnose Asperger-Autismus. Damit gehöre ich zu den 7,9 Millionen Menschen in Deutschland, mit einer Behinderung. (Quelle: Statistisches Bundesamt) Die Tatsache, dass ich lange Zeit der Meinung war, diese Behinderung verstecken zu müssen, beweist für mich, dass Inklusion in Deutschland noch nicht ausreichend gelebt wird. Noch immer werden Menschen mit Behinderung diskriminiert und erhalten beispielsweise bei der Jobsuche nicht die gleichen Chancen, wie nicht behinderte Bewerber\*innen. Sie werden unterschätzt und in eine Schublade einsortiert. Ich möchte als Schwerbehinderter das Gegenteil beweisen und ein Zeichen für die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung setzen!

Inklusion wäre bei mir persönlich fast gescheitert. Mit einer Hauptschulempfehlung, aufgrund meines vermeintlich schlechten Sozialverhaltens, bedingt durch meine Behinderung, kam ich 2011 auf die weiterführende Schule. Dort angekommen, hätte man mir fast eine Lernbehinderung attestiert und mich auf die Förderschule geschickt. Heute habe ich nach einem Schulwechsel mein Abitur bestanden und bin unglaublich dankbar über die Chance, die ich an meiner Schule, dem Eckhorst Gymnasium, bekommen habe. Doch es gibt zu viele Fälle, in denen Inklusion eben nicht funktioniert. Menschen, die kein Glück hatten und denen nicht die gleichen Chancen geboten wurden.

Durch die Behinderung meiner Großeltern, von denen zwei im Rollstuhl sitzen, weiß ich auch, welche Konsequenzen diese Einschränkung in der Teilhabe mit sich bringt. Mein Ziel ist es, inklusives Lernen bundesweit umzusetzen. Ich möchte mich dafür stark machen, den öffentlichen Raum barrierefrei zu gestalten und so die Teilhabe zu verbessern. Weitere Themen sind hierbei das Wohnen mit Assistenz und die Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft.

## Rechte von Menschen der Queeren-Community

Neben der Tatsache, dass ich behindert bin, bin ich auch schwul. In der Schule musste ich daher immer wieder gegen Mobbing und Diskriminierung ankämpfen. Für einen Teil meiner Großeltern war mein Coming-Out damals ein Schock. Schlimm genug, jedoch stammen Sie aus einer anderen Zeit. Viel wichtiger ist meiner Meinung nach, dass nachkommende Generationen in einer toleranten, vielfältigen und bunten Gesellschaft aufwachsen. Diesen Zustand haben wir in Deutschland, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, noch nicht erreicht.

Noch immer gibt es Diskriminierung in der Schule, bei der Jobsuche und im Alltag. Auch ich darf, wie tausende andere homosexuelle Männer kein Blut spenden. Immer noch gibt es für lesbische Paare Schwierigkeiten beim Adoptionsrecht. Geschlechtsangleichende Eingriffe intersexueller Personen finden auch weiterhin ohne deren explizite Einwilligung statt. Es gibt noch immer keine Entschädigung für Opfer des Transsexuellen Gesetzes. Die Bedingungen zur Geschlechtsanpassung im Personenstandsgesetz sind miserabel. All das sind Unmöglichkeiten, gegen die ich ankämpfen möchte. Außerdem folge ich der Forderung des „Hamburg Pride E.V.“, den Artikel 3., Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes um „geschlechtlicher Identität“ zu ergänzen, um die Grundrechte dieser Menschen vollumfänglich zu sichern. Auch wenn man es kaum glauben mag, auch in Deutschland liegt noch viel Arbeit vor uns, was Gleichberechtigung und Toleranz angeht, diese möchte ich zusammen mit der Queeren-Community und unserer Partei anpacken.



Foto: Timon Kronenberg

## Letzte Chance Klimaschutz

Vom Klimawandel sind wir alle betroffen und keiner kann sich den verheerenden Auswirkungen entziehen. Auch ich habe mich als junger Mensch der Fridays for Future Bewegung angeschlossen und vor allem auf kommunaler Ebene für den Klimaschutz gekämpft. Die erste Demo in meinem Leben war die „Hambi bleibt“ am Hambacher Forst. Seitdem habe ich mich mit Überzeugung in ein AktivistInnenleben gestürzt.



Mir ist es wichtig, dass wir erkennen, dass die kommende Legislatur die letzte sein wird, in der wir das Ruder noch ernsthaft rumreißen und die Klimakatastrophe, zumindest in Teilen, noch abwenden können. Hieran möchte ich aktiv beteiligt sein. Ich möchte dafür kämpfen, dass wir das 1,5 Grad Ziel einhalten, den Kohleausstieg vorantreiben und die Energie- und Verkehrswende umsetzen. Vor allem aber möchte ich mich mit kreativen und neuen Lösungsansätzen einbringen. Ich möchte, dass, wie in der Corona-Pandemie, das Unmögliche möglich gemacht wird und dazu braucht es, denke ich, kreative Köpfe wie mich, die den Mut haben, „neu“ zu denken. Bei all diesen Punkten würde ich mich als radikalen Realpolitiker beschreiben. Mir ist klar, dass vielleicht nicht alles möglich ist, was gut wäre, wir sollten es jedoch ernsthaft versuchen und gemeinsam unser Bestes geben.

## Rechtsruck in Deutschland

In den vergangenen Jahren musste ich zusehen, wie sich meine Großeltern vor allem über Soziale-Netzwerke immer weiter radikalisiert haben. Eine Tendenz, die sich in der gesamten deutschen Bevölkerung abzeichnet. Die Gründe dafür, liegen wesentlich, z.B. in der Altersarmut und den zu niedrigen Renten. Jedoch kann es meiner Meinung nach nicht sein, dass Populisten ihnen einreden, dass daran die Ärmsten der Armen schuld sind. Menschen, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen. Gewisse Parteien haben in den letzten Jahren zu viel Hass und Hetze verbreitet. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe uns dem entgegen zu stellen und das Vertrauen in die Demokratie zurück zu gewinnen. Daher braucht es meiner Meinung nach, eine noch bessere Beteiligung der Bevölkerung, an politischen Entscheidungen. Politik muss noch transparenter gestaltet werden, um alle mitzunehmen und die Demokratie in unserem Land zu stärken.

## Förderung und Stärkung der Kulturszene

Seit ich denken kann, bin ich gestalterisch-künstlerisch tätig. So überrascht es nicht, dass ich nach meinem Abitur auch in diesem Bereich tätig werden möchte. Spätestens die Corona-Pandemie hat bewiesen, wie schlecht es um die Lage Kunstschaffender steht. Künstler\*innen jeder Art leisten einen wichtigen Beitrag zu unserem gesellschaftlichen Leben und sollten entsprechende Sicherheiten und Förderungen erfahren.



Foto: Jens Peter Meier

Es braucht angemessene Systeme, um wichtige Arbeit auch entsprechend zu entlohnen. Als wichtigste Aufgabe sehe ich außerdem die Wahrung der Kunstfreiheit, welche ein hohes Gut unsere Demokratie darstellt.

Um noch einmal auf den Anfang und die Frage zurück zu kehren, warum ich mit 19 für den Bundestag kandidieren möchte und nicht einfach mein Leben feier. Ich würde sagen, weil zu viel passiert ist, mit dem ich nicht eiverstanden bin und zu viel passieren wird, wenn ich jetzt nicht handle. Ich habe bereits jetzt in meinem jungen Alter von der Politik und Gesellschaft so die Schnauze voll, dass ich einfach keine andere Möglichkeit für mich sehe als diese selbst aktiv mitzubestimmen und zu gestalten. Ich möchte mit einem kreativen und außergewöhnlichen Blick auf Herausforderungen und Konflikte unserer Zeit schauen. Mir ist wichtig, diplomatische Lösungen zu finden, mit denen möglichst viele Menschen leben können, aber auch klarzumachen, dass Klimaschutz und Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Mein bisheriges Leben verlief nicht immer wie am Schnürchen und hatte seine Höhen und Tiefen. Genau deshalb bin ich davon überzeugt, der Richtige zu sein, um auch einen möglichst breiten Teil der Bevölkerung vertreten zu können. Denn viele Menschen haben mit genau den gleichen Problemen zu kämpfen, wie ich.

Ich möchte für sie und die Grünen eine starke Stimme sein!

Deshalb bewerbe ich mich auf **Platz 6** der Landesliste für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag 2021.



*Niklas Buller*

LL 6 RT Rolf Thielmann

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

„Das einzig beständige im Leben, ist die Veränderung“

Moin, ich bin Rolf Thielmann, wohnhaft in Klein Wesenberg, tätig als Ärztlicher Leiter, Chirurg/ Unfallchirurg eines Medizinischen Versorgungszentrums in Bad Segeberg und Arbeitgeber für acht Arbeitnehmer\*innen. Ehrenamtlich prüfe ich bei der Ärztekammer SH den fachärztlichen Nachwuchs und wurde als Richter an das Sozialgericht Kiel berufen.

Die Energiewende unterstütze ich seit 2011 als Solarstromer in Lübeck und zuhause mit einem BHKW.

Politisch aktiv bei den Grünen bin ich seit 2007. Im Land war ich 2009-2013 Sprecher der LAG Gesundheit/Soziales. Wir schrieben an zwei Wahlprogrammen für die LTW 2009 und 2012 mit und ich war maßgeblich an der Schaffung des grünen Projektes Krankenpflegekammer SH beteiligt, wozu ich auch heute unverändert stehe.

An der Gründung des OV Reinfeld-Nordstormarn 2012 war ich maßgeblich beteiligt und stehe den Grünen seitdem als Kassenwart im Vorstand auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

Erfahrungen als Gemeindevertreter in der Kommunalpolitik konnte ich bereits als Student in meinem Heimatdorf Heiligenstedten (Kr. Steinburg) für die SPD sammeln.

Ich bewerbe mich um Platz 6 auf der Landesliste für die Bundestagswahl 2021, weil ich folgende Themen voranbringen möchte.

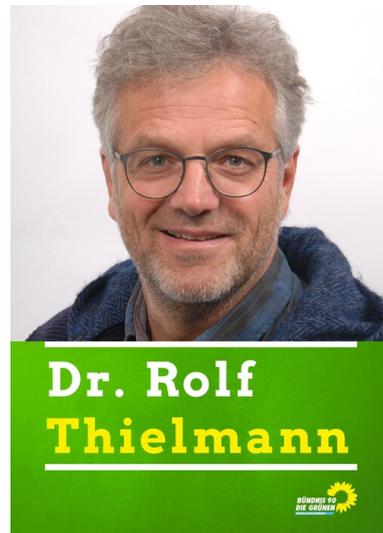
Gesundheit...

Um das deutsche Gesundheitssystem werden wir weltweit beneidet. Zu Recht! Es gewährleistet Spitzenmedizin für jeden Menschen im Land. Wer schon einmal außerhalb Deutschlands medizinische Hilfe brauchte, wird dies ohne weiteres bestätigen. Verbesserungen sind natürlich immer möglich, von einer Zweiklassenmedizin sind wir jedoch weit entfernt.

Aktuell lernen wir alle, was vorausschauende Gesundheitspolitik bedeutet und was sie schaffen kann. Ich möchte, dass die Prophylaxe zukünftig ein größerer und fester Bestandteil von Gesundheitspolitik in Deutschland wird.

Es muss sichtbarer werden, wie viele Aspekte von Politik auch unsere Gesundheitspolitik maßgeblich beeinflussen.

Der Schutz der Umwelt und des Klimas ist eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit und ist auch der Maßstab für eine ökologische Landwirtschaft. Hippokrates sagte einst: „Eure Nahrungsmittel sollen Heilmittel - und eure Heilmittel sollen Nahrungsmittel sein“. Das heißt für mich, Wertevermittlung für unsere Nahrung, gesundes Essen in Kitas und Schulen bis hinein in Senior\*inneneinrichtungen gehören zur präventiven Gesundheitsvorsorge. So schließt sich der Kreis zwischen Gesundheit, Umweltschutz und ökologischer Landwirtschaft.



Alter:

57

Geschlecht:

männlich

Gesundheit ist in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber, in SH sogar der Größte. Die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsbedingungen in diesem Bereich ist in unser aller Interesse.

Dringend verbessert gehören die Arbeitsbedingungen und die Vergütungen, insbesondere in den medizinischen Assistenzberufen. Ich begrüße daher sehr die Gründung der LAG Gewerkschaftsgruen in Schleswig-Holstein.

Die Finanzierung von Gesundheit in Deutschland ist zweigeteilt. Das will ich ändern: alle Menschen in Deutschland sollten über eine Bürger\*innenversicherung pflichtversichert sein, egal ob angestellt, selbstständig, freiberuflich oder verbeamtet. So wird es für uns alle sozial gerechter und kostengünstiger.

Lobbyismus herrscht auch in der Medizin und macht vieles teurer. Die Preise von Verbrauchsgütern und Therapiegeräten etc. sind in Deutschland sehr hoch. Marktwirtschaft geht anders. Zum Beispiel sind die gleichen Produkte vom selben Hersteller in den USA deutlich günstiger. Hier könnten unsere Sozialsysteme deutlich entlastet werden.

Ziel grüner Gesundheitspolitik muss es daher sein, diese Einflussnahme zu minimieren. Das Wohl der Patient\*innen steht jedoch an erster Stelle.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die valide und transparent sind, bilden die Basis für medizinische Therapien, nicht die Empfehlungen von Lobbyisten.

Auch der Medizinsektor muss seinen Beitrag zur Ökologisierung unserer Gesellschaft leisten. Deshalb finde ich es wichtig, die Abläufe in der Medizin, die Materialien und ihre Herstellung nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Da gibt es noch sehr viel zu tun.

In den letzten Jahren fand eine beispiellose Ökonomisierung der Medizin statt. Grundsätzlich sind wirtschaftlichere Abläufe, auch in der Medizin nichts Schlechtes, sie dürfen allerdings nicht zu Lasten der Patient\*innen gehen, wie z.B. durch Schließung von Geburtsstationen in unserem Land!

Ich unterstütze daher ausdrücklich den Stopp von Privatisierungen im Krankensektor. Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und nicht die Gelddruckmaschine für Aktien- oder amerikanische Fondsgesellschaften.

Pflege und Kammer...

Wir Grünen müssen unbedingt an dem Projekt Pflegekammer Schleswig-Holstein, aber auch Bundespflegekammer weiterarbeiten. Die Pflege ist seit Florence Nightingale ein Spielball der Ärzteschaft bzw. der „Berufsverbände“ (DRK,...) und Krankenhausbetreiber. Die Expertise der Krankenpflege wird nicht berücksichtigt, obwohl sie sich am intensivsten mit den Patient\*innen beschäftigt.

Durch eine eigene Kammer kann sich die Krankenpflege eigenverantwortlich und demokratisch legitimiert selbst verwalten. Sie wird dadurch außerdem Mitglied des Bundesausschusses für Gesundheit werden. Dieser legt die Behandlungsmethoden und die Kostenübernahme durch die GKV in Deutschland fest. Bisher ist die Krankenpflege hier ohne Stimme!

Die Schaffung einer gemeinsamen Gesundheitskammer, in der alle medizinischen Berufe, zum Beispiel in einem 5 Säulensystem, organisiert sind, ist meine Vision für eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit, mehr Effizienz, mehr Wissen und das zum Wohle der Patient\*innen.

Drogen...

Bei der Erstellung der LT-Wahlprogramme 2009 und 2012 hatten wir uns ausgiebig in der LAG Gesundheit mit dem Problem „Drogen“ beschäftigt. Konsens war der freie Verkauf von Cannabis, zum Beispiel in Apotheken.

Ich bin der Ansicht hier noch einen Schritt weiter zu gehen und auch andere Drogen unter staatlicher Aufsicht herstellen und verkaufen zu lassen. Davon verspreche ich mir den Entzug dieser Geschäftsgrundlage für das organisierte Verbrechen, die Entlastung der Gerichte durch die Entkriminalisierung der User, die Qualitätskontrolle der Produkte und damit die Vermeidung unnötiger Infektionen und Krankheiten sowie die Gegenfinanzierung einer intensive Aufklärung der Bürger\*innen durch entsprechende Steuereinnahmen.

Verkehr...

Deutschlands Menschen leben mehrheitlich in der Fläche. Verkehre in neue Bahnen zu lenken und die Dekarbonisierung zu erreichen ist ein sehr dickes Brett, das wir als Grüne bohren müssen.

Stichworte wie „Kreisverkehr statt Ampel“, Reduktion des PKW-Individualverkehrs bei gleichzeitiger Stärkung des Radverkehrs und des ÖPNV, Ertüchtigung des Güterbahnverkehrs sowie Erforschung und Einsatz neuer synthetischer Kraftstoffe für Schiffe und Flugzeuge, das Wasserstoffkonzept aus Nordfriesland und vieles andere sind Gegenstand moderner und vor allem grüner Verkehrspolitik. Das unterstütze ich voll und ganz.

Generell setze ich mich für ein Tempolimit in Deutschland ein. Auf Autobahnen maximal 130 km/h, auf Landstraßen 80 km/h. Aus meiner Sicht lassen sich dadurch mehrere Effekte erzielen: Reduktion des Energieverbrauches und Reduktion der klimaschädlichen Abgase, Reduktion der Unfälle mit Wildtieren und der Zahl von Verletzten und Verkehrstoten.

Neue Verkehrsprojekte lehne ich nicht grundsätzlich ab, sie müssen aber in ihrer Wirkung auf Klima, Mensch und Umwelt sowie ihre Wirtschaftlichkeit intensiver geprüft und gerechnet werden. Die feste Fehmarn-Belt-Querung, die ich ablehne, ist ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen darf, der Fokus neuer Projekte sollte auf Schiene und Schifffahrtwegen liegen.

Digitalisierung...

Die letzten 15 Jahre sind verbunden mit tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und in der Wirtschaft. Die Digitalisierung birgt Chancen und Gefahren gleichermaßen.

Ich habe konsequent die Chancen genutzt und „meine“ Arbeitswelt entsprechend angepasst. Das hat viele Abläufe für meine Mitarbeiter\*innen vereinfacht und meinen Patient\*innen mehr Sicherheit gebracht (z.B. Reduktion von Strahlenbelastung durch digitales Röntgen). Privat bin ich mit meinem analogen Leben ohne die asozialen Netzwerke und ohne die ständige Erreichbarkeit sehr zufrieden. Als euer Kandidat/ Abgeordneter würde ich das natürlich für die politische Arbeit ändern.

Außen...

„Wandel durch Annäherung“ hat Willy Brandt einst gesagt. Wir sollten diesen Satz beherzigen und konsequent anwenden.

Wandel durch Annäherung heißt klare Positionen z.B. gegenüber Russland, China und der Türkei, aber im Gespräch bleiben, Angebote machen und Visionen entwickeln.

Ich möchte, dass Deutschland und Europa aus den jetzigen „Krisen“ und Problemen stärker und demokratischer hervorgehen. Die Visionen der Vereinigten Staaten von Europa teile ich ausdrücklich und dafür will ich mich einsetzen.

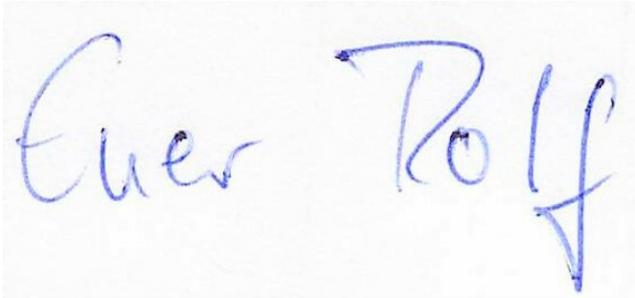
Bundeswehr...

Wenn die Weltlage es nicht zulässt, Armeen abzuschaffen und durch technische Hilfswerke zu ersetzen, möchte ich, dass die Bundeswehr wieder zu einer Armee von „Bürgern\*innen in Uniform“ wird.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die gesellschaftliche Kontrollfunktion von Wehrpflichtigen erheblich unterschätzt wird. Wenn diese am Wochenende nach Hause fahren und von ihren Erlebnissen berichten, erzeugt dies Transparenz. Eine reine Berufsarmee mit ihren karriereorientierten Abhängigkeiten kann dies nicht leisten.

Wenn ihr Fragen habt, ruft mich gerne an: 0171 – 506 7949

Grün gewinnt – daran möchte ich mitarbeiten!



Euer Rolf

„Das einzig beständige im Leben, ist die Veränderung“

Moin, ich bin Rolf Thielmann, wohnhaft in Klein Wesenberg, tätig als Ärztlicher Leiter, Chirurg/ Unfallchirurg eines Medizinischen Versorgungszentrums in Bad Segeberg und Arbeitgeber für acht Arbeitnehmer\*innen. Ehrenamtlich prüfe ich bei der Ärztekammer SH den fachärztlichen Nachwuchs und wurde als Richter an das Sozialgericht Kiel berufen.

Die Energiewende unterstütze ich seit 2011 als Solarstromer in Lübeck und zuhause mit einem BHKW.

Politisch aktiv bei den Grünen bin ich seit 2007. Im Land war ich 2009-2013 Sprecher der LAG Gesundheit/Soziales. Wir schrieben an zwei Wahlprogrammen für die LTW 2009 und 2012 mit und ich war maßgeblich an der Schaffung des grünen Projektes Krankenpflegekammer SH beteiligt, wozu ich auch heute unverändert stehe.

An der Gründung des OV Reinfeld-Nordstormarn 2012 war ich maßgeblich beteiligt und stehe den Grünen seitdem als Kassenwart im Vorstand auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

Erfahrungen als Gemeindevertreter in der Kommunalpolitik konnte ich bereits als Student in meinem Heimatdorf Heiligenstedten (Kr. Steinburg) für die SPD sammeln.

**Ich bewerbe mich um Platz 6 auf der Landesliste für die Bundestagswahl 2021, weil ich folgende Themen voranbringen möchte.**

### Gesundheit...

Um das deutsche Gesundheitssystem werden wir weltweit beneidet. Zu Recht! Es gewährleistet Spitzenmedizin für jeden Menschen im Land. Wer schon einmal außerhalb Deutschlands medizinische Hilfe brauchte, wird dies ohne weiteres bestätigen. Verbesserungen sind natürlich immer möglich, von einer Zweiklassenmedizin sind wir jedoch weit entfernt.

Aktuell lernen wir alle, was **vorausschauende** Gesundheitspolitik bedeutet und was sie schaffen kann. Ich möchte, dass die Prophylaxe zukünftig ein größerer und fester Bestandteil von Gesundheitspolitik in Deutschland wird.

Es muss sichtbar werden, wie viele Aspekte von Politik **auch** unsere Gesundheitspolitik maßgeblich beeinflussen.

Der Schutz der Umwelt und des Klimas ist eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit und ist auch der Maßstab für eine ökologische Landwirtschaft. Hippokrates sagte einst: „Eure Nahrungsmittel sollen Heilmittel - und eure Heilmittel sollen Nahrungsmittel sein“. Das heißt für mich, Wertevermittlung für unsere Nahrung, gesundes Essen in Kitas und Schulen bis hinein in Senior\*inneneinrichtungen gehören zur präventiven Gesundheitsvorsorge. So schließt sich der Kreis zwischen Gesundheit, Umweltschutz und ökologischer Landwirtschaft.

Gesundheit ist in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber, in SH sogar der Größte. Die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsbedingungen in diesem Bereich ist in unser aller Interesse.

Dringend verbessert gehören die Arbeitsbedingungen und die Vergütungen, insbesondere in den medizinischen Assistenzberufen. Ich begrüße daher sehr die Gründung der LAG Gewerkschaftsgruppen in Schleswig-Holstein.

Die Finanzierung von Gesundheit in Deutschland ist zweigeteilt. Das will ich ändern: alle Menschen in Deutschland sollten über eine **Bürger\*innenversicherung** pflichtversichert sein, egal ob angestellt, selbstständig, freiberuflich oder verbeamtet. So wird es für uns alle sozial gerechter und kostengünstiger.



**Dr. Rolf  
Thielmann**



## „Das einzig beständige im Leben, ist die Veränderung“

Lobbyismus herrscht auch in der Medizin und macht vieles teurer. Die Preise von Verbrauchsgütern und Therapiegeräten etc. sind in Deutschland sehr hoch. Marktwirtschaft geht anders. Zum Beispiel sind die gleichen Produkte vom selben Hersteller in den USA deutlich günstiger. Hier könnten unsere Sozialsysteme deutlich entlastet werden.

Ziel grüner Gesundheitspolitik muss es daher sein, diese Einflussnahme zu minimieren. Das Wohl der Patient\*innen steht jedoch an erster Stelle.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die valide und transparent sind, bilden die Basis für medizinische Therapien, nicht die Empfehlungen von Lobbyisten.

Auch der Medizinsektor muss seinen Beitrag zur Ökologisierung unserer Gesellschaft leisten. Deshalb finde ich es wichtig, die Abläufe in der Medizin, die Materialien und ihre Herstellung nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Da gibt es noch sehr viel zu tun.

In den letzten Jahren fand eine beispiellose Ökonomisierung der Medizin statt. Grundsätzlich sind wirtschaftlichere Abläufe, auch in der Medizin nichts Schlechtes, sie dürfen allerdings nicht zu Lasten der Patient\*innen gehen, wie z.B. durch Schließung von Geburtsstationen in unserem Land!

Ich unterstütze daher ausdrücklich den **Stopp von Privatisierungen** im Krankenhaussektor. Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und nicht die Gelddruckmaschine für Aktien- oder amerikanische Fondsgesellschaften.

### Pflege und Kammer...

Wir Grünen müssen unbedingt an dem Projekt Pflegekammer Schleswig-Holstein, aber auch Bundespflegekammer weiterarbeiten. Die Pflege ist seit Florence Nightingale ein Spielball der Ärzteschaft bzw. der „Berufsverbände“ (DRK,...) und Krankenhausbetreiber. Die Expertise der Krankenpflege wird nicht berücksichtigt, obwohl sie sich am intensivsten mit den Patient\*innen beschäftigt.

Durch eine eigene Kammer kann sich die Krankenpflege eigenverantwortlich und demokratisch legitimiert selbst verwalten. Sie wird dadurch außerdem Mitglied des Bundesausschusses für Gesundheit werden. Dieser legt die Behandlungsmethoden und die Kostenübernahme durch die GKV in Deutschland fest. Bisher ist die Krankenpflege hier ohne Stimme!

Die Schaffung einer gemeinsamen **Gesundheitskammer**, in der alle medizinischen Berufe, zum Beispiel in einem 5 Säulensystem, organisiert sind, ist meine Vision für eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit, mehr Effizienz, mehr Wissen und das zum Wohle der Patient\*innen.

### Drogen...

Bei der Erstellung der LT- Wahlprogramme 2009 und 2012 hatten wir uns ausgiebig in der LAG Gesundheit mit dem Problem „Drogen“ beschäftigt. Konsens war der freie Verkauf von Cannabis, zum Beispiel in Apotheken.

Ich bin der Ansicht hier noch einen Schritt weiter zu gehen und auch andere Drogen unter staatlicher Aufsicht herstellen und verkaufen zu lassen. Davon verspreche ich mir den Entzug dieser Geschäftsgrundlage für das organisierte Verbrechen, die Entlastung der Gerichte durch die Entkriminalisierung der User, die Qualitätskontrolle der Produkte und damit die Vermeidung unnötiger Infektionen und Krankheiten sowie die Gegenfinanzierung einer intensive Aufklärung der Bürger\*innen durch entsprechende Steuereinnahmen.

### Verkehr...

Deutschlands Menschen leben mehrheitlich in der Fläche. Verkehre in neue Bahnen zu lenken und die Dekarbonisierung zu erreichen ist ein sehr dickes Brett, das wir als Grüne bohren müssen.

---

## „Das einzig beständige im Leben, ist die Veränderung“

Stichworte wie „Kreisverkehr statt Ampel“, Reduktion des PKW-Individualverkehrs bei gleichzeitiger Stärkung des Radverkehrs und des ÖPNV, Ertüchtigung des Güterbahnverkehrs sowie Erforschung und Einsatz neuer synthetischer Kraftstoffe für Schiffe und Flugzeuge, das Wasserstoffkonzept aus Nordfriesland und vieles andere sind Gegenstand moderner und vor allem grüner Verkehrspolitik. Das unterstütze ich voll und ganz.

Generell setze ich mich für ein Tempolimit in Deutschland ein. Auf Autobahnen maximal 130 km/h, auf Landstraßen 80 km/h. Aus meiner Sicht lassen sich dadurch mehrere Effekte erzielen: Reduktion des Energieverbrauches und Reduktion der klimaschädlichen Abgase, Reduktion der Unfälle mit Wildtieren und der Zahl von Verletzten und Verkehrstoten.

Neue Verkehrsprojekte lehne ich nicht grundsätzlich ab, sie müssen aber in ihrer Wirkung auf Klima, Mensch und Umwelt sowie ihre Wirtschaftlichkeit intensiver geprüft und gerechnet werden. Die feste Fehmarn-Belt-Querung, die ich ablehne, ist ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen darf, der Fokus neuer Projekte sollte auf Schiene und Schifffahrtswegen liegen.

### Digitalisierung...

Die letzten 15 Jahre sind verbunden mit tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und in der Wirtschaft. Die Digitalisierung birgt Chancen und Gefahren gleichermaßen.

Ich habe konsequent die Chancen genutzt und „meine“ Arbeitswelt entsprechend angepasst. Das hat viele Abläufe für meine Mitarbeiter\*innen vereinfacht und meinen Patient\*innen mehr Sicherheit gebracht (z.B. Reduktion von Strahlenbelastung durch digitales Röntgen). Privat bin ich mit meinem analogen Leben ohne die asozialen Netzwerke und ohne die ständige Erreichbarkeit sehr zufrieden. Als euer Kandidat/ Abgeordneter würde ich das natürlich für die politische Arbeit ändern.

### Außen...

„Wandel durch Annäherung“ hat Willy Brandt einst gesagt. Wir sollten diesen Satz beherzigen und konsequent anwenden.

Wandel durch Annäherung heißt klare Positionen z.B. gegenüber Russland, China und der Türkei, aber im Gespräch bleiben, Angebote machen und Visionen entwickeln.

Ich möchte, dass Deutschland und Europa aus den jetzigen „Krisen“ und Problemen stärker und demokratischer hervorgehen. Die Visionen der Vereinigten Staaten von Europa teile ich ausdrücklich und dafür will ich mich einsetzen.

### Bundeswehr...

Wenn die Weltlage es nicht zulässt, Armeen **abzuschaffen** und durch technische Hilfswerke zu ersetzen, möchte ich, dass die Bundeswehr wieder zu einer Armee von „Bürgern\*innen in Uniform“ wird.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die gesellschaftliche Kontrollfunktion von Wehrpflichtigen erheblich unterschätzt wird. Wenn diese am Wochenende nach Hause fahren und von ihren Erlebnissen berichten, erzeugt dies Transparenz. Eine reine Berufsarmee mit ihren karriereorientierten Abhängigkeiten kann dies nicht leisten.

Wenn ihr Fragen habt, ruft mich gerne an: 0171 – 506 7949

**Grün gewinnt – daran möchte ich mitarbeiten!**

Euer Rolf

---

## Selbstvorstellung

Als ich 1991 aus Köln nach Westerhever an den Leuchtturm kam, um meine Diplomarbeit über Nonnengänse zu schreiben, war ziemlich schnell klar, dass ich bleiben wollte – zu faszinierend waren diese großen Gänseschwärme, die blühenden Salzwiesen, die balzenden Kampfläufer im Binnenland.

Artensterben passiert auch vor unserer Haustür, das ist heute mehr als deutlich: Die balzenden Kampfläufer gibt es in ganz Deutschland so gut wie nicht mehr. In Schleswig-Holstein sind die Kiebitz-Bestände in den letzten 25 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen! Der hauptsächliche Grund hierfür ist die hochintensive Landwirtschaft, die Feuchtwiesen trockenlegt und zu Ackerland macht und ihre Bewirtschaftung nicht an die Bedürfnisse der Wiesenbrüter anpasst.

„Wir Grüne müssen Biodiversität erhalten und den menschengemachten Klimawandel bekämpfen. Dafür möchte ich nach Berlin.“

Insgesamt gilt: der Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität sind für den Fortbestand der Menschheit auf diesem Planeten mindestens so bedeutend wie die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels. Beides hängt eng zusammen – wir Grüne müssen beides mit der gleichen Konsequenz und Ernsthaftigkeit angehen – dafür möchte ich nach Berlin!

Die Artenvielfalt auf der Erde bricht zusammen.

Der „Living Planet Report 2020“ des WWF zeigt einen durchschnittlichen Rückgang von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Reptilien und Fischen um 68 Prozent zwischen 1970 und 2016. Mit anderen Worten: die Bestände der untersuchten Wirbeltierarten haben sich in knapp 50 Jahren mehr als zwei Drittel verringert. Die weltweit bekannt gewordene Krefelder Studie zum Insektensterben ergab, dass es im Untersuchungsgebiet nur noch ein Viertel so viele Insekten wie vor 30 Jahren gibt.

Zusammenhänge in Ökosystemen sind so komplex, dass wir die Verheerung nur erahnen können, welche unserer Handeln nach sich ziehen kann. Letztlich könnte dies das menschliche Leben auf dem Planeten ganz in Frage stellen, wenn z.B. die bestäubenden Insekten verschwinden – wenn wir das letzte verbliebene Viertel der Insekten also auch noch ausrotten.

Unsere Böden leiden unter Versiegelung, Vergiftung und Austrocknung. Doch ohne lebendige Böden kann nichts wachsen, sie sind Grundlage der Wälder, der Wiesen, des Ackerbaus, der Viehzucht.

Unsere Eingriffe in das Leben auf dem Planeten sind gravierend. Es gibt kaum noch unberührte Lebensräume. Überall ist die Natur für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte, für Siedlungen und Städte und für Verkehrswege geopfert worden.

Die tropischen Regenwälder verschwinden für den Anbau von Soja um unsere Lust auf Fleisch zu befriedigen. Zwar nehmen Tropenwälder nur 7% der Landfläche ein, beherbergen aber die Hälfte der biologischen Vielfalt der Welt, ein ungeheurer Verlust.

Und dennoch es gibt Hoffnung.



Alter:

54

Geschlecht:

Frau

„Wir als Menschheit können noch umsteuern. Als Grüne setze ich mich für die ökologische Wende ein.“

Wir brauchen viel mehr Schutzgebiete, die der Natur tatsächlich Schutz bieten und ein ungestörter Rückzugsraum für gefährdete Arten sind. Unsere Nationalparks sind da nur ein sehr kleiner Beitrag. Darüber hinaus braucht es dringend Umsteuerung in der Landwirtschaft und im Ernährungssystem. Wir Grünen kämpfen schon lange für die Reduktion von Pestiziden, für den Schutz von Insekten, gesunde Nahrung und eine ökologische Agrarwende.

Dass die Bundesregierung hier auf ganzer Linie versagt, zeigen die bisherigen nur zögerlichen Maßnahmen – immer wieder wird lediglich auf noch zu erarbeitende Maßnahmen, auf Modellvorhaben und Wettbewerbe verwiesen. Das Initiieren eines wirksamen Insektenschutzgesetzes, wie die Grünen es fordern, das zum Beispiel Verbote und geänderte Zulassungspraxen von Insektiziden beinhalten müsste – Fehlanzeige!

Nur mit einer umfassenden und ressortübergreifenden Strategie können wir das Artensterben stoppen. Wir müssen unsere Landwirtschaft, den Verkehr, das Bauen und unsere gesamte Lebensweise ökologischer ausrichten.

„Im Bundestag möchte ich mich intensiv den Themen Artenschutz und Biodiversität widmen.“

Als Biologin möchte ich mich im Bundestag intensiv dem Thema Artenschutz und Biodiversität widmen. Ich möchte, dass die Kampfläufer zurück kommen nach Eiderstedt. Als Grüne aus Schleswig-Holstein liegen mir dabei natürlich die Meere und als Nordfriesin ganz besonders das Wattenmeer und unser Nationalpark am Herzen.

Als Grüne bringe ich viel politische Erfahrung mit, sei es beruflich als Regionalmitarbeiterin unserer Bundes- und Landtagsabgeordneten und als Kreisgeschäftsführerin oder aber ehrenamtlich als Beisitzerin im Landesvorstand, als Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des nordfriesischen Umweltausschusses und als Mitglied im Nationalparkkuratorium.

Nach bald 40 Jahren Tätigkeit in der Grünen Politik möchte ich meine Erfahrung und mein vielfältiges Wissen in Berlin einbringen – und bitte um Eure Stimme für Platz 7 der Landesliste Schleswig-Holstein!

KERSTIN MOCK-HOFEDITZ

- KV Nordfriesland
- 54 Jahre
- verheiratet, 2 Kinder (17 und 20)
- kerstin.mock@sh-gruene.de

## GRÜNES

- 1983 Gründung des OV Wesseling, NRW
- Seit 1991 im KV Nordfriesland
- Mitglied im Kreisvorstand 1996-2000
- Sprecherin des Kreisverbandes 2006-2008
- Mitglied im Nationalpark-Kuratorium Nordfriesland 2008-2018
- Abgeordnete im Kreistag Nordfriesland 2008-2018
- Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie 2013-2018
- Beisitzerin im Landesvorstand 2017-2019
- Parteirat seit 2017

## BERUFLICHES

- Dipl.-Biologin
- Seit 1996 Regionalmitarbeiterin der MdLs Irene Fröhlich, Detlef Matthiessen, Anne Lütkes, Robert Habeck und Andreas Tietze
- Seit 1996 Kreisgeschäftsführerin des KV Nordfriesland
- Seit 2012 Regionalmitarbeiterin der MdBs Arfst Wagner und Luise Amtsberg



EURE STIMME FÜR GRÜN IM BUND

BUNDES-  
TAGWAHL  
2021

**KERSTIN**  
**MOCK-HOFEDITZ**

AUF PLATZ 7 DER LANDESLISTE SH

Als ich 1991 aus Köln nach Westerhever an den Leuchtturm kam, um meine Diplomarbeit über Nonnengänse zu schreiben, war ziemlich schnell klar, dass ich bleiben wollte – zu faszinierend waren diese großen Gänse Schwärme, die blühenden Salzwiesen, die balzenden Kampfläufer im Binnenland.

**Artensterben passiert auch vor unserer Haustür, das ist heute mehr als deutlich:** Die balzenden Kampfläufer gibt es in ganz Deutschland so gut wie nicht mehr. In Schleswig-Holstein sind die Kiebitz-Bestände in den letzten 25 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen! Der hauptsächliche Grund hierfür ist die hochintensive Landwirtschaft, die Feuchtwiesen trockenlegt und zu Ackerland macht und ihre Bewirtschaftung nicht an die Bedürfnisse der Wiesenbrüter anpasst.

durchschnittlichen Rückgang von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Reptilien und Fischen um 68 Prozent zwischen 1970 und 2016. Mit anderen Worten: die Bestände der untersuchten Wirbeltierarten haben sich in knapp 50 Jahren mehr als zwei Drittel verringert. Die weltweit bekannt gewordene Krefelder Studie zum Insektensterben ergab, dass es im Untersuchungsgebiet nur noch ein Viertel so viele Insekten wie vor 30 Jahren gibt.

**Zusammenhänge in Ökosystemen sind so komplex, dass wir die Verheerung nur erahnen können,** welche unserer Handeln nach sich ziehen kann. Letztlich könnte dies das menschliche Leben auf dem Planeten ganz in Frage stellen, wenn z. B. die bestäubenden Insekten verschwinden – wenn wir das letzte verbliebene Viertel der Insekten also auch noch ausrotten.

**Unsere Böden leiden** unter Versiegelung, Vergiftung und Austrocknung. Doch ohne lebendige Böden kann nichts wachsen, sie sind Grundlage der Wälder, der Wiesen, des Ackerbaus, der Viehzucht.

**Unsere Eingriffe in das Leben auf dem Planeten sind gravierend.** Es gibt kaum noch unberührte Lebensräume. Überall ist die Natur für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte, für Siedlungen und Städte und für Verkehrswege geopfert worden.

**Die tropischen Regenwälder verschwinden** für den Anbau von Soja um unsere Lust auf Fleisch zu befriedigen. Zwar nehmen Tropenwälder nur 7% der Landfläche ein, beherbergen aber die Hälfte der biologischen Vielfalt der Welt, ein ungeheurer Verlust.

**Und dennoch es gibt Hoffnung. Noch können wir als Menschheit umsteuern. →**

„Wir Grüne müssen Biodiversität erhalten und den menschengemachten Klimawandel bekämpfen. Dafür möchte ich nach Berlin.“

Insgesamt gilt: der Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität sind für den Fortbestand der Menschheit auf diesem Planeten mindestens so bedeutend wie die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels. Beides hängt eng zusammen – wir Grüne müssen beides mit der gleichen Konsequenz und Ernsthaftigkeit angehen – dafür möchte ich nach Berlin!

**Die Artenvielfalt auf der Erde bricht zusammen.** Der „Living Planet Report 2020“ des WWF zeigt einen

“

**„Wir als Menschheit können noch umsteuern. Als Grüne setze ich mich für die ökologische Wende ein.“**

**Wir brauchen viel mehr Schutzgebiete**, die der Natur tatsächlich Schutz bieten und ein ungestörter Rückzugsraum für gefährdete Arten sind. Unsere Nationalparks sind da nur ein sehr kleiner Beitrag. Darüber hinaus braucht es dringend Umsteuerung in der Landwirtschaft und im Ernährungssystem. Wir Grünen kämpfen schon lange für die Reduktion von Pestiziden, für den Schutz von Insekten, gesunde Nahrung und eine ökologische Agrarwende.

**Dass die Bundesregierung hier auf ganzer Linie versagt, zeigen die bisherigen nur zögerlichen Maßnahmen** – immer wieder wird lediglich auf noch zu erarbeitende Maßnahmen, auf Modellvorhaben und Wettbewerbe verwiesen. Das Initiieren eines wirkamen Insektenschutzgesetzes, wie die Grünen es fordern, das zum Beispiel Verbote und geänderte Zulassungspraxen von Insektiziden beinhalten müsste – Fehlanzeige!

**Nur mit einer umfassenden und ressortübergreifenden Strategie können wir das Artensterben stoppen.** Wir müssen unsere Landwirtschaft, den Verkehr, das Bauen und unsere gesamte Lebensweise ökologischer ausrichten.

“

**„Im Bundestag möchte ich mich intensiv den Themen Artenschutz und Biodiversität widmen.“**

**Als Biologin möchte ich mich im Bundestag intensiv dem Thema Artenschutz und Biodiversität widmen.** Ich möchte, dass die Kampfläufer zurück kommen nach Eiderstedt. Als Grüne aus Schleswig-Holstein liegen mir dabei natürlich die Meere und als Nordfriesin ganz besonders das Wattenmeer und unser Nationalpark am Herzen.

**Als Grüne bringe ich viel politische Erfahrung mit**, sei es beruflich als Regionalmitarbeiterin unserer Bundes- und Landtagsabgeordneten und als Kreisge-

schäftsführerin oder aber ehrenamtlich als Beisitzerin im Landesvorstand, als Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des nordfriesischen Umweltausschusses und als Mitglied im Nationalparkkuratorium.

**Nach bald 40 Jahren Tätigkeit in der Grünen Politik möchte ich meine Erfahrung und mein vielfältiges Wissen in Berlin einbringen – und bitte um Eure Stimme für Platz 7 der Landesliste Schleswig-Holstein!**



#### KERSTIN MOCK-HOFEDITZ

- KV Nordfriesland
- 54 Jahre
- verheiratet, 2 Kinder (17 und 20)
- kerstin.mock@sh-gruene.de

#### GRÜNES

- 1983 Gründung des OV Wesseling, NRW
- Seit 1991 im KV Nordfriesland
- Mitglied im Kreisvorstand 1996-2000
- Sprecherin des Kreisverbandes 2006-2008
- Mitglied im Nationalpark-Kuratorium Nordfriesland 2008-2018
- Abgeordnete im Kreistag Nordfriesland 2008-2018
- Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie 2013-2018
- Beisitzerin im Landesvorstand 2017-2019
- Parteirat seit 2017

#### BERUFLICHES

- Dipl.-Biologin
- Seit 1996 Regionalmitarbeiterin der MdLs Irene Fröhlich, Detlef Matthiessen, Anne Lütkes, Robert Habeck und Andreas Tietze
- Seit 1996 Kreisgeschäftsführerin des KV Nordfriesland
- Seit 2012 Regionalmitarbeiterin der MdBs Arfst Wagner und Luise Amtsberg



LL 7 MB Margot Böhm

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Ein kurzes [Vorstellungsvideo](#) und meine [Bewerbung als pdf](#) findet Ihr hier:

<https://coachingzentrum.de/jetzt-den-wandel-moeglich-machen/>

## Kandidatur für den Landeslistenplatz 7 zur Bundestagswahl 2021

Ich fahre mit Bus und Bahn statt mit dem Auto und begrüße die Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit. Ich weiß aber, dass der persönliche Einsatz nicht reichen wird, um gesamtgesellschaftlich die überfällige Wende in Sachen Mobilität, Energie und Wirtschaft sozial verträglich zu erreichen.

Notwendiges Wissen und Technologien sind verfügbar, immer mehr Menschen stehen hinter uns. Ich möchte darab mitwirken, umgehend die vorhandenen Barrieren wegräumen und entschlossen, achtsam, kreativ und professionell den überfälligen Transformationsprozess in Angriff zu nehmen. Das Richtige tun statt weniger vom Falschen und mit Freude den Umbau gestalten!

Wie kam ich zu den Grünen?

Über meine Erfahrungen auf den Sylter „Radwegen“ bin ich 2016 zu den Grünen gekommen. Rasende Autos en masse, Gestank und Lärm, genervte Radfahrer\*innen gemeinsam mit verzweifelten Fußgänger\*innen plus Kinderwagen und Hunden auf viel zu engen Wegen: was ich dort erlebte, wollte ich ändern und landete folgerichtig in der Ortsgruppe der Grünen.

Was mache ich im Augenblick?

Seit 2018 sitze ich als erste und bislang einzige Grüne in der Gemeindevertretung in List auf Sylt und engagiere mich für verkehrsträgerübergreifende Mobilitätskonzepte, die ohne Privatauto auskommen - integriert gedacht mit Quartiersentwicklung und neuen Formen von Arbeit. Ich setze mich ein für Beteiligungsprozesse und für Bauleitpläne, die den Klimaschutz und die Grenzen von Wachstumsmöglichkeiten ernst nehmen.

Als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Kreis Nordfriesland stecke ich meine Energie in die Implementierung wirkungsorientierten Denkens. Mein erstes größeres Projekt, nämlich die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) als strategische Ziele des Kreises zu verankern, erreichte 2019 den ersten Meilenstein: der Kreistag fasste den entsprechenden Beschluss. Das war der Startschuss für ein neues Denken und Handeln auch in den Ausschüssen, in denen wir nun unsere Arbeitsweise weiter entwickeln: über klare Ziele definieren wir Maßnahmen und legen fest, woran wir erkennen können, dass wir unsere Ziele erreicht haben - und zwar Politik und Verwaltung gemeinsam. Das ist ein umfassender Lernprozess für alle Beteiligten.



Alter:

56

Geschlecht:

weiblich

Die SDG-Projektarbeit zählt unmittelbar ein auf neue Mobilitätskonzepte und auch darauf, die regionale Wirtschaft resilienter zu gestalten - sowie sie ökologisch und sozial zu Ende zu denken.

Beruflich berate ich Unternehmen und Führungskräfte in Change-Prozessen und bilde Menschen dafür aus.

Was treibt mich an?

Der Wille, zum grünen Wandel beitragen zu können, und genauso die Faszination des Möglichen – die Erfahrung, dass „was geht“ und dass meine berufliche Kompetenz und Erfahrung aus Veränderungsprozessen in Organisationen auch in politischen Prozessen Wirksamkeit entfalten können.

Was habe ich bisher in meiner politischen Arbeit gelernt?

Wandel verläuft in Wellen und nach Niederlagen geht es wieder weiter aufwärts. Nichts ist umsonst und alles hat eine Wirkung. Nur im Dialog können wir notwendige Veränderungen erreichen – mit Humor und Gelassenheit, Durchhaltevermögen und Know-How. Auf der Basis einer zielorientierten, professionellen Arbeitsweise können wir ressourcenschonend und effektiv den notwendigen Transformationsprozess zum Erfolg führen.

Ich habe gelernt, die verschiedensten Motive der politischen Gegner\*innen und Partner\*innen zu verstehen und in Verhandlungen zielführend zu nutzen (wir arbeiten im Kreis Nordfriesland in einer Jamaika-Kooperation).

Auch unterschiedlichste Auffassungen stehen einem wertschätzenden Miteinander nicht entgegen.

Ich habe gelernt, mit den Wechselwirkungen von Planbarem und Unvorhergesehenem zu rechnen und dies zu nutzen – ich habe eine Vorstellung davon, was es braucht für gesellschaftlichen Wandel und kreative Lösungen.

Was lehne ich ab?

Was ich vehement ablehne, ist das „The winner take it all - Prinzip“ oder anders ausgedrückt, dass die Großen die Kleinen fressen oder die Regeln bestimmen (im Bereich digitaler Unternehmen, in Sachen Immobilien- und Grundbesitz, im Energiesektor). Boden, Wasser und Luft gehört unter demokratische Kontrolle, politische Gremien müssen ihre Spielräume nutzen und wenn sie nicht reichen, brauchen wir größere. Auch Minderheiten und diejenigen, die sich nicht lautstark nach vorne drängeln, müssen in den gesellschaftlichen Dialog einbezogen werden.

Das bringe ich mit!

Meine Kompetenz und Erfahrung:

- in der Herbeiführung von Beschlüssen zur Einführung und Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Politik und Verwaltung
- in Dialog- und Kommunikationsprozessen (Dinge ins Rollen bringen)
- in Strategieentwicklung und unternehmerischem Denken (Widerstände in Mitarbeit verwandeln)
- in den Themenbereichen Mobilität und Wirtschaft
- aus 20 Jahren als Solo-Selbstständige und als alleinerziehende Mutter

- und darüber hinaus Entschlossenheit, Humor, Durchhaltevermögen sowie Teamfähigkeit, Weitsicht und ein Denken in Zusammenhängen.

Meine Leidenschaft gilt einer Mobilitätswende, die ihren Namen verdient und einer Wirtschaftspolitik, die so weit wie möglich und sinnvoll auf Regionalität, Resilienz und eine öko-soziale Ausrichtung setzt. Viele Akteur\*innen sind bereits auf dem Weg. Ich will im Bundestag daran mitwirken, die Prozesse zu beschleunigen, Hindernisse auszuräumen, Kreativität zu ermöglichen und dafür mit Tempo die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

In einem heterogenen Team von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Erfahrungshintergründe und unterschiedlicher Professionalität will ich mich in Berlin für Schleswig-Holstein einsetzen. Für verbindende Strukturen zwischen Bund, Land und Kommune, um Informationen für alle verfügbar zu machen und Kenntnisse sowie Ressourcen zu bündeln - um gemeinsam und koordiniert mehr zu erreichen.

Damit Ihr mich bereits vor dem Parteitag ein bisschen kennenlernen könnt, habe ich ein kurzes [Video](#) für Euch gedreht.

Gerne stelle ich mich auch bei Euch vor Ort oder per Videocall persönlich vor und für Fragen zur Verfügung – ich freu mich auf Eure Nachricht und danke herzlich für Euer Interesse an mir und meiner Kandidatur.

#### MARGOT BÖHM

- Zuhause in List auf Sylt, Alte Bahnhofstraße 17, mb@gruene-list.de
- Geboren am 8. März 1964 in Olsberg (NRW)
- Verheiratet in 2. Ehe, zwei erwachsene Töchter
- Seit 2018: Kreistagsmitglied und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Kreis Nordfriesland und Gemeindevertreterin in List auf Sylt
- 2010 - 2014: Mitglied der Zertifizierungskommission und  
2014 - 2016: Sprecherin des Vorstandes des Deutschen Coachingverbandes (DCV)
- Seit 2002: selbstständig als Unternehmensberaterin und Coach in eigener Praxis, seit 2009 Cochausbilderin - im Rheinland, seit 2016 auf Sylt: [www.coachingzentrum.de](http://www.coachingzentrum.de)
- 2002 - 2015: Gründung und Leitung von Unternehmerinnen-Netzwerken (Düsseldorf)
- 1991 bis 2001: Bildung und Fortbildung, Organisationsentwicklung, Beratung und Projekte (Ev. Kirchenkreise Bochum und Kleve)
- 1991: Diplom in Erziehungswissenschaften (Schwerpunkt Erwachsenenbildung)
- 1987: 1. Staatsexamen Lehramt

Berufliche Tätigkeitsschwerpunkte:

- Coachingbasierte Unternehmensentwicklung
- Coaching für professionelles Handeln und Persönlichkeit - mit Einzelnen, Teams, Gruppen, Organisationen (Konfliktlösung und Zusammenarbeit, Führung, Selbstpositionierung)
- Coach-Ausbildungen (DCV-zertifiziert), Supervision und Weiterbildungen in Sachen Coaching mit kreativen Methoden (offene Angebote und maßgeschneidert für Unternehmen und Organisationen)

Weiterbildungen:

- Integrative Gestaltarbeit: Kreativitätstraining/Kreative Therapie, FPI Hückeswagen (1994-1995)
- Organisationsberatung, ERGON Kronberg i.Ts. (1997-1999)
- NLP-Master, NLP in Kaiserswerth, DVNLP (2005)
- Körpersymbolik, innere Bilder und Bewusstsein, Dr. Detlef Kappert (2010-2013)
- In Ausbildung für Clown, Komik und Theater (TuT Hannover, seit 2018)

Zertifizierungen:

- Auditert bei der „Forschungsstelle Coachgutachten“, Prof. H. Geißler, Uni Hamburg
- Zertifiziert als SeniorCoach und LehrCoach beim Deutschen Coachingverband (DCV) sowie als Ausbildungsinstitut
- Gelistet für Unternehmensberatung nach BAFA
- Autorisiert für das Bundesberatungsprogramm „unternehmensWert:Mensch plus“

Ein kurzes [Vorstellungsvideo](#) und meine [Bewerbung als pdf](#) findet Ihr hier:

<https://coachingzentrum.de/jetzt-den-wandel-moeglich-machen/>

LL 7 ML-K Marlene Langholz-Kaiser

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Jahr 2011 bin ich wegen der europapolitischen und der humanistischen Positionen von Bündnis 90/Die Grünen in die Partei eingetreten. Damals hatte ich gerade in der deutsch-dänischen Grenzregion mein Studium mit einer Masterarbeit zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU beendet. Das aktive parteipolitische Engagement in diesem Bereich war für mich folgerichtig.

Seitdem war ich in verschiedenen Ämtern der Partei aktiv und habe ihre Entwicklung auf kommunaler und auf Landesebene mitgestaltet. Als Vorsitzende des Kreisverbands Flensburg habe ich zusammen mit einem tollen Team mehrere Wahlkämpfe geführt. Unsere Partei dabei erfolgreich und im Wachstum zu sehen, ist eine großartige Erfahrung.

Der Kampf für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung ist mir ein besonders wichtiges Anliegen – mein politisches Handeln ist immer von einer feministischen Grundhaltung geprägt. Es ist mir wichtig, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen politischen Themenfeldern und Ressorts, und diese sinnvoll miteinander in Beziehung zu setzen. Nur so können Querschnittsthemen wie Chancengerechtigkeit wirksam verfolgt werden. Ich setze mich für einen partizipativen, transparenten und teamorientierten Politikstil ein.

In den letzten neun Jahren habe ich beruflich im Wissenschaftsbereich gearbeitet: mal selbst forschend, mal als Dienstleisterin. Sowohl wissenschaftlich als auch politisch sind meine Schwerpunktthemen die Europa-, die Wirtschafts- und die Gleichstellungspolitik. Zuletzt habe ich mich intensiv mit der spannenden und zukunftssträchtigen Frage befasst, wie Lebensqualität in den Mittelpunkt von Stadtentwicklung gestellt werden kann.

Meine Themen für den Bundestag

Um das Ziel der sozial-ökologischen Transformation voranzubringen, möchte ich das Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellen und fördern.

Für den Umbau unserer Wirtschaftsordnung, zu einer nachhaltigen, sozialen, ressourcenschonenden und klimaverträglichen Ökonomie, müssen wir alle in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte bündeln und Strukturen schaffen, die dies ermöglichen.

Die folgenden Themenbereiche möchte ich im Bundestag schwerpunktmäßig vorantreiben:

Europa

Gerade als Europawissenschaftlerin und Kommunalpolitikerin in der Grenzregion ist mir die europäische Integration ein wichtiges Anliegen. Leider lässt sich seit Jahren in vielen Mitgliedstaaten der EU ein Rückzug ins Nationale beobachten, der auch bei uns in Deutschland inzwischen sehr spürbar ist.

Die pandemiebedingten Grenzsicherungen in der deutsch-dänischen Grenzregion waren den meisten Menschen dort nicht willkommen – neben anderen Unannehmlichkeiten konnten vor allem grenzüberschreitende private Beziehungen plötzlich nicht mehr gepflegt werden. Grenzübergreifende Ansätze zur Krisenbewältigung gab und gibt es offenbar nicht. Hier müssen wir nachbessern! Der Zusammenhalt der EU ist fragil und wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht zerbricht. In der



Alter:

40

Geschlecht:

weiblich

kommenden Regierungsperiode wird es von entscheidender Bedeutung sein, den europäischen Integrationsprozess weiter zu gestalten und zu verhindern, dass das Institutionengefüge von innen und außen weiter geschwächt wird. Auf Bundesebene brauchen wir dazu Politiker\*innen mit Fachwissen und einer klaren proeuropäischen Grundhaltung.

Ich möchte mich als Bundestagsabgeordnete dafür einsetzen, dass in der Grenzregion Schleswig-Holstein und Süddänemark Strukturen geschaffen werden, die die grenzüberschreitende Kooperation erleichtern, z.B. durch ein gemeinsames Forum im Bereich Meeres- und Klimaschutz oder einen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese Initiativen müssen deswegen von der Bundesebene gestützt werden, weil viele politische Kompetenzen in Dänemark, anders als in Deutschland, nicht auf der föderalen, sondern auf der nationalen Ebene angesiedelt sind.

Viele Krisen sind grenzüberschreitend – Lösungen für damit verbundene Probleme müssen, wo irgend möglich, grenzübergreifend gefunden werden.

### Wissenschaftspolitik

Dass Internationalität in der Wissenschaft gelebter Alltag ist, habe ich in den letzten Jahren an der Universität täglich erleben können. Die internationale Zusammenarbeit und die europäische Integration werden durch den Austausch von Lernenden und Forschenden vorangetrieben. Wissenschaftsbeziehungen schaffen Verbindungen zwischen Gesellschaften. Die positiven Erfahrungen mit der internationalen Mobilität von Studierenden sollten als Beispiel dafür dienen, auch jungen Menschen in anderen Ausbildungswegen einen temporären Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Gute Rahmenbedingungen für Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sind wichtig, damit diese unabhängig forschen und gute Bildungsangebote sicherstellen können. Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen sind – hier wie in anderen Ländern – ein Ort für internationalen Austausch, an dem mit vereinten Kräften an Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen gearbeitet wird.

Gegenwärtig unterliegt ein Teil der Hochschulfinanzierung Wettbewerbskriterien: die Exzellenzstrategie und die verschiedenen Finanzierungspakte des Bundes führen im Ergebnis nicht nur zu wissenschaftlichen „Leuchttürmen“, sondern auch zu einer Benachteiligung kleinerer Hochschulen in der Fläche und ihrer chronischen Unterfinanzierung, so auch in Schleswig Holstein. Die Hochschulfinanzierung muss verlässlicher und regional ausgewogen vorgenommen werden, um die Qualität von Forschung und Lehre in der Fläche zu erhöhen, zunehmende Ungleichheit zwischen Hochschulen und Studienbedingungen wieder umzukehren, und um verlässliche Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler\*innen zu schaffen.

Wir brauchen eine stärkere Förderung sozialer Innovationen. Dazu gehören sog. Reallabore, in denen gesellschaftliche Veränderungsprozesse gemeinsam mit Wirtschaft, Bürger\*innen und Kommunen erprobt werden. Auch eine Unterstützung transformativer Wissenschaftsbereiche ist ein wichtiges Element grüner Wissenschaftspolitik.

Mehr Forschung für den Wandel muss Ziel grüner Wissenschaftspolitik sein.

Wie wichtig eine vielfältige, schnell reaktionsfähige und disziplinenübergreifende Wissenschaft ist, hat zuletzt die Corona-Pandemie mit Nachdruck gezeigt. Ganz besonders steht derzeit die Wissenschaftskommunikation im Zentrum – im Zusammenwirken mit der Politik gewährleistet sie Aufklärung und Teilhabe durch Kommunikation. Dennoch sind manche Menschen anfällig für sensationistische, einfache Parolen und Verschwörungserzählungen. Hier hilft nur noch mehr Kommunikation von Wissenschaft und Politik mit den Menschen, um sich dem „Virus nach dem Virus“ entgegenzustellen.

Ein grundlegendes Verständnis für Erkenntnisgewinn, für Wissenschaft und für die Tätigkeit des Forschens sollte schon Kindern früh vermittelt werden. Die Kommunikation über wissenschaftliche Prozesse und Ergebnisse darf nicht nur für Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss zugänglich sein.

Alles, was angesichts der Corona-Pandemie über Wissenschaft, Politik, Kommunikation und Krisenfestigkeit zu lernen ist, muss auch für die Bewältigung der Klimakrise angewendet werden. Die Wissenschaftskommunikation muss stärker als bisher Teil unserer Wissenschaftspolitik sein, um Menschen für die Dringlichkeit der Klimapolitik sensibilisieren und sie – genauso wie andere Akteure, z.B. Unternehmen oder Verbände – von unerlässlichen Maßnahmen redlich überzeugen zu können.

#### Direktdemokratische Beteiligung

Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft kann nur im demokratischen Prozess gelingen. Die Akzeptanz von politischen Lösungen hängt stark davon ab, wie sehr die Menschen sich gehört und in Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen.

Meiner Meinung nach sollte die repräsentative Demokratie durch zusätzliche demokratische Elemente gestärkt werden.

Dazu gehören für mich Bürger\*inneräte genauso wie Bürger\*innenbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Die Beteiligung von Bürger\*innen in solchen Gremien führt häufig zur Durchsetzung progressiver Politik, das zeigen Erfahrungen in den Bundesländern, zum Beispiel bezüglich des Fahrradverkehrs.

Wir brauchen eine aktive Gesellschaft, um problemlösungsfähig zu sein und sollten keine Angst vor der Weiterentwicklung demokratischer Verfahren haben!

Direktdemokratische Verfahren führen nicht zu einer Aushöhlung unserer repräsentativen Demokratie, wie manche befürchten, wenn auf Bundesebene die richtigen Weichen für die Gesetzgebung gestellt werden. Dazu gehört ein mehrstufiges Vorgehen mit entsprechenden Fristen genauso wie gesetzliche Schranken, wenn es um Entscheidungen geht die Grundrechte und die Rechte von Minderheiten betreffen. Ich bin überzeugt davon, dass das Interesse und Bewusstsein für Politik in der Bevölkerung gestärkt werden können, wenn zwischen den Wahlen die Möglichkeit besteht über einzelne politische Aspekte abzustimmen. Daher möchte ich mit meiner Kandidatur auch für eine starke Verankerung dieses Themas in unserem Grundsatzprogramm werben!

#### Meeresschutz

Das Meer hat für mich als Schleswig-Holsteinerin eine besondere Bedeutung. Dieser Lebensraum ist akut bedroht. Die klimabedingte Erwärmung und Versauerung durch CO<sub>2</sub>, Überdüngung und Verschmutzung durch Plastikmüll setzen ihm zu. Munitionsaltlasten aus zwei Weltkriegen stellen eine zusätzliche Gefahr dar, die durch Zersetzungsprozesse von Tag zu Tag zunimmt. Strategien zum Umgang mit diesen komplexen Problemen fehlen entweder ganz oder werden von der Großen Koalition nicht umgesetzt. Wir müssen endlich die sog. Schutzgebiete wirklich schützen und nationale und internationale Zielsetzungen einfordern. Zwei Beispiele verdeutlichen die Dringlichkeit eines entschiedenen Vorgehens im Bereich Meeresschutz:

Das Entstehen von sauerstoffarmen Zonen in unseren Meeren nimmt als Folge des Klimawandels und dem Eintrag von Nährstoffen zu. Wir müssen dringend handeln, um eine weitere Ausbreitung dieser sogenannten marinen Todeszonen zu verhindern. Die Ostsee ist aufgrund ihrer geologischen Beschaffenheit besonders gefährdet. So leiden die Flensburger und Apenrader Förde derzeit wieder massiv unter einem Sauerstoffmangel, der zum Tod von Fischen und Bodentieren führt. Die Zerstörung des Grundes durch intensive Muschelfischerei in unserer Förde konnten wir glücklicherweise im deutschen Teil der Förde stoppen. Wir setzen uns vor Ort nun für ein grenz- und kreisübergreifendes

Forum ein, welches unterschiedliche Akteure zusammenbringt, um Maßnahmen zu diskutieren welche zu einer Erholung der Förde beitragen.

Der Fehmarnbelt-Tunnel ist ein Projekt, welches nicht nur infrastrukturell und ökonomisch fragwürdig ist, es bedroht auch Riffstrukturen und zahlreiche Tierarten, darunter den gefährdeten Schweinswal und führt mitten durch ein ausgewiesenes Schutzgebiet. Ich lehne dieses Projekt entschieden ab und setze für die Verbindung der europäischen Beltregion auf Alternativen, z.B. den Fährverkehr mit umweltfreundlicherer Technologie!

Europäische Integration, grüne Wissenschaftspolitik, direktdemokratische Beteiligung und Meeresschutz: das sind meine Themen für den Bundestag!

Dafür bitte ich um Eure Stimme für meine Kandidatur auf Platz 7 unserer Landesliste!

#### Persönliches

- Geboren 1980 in Neumünster
- Wohnort: Flensburg
- Familie: Verheiratet, 2 Kinder (2009/2015)
- Studium: Soziologie (Uni Bremen) und Europawissenschaften (Europa-Universität Flensburg)
- Beruf: seit 2011 Mitarbeiterin an der Europa-Universität Flensburg, bis 2019 Mitarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten & Lehre, z.Zt. Studiengangskordinatorin (Europawissenschaften)
- Längere Auslandsaufenthalte: 1999-2002 zunächst Au-pair, dann Studium am Community College (Liberal Arts) und Nebenjobs in New York (Long Island)

#### Bündnis 90 / Die Grünen

- Mitglied seit 2011
- Vorstandsmitglied beim Kreisverband Flensburg seit 2013

(Vorsitzende seit 2016)

- Mitglied im Parteirat (seit 2017)
- Sprecherin der LAG Nordstaat (2018-2019)
- Bürgerschaftliches Fraktionsmitglied seit 2018 (stellv. Vorsitz Gleichstellungsausschuss; stellv. Mitglied Ausschuss für Soziales und Gesundheit)

#### Kontaktmöglichkeiten

Email: [marlene.langholz@gruene-flensburg.de](mailto:marlene.langholz@gruene-flensburg.de)

Instagram: [marlenelangholz](#)

Facebook: [Marlene Langholz-Kaiser](#)

# BEWERBUNG

## LISTENPLATZ 7



# MARLENE LANGHOLZ- KAISER

### Politisches:

- seit 2011* Mitglied bei Bündnis/90 Die Grünen
- seit 2013* Vorstandsmitglied im Kreisverband Flensburg (Vorsitz seit 2016)
- seit 2017* Mitglied im Parteirat
- 2018 - 2019* Sprecherin LAG Nordstaat
- seit 2018* Bürgerschaftliches Fraktionsmitglied in Flensburg (stv. Vorsitz Gleichstellungsausschuss, stv. Mitglied Ausschuss für Soziales und Gesundheit)

### Liebe Freundinnen und Freunde,

im Jahr 2011 bin ich wegen der europapolitischen und der humanistischen Positionen von Bündnis 90/Die Grünen in die Partei eingetreten. Damals hatte ich gerade in der deutsch-dänischen Grenzregion mein Studium mit einer Masterarbeit zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU beendet. Das aktive parteipolitische Engagement in diesem Bereich war für mich folgerichtig.

Seitdem war ich in verschiedenen Ämtern der Partei aktiv und habe ihre Entwicklung auf kommunaler und auf Landesebene mitgestaltet. Als Vorsitzende des Kreisverbands Flensburg habe ich zusammen mit einem tollen Team mehrere Wahlkämpfe geführt. Unsere Partei dabei erfolgreich und im Wachstum zu sehen, ist eine großartige Erfahrung.

Der Kampf für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung ist mir ein besonders wichtiges Anliegen – mein politisches Handeln ist immer von einer feministischen Grundhaltung geprägt. Es ist mir wichtig, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen politischen Themenfeldern und Ressorts, und diese sinnvoll miteinander in Beziehung zu setzen. Nur so können Querschnittsthemen wie Chancengerechtigkeit wirksam verfolgt werden. Ich setze mich für einen partizipativen, transparenten und teamorientierten Politikstil ein.

In den letzten neun Jahren habe ich beruflich im Wissenschaftsbereich gearbeitet: mal selbst forschend, mal als Dienstleisterin. Sowohl wissenschaftlich als auch politisch sind meine Schwerpunktthemen die Europa-, die Wirtschafts- und die Gleichstellungspolitik. Zuletzt habe ich mich intensiv mit der spannenden und zukunftssträchtigen Frage befasst,

## Persönliches:

<i>1980</i>	geboren in Neumünster
<i>Wohnort</i>	Flensburg Verheiratet, 2 Kinder (11 & 5 Jahre)
<i>Ausbildung</i>	Studium der Soziologie in Bremen und der Europawissenschaften in Flensburg
<i>Beruf</i>	Mitarbeiterin an der Europa-Universität in Flensburg (seit 2011) Mitarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten & Lehre z.Zt. Studiengangskordinatorin (Europawissenschaften)
<i>längere Auslandsaufenthalte</i>	1999-2002 zunächst Au-pair, dann Studium am Community College (Liberal Arts) und Nebenjobs in New York (Long Island)

## Kontakt:

- ✉ marlene.langholz@gruene-flensburg.de
- 📷 @marlenelangholz
- 📘 Marlene Langholz-Kaiser

wie Lebensqualität in den Mittelpunkt von Stadtentwicklung gestellt werden kann.

### Meine Themen für den Bundestag

Um das Ziel der sozial-ökologischen Transformation voranzubringen, möchte ich das Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellen und fördern.

Für den Umbau unserer Wirtschaftsordnung, zu einer nachhaltigen, sozialen, ressourcenschonenden und klimaverträglichen Ökonomie, müssen wir alle in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte bündeln und Strukturen schaffen, die dies ermöglichen.

Die folgenden Themenbereiche möchte ich im Bundestag schwerpunktmäßig vorantreiben:

#### Europa

Gerade als Europawissenschaftlerin und Kommunalpolitikerin in der Grenzregion ist mir die europäische Integration ein wichtiges Anliegen. Leider lässt sich seit Jahren in vielen Mitgliedstaaten der EU ein Rückzug ins Nationale beobachten, der auch bei uns in Deutschland inzwischen sehr spürbar ist.

Die pandemiebedingten Grenzsicherungen in der deutsch-dänischen Grenzregion waren den meisten Menschen dort nicht willkommen – neben anderen Unannehmlichkeiten konnten vor allem grenzüberschreitende private Beziehungen plötzlich nicht mehr gepflegt werden. Grenzübergreifende Ansätze zur Krisenbewältigung gab und gibt es offenbar nicht. Hier müssen wir nachbessern! Der Zusammenhalt der EU ist fragil und wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht zerbricht. In der kommenden Regierungsperiode wird es von entscheidender Bedeutung sein, den europäischen Integrationsprozess weiter zu gestalten und zu verhindern, dass das Institutionengefüge von innen und außen weiter geschwächt wird. Auf Bundesebene brauchen wir dazu Politiker\*innen mit Fachwissen und einer klaren proeuropäischen Grundhaltung.

Ich möchte mich als Bundestagsabgeordnete dafür einsetzen, dass in der Grenzregion Schleswig-Holstein und Süddänemark Strukturen geschaffen werden, die die grenzüberschreitende Kooperation erleichtern, z.B. durch ein gemeinsames Forum im Bereich Meeres- und Klimaschutz oder einen Aus-

schuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese Initiativen müssen deswegen von der Bundesebene gestützt werden, weil viele politische Kompetenzen in Dänemark, anders als in Deutschland, nicht auf der föderalen, sondern auf der nationalen Ebene angesiedelt sind.

Viele Krisen sind grenzüberschreitend – Lösungen für damit verbundene Probleme müssen, wo irgend möglich, grenzübergreifend gefunden werden.

### **Wissenschaftspolitik**

Dass Internationalität in der Wissenschaft gelebter Alltag ist, habe ich in den letzten Jahren an der Universität täglich erleben können. Die internationale Zusammenarbeit und die europäische Integration werden durch den Austausch von Lernenden und Forschenden vorangetrieben. Wissenschaftsbeziehungen schaffen Verbindungen zwischen Gesellschaften. Die positiven Erfahrungen mit der internationalen Mobilität von Studierenden sollten als Beispiel dafür dienen, auch jungen Menschen in anderen Ausbildungswegen einen temporären Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Gute Rahmenbedingungen für Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sind wichtig, damit diese unabhängig forschen und gute Bildungsangebote sicherstellen können. Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen sind – hier wie in anderen Ländern – ein Ort für internationalen Austausch, an dem mit vereinten Kräften an Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen gearbeitet wird.

Gegenwärtig unterliegt ein Teil der Hochschulfinanzierung Wettbewerbskriterien: die Exzellenzstrategie und die verschiedenen Finanzierungspakte des Bundes führen im Ergebnis nicht nur zu wissenschaftlichen „Leuchttürmen“, sondern auch zu einer Benachteiligung kleinerer Hochschulen in der Fläche und ihrer chronischen Unterfinanzierung, so auch in Schleswig Holstein. Die Hochschulfinanzierung muss verlässlicher und regional ausgewogen vorgenommen werden, um die Qualität von Forschung und Lehre in der Fläche zu erhöhen, zunehmende Ungleichheit zwischen Hochschulen und Studienbedingungen wieder umzukehren, und um verlässliche Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler\*innen zu schaffen.

Wir brauchen eine stärkere Förderung sozialer Innovationen. Dazu gehören sog. Real-labore, in denen gesellschaftliche Veränderungsprozesse gemeinsam mit Wirtschaft, Bürger\*innen und Kommunen erprobt werden. Auch eine Unterstützung transformativer Wissenschaftsbereiche ist ein wichtiges Element grüner Wissenschaftspolitik.

*Mehr Forschung für den Wandel muss Ziel  
grüner Wissenschaftspolitik sein.*

Wie wichtig eine vielfältige, schnell reaktionsfähige und disziplinenübergreifende Wissenschaft ist, hat zuletzt die Corona-Pandemie mit Nachdruck gezeigt. Ganz besonders steht derzeit die Wissenschaftskommunikation im Zentrum – im Zusammenwirken mit der Politik gewährleistet sie Aufklärung und Teilhabe durch Kommunikation. Dennoch sind manche Menschen anfällig für sensationistische, einfache Parolen und Verschwörungserzählungen. Hier hilft nur noch mehr Kommunikation von Wissenschaft und Politik mit den Menschen, um sich dem „Virus nach dem Virus“ entgegenzustellen.

Ein grundlegendes Verständnis für Erkenntnisgewinn, für Wissenschaft und für die Tätigkeit des Forschens sollte schon Kindern früh vermittelt werden. Die Kommunikation über wissenschaftliche Prozesse und Ergebnisse darf nicht nur für Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss zugänglich sein.

Alles, was angesichts der Corona-Pandemie über Wissenschaft, Politik, Kommunikation und Krisenfestigkeit zu lernen ist, muss auch für die Bewältigung der Klimakrise angewendet werden. Die Wissenschaftskommunikation muss stärker als bisher Teil unserer Wissenschaftspolitik sein, um Menschen für die Dringlichkeit der Klimapolitik sensibilisieren und sie – genauso wie andere Akteure, z.B. Unternehmen oder Verbände – von unerlässlichen Maßnahmen redlich überzeugen zu können.

### **Direktdemokratische Beteiligung**

Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft kann nur im demokratischen Prozess gelingen. Die Akzeptanz von politischen Lösungen hängt stark davon ab, wie sehr die Menschen sich gehört und in Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen.

Meiner Meinung nach sollte die repräsentative Demokratie durch zusätzliche demokratische Elemente gestärkt werden.

Dazu gehören für mich Bürger\*innenräte genauso wie Bürger\*innenbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Die Beteiligung von Bürger\*innen in solchen Gremien führt häufig zur Durchsetzung progressiver Politik, das zeigen Erfahrungen in den Bundesländern, zum Beispiel bezüglich des Fahrradverkehrs.

*Wir brauchen eine aktive Gesellschaft, um problemlösungsfähig zu sein und sollten keine Angst vor der Weiterentwicklung demokratischer Verfahren haben!*

Direktdemokratische Verfahren führen nicht zu einer Aushöhlung unserer repräsentativen Demokratie, wie manche befürchten, wenn auf Bundesebene die richtigen Weichen für die Gesetzgebung gestellt werden. Dazu gehört ein mehrstufiges Vorgehen mit entsprechenden Fristen genauso wie gesetzliche Schranken, wenn es um Entscheidungen geht die Grundrechte und die Rechte von Minderheiten betreffen. Ich bin überzeugt davon, dass das Interesse und Bewusstsein für Politik in der Bevölkerung gestärkt werden können, wenn zwischen den Wahlen die Möglichkeit besteht über einzelne politische Aspekte abzustimmen. Daher möchte ich mit meiner Kandidatur auch für eine starke Verankerung dieses Themas in unserem Grundsatzprogramm werben!

### **Meeresschutz**

Das Meer hat für mich als Schleswig-Holsteinerin eine besondere Bedeutung. Dieser Lebensraum ist akut bedroht. Die klimabedingte Erwärmung und Versauerung durch CO<sub>2</sub>, Überdüngung und Verschmutzung durch Plastikmüll setzen ihm zu. Munitionsaltslasten aus zwei Weltkriegen stellen eine zusätzliche Gefahr dar, die durch Zersetzungsprozesse

von Tag zu Tag zunimmt. Strategien zum Umgang mit diesen komplexen Problemen fehlen entweder ganz oder werden von der Großen Koalition nicht umgesetzt. Wir müssen endlich die sog. Schutzgebiete wirklich schützen und nationale und internationale Zielsetzungen einfordern. Zwei Beispiele verdeutlichen die Dringlichkeit eines entschiedenen Vorgehens im Bereich Meeresschutz:

Das Entstehen von sauerstoffarmen Zonen in unseren Meeren nimmt als Folge des Klimawandels und dem Eintrag von Nährstoffen zu. Wir müssen dringend handeln, um eine weitere Ausbreitung dieser sogenannten marinen Todeszonen zu verhindern. Die Ostsee ist aufgrund ihrer geologischen Beschaffenheit besonders gefährdet. So leiden die Flensburger und Apenrader Förde derzeit wieder massiv unter einem Sauerstoffmangel, der zum Tod von Fischen und Bodentieren führt. Die Zerstörung des Grundes durch intensive Muschelfischerei in unserer Förde konnten wir glücklicherweise im deutschen Teil der Förde stoppen. Wir setzen uns vor Ort nun für ein grenz- und kreisübergreifendes Forum ein, welches unterschiedliche Akteure zusammenbringt, um Maßnahmen zu diskutieren welche zu einer Erholung der Förde beitragen.

Der Fehmarnbelt-Tunnel ist ein Projekt, welches nicht nur infrastrukturell und ökonomisch fragwürdig ist, es bedroht auch Riffstrukturen und zahlreiche Tierarten, darunter den gefährdeten Schweinswal und führt mitten durch ein ausgewiesenes Schutzgebiet. Ich lehne dieses Projekt entschieden ab und setze für die Verbindung der europäischen Beltregion auf Alternativen, z.B. den Fährverkehr mit umweltfreundlicherer Technologie!

**Europäische Integration, grüne Wissenschaftspolitik, direktdemokratische Beteiligung und Meeresschutz: das sind meine Themen für den Bundestag!**

Dafür bitte ich um Eure Stimme für meine Kandidatur auf Platz 7 unserer Landesliste!



LL 8 JH Jens Herrndorff

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

### Bewerbung auf Listenplatz 8 zur Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde!

Eine moderne Grüne Kulturpolitik und eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sind für mich wesentliche Bausteine unserer Demokratie. Dafür möchte ich mich in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag einsetzen und bitte um eure Stimme für meine Bewerbung auf Platz 8 der Landesliste.

Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich in der Musikbranche an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft. Als Vorstandssprecher des KV Pinneberg setze ich mich aktiv für Grüne Werte, politische Mitbestimmung und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Dieses Engagement möchte ich nun sehr gerne für und mit euch auf Bundesebene fortsetzen.

Ich bin der Meinung, dass gute Politik nur gemeinsam gelingt. Sie ist nie der Erfolg einer einzelnen Person. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, die richtigen Fragen zu stellen, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

### Für eine moderne Grüne Kulturpolitik!

Grüne Kulturpolitik steht im Fokus meiner politischen Tätigkeit. Sie ist für mich eine Politik der Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Sie schafft Raum für gesellschaftliche Diskurse, alternative Lebens- und Arbeitsformen und Innovationen. Sie wirkt identitätsstiftend, verbindend und sichert kulturelle Teilhabe für Alle. Sie ist feministisch und fördert die Gleichberechtigung und Vielfalt der Geschlechter.

Das vorrangigste Ziel besteht für mich darin, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung von Kulturpolitik zu steigern. Den Belangen der Kultur muss ein deutlich höherer Stellenwert in politischen Entscheidungsprozessen beigemessen werden. Kultur soll auf allen staatlichen Ebenen als essentieller Bestandteil der Daseinsfürsorge berücksichtigt werden und darf nicht nur freiwillige Leistung sein.

Zahlreiche Gespräche im Rahmen der Corona-Pandemie haben mir wiederholt bestätigt, dass es in der Politik zu wenig Verständnis für die Diversität und Komplexität der Kultur- und Kreativlandschaft gibt. Deshalb brauchen wir unter anderem einen intensiven Dialog mit den Kulturschaffenden. Politik muss verstehen, wie Kultur funktioniert, um gute Kulturpolitik machen zu können. Das bedeutet auch, die Rechte der Kreativen zu schützen und für ihre soziale Sicherung einzustehen.

Kultur unterliegt einem ständigen Wandel: Street Art, Clubkultur, Games, Software und digitale Ausdrucksformen müssen Bestandteile eines zeitgemäßen Kulturverständnisses und gleichberechtigt mit klassischen Kulturformen gefördert werden. Dazu gehört auch die längst überfällige und angemessene Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit. Wir brauchen eine



Alter:

51

Geschlecht:

männlich

Modernisierung und Erweiterung des Kulturbegriffs und eine Überprüfung der bestehenden Förderstrukturen.

Die Kürzung von Fördermitteln für Kultur und Medien ist gängige Praxis von Regierungen mit rechtspopulistischer Beteiligung. Auch in Deutschland machen undemokratische Kräfte offen Front gegen die freie Kultur- und Medienlandschaft. Dieser besorgniserregenden Entwicklung möchte ich mich entgegenstellen und die Freiheit und Unabhängigkeit der Kultur- und Medienlandschaft im Sinne unserer demokratischen Grundordnung verteidigen.

## Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik!

Eine Grüne Wirtschaftspolitik ist für mich eine Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt. Sie ist am Gemeinwohl orientiert und bezieht die Folgen der ökonomischen Tätigkeit in ihre Entscheidungsprozesse mit ein.

Unser aktuelles Wirtschaftsmodell orientiert sich rein am Profit. Ökologische und gesellschaftliche Kosten werden in den Bilanzen nicht berücksichtigt. Diese müssen zukünftig bewertet, bilanziert und internalisiert werden und Auswirkungen auf die Rentabilität von Unternehmen haben.

Wir brauchen ein neues Innovationsverständnis, das nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen fördert. Soziale Innovationen schaffen neue Wertemodelle des Wirtschaftens und entwickeln neue Ideen im Dienst von Mensch und Umwelt.

Die Diversifizierung unserer Arbeitswelt schreitet mehr und mehr voran. Deshalb brauchen wir ein Recht auf mobiles Arbeiten, das der Vielfalt der Arbeitsweisen und der Arbeitsorte gerecht wird und rechtliche und soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer\*innen schafft.

Verdeckte Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger durch finanzstarke Konzerne und Interessengruppen gefährdet demokratische Entscheidungsprozesse. Wir brauchen mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit, ein umfangreiches Lobbyregister, den legislativen Fußabdruck und die detaillierte Offenlegung aller Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten.

## Für eine lebendige Demokratie!

Eine lebendige Demokratie bietet den Bürger\*innen Möglichkeiten zur Partizipation und Gestaltung. Deshalb ist mir die Absenkung des Wahlalters und die Einrichtung von Bürger\*innenräten auf Bundesebene ein besonderes Anliegen.

Mit diesen Themen und Schwerpunkten möchte ich euch, und damit Schleswig-Holstein, im nächsten Bundestag vertreten und bitte um eure Unterstützung, euer Vertrauen und eure Stimme!

## Mehr über mich:

Ich wurde 1969 geboren und lebe in Barmstedt im Kreis Pinneberg. Ich bin verheiratet und habe zwei Töchter. Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich selbstständig in der Musikbranche als Manager der Gruppe „Fettes Brot“ und Geschäftsführer der bandeigenen Schallplattenfirma.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bin ich als Vorstandssprecher des KV Pinneberg aktiv und bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport der Stadt Barmstedt. Als Delegierter meines KVs durfte ich auf den letzten beiden BDKs wertvolle politische Erfahrung sammeln. Darüber hinaus bin ich Mitglied der LAG Kultur, der LAG Medien und Netz, der in Gründung befindlichen LAG Sport und bringe mein Wissen auf Bundesebene u.a. in die Arbeit der BAG Kultur ein.

Mehr Informationen über mich und meine politische Arbeit findet ihr auf meiner Website unter [www.jens-herrndorff.de](http://www.jens-herrndorff.de).

## Bewerbung auf Listenplatz 8 Jens Herrndorff



Liebe Freundinnen und Freunde!

Eine moderne Grüne Kulturpolitik und eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sind für mich wesentliche Bausteine unserer Demokratie. Dafür möchte ich mich in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag einsetzen und bitte um eure Stimme für meine Bewerbung auf Platz 8 der Landesliste.

Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich in der Musikbranche an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft. Als Vorstandssprecher des KV Pinneberg setze ich mich aktiv für Grüne Werte, politische Mitbestimmung und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Dieses Engagement möchte ich nun sehr gerne für und mit euch auf Bundesebene fortsetzen.

Ich bin der Meinung, dass gute Politik nur gemeinsam gelingt. Sie ist nie der Erfolg einer einzelnen Person. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, die richtigen Fragen zu stellen, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

### Für eine moderne Grüne Kulturpolitik!

Grüne Kulturpolitik steht im Fokus meiner politischen Tätigkeit. Sie ist für mich eine Politik der Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Sie schafft Raum für gesellschaftliche Diskurse, alternative Lebens- und Arbeitsformen und Innovationen. Sie wirkt identitätsstiftend, verbindend und sichert kulturelle Teilhabe für Alle. Sie ist feministisch und fördert die Gleichberechtigung und Vielfalt der Geschlechter.

Das vorrangigste Ziel besteht für mich darin, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung von Kulturpolitik zu steigern. Den Belangen der Kultur muss ein deutlich höherer Stellenwert in politischen Entscheidungsprozessen beigemessen werden. **Kultur soll auf allen staatlichen Ebenen als essentieller Bestandteil der Daseinsfürsorge berücksichtigt** werden und darf nicht nur freiwillige Leistung sein.

Zahlreiche Gespräche im Rahmen der Corona-Pandemie haben mir wiederholt bestätigt, dass es in der Politik zu wenig Verständnis für die Diversität und Komplexität der Kultur- und Kreativlandschaft gibt. Deshalb brauchen wir unter anderem einen intensiven Dialog mit den Kulturschaffenden. **Politik muss verstehen, wie Kultur funktioniert, um gute Kulturpolitik machen zu können.** Das bedeutet auch, die Rechte der Kreativen zu schützen und für ihre soziale Sicherung einzustehen.

Kultur unterliegt einem ständigen Wandel: Street Art, Clubkultur, Games, Software und digitale Ausdrucksformen müssen Bestandteile eines zeitgemäßen Kulturverständnisses und gleichberechtigt mit klassischen Kulturformen gefördert werden. Dazu gehört auch die längst überfällige und angemessene Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit. Wir brauchen eine **Modernisierung und Erweiterung des Kulturbegriffs und eine Überprüfung der bestehenden Förderstrukturen.**

Die Kürzung von Fördermitteln für Kultur und Medien ist gängige Praxis von Regierungen mit rechtspopulistischer Beteiligung. Auch in Deutschland machen undemokratische Kräfte offen Front gegen die freie Kultur- und Medienlandschaft. Dieser besorgniserregenden Entwicklung möchte ich mich entgegenstellen und die **Freiheit und Unabhängigkeit der Kultur- und Medienlandschaft im Sinne unserer demokratischen Grundordnung verteidigen.**

## Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik!

Eine Grüne Wirtschaftspolitik ist für mich eine Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt. Sie ist am Gemeinwohl orientiert und bezieht die Folgen der ökonomischen Tätigkeit in ihre Entscheidungsprozesse mit ein.

Unser aktuelles Wirtschaftsmodell orientiert sich rein am Profit. **Ökologische und gesellschaftliche Kosten** werden in den Bilanzen nicht berücksichtigt. Diese müssen zukünftig bewertet, bilanziert und internalisiert werden und Auswirkungen auf die Rentabilität von Unternehmen haben.

Wir brauchen einen neues Innovationsverständnis, das nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen fördert. **Soziale Innovationen** schaffen neue Wertemodelle des Wirtschaftens und entwickeln neue Ideen im Dienst von Mensch und Umwelt.

Die Diversifizierung unserer Arbeitswelt schreitet mehr und mehr voran. Deshalb brauchen wir **ein Recht auf mobiles Arbeiten**, das der Vielfalt der Arbeitsweisen und der Arbeitsorte gerecht wird und rechtliche und soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer\*innen schafft.

Verdeckte Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger durch finanzstarke Konzerne und Interessengruppen gefährdet demokratische Entscheidungsprozesse. Wir brauchen mehr **Transparenz und Nachvollziehbarkeit**, ein umfangreiches Lobbyregister, den legislativen Fußabdruck und die detaillierte Offenlegung aller Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten.

## Für eine lebendige Demokratie!

Eine lebendige Demokratie bietet den Bürger\*innen Möglichkeiten zur Partizipation und Gestaltung. Deshalb ist mir die **Absenkung des Wahlalters** und die **Einrichtung von Bürger\*innenräten** auf Bundesebene ein besonderes Anliegen.

Mit diesen Themen und Schwerpunkten möchte ich euch, und damit Schleswig-Holstein, im nächsten Bundestag vertreten und bitte um eure Unterstützung, euer Vertrauen und eure Stimme!

Euer



## Mehr über mich

Ich wurde 1969 geboren und lebe in Barmstedt im Kreis Pinneberg. Ich bin verheiratet und habe zwei Töchter. Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich selbstständig in der Musikbranche als Manager der Gruppe „Fettes Brot“ und Geschäftsführer der bandeigenen Schallplattenfirma.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bin ich als Vorstandssprecher des KV Pinneberg aktiv und bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport der Stadt Barmstedt. Als Delegierter meines KVs durfte ich auf den letzten beiden BDKs wertvolle politische Erfahrung sammeln. Darüber hinaus bin ich Mitglied der LAG Kultur, der LAG Medien und Netz, der in Gründung befindlichen LAG Sport und bringe mein Wissen auf Bundesebene u.a. in die Arbeit der BAG Kultur ein.

Mehr Informationen über mich und meine politische Arbeit findet ihr auf meiner Website unter [www.jens-herndorff.de](http://www.jens-herndorff.de).

## Selbstvorstellung

Bewerbung für den Listenplatz 8 zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund\*innen,

die Spaltung der Gesellschaft wächst – täglich und die Herausforderungen waren nie größer. Wir kämpfen aktuell mit den Auswirkungen der Corona-Krise und der Klimawandel, der uns sehr lange begleiten wird, steht mittlerweile schon in der Tür. Die bisherige Bundesregierung hat den Start in nachhaltige und zukunftsfähige Technologien verschlafen. Der Individualverkehr ist nach wie vor die Nr. 1, gleichzeitig bleibt der ÖPNV auf der Strecke. Im Ergebnis werden so insbesondere Finanz-schwächere Gesellschaftsschichten vom sozialen Leben abgehängt.

Der Kampf gegen den Klimawandel hat mich grün gemacht.

2010 habe ich den Film „Die unbequeme Wahrheit“ von Al Gore gesehen und realisiert, dass wir, wenn wir so weitermachen, unsere Erde geradewegs an die Wand fahren. Seither setze ich mich aktiv für Klima- und Umweltschutz ein und habe erkannt, dass nur die GRÜNEN Konzepte entwickeln und konsequent verfolgen, die geeignet sind, die Krise zu bekämpfen. Deshalb bin ich grün geworden, erst im Kopf und im Handeln, und dann konsequenterweise auch als Mitglied unserer Partei.

Gerade meine Branche, die Baubranche, läuft oftmals unter dem Radar. Sie ist mit der Herstellung und dem Betrieb der Bauten für 28 % aller CO2 Emissionen in Deutschland verantwortlich. Die weltweite Herstellung von Zement verursacht einen größeren CO2 Ausstoß als der gesamte weltweite Flugverkehr. Der Ressourcenverbrauch ist immens – gerade der Sand, der sich für das Bauen eignet, wird knapp. Ganze Inseln, Strände und Flussdeltas fallen dem Sandraubbau zum Opfer und wichtiger Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird in Betongold umgewandelt.

Das Recycling unserer Bauabfälle wird aufgrund unser hoch technischen und kompositbasierten Baustoffe zunehmend aufwendiger bis unmöglich. Die meisten Mauermörtel sind heute zum Beispiel kunststoffvergütet mit Mikroplastik.

Sozialer Wohnungsbau fällt massenhaft aus der Bindung. Statt neuem bezahlbaren Wohnraum entstehen Renditeobjekte, in denen der soziale Anteil so klein wie irgend möglich ist. Gerade bei uns im Hamburger Speckgürtel leiden wir unter dieser Entwicklung - untere und mittlere Einkommen werden auf dem Wohnungsmarkt weiter verdrängt. Im gleichen Atemzug werden die kommunalen Kassen durch den rasanten Wohnungsbau belastet, da die Kommunen für die Stellung der sozialen Infrastruktur, wie z. B. Kitas und Schulen, verantwortlich sind. Sozialer und lebenswerter Wohnraum muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Auf der Bundesebene steht für die nächste Legislatur dringend eine Reform der EnEV (Energieeinsparverordnung) auf der Tagesordnung. Diese Reform ist mir sehr wichtig, weil die EnEV zurzeit nur den Primärenergiebedarf pro Quadratmeter beim Betrieb von Gebäuden berücksichtigt. Der Energiebedarf bei der Erstellung oder die Anzahl der Quadratmeter spielen in der EnEV bisher keine Rolle.

Das Zulassungsverfahren für neue ökologische Baustoffe ist kompliziert, bürokratisch und sehr teuer. Diese Verfahren müssen natürlich sicher bleiben, aber schneller und günstiger werden. Es gibt seit



Alter:

31

Geschlecht:

männlich

Jahren CO<sub>2</sub>-günstigere Alternativen zu Zement; die Großindustrie scheut sich jedoch auf diese Produkte umzustellen. Sie wird erst reagieren und nachhaltige Baustoffe verwenden, wenn der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmendaten setzt.

Alle diese Punkte sind nicht nur Probleme, denen wir uns stellen müssen, sondern es ist auch eine Chance für Deutschland. Ich bin davon überzeugt, dass wir unseren Planeten mit einem weiter so nicht nur ruinieren, sondern darüber hinaus auch die Innovationsleistung und Arbeitsplätze verlieren werden. Wir Grünen beziehungsweise die Bundesregierung muss der Wirtschaft die Richtung vorgeben, weil „der Markt“ es nicht kann.

Herzengangelegenheiten sind für mich die Themen Steuern und Sozialabgaben. Ich bin der Überzeugung, dass unsere Steuern nicht zu hoch sind, aber es zahlen nicht jede\*r das Gleiche. Gerade für Vermögende und verschachtelte Firmenkonstrukte gibt es hunderte Schlupflöcher. Das ist ein Verbrechen an der Solidargemeinschaft und muss endlich beendet werden. Auch unserer Sozialkassen sind schon lange nicht mehr solidarisch. Bestimmte Berufsgruppen und Personen sind oder können sich kraft Gesetzes von der gesetzlichen Rente befreien lassen und in ihre eigenen Versorgungswerke einzahlen. Das sind z.B. Ärzt\*innen, Steuerberater\*innen aber auch bestimmte Handwerker\*innen. Wir benötigen Solidarität über die gesamte Bevölkerung! Eine Rentenkasse für alle, das muss das Ziel der Reform sein und das müssen wir endlich angehen. Auch bei der Krankenversicherung stehe ich voll hinter der Grünen-Idee der Bürgerversicherung. Nur gemeinsam sind wir stark.

Um mich auf Bundesebene für diese Themen, aber auch für die Interessen unseres Bundeslandes stark zu machen, bitte ich um eure Unterstützung.

Mit euch gemeinsam und meiner anpackenden Art bin ich mir sicher werden wir viel bewegen.

Liebe Grüße  
Tabin

PS: Wenn ihr Fragen habe meldet euch gerne bei mir. Ich bin 24/7 auch mobil erreichbar, wenn gerade nicht, rufe ich zurück.

Privates:

Geboren 1988 in Neumünster  
aufgewachsen in Elmshorn  
wohnhaft in Pinneberg  
verheiratet

Berufliches:

Projektleiter Hochbau  
Ausbildung als Tischler  
Fachhochschulstudium zum Staatlich geprüften Holztechniker

Grünes:

Seit 2016 in der Kommunalpolitik mit Schwerpunkt Stadtentwicklung und Finanzen.

seit 2018 Ratsherr in Pinneberg.

2019 Kandidat für das Bürgermeister\*inamt in Elmshorn.

seit 2019 in den Ausschüssen Arbeit, Wirtschaft, Regionales und Verkehr sowie Jugendhilfe für die Kreistagsfraktion Pinneberg

2020 Wiederbelebung der LAG Bauen und Wohnen, seitdem auch Sprecher der LAG.

Hobbys:

Brettsportarten wie Skateboardfahren, Wakeboarding, Snowboardfahren gehören zu meinen Leidenschaften.

American Football, mein altes Hobby, kann ich zeitlich leider nicht mehr ausüben.

Kontaktm6glichkeiten:

Mail: [ahsbais@posteo.de](mailto:ahsbais@posteo.de)

FB: ahsbais und tabin.ahsbais

Instagram: nordisch4nature

Telefon: 0176-84531754

# Bewerbung für den Listenplatz 8 zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund\*innen,

die Spaltung der Gesellschaft wächst – täglich und die Herausforderungen waren nie größer. Wir kämpfen aktuell mit den Auswirkungen der Corona-Krise und der Klimawandel, der uns sehr lange begleiten wird, steht mittlerweile schon in der Tür. Die bisherige Bundesregierung hat den Start in nachhaltige und zukunftsfähige Technologien verschlafen. Der Individualverkehr ist nach wie vor die Nr. 1, gleichzeitig bleibt der ÖPNV auf der Strecke. Im Ergebnis werden so insbesondere Finanz-schwächere Gesellschaftsschichten vom sozialen Leben abgehängt.

## Der Kampf gegen den Klimawandel hat mich grün gemacht.

2010 habe ich den Film „Die unbequeme Wahrheit“ von Al Gore gesehen und realisiert, dass wir, wenn wir so weitermachen, unsere Erde geradewegs an die Wand fahren. Seither setze ich mich aktiv für Klima- und Umweltschutz ein und habe erkannt, dass nur die GRÜNEN Konzepte entwickeln und konsequent verfolgen, die geeignet sind, die Krise zu bekämpfen. Deshalb bin ich grün geworden, erst im Kopf und im Handeln, und dann konsequenterweise auch als Mitglied unserer Partei.

Gerade meine Branche, die Baubranche, läuft oftmals unter dem Radar. Sie ist mit der Herstellung und dem Betrieb der Bauten für 28 % aller CO2 Emissionen in Deutschland verantwortlich. Die weltweite Herstellung von Zement verursacht einen größeren CO2 Ausstoß als der gesamte weltweite Flugverkehr. Der Ressourcenverbrauch ist immens – gerade der Sand, der sich für das Bauen eignet, wird knapp. Ganze Inseln, Strände und Flussdeltas fallen dem Sandraubbau zum Opfer und wichtiger Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird in Betongold umgewandelt.

Das Recycling unserer Bauabfälle wird aufgrund unserer hoch technischen und kompositbasierten Baustoffe zunehmend aufwendiger bis unmöglich. Die meisten Mauermörtel sind heute zum Beispiel kunststoffvergütet mit Mikroplastik.

Sozialer Wohnungsbau fällt massenhaft aus der Bindung. Statt neuem bezahlbaren Wohnraum entstehen Renditeobjekte, in denen der soziale Anteil so klein wie irgend möglich ist. Gerade bei uns im Hamburger Speckgürtel leiden wir unter dieser Entwicklung - untere und mittlere Einkommen werden auf dem Wohnungsmarkt weiter verdrängt. Im gleichen Atemzug werden die kommunalen Kassen durch den rasanten Wohnungsbau belastet, da die Kommunen für die Stellung der sozialen Infrastruktur, wie z. B. Kitas und Schulen, verantwortlich sind. Sozialer und lebenswerter Wohnraum muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Auf der Bundesebene steht für die nächste Legislatur dringend eine Reform der EnEV (Energieeinsparverordnung) auf der Tagesordnung. Diese Reform ist mir sehr wichtig, weil die EnEV zurzeit nur den Primärenergiebedarf pro Quadratmeter beim Betrieb von Gebäuden berücksichtigt. Der Energiebedarf bei der Erstellung oder die Anzahl der Quadratmeter spielen in der EnEV bisher keine Rolle.

Das Zulassungsverfahren für neue ökologische Baustoffe ist kompliziert, bürokratisch und sehr teuer. Diese Verfahren müssen natürlich sicher bleiben, aber schneller und günstiger werden. Es gibt seit Jahren CO2-günstigere Alternativen zu Zement; die Großindustrie scheut sich jedoch auf diese Produkte umzustellen. Sie wird erst reagieren und nachhaltige Baustoffe verwenden, wenn der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmendaten setzt.

Alle diese Punkte sind nicht nur Probleme, denen wir uns stellen müssen, sondern es ist auch eine Chance für Deutschland. Ich bin davon überzeugt, dass wir unseren Planeten mit einem weiter so nicht nur ruinieren, sondern darüber hinaus auch die Innovationsleistung und Arbeitsplätze verlieren werden. Wir Grünen beziehungsweise die Bundesregierung muss der Wirtschaft die Richtung vorgeben, weil „der Markt“ es nicht kann.



## Tabin Ahsbahs

### Privates:

Geboren 1988 in Neumünster  
aufgewachsen in Elmshorn  
wohnhaft in Pinneberg  
verheiratet

### Berufliches:

Projektleiter Hochbau  
Ausbildung als Tischler  
Fachhochschulstudium zum  
Staatlich geprüften Holztechniker

### Grünes:

Seit 2016 in der Kommunalpolitik  
mit Schwerpunkt Stadtentwicklung  
und Finanzen.  
seit 2018 Ratsherr in Pinneberg.  
2019 Kandidat für das  
Bürgermeister\*inamt in Elmshorn.  
seit 2019 in den Ausschüssen  
Arbeit, Wirtschaft, Regionales und  
Verkehr sowie Jugendhilfe für die  
Kreistagsfraktion Pinneberg  
2020 Wiederbelebung der LAG  
Bauen und Wohnen, seitdem auch  
Sprecher der LAG.

### Hobbys:

Brettsportarten wie  
Skateboardfahren, Wakeboarding,  
Snowboardfahren gehören zu  
meinen Leidenschaften.  
American Football, mein altes  
Hobby, kann ich zeitlich leider  
nicht mehr ausüben.

### Kontaktmöglichkeiten:

Mail: [ahsbahs@posteo.de](mailto:ahsbahs@posteo.de)  
FB: [ahsbahs](#) und [tafin.ahsbahs](#)  
Instagram: [nordisch4nature](#)  
Telefon: 0176-84531754

Herzensangelegenheiten sind für mich die Themen Steuern und Sozialabgaben. Ich bin der Überzeugung, dass unsere Steuern nicht zu hoch sind, aber es zahlen nicht jede\*r das Gleiche. Gerade für Vermögende und verschachtelte Firmenkonstrukte gibt es hunderte Schlupflöcher. Das ist ein Verbrechen an der Solidargemeinschaft und muss endlich beendet werden. Auch unserer Sozialkassen sind schon lange nicht mehr solidarisch. Bestimmte Berufsgruppen und Personen sind oder können sich kraft Gesetzes von der Gesetzlichen Rente befreien lassen und in Ihre eigenen Versorgungswerke einzahlen. Das sind z.B. Ärzt\*innen, Steuerberater\*innen aber auch bestimmte Handwerker\*innen. Wir benötigen Solidarität über die gesamte Bevölkerung! Eine Rentenkasse für alle, das muss das Ziel der Reform sein und das müssen wir endlich angehen. Auch bei der Krankenversicherung stehe ich voll hinter der Grünen-Idee der Bürgerversicherung. Nur gemeinsam sind wir stark.

Um mich auf Bundesebene für diese Themen, aber auch für die Interessen unseres Bundeslandes stark zu machen, bitte ich um Eure Unterstützung.

Mit Euch gemeinsam und meiner anpackenden Art bin ich mir sicher werden wir viel bewegen.

Liebe Grüße

Tafin

PS: Wenn Ihr Fragen habe meldet Euch gerne bei mir. Ich bin 24/7 auch mobil erreichbar, wenn gerade nicht, rufe ich zurück.

LL 9 JK Jessica Kordouni

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Liebe Freund\*innen,

der Homo oeconomicus muss sterben. Wenn es ihn überhaupt je gegeben hat. Der Mensch, der nur aus egoistischen, konkurrenzbezogenen, individuellen und berechnenden Motiven handelt, ist nichts weiter als ein Mythos. Und dennoch basiert unsere vorherrschende Wirtschaftstheorie und die weltweite Politik genau auf diesem Mythos. Mit gravierenden Folgen für unsere Planeten und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

#Vom Wissen zum Handeln

Die multiplen Krisen unserer Zeit sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis von Nichttätigkeit trotz besseren Wissens. Wie lange ist bekannt, dass es zu einer Klimakatastrophe kommen wird? Wie lange beobachten wir schon das Artensterben? Wie viele Studien gibt es inzwischen über die antidemokratischen Auswirkungen durch FakeNews, Propaganda und Filterblasen? Wie lange gibt es schon die Warnung vor einer weltweiten Pandemie? Und wieso war der Brand in Moria eine Katastrophe, die keinen überrascht hat?

Viel zu lange haben wir die Arbeit von Wissenschaftler\*innen schlichtweg missachtet und jedes Problem in die Zukunft verschoben. Jetzt muss meine Generation und alle nachfolgenden die Rechnung dafür zahlen.

#Gemeinwohllökonomische Wende

Ein Problem ist, dass unsere Bewertungs- und Anreizsysteme nicht den tatsächlichen Bedarf unserer Gesellschaft abbilden. Dazu gehört zum Beispiel das Wachstums des Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder auch die Bilanzierung von Unternehmen. Als Bewertungsgrundlage für den wirtschaftlichen Erfolg läuft die Bundespolitik mit dem BIP einer Karotte hinterher, die wesentliche Teile unserer Volkswirtschaft einfach ausklammert. Das sind vor allem die Ressourcen unseres Planeten und die unbezahlte bzw. schlechtbezahlte Care-Arbeit, die vor allem von Frauen ausgeführt wird. Und auch die Unternehmen werden weiterhin über den Preis belohnt und nicht für gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln.

Die heutige Bundespolitik versäumt es zudem denjenigen das Heft aus der Hand zu nehmen, die mit Klimazerstörung Millionengewinne machen. Im Gegenteil: Sie fördert mit ihren alten Glaubenssätzen sogar das klimaschädliche Verhalten der Menschen, indem sie weiterhin den materiellen Konsum zum Grundprinzip von Wohlstand macht, um veraltete Geschäftsmodelle zu erhalten und bloß keine Arbeitsplätze zu verlieren. Gleichzeitig verhindert die Bundesregierung damit, dass andere Arbeitsplätze und Branchen entstehen können, wie wir zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien gut beobachten konnten. Das ist das Gegenteil von Transformation.

Die Ökonomie des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass wir alles haben können, solange wir einen Preis dafür zahlen. Die Abstraktion dieses Preises hat uns vergessen gemacht, dass jede unserer Handlungen Konsequenzen hat. Wir machen uns keine Gedanken mehr darüber, dass anderen Menschen die Meere leergefischt werden, Felder durch die Klimakrise verdorren und Frauen für Hungerlöhne unsere Kleider nähen. Wir haben hehre Ziele, die wir uns in vielen Resolutionen und



Alter:

37

Geschlecht:

divers

Masterplänen gesteckt haben. Doch wenn es darum geht den Verkehr für Radfahrende sicherer zu machen, ein Windrad zu bauen oder die Bauern in der dritten Welt besser zu bezahlen, dann reden sich vor allem CDU/CSU, FDP und auch Teile der SPD heraus, weil ihnen der Mut fehlt, den Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen zu erklären.

Was wir brauchen ist eine gemeinwohlökonomische, moralische Wende. Wir müssen unsere Bewertungssysteme und unsere Narrative so verändern, dass ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln belohnt statt bestraft wird. Nur so wird es möglich, die Klimawende konsequent umzusetzen. Wir brauchen Akzeptanz für alle Veränderungen, die vor uns liegen. Es werden viele gute Sachen entstehen, aber wir werden auch von vielen bequemen Gewissheiten und Privilegien Abschied nehmen müssen. Schaffen können wir das nur, wenn wir die Wahrheit anerkennen, dass sich Grundlegendes verändern muss.

#### #Digitale Teilhabe und nachhaltige Digitalisierung

Liebe Freund\*innen,

wir leben nicht nur in einer Zeit der multiplen Krisen, sondern auch im Zeitalter der dynamischen Transformation. Der technologische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Art und Weise unseres Zusammenlebens.

Deutschland hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, diesen technischen Fortschritt konstruktiv zu begleiten. Die Bundespolitik hat mit ihrer #Neuland-Attitüde dafür gesorgt, dass Macht-Zentrierung und Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen möglich geworden sind.

Auch müssen wir uns um die digitale Teilhabe, die ethischen Auswirkungen sowie die Nachhaltigkeit der Digitalisierung kümmern. Wenn Menschen aufgrund von Armut, Behinderung, Alter oder anderen Gründen digitale Inhalte und Dienste nicht verwenden können, dann droht bei zunehmender Digitalisierung das Abhängen dieser Gruppen. Der Shutdown Anfang diesen Jahres war ein Lackmustest, der viele Schwächen bei der digitalen Verfügbarkeit und den digitalen Kompetenzen gezeigt hat. Der teilweise kopflose Umgang mit der Digitalisierung des Unterrichts in Schulen und Hochschulen ist nur ein Beispiel von vielen.

Gleichzeitig müssen wir über die ökologische Nachhaltigkeit sowie über ethische Leitlinien der Digitalisierung sprechen. Wenn Paketboten zum Arbeitssklaven einer Künstlichen Intelligenz werden, die die Auswahl der Routen und Arbeitszeiten nur unter dem Kostenaspekt bewertet, dann hat Digitalisierung ihr Ziel verfehlt. Dann arbeitet nicht mehr die Maschine für den Menschen, sondern der Mensch wird Teil der Maschine. Das gleiche gilt für den Ressourcenverbrauch der Digitalisierung. Die aktuellen Rebound-Effekte sowie die hohe Menge an Elektroschrott konterkarieren das Ziel, durch Digitalisierung etwa 20 Prozent Treibhausgase zu sparen. Die Digitalisierung ist hier nicht per se das Problem, sondern die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft funktioniert, nämlich klimaschädlich und profitorientiert.

Eine für den Menschen und seine Zukunft gemachte Transformation bedeutet, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken.

#### #Kommunalen Klimaschutz unterstützen

In meinen nunmehr 2,5 Jahren in der Kommunalpolitik war ich am Puls der Zeit der kommunalen Transformationsprozesse. Vieles von dem, was wir uns als Grüne in Kiel vorgenommen haben, ist aufgrund bundespolitischer Rahmenbedingungen nicht möglich. Eine flächendeckende Tempo-30-Zone in der ganzen Stadt, so wie Paris sie plant, ist durch die Straßenverkehrsordnung verboten. Die Förderprogramme für Klimaschutzmaßnahmen sind oft zu eng gestrickt und die Eigenanteile zu hoch. Zudem ist der kommunale Haushalt nicht ausreichend groß, um Anreize wie eine Ticketpreissenkung im ÖPNV im Alleingang zu beschließen, da vertragliche Verpflichtungen mit dem Verkehrsverbund

bestehen und man sich teuer herauskaufen muss. Auch die Bauordnung gibt es nicht her, Verpflichtungen für die private Produktion erneuerbarer Energie, Gründächer oder Wärmedämmung zu beschließen. Die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Kommunen ist wichtig, um den Klimaschutz systematisch umzusetzen.

Die digitale und nachhaltige Transformation ist eine Mammutaufgabe, die ich mit meinem Fachwissen und KnowHow unterstützen will.

#### #Persönliches

Ich bin 1982 im Münsterland geboren und in der Nähe von Eckernförde und Schleswig auf dem Dorf aufgewachsen. 2005 verschlug es mich zum Studium nach Kiel. Beruflich arbeite ich für ein Wissenschaftstransferprojekt, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt. Seit 2018 sitze ich in der Kieler Ratsversammlung und war maßgeblich am Ausrufen des Climate Emergency sowie der Einführung einer gendergerechten Sprache in der Verwaltung beteiligt. Zudem beschäftige ich mich mit der Kommunikation und Steuerung von Transformationsprozessen, der Gemeinwohlökonomie sowie dem wirkungsorientierten Haushalt.

Ich bin bigender und bevorzuge das Pronomen „sie“.

Sprecherin LAG Kultur

Mitglied Kieler Ratsversammlung

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Soziales, Diversität, Tourismus, Städtepartnerschaft

[www.jessica-kordouni.de](http://www.jessica-kordouni.de)

Eure Jessica



# Bewerbung Listenplatz 9

Jessica Kordouni



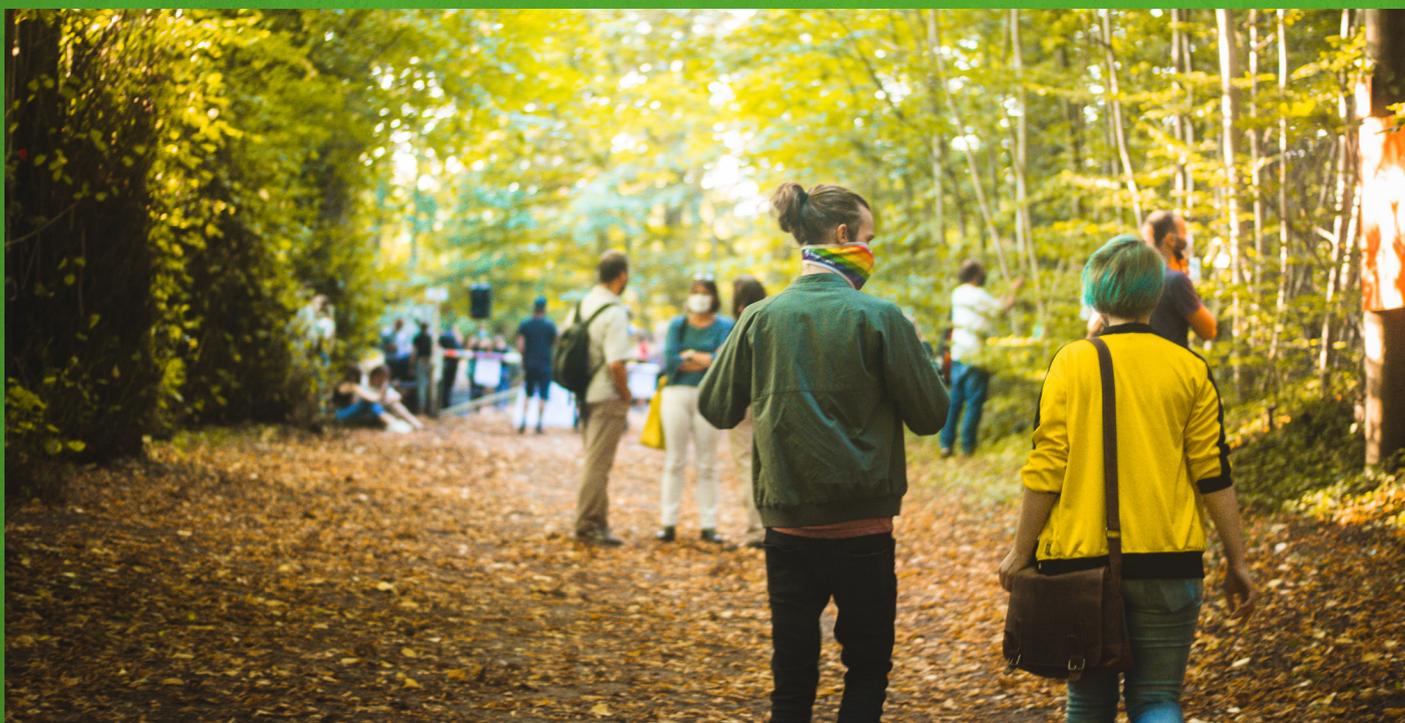
Liebe Freund\*innen,

der **Homo oeconomicus** muss sterben. Wenn es ihn überhaupt je gegeben hat. Der Mensch, der nur aus egoistischen, konkurrenzbezogenen, individuellen und berechnenden Motiven handelt, ist nichts weiter als ein Mythos. Und dennoch basiert unsere vorherrschende Wirtschaftstheorie und die weltweite Politik genau auf diesem Mythos. Mit gravierenden Folgen für unsere Planeten und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## #Vom Wissen zum Handeln

Die multiplen Krisen unserer Zeit sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis von Nichttätigkeit trotz besseren Wissens. Wie lange ist bekannt, dass es zu einer **Klimakatastrophe** kommen wird? Wie lange beobachten wir schon das Artensterben? Wie viele Studien gibt es inzwischen über die antidemokratischen Auswirkungen durch FakeNews, Propaganda und Filterblasen? Wie lange gibt es schon die Warnung vor einer weltweiten Pandemie? Und wieso war der Brand in Moria eine Katastrophe, die keinen überrascht hat?

Viel zu lange haben wir die Arbeit von Wissenschaftler\*innen schlichtweg missachtet und jedes Problem in die Zukunft verschoben. Jetzt muss meine Generation und alle nachfolgenden die Rechnung dafür zahlen.



## #Gemeinwohlokonomische Wende

Ein Problem ist, dass unsere Bewertungs- und Anreizsysteme nicht den tatsächlichen Bedarf unserer Gesellschaft abbilden. Dazu gehört zum Beispiel das Wachstum des **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** oder auch die Bilanzierung von Unternehmen. Als Bewertungsgrundlage für den wirtschaftlichen Erfolg läuft die Bundespolitik mit dem BIP einer Karotte hinterher, die wesentliche Teile unserer Volkswirtschaft einfach ausklammert. Das sind vor allem die Ressourcen unseres Planeten und die unbezahlte bzw. schlechtbezahlte Care-Arbeit, die vor allem von Frauen ausgeführt wird. Und auch die Unternehmen werden weiterhin über den Preis belohnt und nicht für gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln.

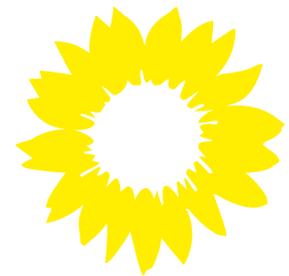
Die heutige Bundespolitik versäumt es zudem denjenigen das Heft aus der Hand zu nehmen, die mit Klimazerstörung Millionengewinne machen. Im Gegenteil: Sie fördert mit ihren alten Glaubenssätzen sogar das klimaschädliche Verhalten der Menschen, indem sie weiterhin den materiellen Konsum zum Grundprinzip von Wohlstand macht, um **veraltete Geschäftsmodelle** zu erhalten und bloß keine Arbeitsplätze zu verlieren. Gleichzeitig verhindert die Bundesregierung damit, dass andere Arbeitsplätze und Branchen entstehen können, wie wir zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien gut beobachten konnten. Das ist das Gegenteil von Transformation.

Die Ökonomie des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass wir alles haben können, solange wir einen Preis dafür zahlen. Die Abstraktion dieses Preises hat uns vergessen gemacht, dass jede unserer Handlungen Konsequenzen hat. Wir machen uns keine Gedan-

ken mehr darüber, dass anderen Menschen die Meere leergefischt werden, Felder durch die Klimakrise verdorren und Frauen für Hungerlöhne unsere Kleider nähen. Wir haben hehre Ziele, die wir uns in vielen Resolutionen und Masterplänen gesteckt haben. Doch wenn es darum geht den Verkehr für Radfahrende sicherer zu machen, ein Windrad zu bauen oder die Bauern in der dritten Welt besser zu bezahlen, dann reden sich vor allem CDU/CSU, FDP und auch Teile der SPD heraus, weil ihnen der Mut fehlt, den Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen zu erklären.

Was wir brauchen ist eine **gemeinwohlokonomische, moralische Wende**. Wir müssen unsere Bewertungssysteme und unsere Narrative so verändern, dass ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln belohnt statt bestraft wird. Nur so wird es möglich, die Klimawende konsequent umzusetzen. Wir brauchen Akzeptanz für alle Veränderungen, die vor uns liegen. Es werden viele gute Sachen entstehen, aber wir werden auch von vielen bequemen Gewissheiten und Privilegien Abschied nehmen müssen. Schaffen können wir das nur, wenn wir die Wahrheit anerkennen, dass sich Grundlegendes verändern muss.

## #Digitale Teilhabe und nachhaltige Digitalisierung



Liebe Freund\*innen,

wir leben nicht nur in einer Zeit der multiplen Krisen, sondern auch im Zeitalter der dynamischen Transformation. Der technologische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Art und Weise unseres Zusammenlebens.

Deutschland hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, diesen technischen Fortschritt konstruktiv zu begleiten. Die Bundespolitik hat mit ihrer **#Neuland-Attitüde** dafür gesorgt, dass Macht-Zentrierung und Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen möglich geworden sind.

Auch müssen wir uns um die **digitale Teilhabe**, die ethischen Auswirkungen sowie die **Nachhaltigkeit der Digitalisierung** kümmern. Wenn Menschen aufgrund von Armut, Behinderung, Alter oder anderen Gründen digitale Inhalte und Dienste nicht verwenden können, dann droht bei zunehmender Digitalisierung das Abhängen dieser Gruppen. Der Shutdown Anfang diesen Jahres war ein Lackmustest, der viele Schwächen bei der digitalen Verfügbarkeit und den digitalen Kompetenzen gezeigt hat. Der teilweise kopflose Umgang mit der Digitalisierung des Unterrichts in Schulen und Hochschulen ist nur ein Beispiel von vielen.

Gleichzeitig müssen wir über die ökologische Nachhaltigkeit sowie über **ethische Leitlinien der Digitalisierung** sprechen. Wenn Paketboten zum Arbeitsklaven einer Künstlichen Intelligenz werden, die die Auswahl der Routen und Arbeitszeiten nur unter dem

Kostenaspekt bewertet, dann hat Digitalisierung ihr Ziel verfehlt. Dann arbeitet nicht mehr die Maschine für den Menschen, sondern der Mensch wird Teil der Maschine. Das gleiche gilt für den Ressourcenverbrauch der Digitalisierung. Die aktuellen Rebound-Effekte sowie die hohe Menge an Elektroschrott konterkarieren das Ziel, durch Digitalisierung etwa 20 Prozent Treibhausgase zu sparen. Die Digitalisierung ist hier nicht per se das Problem, sondern die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft funktioniert, nämlich klimaschädlich und profitorientiert.

Eine für den Menschen und seine Zukunft gemachte Transformation bedeutet, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken.

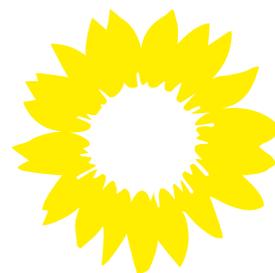
## #Kommunalen Klimaschutz unterstützen

In meinen nunmehr 2,5 Jahren in der **Kommunalpolitik** war ich am Puls der Zeit der kommunalen Transformationsprozesse. Vieles von dem, was wir uns als Grüne in Kiel vorgenommen haben, ist aufgrund bundespolitischer Rahmenbedingungen nicht möglich. Eine flächendeckende Tempo-30-Zone in der ganzen Stadt, so wie Paris sie plant, ist durch die Straßenverkehrsordnung verboten. Die Förderprogramme für Klimaschutzmaßnahmen sind oft zu eng gestrikt und die Eigenanteile zu hoch. Zudem ist der kommunale Haushalt nicht ausreichend groß, um Anreize wie eine Ticketpreissenkung im ÖPNV im Alleingang zu beschließen, da vertragliche Verpflichtungen mit dem Verkehrsverbund bestehen und man sich teuer herauskaufen muss. Auch die Bauordnung gibt es nicht her, Verpflichtungen für die private Produktion erneuerbarer Energie, Gründächer oder Wärmedämmung zu beschließen. Die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Kommunen ist wichtig, um den Klimaschutz systematisch umzusetzen.

Die **digitale und nachhaltige Transformation** ist eine Mammutaufgabe, die ich mit meinem Fachwissen und KnowHow unterstützen will.

[www.jessica-kordouni.de](http://www.jessica-kordouni.de)

Eure Jessica



## #Persönliches

Ich bin 1982 im Münsterland geboren und in der Nähe von Eckernförde und Schleswig auf dem Dorf aufgewachsen. 2005 verschlug es mich zum Studium nach Kiel. Beruflich arbeite ich für ein Wissenschaftstransferprojekt, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt. Seit 2018 sitze ich in der Kieler Ratsversammlung und war maßgeblich am Ausrufen des Climate Emergency sowie der Einführung einer gendergerechten Sprache in der Verwaltung beteiligt. Zudem beschäftige ich mich mit der Kommunikation und Steuerung von Transformationsprozessen, der Gemeinwohlökonomie sowie dem wirkungsorientierten Haushalt.

Ich bin bigender und bevorzuge das Pronomen „sie“.

**Sprecherin LAG Kultur**

**Mitglied Kieler Ratsversammlung**

**Fraktionsvorsitzende**

**Sprecherin für Soziales, Diversität, Tourismus, Städtepartnerschaft**

2002

Abitur Wirtschaftsgymnasium

Berufliche Schulen Schleswig-Flensburg

2002 bis 2005

Banklehre bei der Sparkasse Eckernförde

2005 bis 2010

Studium Literatur- und Medienwissenschaften, Nordistik und Germanistik in Kiel und Växjö (SE)

Magister

2010

Hospitantin bei den Lübecker Nachrichten

2011 bis 2012

Volontariat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Agentur in Hamburg

2012 bis 2014

Online-Redakteurin

Jobplattform in Kiel

2014 bis 2018

Online Marketing Managerin

Softwareentwickler-Büro in Kiel

2015 bis 2018

Studium Freie Kunst

Muthesius Kunsthochschule

2018 bis heute

Referentin Öffentlichkeitsarbeit

Forschungs- und Entwicklungszentrum FH Kiel

LL 13 UT Ulrike Täck

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 13

für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund\*innen!

Manchmal denke ich, es muss doch schneller gehen, aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und es muss doch schneller gehen, kein Einwegplastik mehr zu verwenden. Aber wir sehen, wie grenzenloses Wachstum eine nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaft bremst.

Für die Kandidatur für die kommenden Bundestagswahlen möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Meine Schwerpunktthemen sind Energiepolitik und Kreislaufwirtschaft, hier insbesondere Recycling und Ressourcen.

Am Koalitionsvertrag der heutigen Bundesregierung kann man erkennen, dass sie wirtschaftlicher Erfolg durch monetäres Wachstum definiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Begriff Wachstum neu denken müssen. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie die Berücksichtigung der Lebensqualität und des Umweltschutzes wirtschaftssteuernder Faktor sein könnte.

Das Sammeln und Entsorgen von Einwegplastik kosten die Kommunen jährlich 700 Mio. Euro in Deutschland. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen, wie der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, vorschlug, könnte 1,3 Mrd. Euro Steuern in Deutschland pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte aber nicht pauschal im EU-Haushalt versickern, sondern für innovative Projekte rundum eine gute Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Die Lobby der Kunststoffindustrie findet, dass dieser Vorschlag anstatt Planungssicherheit Verunsicherung in der Industrie hinterlässt. Den Lobbyverbänden und Industrien, die auf Kosten der Umwelt ihre Gewinnmaximierung betreiben, muss man die Stirn bieten.

Die derzeitige Bundesregierung will Wachstum auch bei hohen Kosten für unsere Umwelt. Beim Ausbau des Verkehrs halten sie an alten Planungsbeschleunigungsverfahren fest und sehen Natur- und Artenschutz nur als lästiges Hindernis. Eine Verkehrswende ist mit ihnen in weiter Ferne. Wir Bündnis 90/Die Grünen dürfen dies nicht akzeptieren und derartige Planungsverfahren sind zu korrigieren.

Für die CDU/CSU-SPD Koalition hat beim Thema Energie und Ressourcen das Erhalten der Versorgungssicherheit höchste Priorität und deshalb protegieren sie in ihrem Koalitionsvertrag Deutschland als Flüssigerdgas (LNG) Standort und wollen den „Tiefseebergbau“ vorantreiben. Aber bereits der Ausstieg aus der Atomkraft zeigt, dass es bei uns nicht dunkel wird, wenn wir mit modernen regenerativen Energien dagegenhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger\*innen nur von uns, Bündnis 90/Die Grünen, wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger\*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike



Alter:

52

Geschlecht:

weiblich

### Bündnis 90 / Die Grünen

- Seit 11.2014 Mitglied
- Seit 01.2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl
- Seit 10.2017 Landesparteirat
- Seit 06.2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur und 2. Stellvertretende Kreispräsidentin

### Lebensweg

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)

# Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 13 für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Liebe Freund\*innen!

Manchmal denke ich, es muss doch schneller gehen, aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und es muss doch schneller gehen, kein Einwegplastik mehr zu verwenden. Aber wir sehen, wie grenzenloses Wachstum eine nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaft bremst.

Für die Kandidatur für die kommenden Bundestagswahlen möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Meine Schwerpunktthemen sind Energiepolitik und Kreislaufwirtschaft, hier insbesondere Recycling und Ressourcen.

Am Koalitionsvertrag der heutigen Bundesregierung kann man erkennen, dass sie wirtschaftlicher Erfolg durch monetäres Wachstum definiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Begriff Wachstum neu denken müssen. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie die Berücksichtigung der Lebensqualität und des Umweltschutzes wirtschaftssteuernder Faktor sein könnte.

Das Sammeln und Entsorgen von Einwegplastik kosten die Kommunen jährlich 700 Mio. Euro in Deutschland. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen, wie der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, vorschlug, könnte 1,3 Mrd. Euro Steuern in Deutschland pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte aber nicht pauschal im EU-Haushalt versickern, sondern für innovative Projekte rundum eine gute Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Die Lobby der Kunststoffindustrie findet, dass dieser Vorschlag anstatt Planungssicherheit Verunsicherung in der Industrie hinterlässt. Den Lobbyverbänden und Industrien, die auf Kosten der Umwelt ihre Gewinnmaximierung betreiben, muss man die Stirn bieten.

Die derzeitige Bundesregierung will Wachstum auch bei hohen Kosten für unsere Umwelt. Beim Ausbau des Verkehrs halten sie an alten Planungsbeschleunigungsverfahren fest und sehen Natur- und Artenschutz nur als lästiges Hindernis. Eine Verkehrswende ist mit ihnen in weiter Ferne. Wir Bündnis 90/Die Grünen dürfen dies nicht akzeptieren und derartige Planungsverfahren sind zu korrigieren.

Für die CDU/CSU-SPD Koalition hat beim Thema Energie und Ressourcen das Erhalten der Versorgungssicherheit höchste Priorität und deshalb protegieren sie in ihrem Koalitionsvertrag Deutschland als Flüssigerdgas (LNG) Standort und wollen den „Tiefseebergbau“ vorantreiben. Aber bereits der Ausstieg aus der Atomkraft zeigt, dass es bei uns nicht dunkel wird, wenn wir mit modernen regenerativen Energien dagegenhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger\*innen nur von uns, Bündnis 90/Die Grünen, wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger\*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike



## Bündnis 90 / Die Grünen

- Seit 11.2014 Mitglied
- Seit 01.2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl
- Seit 10.2017 Landesparteirat
- Seit 06.2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur und 2. Stellvertretende Kreispräsidentin



## Lebensweg

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)



[Ulrike.taeck@gruene-se-kv.de](mailto:Ulrike.taeck@gruene-se-kv.de)



Ulrike Täck



@UlrikeTack



ulriketack

## Selbstvorstellung

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 14

für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Moin, liebe Freundinnen und Freunde,

seit mehr als dreißig Jahren setze ich mich täglich für mehr Grün, mehr Ökologie, mehr Umweltschutz ein – zuerst als Student am weltweit ersten Lehrstuhl für Ökologischen Landbau in Witzhausen, danach (und bis heute) in der praktischen Arbeit als Demeter-Bauer auf unserem Hof im Herzen von Schleswig-Holstein.

Was mich hoch motiviert,

... nun nicht nur in der Praxis, sondern auch auf politischer Ebene ökologische Ziele voranzubringen, ist die Neuausrichtung der Europapolitik, ins Besondere die Farm-to-Fork Strategie und die Biodiversitätsstrategie – beste Voraussetzungen, um den dringend notwendigen Wandel zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise zu forcieren.

Wir Grünen

... stehen wir neben vielen anderen Dingen auch besonders für den Umbruch in der Landwirtschaft hin zu mehr ökologischem Landbau in Einklang mit Natur- und Umweltschutz, für eine neue Energiepolitik und setzen hohe Anforderungen an das Erreichen der Klimaziele. Dies sind meine Herzensangelegenheiten.

Jetzt müssen wir ins Handeln kommen:

- Verbraucher\*innen müssen verstärkt aufgeklärt und auf die Folgen ihres Einkaufsverhaltens aufmerksam gemacht werden. Ebenso muss der Handel mehr Markt für Ökoprodukte schaffen.
- Bäuerinnen und Bauern müssen motiviert werden ihre Betriebe auf ökologischen Landbau umzustellen, denn nur so können wir auch die Vielzahl der kleineren Familienbetriebe retten, nebenbei wieder mehr für die Artenvielfalt schaffen und viele Probleme der konventionellen Landwirtschaft lösen.
- Konkrete, schnell umsetzbare Maßnahmen, wie z. B. mehr Blühflächen, Klee gras statt Acker gras, Klee gras statt Mais für Biogasanlagen sollten jetzt politisch flankiert und mit konventionellen Bäuerinnen und Bauern diskutiert und verwirklicht werden.
- Außer Frage steht auch, dass wir eine flächengebundene Tierhaltung brauchen, die trotz geringerer Tierzahlen ein einträgliches Einkommen hervorbringt.
- Dass die bäuerliche Gemeinschaft auch eine große Rolle in der Energiewende spielt, sehen wir im Moment jeden Tag, und mit der Freigabe des Baustopps für neue Windenergieanlagen hoffentlich morgen wieder im ganzen Land.
- Den Beitrag der Landwirtschaft an der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gilt es zügig zu benennen, den Landwirten klar zu machen, Maßnahmen zu finden und zeitnah umzusetzen.



Alter:

60

Geschlecht:

männlich

- Auf Bundesebene muss jetzt in den Verhandlungen zur neuen GAP auf wirksame ECO Schemes bestanden werden, um hiermit den nötigen finanziellen Rahmen für Ausgleichszahlungen zu schaffen. In Zukunft muss darauf geachtet werden den möglichen Finanzierungsrahmen für Maßnahmen im Natur- und Klimaschutz auch maximal auszunutzen.

Ich könnte immer so fortfahren, aber hier entsteht kein Wahlprogramm, sondern ist nur ein Einblick in die Aufgabenfelder, in denen ich mich persönlich gern einbringen möchte.

Mehr über mich

Seit 30 Jahren führe ich unseren landwirtschaftlichen Betrieb nach den Demeter-Richtlinien. Am Anfang mit viel Skepsis der benachbarten Berufskollegen, heute mit viel Anerkennung ob des richtigen Weges. Inzwischen sind wir auf 230 ha Betriebsfläche gewachsen und melken derzeit 85 Kühe. Unser Sohn tritt nun die Hofnachfolge an und 2021 endet auch meine Dienstzeit als Gemeindeführer, sodass mir mehr Zeit für politische Aktivitäten bleibt. Dies setze ich zur Zeit schon um als Vorstandsmitglied in der Landesvereinigung Ökologischer Landbau SH und als Referent für politische Arbeit für die Bäuerliche Gesellschaft Nordwestdeutschland (Demeter). Durch diese Aufgaben bin ich im Norden bereits gut vernetzt und kann meine Kontakte für die politische Arbeit nutzen.

Ich denke, mit meiner langjährigen Erfahrung als „Bio-Bauer“ bringe ich die nötige Glaubwürdigkeit mit, um den „grünen Weg der Landwirtschaft, kombiniert mit Natur-, Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen. Die Herausforderung, diese Ziele auch auf politischer Ebene zu forcieren, würde ich gerne annehmen. Daher bitte ich euch um eure Zustimmung.

Zur Person:

Dirk Kock-Rohwer, verheiratet, drei erwachsene Kinder

wohnhaft in Bönebüttel (letzter Zipfel Kreis Plön Richtung Neumünster)

Studium der Agrarwirtschaft in Witzhausen, seit 1991 Demeter-Bauer in SH

Engagement bei den Grünen:

seit zwei Jahren Sprecher LAG Landwirtschaft

Delegierter zur BAG Landwirtschaft

Kontakt:

kock-rohwer@gmx.net

LL 15 NM Nadine Mai

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

## Selbstvorstellung

BEWERBUNG für PLATZ 15

Liebe Freundinnen und Freunde,

manchmal kommt alles anders und sicher ist, dass nichts bleibt, wie es ist. Als Mensch lasse ich mich in dieser Gewissheit treiben, als Historikerin habe ich dieses Faktum erforscht, als Mitglied unserer Partei möchte ich daraus eine konstruktive und zukunftsgerichtete Politik machen.

Nach meinem Eintritt 2014 bin ich seit 2016 für euch politisch aktiv, erst in der Grünen Fraktion in Wedel (KV PI) und seit 2018 im Pinneberger Kreistag und im SH-Landkreistag. Hier habe ich mich in die vielfältigen Aufgaben von Gemeinden und Kreisen eingearbeitet und Freude daran, sie mit meinen Kolleg\*innen in der Kommunalpolitik und unseren Landtagsabgeordneten zu bewegen: Gutes Wohnen, Bildung, Kita, Teilhabe, Mobilitätswende und Kultur sind nur einige der Dinge, die mir am Herzen liegen. GRÜNE Politik hat die Gesellschaft im Blick und setzt ganzheitlich an. Sie setzt auf Bildungs- und Chancengerechtigkeit, steht ein für Partizipation und Teilhabe, setzt Ressourcen schonend und zielführend ein und fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft in ihrer Vielfalt. Den Vorschlägen unserer Partei für die gesamtgesellschaftlichen Fragen möchte ich im Bundestagswahlkampf mehr Sichtbarkeit verleihen.

Menschen hängen von ihrer lokalen Infrastruktur ab und spüren hier als erstes die Bedeutung und Wirksamkeit von Politik. Die konkreten Fragen vor Ort dürfen daher in den großen Debatten nicht untergehen. Mobilitätswende, Bildungsgerechtigkeit, Klimaschutz, Demokratieförderung, hier stellen unsere Kommunen die Weichen und müssen dafür gut ausgestattet und gefördert werden. Zudem wünsche ich mir, dass wir GRÜNEN in Berlin auch neu über Zuständigkeiten und föderale Strukturen nachdenken. Die systemische Trennung von Betreuung/Teilhabe (Soziales) und Schule (Bildung) ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Ein anderes ist die Verteilung von Steuereinnahmen, die stärker auf gleichwertig hochwertige Lebensverhältnisse, auch im ländlichen Raum, ausgerichtet sein sollte.

Mich besorgt, wie sicher viele von euch, die wachsende soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Denn sie geht einher mit einer zunehmenden Kritik an der Demokratie, an Staaten-Bündnissen und teils sogar an humanitären Grundwerten. In der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen wir endlich gemeinwohlorientierte Leitplanken setzen und Marktinteressen gründlicher abwägen, sei es bei Privatisierungen, beim Verkauf von Grundstücken, bei der Herstellung von Digitaler Teilhabe usw.. Wir müssen Rassismus, Hetze und Diskriminierung entschieden bekämpfen. Nur mit einer politischen Strategie des ‚Miteinander‘ und ‚Füreinander‘, die wir von allen fordern, werden wir Offenheit, Frieden, Wohlstand und Innovationskraft weiter bewahren. Mit der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, der Bürgerversicherung und Kindergrundsicherung haben wir GRÜNE die richtigen Modelle. Nun müssen wir sie breit diskutieren und nach außen tragen!

Wie so oft, ist auch bei mir das Persönliche politisch. Als „working mum“ versuche ich Beruf und Mandat mit Familie und Freizeit in Einklang zu bringen. Das ist nicht leicht...! Nach wie vor werden diese Herausforderungen von jungen Eltern zu wenig wahrgenommen. Uns Mütter trifft dies



Alter:

37

Geschlecht:

w

besonders, sei es durch unflexible Strukturen (insbesondere in Führungspositionen), wenig familienfreundliche Arbeitsplätze oder Gleichstellung verhindernde Steuerregelungen. Mit Corona sind diese Lücken und Tücken noch sichtbarer geworden. Es braucht viel Schubkraft, um Chancen, Lohn, Mandate oder Führungspositionen in diesem Land tatsächlich gleichberechtigt zu verteilen! Wahlkampf für GRÜN in 2021 heißt für mich, einen Beitrag zum Projekt 50/50 zu leisten.

Meine Herkunft aus Sachsen-Anhalt, das Umfeld und die Debatten, die ich hier erlebe, geben ebenfalls Ausschlag für meine Bewerbung in das „Team Grün“ zur Bundestagswahl 2021. In den neuen Bundesländern haben wir in den letzten Wahlen sehr gut aufgeholt, besonders in den Universitätsstädten, aber zunehmend auch im ländlichen Raum. Dennoch müssen wir als GRÜNE und als Demokrat\*innen uns hier weiter der Herausforderung stellen – insbesondere zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Juni 2021 – Menschen für eine verantwortungsvolle und menschenfreundliche Politik zu gewinnen. Das antisemitische Attentat von Halle ist ein vorläufiger Tiefpunkt einer beunruhigenden Entwicklung, vor der wir weder die Augen verschließen, noch mit dem Finger auf einen Landstrich und seine Menschen zeigen dürfen. Vielmehr müssen wir Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, zugewandt und authentisch argumentieren und viel Präsenz zeigen.

Für all das möchte ich im Bundestagswahlkampf ambitioniert und mit klarem Kurs eintreten.

Ich freue mich über eure Stimme für Platz 15!

Eure Nadine

Persönliches

Dr. des. Nadine Mai

Wohnort: Uetersen

Familie: verheiratet, zwei Töchter (geb. 2010/2012)

Studium: Kunstgeschichte/Italianistik Philologie/Museumsmanagement in Leipzig, Pisa, Hamburg, Jerusalem (Promotion in Hamburg 2018)

Nebenjobs: Gastronomie, Umfrageinstitut, Pflegeassistenz, Antiquitätenhandel, Museumsjobs

Beruf: Kreisgeschäftsführerin, freiberufliche Wissenschaftlerin, Dozentin, Kuratorin & Redakteurin

Grünes

seit 1.2014 Grünes Mitglied im KV Pinneberg

2016–2018 Fraktion Wedel (Jugend und Soziales)

2017 – 2018 bürg. Mitglied Kreistagsfraktion

seit 11.2017 Kreisgeschäftsführerin KV Pi

seit 06.2018 Kreistagsabgeordnete (Jugendhilfeausschuss, Verkehrsausschuss, Schulausschuss, Landkreistag)

## Selbstvorstellung

Liebe Freund\*innen,  
viele unserer urgrünen Themen sind heute gesellschaftspolitisch angekommen, akzeptiert und werden von einer starken Zivilgesellschaft mitgetragen. Die Möglichkeit, grüne Ziele und unsere Vorstellung von Gesellschaft umzusetzen, ist real geworden. Realer als je zuvor. Darauf können wir stolz sein. Ausruhen können wir uns darauf aber nicht. Denn wir stehen vor der immensen Herausforderung zu verhindern, dass die Corona-Krise klimapolitische Notwendigkeiten relativiert und den wichtigen Einfluss von Bewegungen wie Fridays for Future, SEEBRÜCKEN oder Black Lives Matter abschwächt.

Menschen kämpfen mit dem Verlust von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen, von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, von Visa und Aufenthaltstiteln und mit den Auswirkungen eingeschränkter Mobilität. Bei vielen klein- und mittelständischen Unternehmen geht es um das Überleben. So hinterlässt Corona Spuren in unserem Leben, unserem Miteinander, unserem Arbeiten und Wirtschaften.

In dieser Gemengelage treten die eigenen existenziellen Fragen nach vorn – Krisen in anderen Ländern und globale bzw. europäische Herausforderungen rücken in den Hintergrund. In Zeiten wie diesen steht Politik, meiner Auffassung nach, noch stärker in der Pflicht, nachhaltig und differenziert zu handeln und zu kommunizieren.

Gute Politik erklärt transparent, warum welche Schritte notwendig sind. Und GRÜNE Politik hat vor allem die Aufgabe den eigenen Wertekurs konsequent zu halten: das heißt politische Entscheidungen mit besonderem Blick für Minderheiten und für schwächere gesellschaftliche Gruppen zu fällen, die ohne starke Lobby sind. Das heißt in Zeiten, in denen viel Leben aus dem Öffentlichen ins Private verlagert wird, für Gewaltschutz sensibel zu bleiben und Gleichstellung von Frauen und LSBTIQ\*-Menschen in der Krise keinem Pragmatismus zu opfern. Denn historisch passiert genau dies in Krisen- und Schockzeiten.

Wir GRÜNE können in dieser besonderen Zeit unser Profil schärfen, indem wir die sozial-ökologische Transformation jeden Tag – trotz oder gerade wegen der Krise – voranzutreiben. Jetzt ist die Zeit die urgrünen Werte zu verteidigen - das bedeutet wirklich grüne Eigenständigkeit!

Insbesondere die demokratischen Parteien sollten sich überlegen, ob nun der richtige Zeitpunkt ist, um Grabenkämpfe zu führen oder ob es nicht eher geboten ist, an wichtigen Zielen gemeinsam zu arbeiten. Das ist in Wahlkampfzeiten eine schwierige Abwägung. Und rechtspopulistische Parteien nutzen diese Krise, um einfache Antworten anzubieten.

Eine dieser einfachen Antworten wird wieder sein, Migration und eingewanderte Menschen zu illegalisieren. Die alte Flucht in politische Blitzableiter, um von schwierigen sozialen Missständen und ungelösten innenpolitischen Problemen abzulenken.

Kein Mensch ist illegal!

Dem werde ich mich mit vielen anderen entgegenstellen: in meiner Arbeit als Referentin des Landeszuwanderungsbeauftragten Schleswig-Holstein, als Frau im Privaten und als Grüne im Politischen. Und das gleiche erwarte ich von meiner Partei. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass der Ausbau der Abschottungs- und Sanktionspolitik gegenüber schutzsuchenden Menschen auf Bundes-



Alter:

35

Geschlecht:

weiblich

und EU-Ebene weiter fortgesetzt wird.

Was wir in den letzten Jahren unter Bundesinnenminister Seehofer mit dem Migrationspaket, in der Seenotrettung oder im Familiennachzug erleben mussten, waren so harte Rückschritte und Restriktionen, dass viele Geflüchtete und Ehrenamtliche allen Mut verloren haben.

Was ist passiert? Es wurde der brutalen Stimmungsmache von AFD, Pegida, uninformierten Politiker\*innen und ganzen EU-Staaten gegen Fluchtmigration auf dem Rücken vieler Menschen und Existenzen nachgegeben. Anstatt auf all die engagierten Menschen und Unternehmen zu hören, die sich und ihre Türen geöffnet haben. Anstatt auf all die Sicherer-Häfen-Kommunen zu hören, die gerufen haben: wir haben Platz! Anstatt auf all die Schüler\*innen, die Auszubildenden, die Arbeitnehmer\*innen, die Engagierten in Vereinen und Migrant\*innenselbstorganisationen zu hören, die gezeigt haben, dass wir funktionierende Strukturen haben.

Anstatt dem Geschafften Nachhaltigkeit zu verleihen, wurde der Integrationshaushalt massiv gekürzt. Asylsuchende Menschen wurden gesetzlich mit noch stärkeren Arbeitsverboten- und Sanktionen belegt, um dann zu erklären, dass Arbeitsmarktintegration ja nicht gelänge.

Wohnverpflichtungen in Landesunterkünften und Ankerzentren wurden drastisch verlängert und der Abbau der unabhängigen Asylverfahrensberatung für rechtstaatliche Verfahren systematisch vorangetrieben, um sich dann zu wundern, warum viele Menschen Jahre des Ankommens bräuchten, bis gesellschaftliche Teilhabe greife. Abschiebungshaftanstalten wurden ausgebaut, das Trennungsgebot zwischen Abschiebungshaft und JVA aufgehoben und die Leistungssanktionen bei sogenannten „Dublin-Flüchtlingen“ verschärft.

Nachhaltigkeit brauchen wir in allen Politikfeldern – selbstverständlich auch, wenn Einwanderungs- und Asylpolitik gelingen soll. Dass es Ländern wie Schleswig-Holstein mit solchen bundesrechtlichen Vorgaben deutlich erschwert wird, den Kurs einer humanitären Flüchtlingspolitik zu erhalten, ist bundespolitisch einkalkuliert.

Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik

Als Flüchtlingsreferentin durfte ich in den Jahren 2016 und 2017 den Integrationsbereich für den IHK-Bezirk Flensburg aufbauen und strukturell verankern. In dieser Funktion habe ich erlebt, wie viele Unternehmer\*innen voller Überzeugung und mit hohem Ressourcen- und Zeiteinsatz ihre Betriebe und Ausbildung für geflohene Menschen und zeitgleich auch zunehmend für Zugewanderte geöffnet haben. Aufgrund des tatsächlichen Bedarfs an motivierten Auszubildenden und Mitarbeitenden entstand hier eine Augenhöhe, die wir beispielsweise in der Fleischindustrie gegenüber Menschen aus dem EU-Ausland vermissen.

Es grenzt schon an politischem Wahnsinn, dass diese entstandene proaktive Dynamik und integrationsorientierte Haltung vieler klein- und mittelständischen Betriebe, die über die Fluchtmigration in Wirtschaft und Gesellschaft entstanden war, gesetzlich ausgebremst wurde. Selbst für viele Konservative war das kaum nachvollziehbar. Und es hat gezeigt: es geht eben nicht um Sachpolitik und volkswirtschaftliche Logiken. Zuwanderung wird von rechts ideologisiert.

Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Das Sterben lassen ist das Verbrechen!

Am 3. Oktober 2013 ertranken über 350 Menschen bei einem Bootsunglück vor Lampedusa. Jahr für Jahr sterben hunderte Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren und vor Gewalt und Verfolgung zu fliehen. Mit stillen Schreien und unsichtbar gemacht von einer EU, die sich als Werteunion bezeichnet.

Und sieben Jahre später diskutieren Deutschland und andere EU-Staaten immer noch darüber, ob Menschen gerettet werden sollen, ob wir einzelne Schutzsuchende aufnehmen, wie mit jedem einzelnen Schiff vor den Küsten Italiens und Maltas umzugehen ist und, ob die tausend Gestrandeten in Griechenland Hilfe erhalten. Bundesverkehrsminister Scheuer ließ erst kürzlich die Schiffssicherheitsverordnung so ändern, dass Seenotrettungs- und Beobachtungsschiffe unter 25 Metern Länge nicht mehr auslaufen dürfen. Mit dem Ziel, die Rettung von Menschen auf der Flucht zu verhindern. Und europäische Gelder werden für illegale „push-backs“ eingesetzt. Nun der jüngste

Vorschlag der EU-Kommission zu einem neuen Migrations- und Asylpakt: hiermit soll genau das verfestigt werden, was wir GRÜNE ablehnen. Wenn „gemeinsam“ heißt: mehr Rückführung mit weniger rechtstaatlichen Verfahren, mehr Sanktionen mit weniger zivilgesellschaftlicher Kontrolle und Einfluss, weil die Menschen schon an den Außengrenzen systematisch abgefangen werden – dann brauchen wir keine solche „Gemeinsame europäische Asylpolitik“!

Europa stumft definitiv ab!

Und wir müssen heute, morgen und im nächsten Jahr als GRÜNE deutlich machen, dass eine Politik, die Menschenrechte vergisst, mit uns nicht zu machen ist.

Daher kandidiere ich auf Platz 17 für unsere Grüne Landesliste zur Bundestagswahl.

Um das alles auch in den Wahlkampf einzubringen.

Um mit Euch lautstark für unsere Überzeugungen einzutreten.

Und um die vordere Liste mit einem starken Team zu unterstützen.

Eure Cathy

# BEWERBUNG

## LISTENPLATZ 17



# CATHARINA

# NIES

---

### Über mich:

<i>beruflich</i>	Referentin in der Landtagsverwaltung beim Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
1985	geboren in Bad Segeberg
<i>seit</i> 1.1.2009	Mitglied bei Bündnis 90/ Die GRÜNEN
<i>Ausbildung</i>	Studium der Politikwissenschaft, Neuesten Geschichte und Neueren deutschen Literatur und Medien in Kiel und Paris (Magister, 2011)

Liebe Freund\*innen,

viele unserer urgrünen Themen sind heute gesellschaftspolitisch angekommen, akzeptiert und werden von einer starken Zivilgesellschaft mitgetragen. Die Möglichkeit, grüne Ziele und unsere Vorstellung von Gesellschaft umzusetzen, ist real geworden. Realer als je zuvor.

Darauf können wir stolz sein. Ausruhen können wir uns darauf aber nicht. Denn wir stehen vor der immensen Herausforderung zu verhindern, dass die Corona-Krise klimapolitische Notwendigkeiten relativiert und den wichtigen Einfluss von Bewegungen wie Fridays for Future, SEEBRÜCKEN oder Black Lives Matter abschwächt.

Menschen kämpfen mit dem Verlust von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen, von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, von Visa und Aufenthaltstiteln und mit den Auswirkungen eingeschränkter Mobilität. Bei vielen klein- und mittelständischen Unternehmen geht es um das Überleben. So hinterlässt Corona Spuren in unserem Leben, unserem Miteinander, unserem Arbeiten und Wirtschaften.

In dieser Gemengelage treten die eigenen existenziellen Fragen nach vorn – Krisen in anderen Ländern und globale bzw. europäische Herausforderungen rücken in den Hintergrund. In Zeiten wie diesen steht Politik, meiner Auffassung nach, noch stärker in der Pflicht, nachhaltig und differenziert zu handeln und zu kommunizieren.

Gute Politik erklärt transparent, warum welche Schritte notwendig sind. Und GRÜNE Politik hat vor allem die Aufgabe den eigenen Wertekurs konsequent zu halten: das heißt poli-

## GRÜNES Engagement

- Sprecherin der LAG Migration und Flucht
- Delegierte BAG Migration und Flucht
- Delegierte Landesparteitag
- bis 2019* Mitglied in der Antragskommission
- bis 2012* Mitglied im Parteirat
- 2009 - 2011* Sprecherin GJ Schleswig-Holstein
- 2009* Wahlkampfteam SH

## fachliche und berufliche Erfahrung

- Persönliche Referentin von Robert Habeck im MELUND
- Referentin für Flüchtlingsfragen der IHK Flensburg
- Leitung Jugendmigrationsdienst in Ravensburg
- Koordinierungsstelle berufliche und gesellschaftliche Teilhabe, Kreisverwaltung Bodenseekreis
- Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestags-Büro von Arfst Wagner
- Studentische Mitarbeiterin von Luise Amtsberg und Anke Erdmann im Landtag

## Kontakt:

-  @catharina.nies
-  Catharina Nies
-  @CSein

tische Entscheidungen mit besonderem Blick für Minderheiten und für schwächere gesellschaftliche Gruppen zu fällen, die ohne starke Lobby sind. Das heißt in Zeiten, in denen viel Leben aus dem Öffentlichen ins Private verlagert wird, für Gewaltschutz sensibel zu bleiben und Gleichstellung von Frauen und LSBTIQ\*-Menschen in der Krise keinem Pragmatismus zu opfern. Denn historisch passiert genau dies in Krisen- und Schockzeiten.

Wir GRÜNE können in dieser besonderen Zeit unser Profil schärfen, indem wir die sozial-ökologische Transformation jeden Tag – trotz oder gerade wegen der Krise – voranzutreiben. Jetzt ist die Zeit die urgrünen Werte zu verteidigen - das bedeutet wirklich grüne Eigenständigkeit!

Insbesondere die demokratischen Parteien sollten sich überlegen, ob nun der richtige Zeitpunkt ist, um Grabenkämpfe zu führen oder ob es nicht eher geboten ist, an wichtigen Zielen gemeinsam zu arbeiten. Das ist in Wahlkampfzeiten eine schwierige Abwägung. Und rechtspopulistische Parteien nutzen diese Krise, um einfache Antworten anzubieten.

Eine dieser einfachen Antworten wird wieder sein, Migration und eingewanderte Menschen zu illegalisieren. Die alte Flucht in politische Blitzableiter, um von schwierigen sozialen Missständen und ungelösten innenpolitischen Problemen abzulenken.

### **Kein Mensch ist illegal!**

Dem werde ich mich mit vielen anderen entgegenstellen: in meiner Arbeit als Referentin des Landeszuwanderungsbeauftragten Schleswig-Holstein, als Frau im Privaten und als Grüne im Politischen. Und das gleiche erwarte ich von meiner Partei. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass der Ausbau der Abschottungs- und Sanktionspolitik gegenüber schutzsuchenden Menschen auf Bundes- und EU-Ebene weiter fortgesetzt wird.

Was wir in den letzten Jahren unter Bundesinnenminister Seehofer mit dem Migrationspaket, in der Seenotrettung oder im Familiennachzug erleben mussten, waren so harte Rückschritte und Restriktionen, dass viele Geflüchtete und Ehrenamtliche allen Mut verloren haben.

Was ist passiert? Es wurde der brutalen Stimmungsmache von AFD, Pegida, uninformierten Politiker\*innen und ganzen EU-Staaten gegen Fluchtmigration auf dem Rücken vieler Menschen und Existenzen nachgegeben. Anstatt auf all die engagierten Menschen und Unternehmen zu hören, die sich und ihre Türen geöffnet haben. Anstatt auf all die Sicherer-Häfen-Kommunen zu hören, die gerufen haben: wir haben Platz! Anstatt auf all die Schüler\*innen, die Auszubildenden, die Arbeitnehmer\*innen, die Engagierten in Vereinen und Migrant\*innenselbstorganisationen zu hören, die gezeigt haben, dass wir funktionierende Strukturen haben.

Anstatt dem Geschafften Nachhaltigkeit zu verleihen, wurde der Integrationshaushalt massiv gekürzt. Asylsuchende Menschen wurden gesetzlich mit noch stärkeren Arbeitsverboten und Sanktionen belegt, um dann zu erklären, dass Arbeitsmarktintegration ja nicht gelänge.

Wohnverpflichtungen in Landesunterkünften und Ankerzentren wurden drastisch verlängert und der Abbau der unabhängigen Asylverfahrensberatung für rechtstaatliche Verfahren systematisch vorangetrieben, um sich dann zu wundern, warum viele Menschen Jahre des Ankommens bräuchten, bis gesellschaftliche Teilhabe greife. Abschiebungshaftanstalten wurden ausgebaut, das Trennungsgebot zwischen Abschiebungshaft und JVA aufgehoben und die Leistungssanktionen bei sogenannten „Dublin-Flüchtlingen“ verschärft.

Nachhaltigkeit brauchen wir in allen Politikfeldern – selbstverständlich auch, wenn Einwanderungs- und Asylpolitik gelingen soll. Dass es Ländern wie Schleswig-Holstein mit solchen bundesrechtlichen Vorgaben deutlich erschwert wird, den Kurs einer humanitären Flüchtlingspolitik zu erhalten, ist bundespolitisch einkalkuliert.

### **Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik**

Als Flüchtlingsreferentin durfte ich in den Jahren 2016 und 2017 den Integrationsbereich für den IHK-Bezirk Flensburg aufbauen und strukturell verankern. In dieser Funktion habe ich erlebt, wie viele Unternehmer\*innen voller Überzeugung und mit hohem Ressourcen- und Zeiteinsatz ihre Betriebe und Ausbildung für geflohene Menschen und zeitgleich auch zunehmend für Zugewanderte geöffnet haben. Aufgrund des tatsächlichen Bedarfs an motivierten Auszubildenden und Mitarbeitenden entstand hier eine Augenhöhe, die wir beispielsweise in der Fleischindustrie gegenüber Menschen aus dem EU-Ausland vermissen.

Es grenzt schon an politischem Wahnsinn, dass diese entstandene proaktive Dynamik und integrationsorientierte Haltung vieler klein- und mittelständischen Betriebe, die über die Fluchtmigration in Wirtschaft und Gesellschaft entstanden war, gesetzlich ausgebremst wurde. Selbst für viele Konservative war das kaum nachvollziehbar. Und es hat gezeigt: es geht eben nicht um Sachpolitik und volkswirtschaftliche Logiken. Zuwanderung wird von rechts ideologisiert.

### **Seenotrettung ist kein Verbrechen!**

#### **Das Sterben lassen ist das Verbrechen!**

Am 3. Oktober 2013 ertranken über 350 Menschen bei einem Bootsunglück vor Lampedusa. Jahr für Jahr sterben hunderte Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren und vor Gewalt und Verfolgung zu fliehen. Mit stillen Schreien und unsichtbar gemacht von einer EU, die sich als Werteunion bezeichnet.

Und sieben Jahre später diskutieren Deutschland und andere EU-Staaten immer noch darüber, ob Menschen gerettet werden sollen, ob wir einzelne Schutzsuchende aufnehmen, wie mit jedem einzelnen Schiff vor den Küsten Italiens und Maltas umzugehen ist und, ob die tausend Gestrandeten in Griechenland Hilfe erhalten. Bundesverkehrsminister Scheuer

ließ erst kürzlich die Schiffssicherheitsverordnung so ändern, dass Seenotrettungs- und Beobachtungsschiffe unter 25 Metern Länge nicht mehr auslaufen dürfen. Mit dem Ziel, die Rettung von Menschen auf der Flucht zu verhindern. Und europäische Gelder werden für illegale „push-backs“ eingesetzt. Nun der jüngste Vorschlag der EU-Kommission zu einem neuen Migrations- und Asylpakt: hiermit soll genau das verfestigt werden, was wir GRÜNE ablehnen. Wenn „gemeinsam“ heißt: mehr Rückführung mit weniger rechtstaatlichen Verfahren, mehr Sanktionen mit weniger zivilgesellschaftlicher Kontrolle und Einfluss, weil die Menschen schon an den Außengrenzen systematisch abgefangen werden – dann brauchen wir keine solche „Gemeinsame europäische Asylpolitik“!

Europa stumft definitiv ab!

Und wir müssen heute, morgen und im nächsten Jahr als GRÜNE deutlich machen, dass eine Politik, die Menschenrechte vergisst, mit uns nicht zu machen ist.

Daher kandidiere ich auf Platz 17 für unsere Grüne Landesliste zur Bundestagswahl.

Um das alles auch in den Wahlkampf einzubringen.

Um mit Euch lautstark für unsere Überzeugungen einzutreten.

Und um die vordere Liste mit einem starken Team zu unterstützen.

Eure Cathy

**#LEAVE  
NOONE  
BEHIND**

**R 1** Rechenschaftsbericht Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 2. Rechenschaftsberichte

## Selbstvorstellung

siehe pdf

# **Rechenschaftsbericht des LaVo von September 2019 bis Oktober 2020**

Die ersten 12 Monate der Arbeit dieses Landesvorstandes standen ganz im Zeichen der Corona-Pandemie, die uns – wie alle anderen auch – ziemlich unvorbereitet getroffen hat. Das politische Arbeiten, das Transportieren von Ideen und Konzepten, das Schaffen bzw. Erhalten von Debatteräumen, um das eigene politische Profil zu stärken, konnte nicht mehr so stattfinden, wie wir es gewohnt waren und wie wir es geplant hatten. Wir mussten nach Wegen suchen, dennoch politisch aktiv und in Kontakt mit Mitstreiter\*innen zu bleiben. So ganz ohne Präsenzparteitage oder andere größere Veranstaltungen ist uns das nicht immer leicht gefallen. Aber die vergangenen Monate haben uns doch gezeigt, dass wir die Situation angenommen haben. Das Coronavirus wird uns noch eine lange Zeit begleiten, aber wir sehen uns gerüstet für ein Parteileben mit Corona.

## **Corona**

Dieses Jahr hat die Pandemie natürlich auch unseren Landesvorstandsalltag stark bestimmt. Zu Beginn der Wochen mit heruntergefahrenem öffentlichen Leben fanden nahezu täglich abendliche Videokonferenzen mit der Landtagsfraktion und den Minister\*innen statt. Sehr schnell tagten die Regierungskordinationsrunden (Jamaikarunden) wieder, um einen guten Weg für Schleswig-Holstein durch die Pandemiesituation zu finden. Zu Beginn war vieles davon sehr kurzfristig und auf Sicht und es mussten sehr schnell oft schwerwiegende Entscheidungen über Schließungen, Freiheitseinschränkungen, Rettungspakete und Notprogramme getroffen werden. Diese Zeit war für uns alle geprägt von der politischen Meinungsbildung unter immensem Zeitdruck. Wir verfolgten natürlich die intensiven Debatten zwischen Wissenschaftler\*innen der gleichen und unterschiedlicher Disziplinen, lasen wissenschaftliche Studien, beobachteten die öffentlichen Diskussionen in Medien und im Netz, führten Gespräche mit Mitgliedern, Menschen auf der Straße und per E-Mail. Wohl selten war Meinungsbildung eine größere Herausforderung und führte auch in den GRÜNEN Runden zur Entscheidungsvorbereitung zu manch hitziger Diskussion - immer mit dem Ziel, die Lage so gut wie nur irgendwie möglich zu bewältigen

## **„Jetzt erst recht: Mut zum Wandel“**

Während dieser Zeit organisierten Landesarbeitsgemeinschaften, Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Kreis- und Ortsverbände viele und vielfältige Angebote an digitalen Konferenzen zum Austausch über die aktuelle Situation wie selten zuvor. Ein riesiges Danke an dieser Stelle für euren Beitrag, mit dem wir gemeinsam den Diskurs in unserer Partei lebendig hielten. Immer wieder kam das Gespräch in den vielen Runden in der Partei darauf, was wir aus der Coronakrise lernen und in die Zeit danach weitertragen können. Um all diese Anregungen nicht zu vergessen und zusammenzutragen, haben die LAGen in einer bemerkenswerten Denk- und Kraftanstrengung das Papier „Jetzt erst recht: Mut zum Wandel“ erarbeitet. Danke! Auf den 84 Seiten findet sich vieles, was jetzt relevant ist und unmittelbar in unsere Arbeit in der Koalition einge-

flossen ist und viel mehr, was sich gut für das kommende Landtagswahlprogramm eignet. Neben diesen vielen, teils sehr detaillierten Lehren ziehen wir besonders diese eine aus der Coronazeit: Wenn es ernst wird, können wir als Partei schnell und effektiv handeln. Das müssen wir auch bei der noch viel größeren Krise, der Klimakrise, tun.

## **Politische Initiativen und Projekte**

Auch wenn die Pandemie den Alltag in diesem Jahr dominierte, so waren natürlich auch andere politische Themen für uns relevant. Eine Auswahl unserer Schwerpunkte und Projekte:

- Klimaschutz in die Verfassung aufnehmen (Januar)
- Möglichkeiten finanzieller Partizipation von Kommunen an Erträgen der Windkraft (Januar/Frühjahr)
- Equal-Care: Fürsorgearbeit gerecht verteilen (Frühjahr)
- Kritik an der Wahl Thomas Kemmerichs (FDP) zum Ministerpräsidenten in Thüringen mit Stimmen der AfD (Februar)
- Mitarbeit an einem Autor\*innenpapier „Auf dem Weg zu einer partizipativen Demokratie“ Bürger\*innenräte mit Fokus auf Klimapolitik (April)
- Mitarbeit an einem bundesweiten Papier „Eltern und Kinder in der Krise entlasten“ (April)
- Erarbeitung eines bundesweiten Papiers „Die Grenzen innerhalb Europas wieder öffnen!“ (April)
- Erhaltung von Windkraft-Bestandsanlagen, die aus der EEG-Förderung ab 2021 fallen (Sommer/Herbst)
- Weiterentwicklung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes (Spätsommer/Herbst)
- Aktion und gemeinsames Papier mit anderen LaVos zum „Grünen Band“ (Oktober)
- Debatte um ein Planungsmoratorium für Autobahnprojekte (Oktober)
- Planungsbeschleunigung (ab Oktober)
- geplanter Themenschwerpunkt gesunde Ernährung (ab November)

Zusammen mit den bundesweit Aktiven von GewerkschaftsGRÜN haben wir auch in Schleswig-Holstein eine Landesgruppe dieser Vernetzungsplattform mit Gewerkschaftler\*innen gegründet. Dazu passend werden wir, sobald es die Pandemiesituation zulässt, einen GRÜNEN Wirtschaftsrat zur Vernetzung und zum Dialog mit Unternehmer\*innen, Start-Ups und weiteren Stakeholder\*innen gründen. Auf der Agenda steht zudem der Aufbau einer PolizeiGRÜN-Struktur in Schleswig-Holstein. Bei allen diesen Gründungen geht es darum, die Kontakte in nicht-urgrüne Milieus auszubauen und Themen wie Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Innenpolitik noch stärker mit GRÜNEN Ideen zu besetzen.

## **„Tagesgeschäft“**

Bei allem spielte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, analog und digital, eine große Rolle, die wir weiterhin für eine der wichtigsten Aufgaben des Landesvorstands halten. Die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und unseren Minister\*innen funktioniert und wir bauen die Medi-

enarbeit immer weiter aus. Steffen und Anna nehmen als Sprecher\*innen-Duo regelmäßig an allen Fraktionssitzungen der Landtagsfraktion, an den wöchentlichen Sitzungen der Grünen Lage und der Jamaika-Runde teil. Gleichzeitig sind sie regelmäßig in Berlin (oder derzeit in Videokonferenzen), um sich mit dem Bundesvorstand und den Vorständen der anderen Landesverbände auszutauschen. Hinzu kommen etliche Unternehmensbesuche, Termine mit Verbänden, Vereinen und Initiativen, der GAR-SH und natürlich der intensive Austausch mit Journalist\*innen sowie die Repräsentation des Landesverbands auf diversen Veranstaltungen. Außerdem nahmen beide an einer Fortbildung für Führungskräfte in der Partei teil.

Ausbauen konnten wir die Zusammenarbeit mit der Böll-Stiftung Schleswig-Holstein insbesondere im Bereich der Schulungsangebote für die Partei. Zusammen mit den intern und vom Bundesverband organisierten Schulungen etablieren wir damit Stück für Stück ein umfangreiches Schulungsangebot (Mitgliedereinbindung, Neu-Vorstände, Haustürwahlkampf, Ehrenamtliche als Arbeitgeber\*in uvm.)

## **Wahlkampf Vorbereitung**

Auch wenn in die Zeit dieses Rechenschaftsberichts keine allgemeinen Wahltermine gefallen sind, haben uns die bevorstehenden Wahlkämpfe beschäftigt.

Nach dem erfolgreichen Platz 1 bei der Europawahl und den Erfolgen bei der Kommunalwahl 2018 sind die Ansprüche für den Bundestagswahlkampf und vor allem den Landtagswahlkampf hoch. Unser Ziel ist es so viel Einfluss für GRÜNE Politik wie noch nie zu ermöglichen und deshalb einen Wahlkampf um Platz 1 zu führen.

Die Vorbereitungen für die Bundestagswahl laufen an und wir schaffen dafür die personellen Voraussetzungen in der Landesgeschäftsstelle. Mit mehr Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit und der neuen Stelle eines politischen Referenten können wir Kandidierende künftig besser unterstützen und noch stärker im Wahlkampf auftreten. Wir denken den Bundestagswahlkampf und den sich nahtlos anschließenden Landtagswahlkampf zusammen und haben dafür die Stelle eine\*r Wahlkampfmanager\*in ausgeschrieben, die alle Fäden in die Hand nehmen wird. Schon jetzt beschäftigen uns Themen wie die Großflächenplakatierung, das Wahlkampfmanagement für die Spitzenkandidat\*innen und vor allem die strategische Planung des SH-Wahlkampfs. Durch die Corona-Maßnahmen und die Verschiebung der Listenaufstellung gerät unser Zeitplan für die Wahlkampf vorbereitungen durcheinander und wir müssen die Listenaufstellung und Wahlkreisnominierungen nun neu planen. Wie in den vergangenen Wahlkämpfen setzen wir auf das Erfolgsmodell der gemeinsamen Planung im Team mit den Kreisverbänden und Parteirat. Wir sind absolut zuversichtlich, dass wir die nun notwendige Umplanung gemeinsam schaffen und stark in den Wahlkampf ziehen werden.

## **Bürgermeister\*innenwahlkämpfe**

Im Jahr 2019 haben wir schon Bürgermeister\*innenwahlkämpfe in Schleswig und Elmshorn begleitet, bei denen zwei 2. Plätze erreicht werden konnten. In Uetersen ist am 25.10.2020 mit Thorsten Berndt ein starker grüner Kandidat nur sehr knapp nicht in die Stichwahl gekommen.

Wir als Partei haben dabei wertvolle Erfahrungen gewonnen, die wir für diverse nun anstehende (Ober-)Bürgermeister\*innenwahlkämpfe nutzen: In Molfsee tritt am 8. November der von uns GRÜNEN unterstützte Timo Boss an und im Mai 2021 haben wir das große Ziel mit Sven Raddstock, unserem OB-Kandidaten für Neumünster, den Einzug ins Rathaus zu schaffen. Wahlkämpfe stehen darüber hinaus auf Fehmarn, Sylt und in Itzehoe an. Auch diese gelingen nicht aus dem Nichts. Es braucht neben guten Kandidat\*innen eine gute und langfristige Vorbereitung, es braucht Vernetzung und Schulungen, den Aufbau geeigneter Personen über einen längeren Zeitraum – schlicht: es brauchte ein Konzept. Neben der individuellen Beratung durch Mitarbeiter\*innen der Landesgeschäftsstelle könnt ihr Unterstützung für Strategie, Kandidat\*innensuche und Nominierung bis hin zum Wahlkampf mittlerweile bei uns in Form eines Handbuchs zu Bürgermeister\*innenwahlkämpfen bekommen. Auch wenn ihr eine\*n Landrät\*in sucht, findet ihr dort wichtige Tipps und Informationen. Für den Kreis Pinneberg haben wir uns aktiv an der Findung einer Landrätin beteiligt, die nun zum 1.1.2021 ihr Amt antreten wird – herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle nochmal an Elfe Heesch. Außerdem arbeiten wir weiter an der Sammlung potenziell geeigneter Personen im Land, setzen aber prinzipiell auf vor Ort-Kandidat\*innen.

## **Grundsatzprogramm**

Wir spüren wohl alle, dass die Erwartungen an uns, aber auch das Vertrauen in uns wachsen. Die sich veränderten Bedingungen, sei es das Erstarken der Rechten, der rauer werdende Ton in der Kommunikation miteinander innerhalb der Gesellschaft – offline aber vor allem online –, die klaffende Schere zwischen arm und reich, die Corona- und nicht zuletzt die Klimakrise – all das verlangt Antworten auf Fragen, denen wir uns stellen müssen. Dies braucht nicht zuletzt eine Klärung der eigenen programmatischen Grundlagen. Dem haben sich Annalena und Robert mit dem Bundesverband intensiv angenommen und einen groß angelegten Programmprozess initiiert, an dem sich Mitglieder, BAG-Delegierte und Kreisverbände aus Schleswig-Holstein intensiv beteiligt haben. Auf der BDK Ende November soll das Grundsatzprogramm nun verabschiedet werden und es wird viel Input von uns hier aus dem Norden enthalten. Für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 werden wir uns diesen Elan erhalten und dann mit dem Programm zur Landtagswahl 2022 noch eins drauflegen.

## **Landesgeschäftsstelle**

Dieses Jahr hat uns vor ganz neue und sehr spezielle Aufgaben gestellt. So haben wir viele unserer Pläne als LaVo recht plötzlich dem Management der Pandemie als Spitze einer Regierungspartei untergeordnet. Sowohl die Landesgeschäftsstelle, als auch wir sind sehr plötzlich ins HomeOffice gewechselt. Ein wahrer Glücksfall war es da, dass wir kurz zuvor ein umfangreiches Update der IT-Infrastruktur samt Videokonferenztool umgesetzt hatten und so reibungslos arbeitsfähig blieben. Dennoch waren etliche weitere Investitionen in mobile Arbeitsplätze notwendig. Daneben haben wir an die Vereinheitlichung von Arbeitsverträgen auf den Weg gebracht und bemühen uns die Arbeitsbedingungen für alle im Team stetig zu verbessern. Als Landesvorstand ist uns der enge Austausch mit dem Maschinenraum unseres Landesverbandes, der Landesgeschäftsstelle, sehr wichtig und wir wollen das Ohr nah bei unseren

Mitarbeiter\*innen haben. Für die extrem konstruktive Zusammenarbeit mit allen im Team möchten wir uns auch an dieser Stelle herzlichst bedanken! Das riesige Engagement des Teams und der über das erwartbare Maß hinausgehende Einsatz für die GRÜNE Sache sind bemerkenswert und machen eine erfolgreiche Arbeit des Landesvorstands erst möglich.

In den Räumlichkeiten der LGSt am Alten Markt war vieles möglich und wir konnten dort erfolgreich die bisherigen Wahlkämpfe führen. Aber die Zugangssituation, die fehlende Barrierefreiheit, die hohen Energiekosten sowie diverse weitere Probleme machen die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Landesgeschäftsstelle, die den Kriterien von Team und LaVo entspricht und eine angenehme und der neuen Teamgröße angemessene Arbeitssituation bieten, zu einer weiteren Daueraufgabe. Mehrere Besichtigungen fanden statt, ein Umzug scheiterte bislang aus unterschiedlichen Gründen.

## **Parteientwicklung**

Im letzten Jahr haben wir, trotz Corona, wieder einen satten Mitgliederzuwachs (von 4128 am 15.10.2019 auf 4606 Mitglieder am 15.10.2020) zu verzeichnen. Diese vielen Neuen mit ihren Ideen, Motivationen und Fragen in die Partei einzubinden, fordert von uns neben Neumitgliedertreffen auch eine Einbindung in LAGen und andere Strukturen der Parteiarbeit. Um die Einbindung, Ansprache und Kommunikation mit allen unseren Mitgliedern zu verbessern, haben wir in diesem Jahr eine breit angelegte Mitgliederumfrage gestartet, in der Interessen und Kompetenzen, Wünsche, Verbandsmitgliedschaften und die Bereitschaft für politische Mandate oder Ämter erfragt wurden. Die Ergebnisse stehen den Kreisverbänden über die Mitgliederdatenbank zur Verfügung und wir werden nun diverse Maßnahmen wie Schulungsangebote, eine zielgenauere Kommunikationsstruktur und Vernetzungsmöglichkeiten auf den Weg bringen.

Um unsere Parteistrukturen weiterzuentwickeln, haben wir gemeinsam mit dem Landesfinanzrat und dem Parteirat schon 2018 einen Strukturprozess begonnen, den wir seitdem von Susanna Obermair als Beraterin für systemische Organisationsentwicklung professionell und kritisch begleiten lassen. Wir danken der sehr engagierten Struktur-Arbeitsgruppe und den Kreisverbänden, mit denen wir diesen Prozess gestalten und neben Fragen der Finanzbeziehungen sowie der Verteilung an grundsätzlichen Herausforderungen einer so rapide wachsenden Organisation arbeiten. Die ersten Früchte dieser Arbeit sehen wir jetzt, denn die finanzielle Situation des Landesverbands hat sich aufgrund struktureller Veränderungen sowie der gestiegenen Mitgliederzahl und staatlichen Grundfinanzierung deutlich verbessert. Damit werden wir handlungsfähiger für die kommenden Wahlkämpfe und können z.B. auf den bisher gängigen internen Verkauf von Wahlkampfmaterial verzichten und damit die Kreis- und Ortsverbände finanziell in den Wahlkämpfen entlasten.

Nach einer internen Aufgabenkritik und einer Erwartungsabfrage auf Kreisebene führten wir die unterschiedlichen Anforderungen an die Landesgeschäftsstelle zusammen und stellten diese strukturell und personell neu und gestärkt auf. Die Stellen der Parteientwicklung mit Rahel Bähr, des Sekretariats mit Martina Behrens-Krull sowie des politischen Referenten Matthias Kissing (ab 15.11.), die erstmalig begonnene Ausbildung von Tjark Korthals zum Kaufmann für Büromanagement und die Ausschreibung eins\*einer Wahlkampfmanager\*in sind ein Ergebnis hiervon.

Darüber hinaus wurde deutlich klar, dass die Parteiorganisation nur mit angemessen ausgestatteten Kreisgeschäftsstellen funktioniert. Daher bemühen wir uns, den Ausbau und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kreisgeschäftsstellen anzuregen, wozu wir mit den Kreisverbänden stets in intensivem Dialog stehen und diesen dankbar für die umfangreichen Verbesserungen in den letzten Monaten sind. In einem weiteren Schritt steht auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die LAGen sowie die Nutzung von Synergieeffekten im IT-Bereich mit der neu gegründeten verdigado eG (Ausgründung der netzbegründung sowie Bundes- und Landesverbände) auf Bundesebene an.

## **Satzung und Vielfalt**

Ebenso wie Programm und Struktur muss auch unsere Satzung in den neuen Zeiten ankommen. Auch hier war eine Arbeitsgruppe, die Satzungs-AG weiterhin in intensiven Diskussionen fleißig am Werk. Danke dafür! Unsere Vorschläge zur Überarbeitung der Satzung werdet Ihr auch auf diesem Parteitag nicht abstimmen können, da hierfür erst die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Wir werden uns also sicher auf dem nächsten LPT weiter mit Satzungsfragen beschäftigen.

Natürlich haben wir uns bemüht, wann immer es geht bei Euch vor Ort in den Kreisgeschäftsstellen, den Orts- und den Kreisverbänden, den LAGen präsent zu sein, Euch zu besuchen und immer wieder auch den Kontakt mit einzelnen Mitgliedern zu pflegen. Leider macht der Kalender oft einen Strich durch die Rechnung, aber wir freuen uns auf weitere digitale (und bald wieder analoge) Besuche!

Die Vielfalt unserer Partei ist eine Stärke. Deshalb werden wir die Arbeit der AG Vielfalt auf Bundesebene auch für Schleswig-Holstein nutzen und haben den Anspruch, auch in unserer Mitgliedsstruktur, in Kandidaturen, Ämtern und Mandaten diverser zu werden. Der LaVo wird hieran gezielt weiter arbeiten. Wo viele Menschen zusammenkommen, gibt es viele verschiedene Bedürfnisse und unterschiedliche Wahrnehmung von einzelnen Situationen. Das ist ein Thema nicht nur bei neuen Mitgliedern. Auch bei uns gibt es Grenzüberschreitungen. Wir wollen nicht die Augen davor verschließen, sondern bewusst darauf aufmerksam machen und dem aktiv begegnen. Dazu haben wir zum Beispiel ein Awarenesssteam aufgebaut und die Ombudsstelle weiterentwickelt. Klar ist, dass wir als wachsende Organisation auch in diesem Bereich unsere Strukturen noch um weitere (auch externe) Anlaufstellen erweitern müssen.

## **Ausblick: Landtagswahl**

Die ganz große Herausforderung, die wir als Landesvorstand für die nächsten Jahre sehen, ist, dass wir - wenn es uns gelingen soll, die fulminanten Ergebnisse der Europawahl in den nächsten Wahlen auch nur annähernd zu wiederholen - eine massive Weiterentwicklung der Parteiorganisation und -struktur innerhalb kurzer Zeit realisieren müssen. Bei der Landtagswahl und der darauf folgenden Kommunalwahl könnten wir eine noch größere Führungsrolle für Schleswig-Holstein übernehmen. Die Weichen dafür stellen wir jetzt. Es gibt zahlreiche Orte im Land, in

denen wir Direktmandate gewinnen und Fraktionsstärken erreichen können, wie wir sie als GRÜNE bisher nicht kennen. Auch wenn wir einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, brauchen wir künftig enorm viele Aktive vor Ort und so ist es eine stetige Aufgabe, diese zu motivieren und mit denjenigen „alten Häs\*innen“ unter uns zu vernetzen, die GRÜNE Politik schon seit Jahren und Jahrzehnten gestalten.

Bei allem was kommt ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Orts- und Kreisverbänden elementar wichtig. Als Landesvorstand war und ist es unser Prinzip bei allen Prozessen auf Augenhöhe mit allen Beteiligten zu arbeiten und gemeinsam getragene Lösungen zu finden. Klar ist, dass dies möglicherweise nicht immer gelingt. Aber es ist nach wie vor unser konsequenter Anspruch. Wir bedanken uns ausdrücklich bei all jenen, die uns im vergangenen Jahr konstruktiv und auch kritisch begleitet haben.

Vor uns allen liegt eine noch sehr viel größere Verantwortung: In diesem Winter geht es darum, als Gesellschaft zusammen zu bleiben und die Katastrophe einer Viruspandemie gemeinsam zu bewältigen, ihr zu trotzen und die Folgen der mit ihr verbundenen Krise so gerecht wie nur irgendwie möglich zu verteilen. Diese Zeit stellt uns eine Gemeinschaftsaufgabe, wie wir alle sie kaum kennen. Sie fordert von uns, die wir politische Verantwortung tragen und Politik gestalten, in ganz besonderem Maße zu Kreativität und Höchstleistung heraus. Jetzt erst recht: Mut zum Wandel, denn die Gesellschaft von Morgen gestalten wir heute.

R 2 Rechenschaftsbericht Landtagsfraktion

Tagesordnungspunkt: 2. Rechenschaftsberichte

## Selbstvorstellung

siehe pdf



10/2020

# RÜCKBLICK

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN





## Liebe Freund\*innen,

**Corona ändert alles.** Mit vielen Plänen haben wir das neue Jahr gestartet, auch was unsere Öffentlichkeitsarbeit angeht: Dies sollte das Klimajahr der Legislaturperiode werden.

Stattdessen hat Corona zu einer enormen Arbeitsbelastung von uns und unseren Mitarbeiter\*innen geführt, so dass viele andere Themen nicht die Aufmerksamkeit bekommen konnten, welche wir ihnen eigentlich gern gegeben hätten.

Einen Vorteil hatte und hat die Corona-Zeit: wir haben unsere Arbeit weitestgehend digital über Zoom organisiert, was nicht nur zwecks Pandemie-Eindämmung sinnvoll war, sondern auch euch und vielen anderen Menschen in ganz Schleswig-Holstein ermöglicht hat, mit uns ins Gespräch zu kommen – ohne kreuz und quer durchs Land fahren zu müssen. Ein großer Vorteil – gerade auch in Zeiten, in denen die Diskussion mit der Bevölkerung so wichtig ist. In Zeiten, sich ständig ändernder Verordnungen. Die Landesregierung berichtet aus unserer Sicht sehr gut über ihre Homepage: [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Coronavirus/coronavirus\\_node.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Coronavirus/coronavirus_node.html). Allerdings fordern wir mehr Einbeziehung des Parlamentes. Das ist wegen der Kurzfristigkeit der Maßnahmen zwar oft schwierig, aber aus unserer Sicht auch für die Akzeptanz sehr wichtig.

Klima bleibt die Herausforderung der Zukunft. Deshalb haben wir trotz Corona das ganze Jahr über mit unseren Koalitionspartner\*innen für erfolgreiche Klimamaßnahmen verhandelt: Vom Jobticket, übers

Moorschutzprogramm, über finanzielle Investitionsmittel bis zur Wasserstoffstrategie – um nur einige Beispiele zu nennen. Eine umfassende Auflistung geben wir in den nächsten Tagen als Broschüre raus.

Aktuell streiten wir mit unseren Koalitionspartner\*innen um eine Fortschreibung des Klimagesetzes. Dabei geht es vor allem darum, die Ausbaulücke bei den Erneuerbaren zu schließen.

Den Bericht zu Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2020 findet ihr hier: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02200/drucksache-19-02291.pdf>

Seit dem September-Plenum ist die AfD-Fraktion ade. Für alle demokratischen Fraktionen im Landtag eine freudige Überraschung! Für unsere Fraktion bedeutet es, dass wir jetzt pro Ausschuss zwei Sitze haben. Vor diesem Hintergrund haben Amina und ich je zwei Themenzuständigkeiten miteinander getauscht: Amina ist nun für Religion und Blaulicht zuständig, ich (Eka) für Kinder und Jugend.

Weil niemand Lust hat, einen langen Rechenschaftsbericht zu lesen, folgen nun in aller Kürze pro MdL 3-4 Sätze mit den wichtigsten Punkten

Herzlichst, Eure

**Eka von Kalben**

**Gesundheit und Soziales:** Schwerpunkt Corona, Corona, Corona. „Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen stehen bei mir im Vordergrund meiner täglichen Arbeit. Aktuell arbeite ich mit Hochdruck am Landeskrankengesetz. Mein Ziel ist es, die Patientenrechte, Hygieneregeln und Palliativmedizin zu stärken. Die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein sollen nicht die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern die medizinischen und ethischen.“

**Marret Bohn**

Parlamentarische Geschäftsführerin, Abgeordnete für Gesundheit, Soziales, Familien, Minderheiten

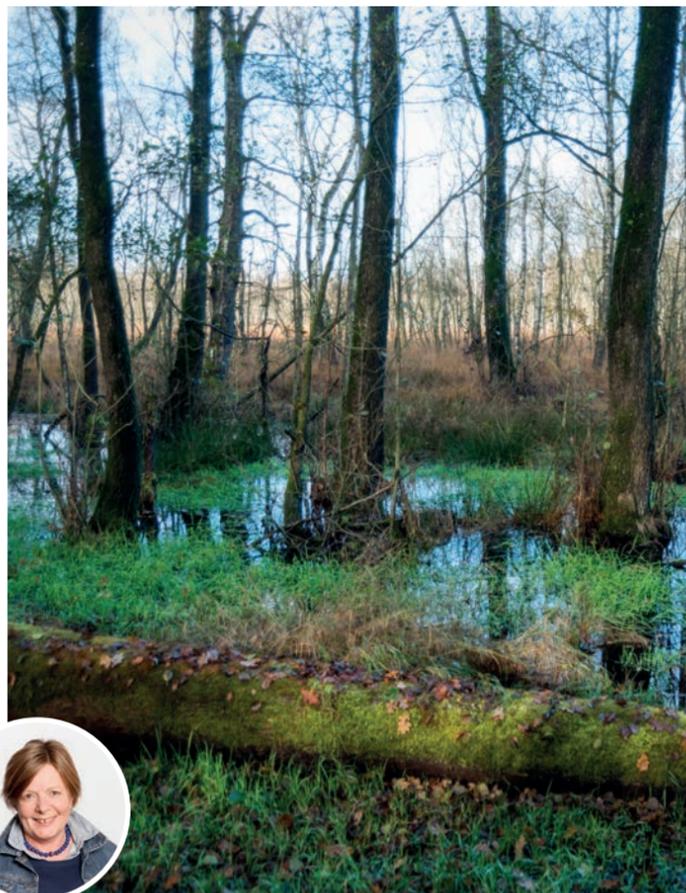


**Umweltschutz und Kultur:** „Mein Ziel ist es, Klimaschutz und Naturschutz stärker zusammenzudenken. Das funktioniert besonders gut beim Moorschutz. Moore bedecken in Schleswig-Holstein 9 Prozent der Landesfläche. Durch Wiedervernässung und angepasste Nutzung oder Renaturierung können wir mit dem Programm ‚Biologischer Klimaschutz‘ bis 2030 eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von rund 700.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr erreichen und haben damit gleichzeitig einen Gewinn für den Biotop- und Artenschutz.“

**Kulturförderung** in Sonntagsreden ist ein Kinderspiel. Kulturförderung in Corona-Zeiten ist ein Kraftakt. Tatsächlich brauchen Kulturschaffende unsere Solidarität und Unterstützung. Deshalb haben wir als Soforthilfen für Kultur im Rahmen der Corona-Haushaltsmittel 25 Millionen bewilligt und die Kulturhilfe SH für Projektförderung verlängert. Dies ist aber noch lange nicht genug, da die Soloselbstständigen komplett durch das Raster fallen. Hierüber muss dringend nachgedacht und neu verhandelt werden.“

**Marlies Fritzen**

Abgeordnete für Umwelt, Naturschutz und Kultur



**Kita:** Die **Kitareform** ist in ersten Teilen eingeführt und hat zu vielen Nachfragen geführt. Insbesondere im Bereich Kindertagespflege und dem Fachkräftemangel.

Die Coronakrise hat den Fokus im Kitabereich allerdings deutlich auf andere Sorgen verschoben.

Das Jahr 2021 wird eine Herausforderung. Die meisten Punkte aus dem Koalitionsvertrag haben wir

abgearbeitet, die Haushaltslage ist wegen der Corona-Pandemie sehr schwierig und umso mehr müssen wir uns nun Gedanken machen, welche Schwerpunkte neben dem Klimagesetz wir 2021 noch setzen können und wie wir uns dann auf das Wahljahr 2022 vorbereiten können.



**Eka von Kalben**

Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete für Kita, Ehrenamt, Kinder und Jugendliche





**Wirtschaft, Digitalisierung und Sport:**

**Wirtschaft:** Die Corona-Pandemie hat die Unternehmen und viele Beschäftigte im Land massiv getroffen. Aufgrund unserer Wirtschaftsstruktur sind wir in Schleswig-Holstein bisher im Ländervergleich dennoch vergleichsweise glimpflich durch diese Krise gekommen. Als Grüne haben wir uns dafür stark gemacht, in der Krise auch die besonders betroffenen Soloselbstständigen gezielt zu unterstützen. In den Vereinbarungen zum Konjunkturprogramm ist es uns gelungen, Klimaschutz und Digitalisierung als Schwerpunktbereiche für Investitionen zu verankern.

**Digitalisierung:** Wir arbeiten als erstes Land an der Erarbeitung eines Digitalisierungsgesetzes und bringen die Open Source Strategie in die Umsetzung.

**Sport:** Wir haben als erstes Land einen landesweiten Sportentwicklungsplan erarbeitet. Jetzt wollen wir die Sportförderung mit einem Sportfördergesetz transparenter und zukunftsfest machen.



**Joschka Knuth**  
Abgeordneter für Wirtschaft, Arbeit, Digitalisierung, Tierschutz, Sport, Verbraucher\*innenschutz



**Finanzen:** „Die Finanzlage des Landes ist angespannt. Bei aller Ungewissheit über die Zukunft lässt sich das bereits festhalten. Durch unseren Stabilitätspakt mit den Kommunen haben wir es geschafft, eine Einigung zum kommunalen Finanzausgleich zu erreichen und die Folgen der Pandemie auf die Kommunen deutlich abzufedern.“

Dazu kommt unser nächster Notkredit zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie. Über 4,5 Milliarden Euro werden wir dazu nutzen, um Kommunen zu stärken, Krankenhäuser, Digitalisierung in der Schule, Radwege, Klimaschutz und viele andere Projekte voranzubringen. Wir verlieren gerade in der Pandemie die vielen weiteren Herausforderungen unserer Zeit nicht aus dem Blick und arbeiten weiterhin an einer gerechten Finanzpolitik.“

**Lasse Petersdotter**  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Abgeordneter für Finanzen, Haushalt, Hochschule, Politische Bildung, Erwachsenenbildung, Medien, Strategien gegen Rechtsextremismus

**Innen und Recht:** „Die Reform des Polizeirechts in Schleswig-Holstein geht mit der anstehenden mündlichen Anhörung zum Jamaika-Gesetzentwurf in die letzte Runde. Die gefundene Lösung ist ein Kompromiss, wie sollte es anders sein. Wenn jetzt einige aber meinen, Schleswig-Holstein verwandele sich durch das vorliegende Gesetz in einen Polizeistaat und dabei viele juristisch unhaltbare Behauptungen aufstellen, ist das völliger Bullshit.“

Auch wir haben noch Änderungswünsche, z.B. bei den Kontrollbefugnissen im grenzüberschreitenden Verkehr (Stichwort Racial Profiling). Aber insgesamt bleibt das Polizeirecht Schleswig-Holstein im Vergleich mit sehr vielen anderen Bundesländern eines der liberalsten weit und breit. Es wird z.B. keine Quellen-TKÜ und keine Online-Durchsuchung geben.“

**Burkhard Peters**  
Abgeordneter für Innen, Recht und Datenschutz





**Bildung und Kommunales:** „Angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie gilt es zugleich die Digitalisierung voranzubringen und Schulschließungen möglichst zu verhindern.“

Wir unterstützen mit Landesmitteln die Schulen nicht nur mit besserer digitaler Ausstattung und finanziellen Mitteln für Hygienemaßnahmen, sondern auch personell.

Für mehr Bildungsgerechtigkeit werden der weitere Ausbau der Ganztagschulen und die inklusive Beschulung wichtige Bausteine bleiben.

Die Kommunen unterstützt das Land partnerschaftlich mit vielen Millionen Euro, damit sie ihre Aufgaben weiter erfüllen können. Darunter ist auch ein Schulbaufonds von 120 Millionen Euro. Kommunalpolitik muss auch unter Corona-Bedingungen stattfinden können. Deshalb haben wir die Möglichkeit von Videobeschlüssen in der Gemeindeordnung verankert.“

**Ines Strehlau**

Abgeordnete für Schule, Kommunales, Berufliche Bildung und Norddeutsche Kooperation



**Verkehr:** „Wir haben eine **Radstrategie** für Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Die mit 55 Millionen € unterfüttert wurde. Ziel dieser Radfahrstrategie ist es, den Ausbau der Radwege, z.B. Velorouten und touristische Radwege, Servicestationen und Radfahrbügel zu fördern, Verkehrssicherheit voranzutreiben, Rad.Sh und Kommunen zu unterstützen und vieles mehr.“

Das von uns stark forcierte **Schienen-Gutachten** steht kurz vor der Fertigstellung. Es geht darum, Strecken zu reaktivieren, zum Beispiel Geesthacht-Nettelburg, unser Schienennetz robuster und resilienter gegenüber Störungen zu machen, schneller zu werden und veraltete Signaltechnik auszutauschen und die Elektrifizierung voranzubringen. Bis 2030 wollen wir zu 90% elektrisch unterwegs sein. Dieses ehrgeizige Programm wird solide

finanziert durch das von uns initiierte Programm Moin.SH. In diesem Haushaltstitel haben wir mittlerweile 200 Millionen € für Schienen Infrastruktur in Schleswig-Holstein angespart.

Ein weiterer Meilenstein zur Attraktivitätssteigerung der ÖPNV ist das Jobticket. Es ist ein weiterer Schlüssel zur Mobilitätswende und noch weit mehr: Es sichert die Ausbildung von Fachkräften, es hilft Fachkräfte im Land zu halten, es stellt einen erheblichen Standortvorteil für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein dar und es sorgt für eine bessere Kund\*innenbindung.“

**Andreas Tietze**

Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Abgeordneter für Mobilität, Tourismus und Wohnungsbau



**Antirassismus und Frauen:** „Intensiv beschäftigt mich die Ausarbeitung des Aktionsplanes gegen Rassismus, der im kommenden Jahr präsentiert wird. Im Fluchtbereich haben wir uns intensiv mit der Aufnahme von Menschen auf Lesbos beschäftigt und erreicht, dass Schleswig-Holstein über die verpflichtende Quote 135 Personen aufnehmen wird. Im Gleichstellungsbereich haben wir uns dafür eingesetzt, dass noch mehr Geld fließt für den Bereich Frauenhäuser und wir haben zusätzliche Plätze geschaffen.“

**Aminata Touré**

Abgeordnete für Flucht, Migration, Antirassismus, Gleichstellung, Rettungsdienste und Religion



**Europa, Klima und Agrar: Europapolitik:** „Seit Anfang des Jahres bin ich als Schleswig-Holsteiner im Europäischen Ausschuss der Regionen. Ich habe dort eine GRÜNE Gruppe neu etabliert und bin zusammen mit meiner finnischen Kollegin Satu Haapanen Co-Vorsitzender. Schwerpunkt der Arbeit ist, den Green Deal schnell umzusetzen und sichtbar zu machen. Die Arbeit hat sich hier wie in vielen Bereichen digital verlagert.“

Ich ringe um die **Klimaziele:** Beim Landesplan Wind, beim Ausbau der Erneuerbaren auf allen Ebenen, beim Kampf um kommunale Wärmepläne sowie bei der Erarbeitung von Maßnahmen für die Grüne Wasserstoffstrategie Schleswig-Holstein. Für die Fraktion habe ich ein Positionspapier zu unseren Energie und Klimazielen erarbeitet.“

**Bernd Voß**

Abgeordneter für Energie, Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Europa



Das **Jahr 2021** wird eine Herausforderung. Die meisten Punkte aus dem Koalitionsvertrag haben wir abgearbeitet, die Haushaltsslage ist wegen der Corona-Pandemie sehr schwierig und umso mehr müssen wir uns nun Gedanken machen, welche Schwerpunkte neben dem Klimagesetz wir 2021 noch setzen können und wie wir uns dann auf das Wahljahr 2022 vorbereiten können.

Wenn ihr noch Fragen oder Anregungen zu unserer Arbeit habt, könnt ihr euch jederzeit bei uns melden.

## Auf einen Blick

**Marret Bohn**, Parlamentarische Geschäftsführerin, Abgeordnete für Gesundheit, Soziales, Familie, Minderheiten, T 0431 988-1536, [marret.bohn@gruene.ltsh.de](mailto:marret.bohn@gruene.ltsh.de), [www.marret-bohn.de](http://www.marret-bohn.de), [facebook.com/marret.bohn](https://facebook.com/marret.bohn)

**Marlies Fritzen**, Abgeordnete für Umwelt, Naturschutz und Kultur, T 0431 988-1535, [marlies.fritzen@gruene.ltsh.de](mailto:marlies.fritzen@gruene.ltsh.de), [www.marlies-fritzen.de](http://www.marlies-fritzen.de)

**Eka von Kalben**, Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete für Kita, Ehrenamt, Kinder und Jugendliche, T 0431 988-1512, [eka.von.kalben@gruene.ltsh.de](mailto:eka.von.kalben@gruene.ltsh.de), [www.eka-von-kalben.de](http://www.eka-von-kalben.de), [facebook.com/ekavonkalben](https://facebook.com/ekavonkalben), [instagram.com/ekavonkalben](https://instagram.com/ekavonkalben)

**Joschka Knuth**, Abgeordneter für Wirtschaft, Arbeit, Digitalisierung, Tierschutz, Sport, Verbraucher\*innenschutz, T 0431 988-1516, [joschka.knuth@gruene.ltsh.de](mailto:joschka.knuth@gruene.ltsh.de), [www.joschka-knuth.de](http://www.joschka-knuth.de), [facebook.com/joschka.knuth](https://facebook.com/joschka.knuth), [instagram.com/joschka.knuth](https://instagram.com/joschka.knuth)

**Burkhard Peters**, Abgeordneter für Innen und Recht und Datenschutz, [burkhard.peters@gruene.ltsh.de](mailto:burkhard.peters@gruene.ltsh.de), T 0431 988-1519, [www.burkhardpeters.de](http://www.burkhardpeters.de), [facebook.com/burkhard.peters](https://facebook.com/burkhard.peters)

**Lasse Petersdotter**, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Abgeordneter für Finanzen, Haushalt, Hochschule, Politische Bildung, Erwachsenenbildung, Medien, Strategien gegen Rechtsextremismus, T 0431 988-1514, [lasse.petersdotter@gruene.ltsh.de](mailto:lasse.petersdotter@gruene.ltsh.de), [www.lasse-petersdotter.de](http://www.lasse-petersdotter.de), [facebook.com/LPetersdotter](https://facebook.com/LPetersdotter), [instagram.com/L\\_petersdotter](https://instagram.com/L_petersdotter)

**Ines Strehlau**, Abgeordnete für Schule, Kommunales, Berufliche Bildung, Norddeutsche Kooperation, T 0431 988-1529, [ines.strehlau@gruene.ltsh.de](mailto:ines.strehlau@gruene.ltsh.de), [www.ines-strehlau.de](http://www.ines-strehlau.de), [facebook.com/ines.strehlau](https://facebook.com/ines.strehlau)

**Andreas Tietze**, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Abgeordneter für Mobilität, Tourismus und Wohnungsbau, T 0431 988-1513, [andreas.tietze@gruene.ltsh.de](mailto:andreas.tietze@gruene.ltsh.de), [www.andreastietze.de](http://www.andreastietze.de), [facebook.com/andreas.tietze1](https://facebook.com/andreas.tietze1)

**Aminata Touré**, Landtagsvizepräsidentin, Abgeordnete für Flucht, Migration, Antirassismus, Gleichstellung, Rettungsdienste und Religion, T 0431 988-1506, [aminata.toure@gruene.ltsh.de](mailto:aminata.toure@gruene.ltsh.de), [www.aminata-toure.de](http://www.aminata-toure.de), [facebook.com/Aminata-Touré](https://facebook.com/Aminata-Touré), [www.instagram.com/aminajmina](https://www.instagram.com/aminajmina)

**Bernd Voß**, Abgeordneter für Energie, Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Europa, T 0431 988-1515, [bernd.voss@gruene.ltsh.de](mailto:bernd.voss@gruene.ltsh.de), [www.bernd-voss.info](http://www.bernd-voss.info), [facebook.com/berndv3](https://facebook.com/berndv3)

## Impressum

Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, T 0431 988-1500, E-Mail: [fraktion@gruene.ltsh.de](mailto:fraktion@gruene.ltsh.de), [www.sh-gruene-fraktion.de](http://www.sh-gruene-fraktion.de), [facebook.com/gruenesh](https://facebook.com/gruenesh), [instagram.com/gruenefraktionen](https://instagram.com/gruenefraktionen)

Layout: Bettina Aust

**Oktober 2020**

## R 3 Rechenschaftsbericht MdBs

Antragsteller\*in: Luise Amtsberg, Ingrid Nestle, Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen SH)

Tagesordnungspunkt: 2. Rechenschaftsberichte

## Selbstvorstellung

siehe pdf

---

# LUISE INGRID KONSTANTIN

---

RECHENSCHAFTSBERICHTE

2019/2020



## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

während der ersten Tage und Wochen im Lockdown haben mein Büro und ich unsere Kraft in die Kampagne #leavenoonebehind gesteckt. Die Kampagne fordert zur Solidarität mit allen Menschen auf, die besonders hart von Corona betroffen sind. Da die katastrophalen Zustände im EU-Hotspot Moria im Medienfokus standen, war es mein Ziel, auf die weiteren Lager für Geflüchtete auf den griechischen Inseln aufmerksam zu machen und anderen die Möglichkeit zu geben, NGOs, die vor Ort aktiv sind, zu unterstützen. Das hat gut funktioniert, es sind etliche Spenden zusammen gekommen und die Initiativen vor Ort fühlten sich wahrgenommen.

Die vielen Instagram- und Facebookstories, die Instalive-Diskussionen, die Videostreams von Diskussionen, die Podcasts und Webschulungen, die in der Zeit des Lockdowns entstanden sind und die auch weiterhin entstehen, zeigen deutlich, dass wir die immensen Möglichkeiten, die die Digitalisierung zur politischen Teilhabe bietet, gezwungenermaßen seit Corona besser nutzen. Das sollten wir bewahren.

Im Folgenden möchte ich euch einen kleinen Einblick in meine Arbeit der letzten Monate geben.

### **Moria in Trümmern**

Die Brände in Moria waren eine Katastrophe mit Ansage! Monatelang haben wir Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, um dafür zu sorgen, die Menschen in der EU zu verteilen. Diese hat aber wieder einmal gezögert und sich hinter der Untätigkeit anderer EU-Mitgliedstaaten versteckt. Im Januar hatten wir einen Antrag zur Aufnahme von 5000 besonders Schutzbedürftigen von den griechischen Inseln gestellt und im September haben wir durch ein Autor\*innenpapier, einen Brief an Innenminister Seehofer und einen erneuten Antrag unsere Forderungen bekräftigt

<https://bit.ly/3lKD5H5>  
<https://bit.ly/3iRQ6wY>

Die Koalition hat unseren Antrag wiederum abgelehnt und auf die Notwendigkeit einer europäischen Lösung verwiesen. Wir brauchen aber eine europäische Lösung UND eine schnelle Aufnahme von Schutzbedürftigen. Auf beides warten wir seit Langem und werden weiter dafür kämpfen, dass es sich endlich in die richtige Richtung bewegt.

Denn der Entwurf zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, der Ende September von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, wird die Probleme nicht lösen, sondern neue schaffen: Lange Verweildauern in den sogenannten Hotspots an den Außengrenzen werden die Regel sein und durch dort stattfindende Vorprüfungen, die alleine das Herkunftsland als Grundlage für eine Entscheidung heranzieht, wird das individuelle Recht auf Asyl ausgehöhlt.

### **Situation an der europäischen Grenze**

Gewalt gegenüber Schutzsuchenden durch Beamt\*innen an den europäischen Außengrenzen wird immer öfter dokumentiert:

Seit Anfang März werden fliehende Menschen von der Türkei nicht mehr an der Ausreise nach Griechenland gehindert, weil die Türkei einseitig die EU-Türkei-Vereinbarung gekündigt hat. Die griechischen Behörden begegnen diesen Menschen an der Grenze mit aller Härte - mit Wurfgeschossen, Tränengas und Blendgranaten. Das ist europarechts- und völkerrechtswidrig, weil schutzsuchende Menschen nicht zurückgedrängt werden dürfen und ein Recht auf Asyl haben. Doch anstatt angemessen auf diese Rechtsverstöße zu reagieren, findet die Bundesregierung wieder einmal nicht die richtigen Antworten. Deshalb habe ich direkt im März einen Antrag zur Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus dem Mittelmeerraum und zur Stärkung kommunaler Aufnahme in den Bundestag eingebracht

<https://bit.ly/3iVgExl>

Pushbacks sind eine Form dieser illegalen Gewalt an Außengrenzen, die inzwischen gut dokumentiert ist - beispielsweise an der griechischen oder maltesischen Grenze. Im Rahmen der Regierungsbefragung in der letzten Sitzungswoche vor den Sommerferien habe ich die Bundeskanzlerin auf die Vorfälle an den EU Außengrenzen angesprochen. Gerade angesichts der deutschen Ratspräsidentschaft erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie hier eine klare Sprache spricht und derlei Rechtsbrüche rügt, was sie jedoch leider nicht tut.

<https://bit.ly/33Tlt63>

### **Familiennachzug**

Auch beim Familiennachzug hat die Corona-Pandemie bestehende Systemmängel und ihre Auswirkungen deutlich verschärft. Dies geht aus der Antwort des Auswärtigen Amts auf meine schriftliche Frage hervor. Oft mühsam beschaffte Einreisevisa, die wegen der coronabedingten Einreisesperren abliefen, werden nicht unbürokratisch verlängert. Stattdessen müssen sich Betroffene innerhalb eines Monats um eine „Neuvisierung“ kümmern. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie die Coronakrise dazu nutzt, grundlegende und längst bekannte Mängel beim Familiennachzug endlich zu beheben.

Im Oktober fand außerdem unsere Fraktionsveranstaltung „We are family“ zum Familiennachzug statt, bei der wir gemeinsam mit unseren fachkundigen Gästen von Beratungsorganisationen und Ministerien nach Lösungsmöglichkeiten im Sinne des Kindeswohl suchten.

<https://bit.ly/2SR45by>  
<https://bit.ly/3lDpbqk>

### **Kleine Anfrage Dublin-Überstellungen**

Als einziger Mitgliedstaat hat Deutschland entgegen der eindeutigen Empfehlung der Europäischen Kommission die Überstellungsfristen während der Corona-Pandemie „eingefroren“, damit die Zuständigkeit für die Asylverfahren nach sechs Monaten nicht auf Deutschland übergeht. Über 20.000 Menschen, deren Überstellung zeitweise ausgesetzt wurde und die seit dem 15. Juni wieder in andere EU-Mitgliedstaaten abgeschoben werden können, befinden sich jetzt noch länger in Unsicherheit. Die Antwort der

Bundesregierung auf meine kleine Anfrage zu Dublin-Überstellungen in Zeiten von Corona könnt ihr hier nachlesen.

<https://bit.ly/3nJW5HA>

### **Systemversagen im Umgang mit Geflüchteten und Migrant\*innen**

Leider bleibt das Bundesinnenministerium auch in Zeiten der Corona-Pandemie seiner Linie treu. Während grenzüberschreitende Bewegungen kaum möglich sind, Einreisebeschränkungen eingeführt und Grenzen aus Infektionsschutzgründen kontrolliert werden, möchte das Bundesinnenministerium weiterhin Menschen so schnell wie möglich abschieben. Während in ganz Deutschland strenge Kontaktbeschränkungen gelten, müssen Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen weiter auf engstem Raum zusammenleben. Während der Familiennachzug von Schutzberechtigten und binationalen Familien zum Erliegen gekommen ist, wurden tausende Saisonarbeiter\*innen unter grober Missachtung des Infektionsschutzes eingeflogen, um die Spargelernte zu retten. Beim Infektionsschutz, beim Schutz von Menschenleben darf es aber keine Doppelstandards geben. Die Maxime des politischen Handelns in einer globalen Pandemie sollte Solidarität und Humanität sein. Die fordere ich gemeinsam mit meiner Kollegin Filiz Polat in unserem gemeinsamen Autor\*innenpapier

<https://bit.ly/373y7Bg>

### **Vertrauensanwälte in Asylverfahren**

Am 12. März begann in der Türkei der Prozess gegen den Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft Yilmaz S., der wegen Spionage angeklagt wurde. Die deutsche Bundesregierung hatte ihn eingesetzt, um Angaben türkischer Asylbewerber zu überprüfen. Dabei hat sie das Risiko dieses Einsatzes offenbar völlig unterschätzt und damit den Yilmaz S. und mindestens 113 Asylsuchende in Gefahr gebracht, deren Daten jetzt in den Händen des Verfolgerstaates Türkei sind. Ich fordere ein Ende des unverhältnismäßigen Misstrauens gegenüber Angaben von Asylsuchenden.

Im Februar hat die Bundesregierung meine kleine Anfrage beantwortet. Aus dieser Antwort und aus der Sitzung des Innenausschusses zum Einsatz von Vertrauensanwälten geht hervor, dass möglicherweise auch noch sehr viel mehr Daten als bisher vermutet in die Hände der türkischen Behörden gelangt sind.

<https://bit.ly/3nMmK6Q>

### **Seenotrettung**

Das Thema Seenotrettung hat auch mich im letzten Jahr wieder in vielfacher Hinsicht beschäftigt: Die von mir gegründete Parlamentsgruppe Seenotrettung tauscht sich weiterhin regelmäßig mit Vertreter\*innen von NGOs aus. Sie machten deutlich, dass das Malta-Abkommen von Innenminister Seehofer in der Praxis nicht zu mehr Verlässlichkeit bei der Koordination eines Sicheren Hafens geführt hat. Neben Vertreter\*innen des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums hatten wir außerdem das Verkehrsministerium (BMVI) zu Gast. Das mittlerweile eine (leider ungute) Rolle spielt beim Thema Seenotrettung. Es hat jüngst eine Änderung der Schiffsicherheitsverordnung erlassen, die der zivilen Seenotrettung die Arbeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Das geht auch aus einem schriftlichen Bericht hervor, den unsere Fraktion beim Ministerium angefordert hat.

### **Wahlkreis**

Im Mai begannen dann langsam wieder physische Termine.

Vorsichtig und mit gebotenen Abstand und im besten Falle an der frischen Luft.

In meinen Gesprächen im Wahlkreis war die Coronapandemie und ihre Folgen natürlich Gesprächsthema Nummer Eins. Ob Clubbetreiber\*innen, Getränkehersteller\*innen, NGOs, Spitzen- und Breitensport, Soloselbständige, Einzelhandel oder Reisebranche. Es zeigte sich, dass das Konjunkturpaket der Bundesregierung große Schwächen hat. Mein Eindruck, dass sich die Bundesregierung in ihren Gesetzgebungsverfahren zu selten Expert\*innen und Betroffene anhört, verfestigt sich erneut.

Ich habe die Zeit außerdem genutzt, um mir den Landesaktionsplan gegen Rechtstextremismus vorstellen zu lassen und um mich mit der Kieler Polizei bezüglich der Diskussion um Racial Profiling und der von uns geforderten Studie zu Rechtstextremismus bei der Polizei auszutauschen.

Im Bundestag haben wir ebenfalls eine Bundespolizeibeauftragtenstelle gefordert, eine Stelle, die das Land Schleswig-Holstein bereits eingerichtet hat. Die Erfahrungen der Kieler Polizei sind hierzu positiv. Bei der Fragestunde mit dem Bundesinnenministerium im September konnte ich unsere Forderung nach dieser Stelle auf Bundesebene erneut zum Ausdruck bringen. Warum sich das Innenministerium außerdem weigert, eine unabhängige, wissenschaftliche Studie zu Rechtstextremismus in Auftrag zu geben, ist mir schleierhaft. Wir brauchen Fakten um mit dem Thema umzugehen und könnten alle Polizist\*innen, die mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen vor undifferenzierten Anschuldigungen schützen.

<https://bit.ly/3lCLywb>

Wie ihr lest, standen für mich die letzten Monate unter dem Motto #leavenoonebehind - Lassen wir niemanden zurück! Obwohl wir Grünen als Mahner\*innen der Klimakrise ständig auf eine Katastrophe hinweisen, traf uns die Coronapandemie trotzdem erstaunlich unerwartet. Viele von uns haben zum ersten Mal gespürt, was es bedeutet, ihrer Freiheit beschnitten zu sein, wie lähmend Ungewissheit sein kann und wie zerbrechlich unsere Lebensweise, unser Wohlstand tatsächlich ist. Und die letzten Monate haben gezeigt, dass wir nur gemeinsam und solidarisch einen Weg aus der Krise finden werden.

Infos zu weiteren Themen, Initiativen und Veranstaltungen von mir findet ihr auf Facebook, Instagram und natürlich auf meiner Webseite

[www.luise-amtsberg.de](http://www.luise-amtsberg.de).

Für alle Rückfragen, Anregungen oder Kritik meldet Euch sehr gerne bei mir oder meinem Team!

*Luise*



Seawatch 4: Das ehemalige Forschungsschiff Poseidon wurde Anfang des Jahres in Kiel umgetauft. Die Seawatch 4 rettet nun im Mittelmeer Menschen aus Seenot



## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

um die Klimakrise zu bekämpfen brauchen wir mütige Entscheidungen, aber auch Kompetenz und Sorgfalt im Detail. Das bewusste Zufügen von Blockaden oder Weglassen von wichtigen Akteuren kann augenscheinlich große Errungenschaften zu Nichte machen. Wir sehen mit Sorge, wie immer mehr Chancen für Klimaschutz verpasst oder sogar aktiv Verschlechterungen beschlossen werden. Denn viele entscheidende Gesetze im Bereich Klimaschutz werden noch in dieser Legislaturperiode beschlossen. Hier heißt es: Finger in die Wunden legen und klimaschädliches Verhalten anprangern.

Seit dem enttäuschenden Klimaschutzprogramm vom letzten Herbst versucht die Bundesregierung ihre ambitionslose Energiepolitik mit der Veröffentlichung ihrer nationalen Wasserstoffstrategie zu kaschieren. Doch woher der grüne Strom für die großen Wasserstoffträge herkommen soll, bleibt völlig unklar. Wasserstoff ohne einen schnellen Ausbau von Wind- und Sonnenstrom ist eben kein Beitrag zum Klimaschutz. Auch im Bereich Nutzung trifft die Bundesregierung weiterhin keine Entscheidungen – und lässt somit die Industrie bei der Umstellung auf grüne Produktion im Regen stehen. Auch die europäische Wasserstoffstrategie lässt hier wichtige Lücken, wie die Analyse von Michael Bloss und mir aufzeigt. Dass es anders geht, zeigt unsere Grüne Wasserstoffstrategie. Wir sprechen uns klar für die Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff aus. Flankiert wird unsere Strategie mit einer klaren priorisierten Nutzung in den Bereichen der Industrie, im Schwertransport und für die Energiesicherheit. Wasserstoff ist ein wichtiges Element, um den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig zu sichern und konkurrenzfähig zu machen. Eine Verschwendung dieses kostbaren Energieträgers im Verkehrssektor lehnen wir ab. Mehr dazu findet ihr im gemeinsamen Autor\*innenpapier von mir und Dieter Janecek

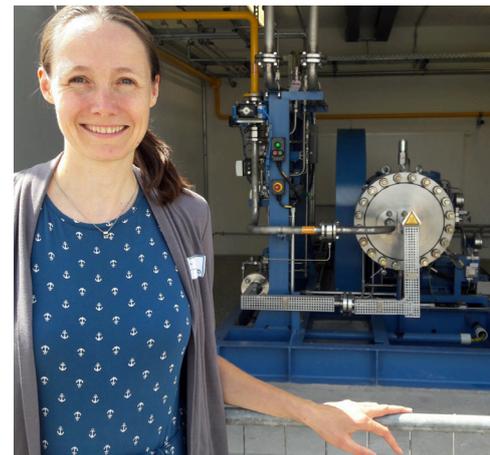
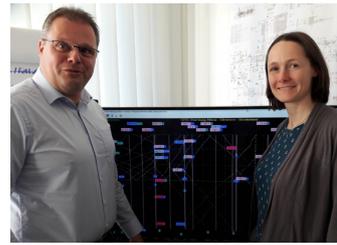
Der Teufel liegt meist im Detail. Ob die Energiewende gelingen wird, hängt auch an Regelungen zu pauschalen Mindestabständen für Windenergie oder der Bürgerbeteiligung bei Netzausbauprojekten. Meine kleinen Anfragen zeigen leider, dass die Bundesregierung weiterhin das Problem der Ökostromlücke unterschätzt. Während mehrere verlässliche Studien aufzeigen, dass der Strombedarf unter anderem durch Sektorenkopplung und die Digitalisierung weiter ansteigen wird, klammert sich die Bundesregierung an die Vorstellung, dass ihre unzureichenden Programme für mehr Energieeffizienz das Ruder rumreißen werden. Dabei schafft sie es nicht einmal den bereits vorhandenen Strom optimal zu nutzen. Für mich

steht fest, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich stärker vorantreiben müssen. Unabhängig davon, wie hoch der zukünftige Strombedarf ausfallen wird, er sollte auf jeden Fall zu 100% grün sein.

Eine klimaneutrale Energieversorgung der Zukunft kommt nicht ohne einen deutlichen Ausbau der Offshore-Windenergie aus. Wir Grüne haben uns hier für einen Zuwachs auf 35 GW bis 2035 ausgesprochen. Deshalb habe ich mich in unserem Antrag zur Förderung der Offshore-Windenergie auch dafür ausgesprochen, bei naturverträglicher Planung die Ausbaugeschwindigkeit deutlich zu erhöhen. Dafür brauchen wir unbedingt die richtigen Rahmenbedingungen, um den Ausbau verlässlich und kostengünstig zu realisieren. Die beste Option bietet hier die Etablierung von Differenzbeträgen, wie sie bereits in vielen anderen EU-Staaten eingesetzt und von verschiedenen Wissenschaftlern gefordert werden. Auch die energieintensive Wirtschaft hat sich mit uns gegen die Bundesregierung gestellt, da sie genügend Ökostrom für die Umstellung auf grüne Produktion benötigt.

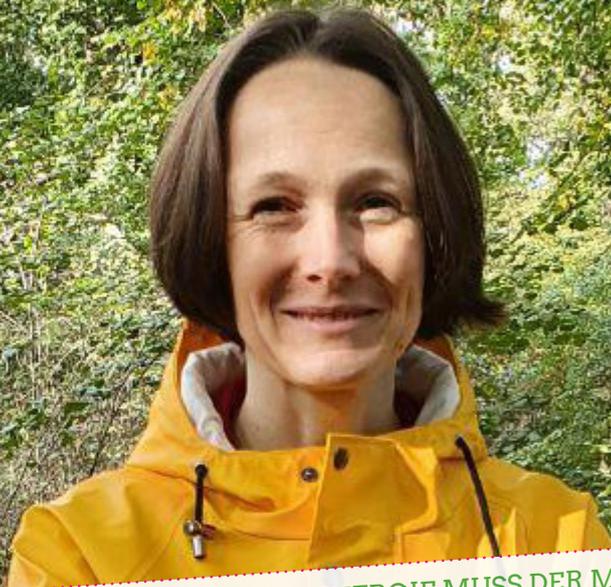
Nicht nur der Energiesektor, sondern vor allem auch der Verkehrssektor ist im Bereich Klimaschutz gefragt. Hier haben wir auch in Schleswig-Holstein noch viel Luft nach oben. Im Bahnsektor weisen wir weiterhin die geringste Elektrifizierungsquote in Deutschland auf. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Hamburger Rand basiert weiterhin auf Plänen aus den 80er Jahren und die Bundesregierung feiert sich, weil die Marschbahn doch noch ins angeblich beschleunigte Verfahren aufgenommen wurde. Ob das tatsächlich schneller geht, steht allerdings noch in den Sternen. Ich hätte es vielmehr begrüßt, wenn endlich überhaupt ein Planungsverfahren für den Ausbau der Marschbahn beginnen würde - beschleunigt oder normal. Die Zeit den Verkehrssektor nach klimarelevanten Vorgaben auszurichten ist überfällig.

Wir müssen alles daran setzen die Pariser Klimaziele zu erreichen. Jedoch ist schon viel Zeit ungenutzt verstrichen und Weichen wurden falsch gestellt. Deshalb kann dieses Ziel nur noch mit einer breiten Unterstützung der Gesellschaft erreicht werden. Nicht nur deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass beim Ideenwettbewerb für ein grünes Elmshorn viele wertvolle Vorschläge eingereicht wurden und die Lokalpolitik sich so offen für neue Ideen gezeigt hat.. Lasst uns dies nutzen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten.



Eure Lucretia

# EINE KLEINE AUSWAHL MEINER INITIATIVEN:



## GASTBEITRAG: DIE OFFSHORE-WINDENERGIE MUSS DER MOTOR EINER KLIMANEUTRALEN INDUSTRIE WERDEN

Zur Anhörung im Wirtschaftsausschuss anlässlich des Windenergie-auf-See-Gesetzes appellierten Heribert Hauck, Leiter des Ressort Energiewirtschaft bei Trimet Aluminium, und ich gemeinsam an die Bundesregierung sich für Differenzverträge einzusetzen. **WEITER LESEN: [HTTPS://GRUENLINK.DE/1UJ](https://gruenlink.de/1UJ)**

## KLEINE ANFRAGE: STROMBEDARFSPROGNOSEN DER BUNDESREGIERUNG WEITERHIN ILLUSORISCH

Mehrere Studien bestätigen: Die Prognose für den deutschen Strombedarf geht eindeutig nach oben. Doch die Bundesregierung rechnet sich lieber ihre eigenen Berechnungen schön und geht weiterhin von einem gleichbleibenden Strombedarf aus, wie meine kleine Anfrage zeigt. **WEITER LESEN: [HTTPS://GRUENLINK.DE/1UJ](https://gruenlink.de/1UJ)**

## PODCAST: WASSERSTOFF: EXPLOSIVES GAS ALS ENERGIETRÄGER DER ZUKUNFT?

Welche Chancen bietet der Einsatz von Wasserstoff? Welche Möglichkeiten der Erzeugung haben wir national? Ab wann müssen wir importieren? Diesen und weiteren Fragen zum Thema Wasserstoff habe ich mich ausführlich im Podcast gestellt. **WEITER LESEN: [HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUL](https://gruenlink.de/1UUL)**

## MEINUNGSBEITRAG: EIN DECKMÄNTELCHEN FÜR FOSSILE STRUKTUREN

Wasserstoff ist der Hoffnungsträger, wenn es um klimaneutrale Energieträger geht. Doch ohne ausreichend Erneuerbaren Strom droht diese Hoffnung zu einem klimapolitischen Fiasko zu werden. Warum wir auf grünen Wasserstoff und einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen müssen, schreibe ich im Beitrag für das Enorm Magazin. **WEITER LESEN: [HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUM](https://gruenlink.de/1UUM)**

## GASTBEITRAG-EIN-DECKMAENTELCHEN-FUER-FOSSILE-STRUKTUREN/

Schriftliche Frage: Nutzen statt abregeln  
Insbesondere in Schleswig-Holstein haben wir viel Windenergie zu bieten. Leider wird unser Potenzial hier noch nicht zu 100% genutzt. Gleichzeitig schafft die Bundesregierung keinen attraktiven Anreize diesen Strom zu nutzen, wie meine schriftliche Frage zeigt. **HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUK**

## SCHRIFTLICHE-FRAGE-SEPTEMBER-NUTZEN-STATT-ABREGELN/

Abgeordnetenwort: Grünes Licht für die Mobilitätswende  
Es reicht nicht nur unsere bisherige Fortbewegungsmittel klimaneutral umzuwandeln. Wir müssen unsere Mobilität insgesamt transformieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch auf Bundesebene hier anders investieren und die Weichen auf Klimaschutz stellen. **HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUN**

## FACHGESPRÄCH: STROMVERTEILNETZ 2.0 - E-MOBILITÄT & FLEXIBLE TARIFE

Welche Herausforderungen stellt eine Umstellung auf E-Mobilität für unser Strom-Verteilnetz dar? Hierzu diskutierte ich mit Expert\*innen von Agora Verkehrswende, Mitnetzstrom, der Volkswagenmarke Elli und dem BNE. Das Gespräch könnt ihr auch hier noch einmal ansehen. **HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUO**



# KONSTANTIN

## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

Ich kann kaum glauben, dass schon wieder ein Jahr vergangen ist. Die letzten Monate waren natürlich stark durch die Diskussionen um die Corona-Pandemie geprägt. Abläufe und Ereignisse, politisch wie privat, wurden durcheinander gewirbelt und was selbstverständlich schien, stand plötzlich in Frage.

Viele Dinge, die mir besonders am Herzen liegen, waren in diesem Jahr kaum möglich: Besucherfahrten mussten gestrichen werden, Praktikant\*innen wurden aus dem Homeoffice betreut und viele Veranstaltungen und Begegnungen mussten ins Digitale verlegt werden.

Oft ist es jedoch der persönliche Kontakt zu Euch, den Wählerinnen und Wählern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und nicht zuletzt den Kolleginnen und Kollegen, der das politische Alltagsgeschäft so spannend macht. Diese Kontakte fehlen mir und ich hoffe, dass wir bald alle wieder die Möglichkeit zum persönlichen Austausch bekommen.

Die Verlagerung des Arbeitens ins Digitale hat aber auch Vorteile mit sich gebracht, so habe ich beispielsweise im Juli per Videokonferenz an einer Veranstaltung des Münchner Arbeitskreises Antifaschismus teilnehmen können. Persönlich hätte das mein Zeitplan vermutlich nicht zugelassen. So haben wir gemeinsam das Beste aus dieser vielfach nicht einfachen, einschneidenden Zeit gemacht und ich hoffe, dass wir sie bald überstanden haben und vielleicht sogar gestärkt aus ihr rausgehen.

Auch die Berliner Politik war natürlich stark durch die aktuellen Entwicklungen geprägt. Ich will versuchen, Euch durch eine kleine Auswahl einen Eindruck meiner Arbeit zu geben. Die Corona-Pandemie war zweifellos das alles beherrschende Thema in diesem Jahr. Für mich gab es in zwei besondere Schwerpunkte, die Frage des rechtsstaatlichen Umgangs und die Bedeutung des Parlaments mit und in dieser besonderen Situation und die Entwicklung der Corona-App.

Über Monate habe ich mich mit zentralen rechtsstaatlichen Fragestellungen rund um die Pandemie befasst. Was bedeutet es, wenn Sitzungen auf Kommunal-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene aufgrund des Infektionsschutzes nicht stattfinden können? Unsere Demokratie muss sich in der Krise bewähren. Dazu gehört auch, dass das Parlament arbeits- und handlungsfähig bleibt. Das haben wir geschafft. Auch wenn eine Bundesregierung viele Entscheidungen zur Krisenbewältigung vorbereitet und entschieden handeln muss, kommt dem Deutschen Bundestag eine entscheidende Rolle zu, so sieht es unser Grundgesetz vor. Auch in Krisenzeiten braucht es parlamentarische, öffentliche Debatten und Austausch, Entscheidungen des Parlaments, Transparenz und eine kontinuierliche parlamentarische Kontrolle von Regierungshandeln und Sicherheitsbehörden. Dafür habe ich mich in den letzten Monaten gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen stark gemacht.

<https://gruenlink.de/1uu8>

Bei der Corona-App, die im Falle eines positiven Testes die Verfolgung von Kontakten und damit den Infektionsweg einer Person ermöglichen sollte, geht es uns neben der Praktikabilität der App besonders um den Schutz der personenbezogenen Daten. Wir haben uns daher schon sehr früh für einen datensparsamen, dezentralen Ansatz und eine begleitende gesetzliche Regelung stark gemacht. Als Gesetzgeber sind wir gefordert, das Nutzungsrisiko nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen, sondern selbst die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und grundrechtsverträgliche Lösung in einem eigenen Gesetz vorzugeben. Denn nur so kann das nötige Vertrauen und eine breite Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer erworben werden, dies ist dringend notwendig, um die für ein tatsächliches Nutzen der App erforderliche Anzahl von Menschen dazu zu bewegen, die Anwendung auf ihren privaten Smartphones zu installieren. Gerade mussten wir eine sehr durchwachsene 100-Tage-Bilanz ziehen und setzen uns derzeit für die dringend benötigte Weiterentwicklung der App ein.

<https://gruenlink.de/1uu9>

Rechtsextreme versuchen derzeit aus der Corona-Krise Kapital zu schlagen. Rassistischer, antisemitischer, antiziganistischer, muslimfeindlicher, völkischer, sexistischer, homo- und transfeindlicher Propaganda und Agitation muss auch und gerade jetzt mit aller Entschlossenheit rechtsstaatlich begegnet werden. Rechte Netzwerke reichen dabei bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagogen in Halle und Hamburg haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben *die* Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

<https://gruenlink.de/1uua>

Die Anhänger unterschiedlicher Verschwörungsideologien verbreiten gezielt Falschinformationen vor allem mittels sozialer Medien. Parallel finden seit Ende März in zahlreichen Städten Deutschlands Demonstrationen statt, die sich gegen die Maßnahmen zur Beschränkung der Ausbreitung der Pandemie wenden. Neben Bürgerinnen und Bürgern, die die Maßnahmen der Bundesregierung kritisieren und ihre Bürgerrechte in Gefahr sehen, versammelt sich eine Art Querfront, primär bestehend aus Verschwörungsideologinnen und Verschwörungsideologen, Populisten und Populistinnen, radikalen Impfgegnerinnen und Impfgegnern sowie Personen aus dem extrem rechten politischen Spektrum.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes, rechtsstaatliches Gut. Hierauf weise ich immer wieder hin. Gleichzeitig müssen wir entschlossen gegen diejenigen vorgehen, die unsere Demokratie beseitigen wollen. Die Sicherheitsbehörden müssen Erkenntnisse über diejenigen sammeln, die diese Verschwörungsideologien gezielt verbreiten und nutzen, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung offen infrage zu stellen. Wir haben die Bundesregierung wiederholt auf die Problematik aufmerksam gemacht. Obwohl sie sich damit dringend befassen muss, tut sie bisher leider nicht.

<https://gruenlink.de/1uub>

Seit fast zwei Jahren bin ich nun Mitglied im Untersuchungsausschuss des Bundestages zum dschihadistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Bis heute kommen in regelmäßigen Abständen neue Informationen und Erkenntnisse zum Vorschein, die deutlich machen, wie groß die Defizite im Vorfeld der Tat waren und wie wichtig es ist, diese abzustellen, um Sicherheit zu erhöhen. Ganz aktuell

haben wir mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) denjenigen vernommen, der unmittelbar nach dem schlimmsten islamistischen Anschlag in der Bundesrepublik auffällig laut geschwiegen hatte. Denn während er vor dem Anschlag in der Öffentlichkeit mit dem Anspruch aufgetreten war, dass islamistische Top-Gefährder 24/7 vom Verfassungsschutz überwacht werden würden, drückte er sich nach dem 19.12.2016 vor jeder Verantwortung.

Im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG), dessen stellvertretender Vorsitzender ich bin, befasse ich mich sehr intensiv mit der Kontrolle der Geheimdienste. Mehrere höchstrichterliche Urteile der letzten Jahre, die auch wir als Grüne Bundestagsfraktion mit erstritten haben, haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Dienste einer guten parlamentarischen Kontrolle stellen. Dies erhöht auch die Rechtssicherheit und Legitimität der eigenen Arbeit. Derzeit arbeiten wir an einer umfassenden Reform der parlamentarischen Kontrolle, wie das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen hat.

Ein digitalpolitisches Thema, was mir besonders am Herzen liegt und bei dem sich alle Expertinnen und Experten ausnahmsweise einig sind, ist das Thema Open Data. Ob nun Wissenschaft, Forschung, Zivilgesellschaft, Regierung oder Opposition – alle sagen: Offene Daten haben einen ganz erheblichen Mehrwert für die Erhöhung von Transparenz, für die Ermöglichung von Beteiligung und für die verstärkte Legitimation politischer Entscheidungen, aber eben auch für die Wissenschaft und Forschung, für E-Government-Angebote, innovative Anwendungen und Apps und den immer wichtiger werdenden Datenjournalismus. Daher müssen wir endlich vorankommen und nicht personenbeziehbare Daten nutzbar machen. Im Bundestag haben wir einen Antrag für ein „Bundestransparenz-Gesetz“ vorgelegt.

<https://gruenlink.de/1uuc>

Als Beauftragter für Religion und Weltanschauung der grünen Bundestagsfraktion befasste ich mich dieses Jahr u.a. mit der „Ablösung der Staatskirchenleistungen“. Seit 1803 zahlt der Staat den Kirchen Entschädigungszahlungen für erlittene Rechtsverluste und Vermögenseinbußen durch Säkularisationsprozesse. Es ist nun an der Zeit, eine rechtssichere Ablösung durch die Länder zu gewährleisten. Von dem Gesetz explizit nicht betroffen sind Zahlungen, die der Staat Religionsgemeinschaften zu bestimmten gemeinnützigen Zwecken gewährt. Dies betrifft etwa Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, Kindergärten, Schulen, sonstigen Bildungseinrichtungen, Kirchentage und Stipendienwerke. Auch die Staatsleistungen an den Zentralrat der Juden und die Jüdischen Gemeinden sind nicht betroffen.

<https://gruenlink.de/1uud>



Meine politische Arbeit im Land und im Wahlkreis war im letzten Jahr pandemiebedingt besonders eingeschränkt. Ab März wurden Veranstaltungen gestrichen, Betriebsbesuche mussten ausfallen und Bürgersprechstunden und verschiedene Runden mit den KVn wurden online abgehalten.

Ein großes Thema war, auch während der Pandemie, die Verkehrspolitik im südlichen Schleswig-Holstein. Keine neue Autobahn oder Umgehungsstraße brächte einen ähnlichen Mehrwert für die Region wie ein zukunftsfähig ausgebautes Regionalbahnnetz im Hamburger Umland. Gerade in der wachsenden Metropolregion eine gute Bahn- und Busanbindung essentiell für die weitere Entwicklung der Städte und Gemeinden. Hier bleibe ich am Ball und freue mich, dass es beispielsweise bei der S4 vorangeht.

Als Dauerthema hat uns auch die Feste Fehmarnbelt-Querung im letzten Jahr stark beschäftigt. Mit zahlreichen Diskussionen und Vor-Ort-Terminen mit anderen Bundes- und Europaabgeordneten sowie beispielsweise den „Beltrettern“ und Umweltverbänden wie dem NABU machen wir seit Jahren auf die Unverhältnismäßigkeit des Projekts und die ökologisch wie ökonomisch extrem fragwürdigen Planungen aufmerksam. Das werden wir auch weiterhin tun und warten gespannt auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts am 3. November 2020. Erst im Juli 2020 haben wir das Vorhaben zuletzt im Plenum des Bundestags diskutiert und unsere Kritik am Vorgehen der GroKo noch einmal vorgetragen.

<https://gruenlink.de/1uuf>  
<https://gruenlink.de/1uue>

Als drittes Verkehrs-Großprojekt habe ich mich gemeinsam mit den Kreisgrünen mit dem geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals befasst. Wir haben wiederholt unsere grundsätzlichen Bedenken gegen den völlig überdimensionierten Ausbau geäußert. Diese hatte das Bundesverkehrsministerium mir gegenüber bereits vor einigen Monaten in einem Schreiben bestätigt. Auf eine schriftliche Antwort hatte ich gedrungen, nachdem das Ministerium sich nicht im Stand sah, einen Vertreter zu einem Vor-Ort-Termin zu entsenden. Die bereits mir gegenüber geäußerte Position hat das Ministerium nun auch offiziell bestätigt. Noch sind die Pläne allerdings nicht endgültig vom Tisch. Die bisherige Fehlplanung der extrem teuren und umweltschädlichen Verbreiterung und Vertiefung des Kanals muss gestoppt werden.

Wie ihr seht: Es wird nicht langweilig! Ich hoffe, dass wir uns in naher Zukunft wieder persönlich treffen, austauschen und gemeinsam für eine gute grüne Politik streiten können!

Bis dahin bleibe ich gerne in regem digitalen Austausch mit Euch!

Herzlich

*Euer Konstantin*

Zahlreiche weiterführende Informationen findet Ihr auch auf [von-notz.de](http://von-notz.de) und [gruen-digital.de](http://gruen-digital.de)



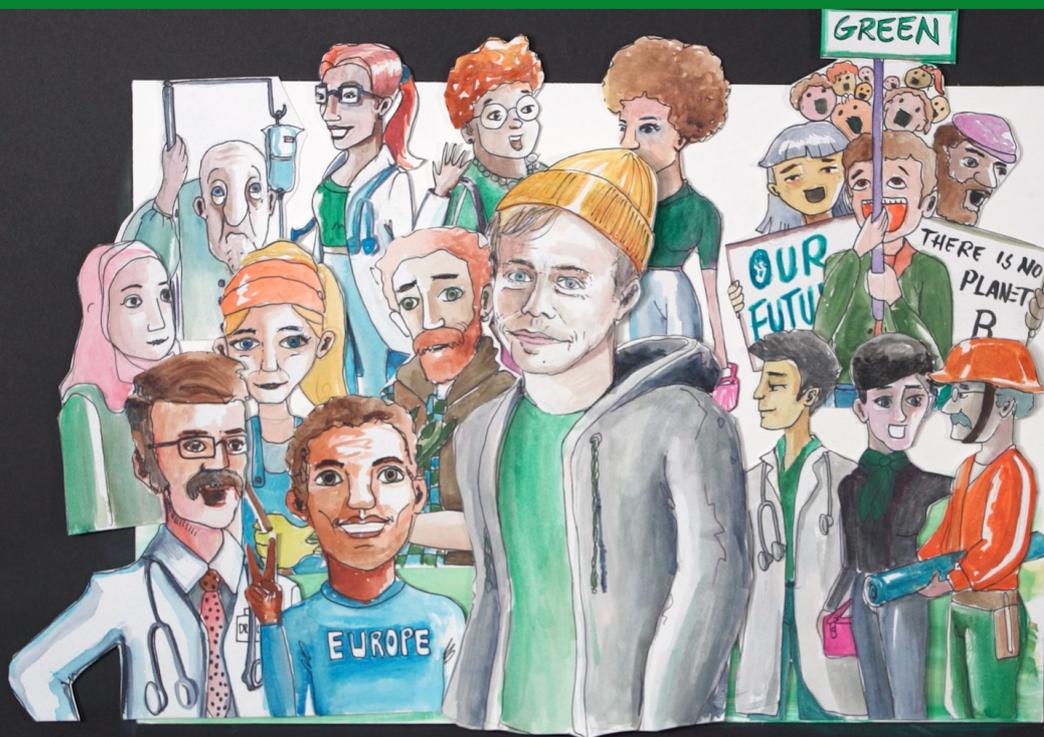
## R 4 Rechenschaftsbericht MdEP

Antragsteller\*in: Rasmus Andresen, MdEP (Bündnis 90/Die Grünen SH)

Tagesordnungspunkt: 2. Rechenschaftsberichte

## Selbstvorstellung

siehe pdf



## RASMUS ANDRESEN

### BERICHT AUS DEM EP

Liebe Freundinnen und Freunde,

die vergangenen Monate sind für uns alle anders verlaufen als geplant. Durch die COVID-19-Pandemie mit all ihren Einschränkungen befinden wir uns in herausfordernden Zeiten und gerade der November wird uns allen noch einmal viel abverlangen. Ich bin mir sicher: mit Solidarität und Abstand werden wir aber auch das schaffen!

Wie bereits im März wird auch nun wieder die Arbeit im Europaparlament heruntergefahren und nur die wichtigsten Termine finden noch vor Ort in Brüssel statt. Dazu gehören die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

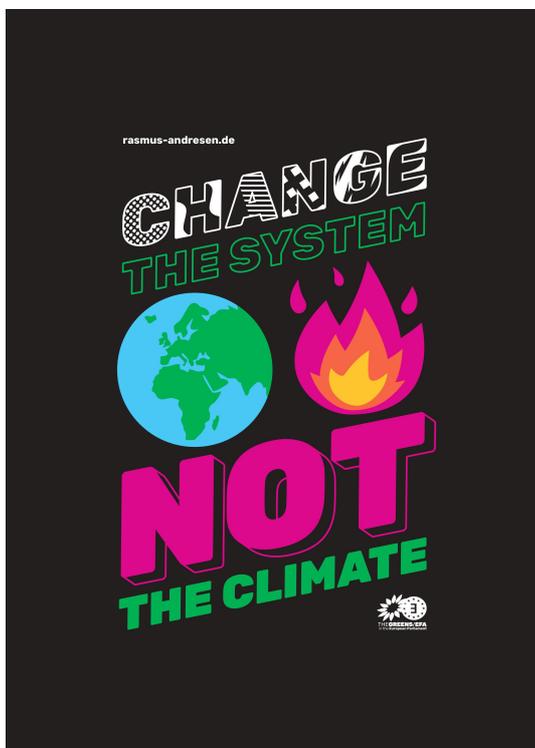
Als haushaltspolitischer Sprecher der Greens/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und einziger deutscher Europaabgeordneter im Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments für den **mehrjährigen Finanzrahmen** machen die Verhandlungen seit vielen Wochen einen Großteil meiner Arbeit aus. Leider gibt es weiterhin keine Einigung und die deutsche Ratspräsidentschaft blockiert wichtige Erhöhungen für Gesundheit, Digitalisierung, Forschung und Jugend.

Kritische Themen sind neben der Aufstockung der Programme weiterhin die Fragen nach der Mitbestimmung des Parlaments beim Wiederaufbaupaket, die Eigenmittel sowie die Querschnittsthemen Klimafinanzierung,



Biodiversität und Gender Mainstreaming. Klar ist: wir Grüne können dem EU-Budget nur zustimmen, wenn wir deutlich mehr Mittel für Biodiversität und Klimaschutz vereinbaren.

Vor einigen Tagen hat die EU-Umweltagentur sehr deutlich gemacht, wie besorgniserregend der Zustand unserer Natur ist. 80% der Ökosysteme sind nicht mehr intakt. Die logische Schlussfolgerung müsste doch



sein, deutlich mehr zu tun, um unsere Natur zu schützen. Allerdings hat eine Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokrat\*innen und Liberalen eine **klimagerechte Agrarreform** im Europäischen Parlament verhindert. Die meisten Agrarmittel werden weiterhin nach Größe des Betriebes ausgezahlt und Klimaziele, artgerechte Tierhaltung oder Umweltmaßnahmen spielen keine große Rolle. Es ist frustrierend, dass hier eine große Chance für mehr Klimaschutz und Artenvielfalt nicht genutzt wurde. Wir befinden uns in der entscheidenden Phase, in der wir mit einer echten Agrarwende und Fördermitteln für Landwirt\*innen nur anhand ökologischer Kriterien einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise und gegen das Artensterben hätten leisten können. Gerade in Schleswig-Holstein wollen sich viele Landwirt\*innen für Artenvielfalt und nachhaltige Landwirtschaft engagieren. Wir Grüne haben dieses klimaschädliche Agrarmandat abgelehnt und fordern nun die EU Kommission auf, eine Agrarreform vorzulegen, die mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel ist.

Deutlich positiver ist hingegen die Stimmung im Bereich der Minderheitenpolitik. Vor zwei Wochen hat nach einiger Verzögerung nun endlich die Anhörung der **Minority Safepack Initiative** im Europäischen Parlament stattgefunden und fraktionsübergreifend Unterstützung gefunden. Vor dem Hintergrund, dass die EU bisher nur sehr wenig getan hat, um Minderheitenrechte zu schützen, wird es dringend Zeit, dies zu ändern. Die EU-Kommission ist nun aufgefordert, die Initiative zu einem Gesetz zu machen und weitere Maßnahmen vorzubereiten.

Wir müssen die Rechte von Minderheiten stärker schützen, vor allem die Rechte von mehreren 100.000 Staatenlosen werden mit den Füßen getreten. Sie haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung oder politischer Teilhabe. Wir müssen konkrete Projekte für Sprachenvielfalt und Minderheiten durch den EU Haushalt fördern. Nur so können wir die Rechte von über 50 Millionen Menschen in der EU stärken. Als Mitglied der Minority Intergroup, einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe von Europaabgeordneten, habe ich die Initiative mit vielen Gesprächen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen begleitet. Zudem werden wir Ende November auf Initiative der Intergroup eine Resolution im Parlament diskutieren und verabschieden.

Mit den steigenden Corona-Infektionen wird uns in der nächsten Zeit auch wieder das Thema der **Grenzsicherungen**, in ganz Europa, aber auch bei uns im deutsch-dänischen Grenzland, beschäftigen. Bereits im Frühjahr habe ich die Schließungen und vor allem den dänischen Sonderweg scharf kritisiert. Vor allem muss gewährleistet sein, dass Grenzpendler\*innen auch in den nächsten Wochen problemlos im Grenzland pendeln können und nicht durch unnötige neue Regelungen Probleme bekommen.

Die dänische Regierung setzt sich mit den andauernden Grenzkontrollen ohnehin seit Jahren über geltendes europäisches Recht hinweg und es wäre die Aufgabe der EU-Kommission, diesem Vorgehen kritisch zu begegnen und dafür zu sorgen, dass das Schengen-Abkommen an unseren Binnengrenzen gilt.

Auf meine [Anfrage](#) zur Rechtmäßigkeit der dänischen Grenzkontrollen hat die EU-Kommission eher ausweichend geantwortet und in ihrer Antwort angegeben, die Lage zu überwachen und Gespräche zu führen. Wir werden die Situation weiterhin genau beobachten.

Wenn ihr Fragen zu meinem Bericht habt, an detaillierteren Informationen interessiert seid oder Anregungen habt, freue mich mich immer über eure Rückmeldungen.

Sehr gern dürft ihr euch auch in meinen [Newsletter](#) eintragen.

Mir ist sehr bewusst, dass der Austausch mit euch zu politischen Themen in Corona-Zeiten oft zu kurz kommt und ich bedaure das sehr. Auch mir fehlen der persönliche Kontakt und die Gespräche am Rande von Veranstaltungen.

Online-Veranstaltungen sind zwar kein Ersatz für physische Treffen, trotzdem ermöglichen sie aber den inhaltlichen Austausch und Diskussionen. Ich freue mich daher sehr über eure Anfragen und diskutiere gern online! Also meldet euch!

Bleibt gesund!

Euer Rasmus